

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

153/154 · Juli/August 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	581
Essay	
ULRICH BUSCH Agenda 2010 – das deutsche Programm für einen Gesellschaftumbau	583
PDS – Wege aus der Krise	
THOMAS FALKNER Politik als Chance	592
MICHAEL CHRAPA Parteireform als Aufbruch?	603
STEFFEN KACHEL Zum Spannungsfeld von PDS und Parlamentarismus	609
JÖRN SCHÜTRUMPF Krisenhafte Kommunikation. Thesen	614
HEIKO HILKER Politische Kommunikation und PDS	617
ERHARD CROME PDS. Ansichten einer Krise	628
Nachhaltigkeit & Soziale Gerechtigkeit	
REINART BELLMANN, HUBERT LAITKO, KLAUS MEIER Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept	635
JOACHIM H. SPANGENBERG Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland	649

GÜNTHER BACHMANN Warum Nachhaltigkeit ?	662
KLAUS WARDENBACH Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Der World Summit in Johannesburg	666
CHRISTA WICHTERICH Nachhaltigkeit und neoliberale Globalisierung aus feministischer Sicht	670
RONALD HÖHNER Der Stempel von Rio	675
GERHARD BANSE Integrative nachhaltige Entwicklung und Technikfolgenabschätzung	680
EDGAR GÖLL Nachhaltigkeitspolitik –Beispiele aus Europa	692
ELISABETH VOSS Wie nachhaltig ist die aktuelle Arbeitsmarktpolitik?	696
Ernst Bloch: Hoffnung muß gelernt werden	
VOLKER CAYSA Bloch – (k)ein toter Hund	698
ROGER BEHRENS Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozeßlogik einer mehrschichtigen Dialektik	707
MICHAEL BRIE Zwischen Wärmestrom und Kälteschock	720
Politik & Zeitgeschichte	
JÜRGEN JAHN Geraubte Jahre. Der Lebensweg des Bernhard Steinberger	741
WOLFRAM ADOLPHI Verweigertes Gedenken	751

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 758

Bücher & Zeitschriften

Siegfried Freick:
Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland.
Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert
(WOLFGANG TRIEBEL) 760

Wolfgang Schivelbusch:
Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden
1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918
(STEFAN BOLLINGER) 761

Jörg Huffschmid:
Politische Ökonomie der Finanzmärkte.
Aktualisierte & erweiterte Neuauflage
Bernard Cassen, Susan George, Horst Eberhard Richter,
Jean Ziegler u. a.: Eine andere Welt ist möglich!
(ULRICH BUSCH) 763

Rainer Rupp, Burchard Brentjes, Siegwart-Horst Günther:
Vor dem dritten Golfkrieg
(ANJA LAABS) 765

Gerhard Roth:
Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn
unser Verhalten steuert
(ALJOSCHA JEGODKA) 767

Hans-Dieter Heumann:
Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus
und Realismus. Mit einem Vorwort
von Hans-Dietrich Genscher
(STEFAN BOLLINGER) 768

Arne Heise (Hrsg.): Neues Geld – alte Politik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum (ULRICH BUSCH)	770
Erhard Meueler Lob des Scheiterns. Methoden- und Geschichtenbuch zur Erwachsenenbildung an der Universität (EVELIN WITTICH)	772
Hartmut Häußermann, Andreas Kapphan: Berlin: von der geteilten zur gespalteten Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. (TERESA ZAVALA)	773
Vida Obid, Mirko Messner, Andrej Leben: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft (MARTIN SCHIRDEWAN)	774
Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer, Hasko Hüning: Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit, (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER)	775
Christian Höffling: Korruption als soziale Beziehung, Forschung Soziologie. (ARNDT HOPFMANN)	777
Ulrich Klemm: Lernen ohne Schule. Argumente gegen Verschulung und Verstaatlichung von Bildung. (ANDREAS MERKENS)	778
Summaries	780
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	784

VorSatz

Zu den längst alltäglich gewordenen Unwörtern des Kapitals gehört – neben Dynamisierung, Flexibilisierung und natürlich Wettbewerbsfähigkeit – auch der Begriff der Effizienz, dessen Bedeutung mit Bezug auf die gesellschaftliche Reproduktion salopp gedeutet werden kann als: ›aus weniger mehr machen‹.

Spätestens seit etwa in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die hoffnungsfrohe Annahme Verbreitung fand, daß auch die gravierenden globalen Umweltprobleme letzten Endes marktförmig gelöst werden können, hat sich die Rede von der »Effizienzrevolution« – mitunter etwas verschämt – auch in den Zirkeln der Nachhaltigkeitsaktivisten und -forscher festgesetzt. Und die Zukunftsberichterstatter der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben sich diesem offenbar unaufhaltsamen Trend kürzlich ausdrücklich angeschlossen – wie man im von Dieter Klein herausgegebenen Zukunftsbericht »Leben statt gelebt zu werden« (S. 230 ff.) nachlesen kann.

Dies ist zweifellos einigermaßen erstaunlich, insbesondere dann, wenn die wirkliche Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise in Betracht gezogen wird, die unbestreitbar erst jene, die Existenz der Menschheit bedrohenden Globalprobleme hervorgebracht hat. Die wirkliche Geschichte der Produktivkraftentfaltung unter kapitalistischen Verhältnissen stellt sich nämlich dar als stete Abfolge von »Effizienzrevolutionen«. Aus weniger Inputs – an Arbeitskraft und Material – mehr Output machen, war von Anfang an das Credo des Kapitals, zu dem es durch den Druck der Konkurrenz, bei Strafe des Untergangs, gezwungen wurde und wird. Allerdings hatten diese Umwälzungen des Produktionssystems und der Betriebsweise nie einen bleibend positiven Effekt auf den Verbrauch von Material und vor allem der Einsatz von (meist aus fossilen Quellen stammender) Energie. Die aus der Produktivitätssteigerung erwachsenden Einspareffekte wurden stets durch die Mengeneffekte einer beständig wachsenden Zahl an Gütern überkompensiert. Die bunte Welt der Waren verschlingt immer mehr Rohstoffe und Energie, während gleichzeitig die Halden der »Abfälle«, »Abwässer« und »Ablüfte« in den Himmel wachsen beziehungsweise zum Himmel stinken. Was trägt ein Auto zum Umweltschutz bei, das nur noch die Hälfte des Benzins herkömmlicher Vehikel pro 100 Kilometer verbraucht, wenn sich zur gleichen Zeit die Gesamtzahl der Gefährte verdreifacht?

Nun, die besagten Zukunftsberichterstatter schreiben allerdings von einer »neuartigen« Effizienzrevolution, die mit einem »Nega-

tivwachstum des Ressourcenverbrauchs« und einer »Reduzierung des stofflichen Konsums« einhergehen soll. Abgesehen davon, wie der Ressourcenverbrauch »negativ wachsen« (!) kann und soll – wahrscheinlich ohne sich zu verringern –, steht zu befürchten, daß das Konzept, aufgrund der fragwürdigen Begriffswahl für ein durchaus erstrebenswertes Entwicklungsszenario, von vorn herein mißverstanden wird. Der Leser gewinnt den Eindruck, daß hier versucht wird, den Bedeutungsgehalt eines längst eingeführten und im Bewußtsein verinnerlichten Begriffes, quasi unter der Hand, umzu-
deuten. Die Begriffswahl mag zweckdienlich erscheinen, wenn mit der »neuartigen« Deutung des Begriffsinhalts der Anschluß an gängige Diskurse gesucht wird, ohne gleich Zurückweisung und Diffamierung erfahren zu müssen. Ob allerdings auf diese Weise das Neuartige wirklich ins gemeinhin träge öffentliche Bewußtsein gerückt werden kann, ist zu bezweifeln.

Warum wird mit Bezug auf den notwendigen Wandel in Produktions- und Konsumtionsmustern eigentlich so wenig von »Suffizienz« gesprochen? Suffizienz meint – im Gegensatz zu Effizienz, die auf »mehr aus weniger« setzt – die grundsätzlich andersartige und dauerhafte Lösung eines (Konsum)Problems, ohne Weiterbestehen des Zwangs zur (wenn auch zeitverzögerten) Ersetzung materieller Güter durch neue. Suffizienzlösungen sind oft jedoch keineswegs so neu und revolutionär wie Effizienz basierte Schöpfungen. Wer erinnert sich zum Beispiel noch an die gute alte Speisekammer, die einen Kühlschrank überflüssig gemacht hat? In einer Region wie Mitteleuropa, in der 200 Tage im Jahr speisekammer-günstige Temperaturen herrschen, könnten wir – wie unsere Großeltern – auf Kühlschränke nahezu gänzlich verzichten, wenn allerdings die baulichen Voraussetzungen (wieder) geschaffen würden. Auch wäre die »flächenüberdeckende Automobilisierung« völlig unnötig, wenn Wohnen, Einkaufen und Arbeiten wieder in einen Raum zusammengebracht werden könnten, der Spaziergänge zwischen den einzelnen Tätigkeitsorten möglich und angenehm – und gesundheitsdienlich – macht. Wozu bräuchten wir immer effizientere Transportverfahren, wenn die übergroße Mehrzahl unserer Konsumgüter in der Region erzeugt würde, in der wir ohnehin leben?

Vielleicht ist Suffizienz auch deshalb nicht so recht geheuer, weil dann auch der herkömmliche Begriff des Wachstums – ob nun »negativ« oder »positiv« – aufgegeben werden müßte?!

ARNDT HOPFMANN

ULRICH BUSCH

Agenda 2010 – das deutsche Programm für einen Gesellschaftumbau

Problemlage und Lösungsansatz

Lange war der Himmel über der deutschen Wirtschaft nicht so verhangen wie zu Anfang dieses Jahrzehnts, die Lage so desolat und die Aussicht derart düster. Deutschland steckt in einer Krise, das ist unübersehbar. Nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell – und es gibt wenig Hoffnung, daß sich die Situation kurzfristig und ohne massive Eingriffe in das Wirtschafts- und Sozialgefüge bessern wird. Eher ist von einer weiteren Zuspitzung der Lage auszugehen, einem anhaltenden Abwärtstrend in der wirtschaftlichen Entwicklung und einer dauerhaften Stagnation – ein Szenario, das in fataler Weise an 1929/32 erinnert bzw. an Verhältnisse, wie sie in Japan bereits seit 1990 anzutreffen sind.

Den Hintergrund dafür bildet die anhaltende Wachstumsschwäche in der Welt, die Krise der Weltwirtschaft, welche angesichts des zunehmenden Globalisierungsdrucks, der Umweltprobleme, des demographischen Wandels und der Erosion der Erwerbsgesellschaft hierzulande vor allem als eine *Krise des Sozialstaates* wahrgenommen wird. Schreckensszenarien wie *Rezession, Deflation, Baisse, Finanzkrise, Staatsbankrott, Massenarmut* u. a. m. bestimmen die gegenwärtige Diskussion und bereiten den Boden für tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft. Es wird nach Lösungen gesucht, nach radikal erneuerten Politikansätzen, nach Neuinterpretationen, neuen Konzepten und Problembewältigungsstrategien. Die Wirtschaftsforschungsinstitute beschäftigen sich damit, der Sachverständigenrat, alle möglichen Experten, die Parteien, die Medien – nun auch die Regierung.

Ein erster Schritt auf diesem Wege war das Anfang Januar 2003 bekannt gewordene *Strategiepapier des Kanzleramtes*. Hierin wurden konkrete Maßnahmen zur Krisenbewältigung aufgelistet, mit dem Ziel, die »Problemlösungsfähigkeit der Politik zurückzugewinnen« und die »Vertrauens- und Wachstumskrise« in Deutschland zu beenden. Überschieden war das Ganze mit »Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit« – im einzelnen betrachtet zielten die hier vorgestellten Maßnahmen jedoch vor allem auf Haushaltskonsolidierung, sprich: Sparpolitik und Sozialabbau; Steuersenkung, sprich: Entlastungen vor allem für Unternehmen, und Bürokratieabbau, sprich: Deregulierung und Zurückführung des Engagements des Staates. Damit wurde die im Jahr 2002 mit der Umsetzung des sog. *Hartz-Konzepts* auf dem Arbeitsmarkt begonnene Reform fortgesetzt, auf andere Bereiche der Gesellschaft aus-

Ulrich Busch – Jg. 1951;
Doz. Dr. oec. habil.,
Finanzwissenschaftler,
Redakteur von UTOPIE
kreativ; Veröffentlichungen
vor allem zur Wirtschafts-
theorie und -politik.

»Auf dem Weg zu mehr
Wachstum, Beschäftigung
und Gerechtigkeit«.
Strategiepapier des Kanz-
leramtes, in: FAZ vom
4. Januar 2003, S. 5.

»Agenda 2010«. Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag.

Unter dem Washington-Konsens versteht man eine 1989 in den USA formulierte neoliberale Anpassungsstrategie des Kapitalismus an die veränderten Bedingungen in der Welt. Diese ist durch Sozialabbau, Lohndumping, Deregulierung, Steuersenkungen und eine Rückführung staatlicher Aufgaben gekennzeichnet.

Das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 8. 6. 1967 (BGBl I, S. 582) legt fest, daß die Wirtschaftspolitik gleichermaßen zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand, zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und zu einem stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstum beitragen soll. Der hierin enthaltene Zielkonflikt fand Ausdruck im Begriff des »Magischen Vierecks« der Wirtschaftspolitik.

gedehnt und der Startschuß zu einem generellen Umbau des Sozialstaates gegeben.

Der zweite, in den Folgen weitaus bedeutsamere Schritt auf diesem Wege ist die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 14. März vorgestellte *Agenda 2010*. Mit diesem Reformkonzept wird nicht nur der bereits eingeschlagene Weg entsprechend dem Motto »Mut zur Veränderung« fortgesetzt; es erfolgt zudem eine Radikalisierung des Lösungsansatzes, so daß hier in der Tat von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden muß. Im Visier sind dabei nicht nur bestimmte *Einzelleistungen*, die in der bisherigen Form nicht mehr finanzierbar sind und deshalb einer effizienteren Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme weichen müssen, sondern der Sozialstaat *als Ganzes*, der Rheinische Kapitalismus bzw. die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsmodell.

Indem das neoliberale Modell eines deregulierten und sozial »entschlackten« Kapitalismus als alternativlos hingestellt wird, um den Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich begegnen zu können, erscheint die Zurückführung des Sozialstaates unausweichlich. Sozialabbau wird entsprechend dieser Logik geradezu zur Vorbedingung für wirtschaftliche Gesundung und Effizienz. Ebenso Steuersenkungen für Unternehmen, die Zurückführung öffentlicher Aufgaben (und Ausgaben), die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die »Entfesselung« der Marktkräfte. So ökonomisch effizient einige dieser Maßnahmen auch sein mögen, am Ende dieser Entwicklung steht eine *andere* Gesellschaft, im Extremfall ein *liberaler Kapitalismus* gemäß dem Muster des sog. Washington-Konsenses, zumindest aber eine neue Variante kapitalistischer Marktwirtschaft, weniger sozial, aber markteffizienter und wettbewerbsorientierter als die bisherige.

Die *Agenda 2010* stellt das deutsche Programm für einen derartigen gesellschaftlichen Umbau dar. Sie ist mithin *mehr* als ein Reformprogramm oder die Präzisierung bisheriger Ziele. Vielmehr handelt es sich hierbei um das Konzept für einen Paradigmenwechsel in der Politik, dessen Zielstellung der Übergang zu einem anderen Gesellschaftsmodell ist. Die Auseinandersetzung mit diesem Konzept darf sich folglich nicht auf Einzelaspekte beschränken, die, aus dem Kontext herausgelöst, abgelehnt oder kritisiert werden, während andere Punkte Akzeptanz finden. Sie muß vielmehr das Konzept *als Ganzes* im Auge haben, das heißt, die *Agenda 2010* als Programm eines liberalen Kapitalismus begreifen, dem eine nicht weniger grundsätzliche Alternative entgegengesetzt werden muß.

Im Zentrum: Mehr Wachstum und Beschäftigung

Zentrales Anliegen des Reformprogramms ist es, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung deutlich und nachhaltig zu verbessern. Mit dieser Zielformulierung besinnt sich die Regierung nach Jahren der Überbewertung geld- und finanzpolitischer Stabilitätsziele auf die Kernaussage des »Wachstums- und Stabilitätsgesetzes« von 1967, wonach Wachstum und Beschäftigung neben Preisniveaustabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht *gleichrangige* Ziele der Wirtschaftspolitik sind. In der Tat sind sie heute sogar die entscheidenden Zielkomponenten nationaler Wirtschaftspolitik, nachdem die Sicherung der Geldwertstabilität der Eu-

ropäischen Zentralbank (EZB) übertragen wurde und die Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts angesichts des Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands als gesichert angesehen werden kann. Das wirtschaftliche Wachstum dagegen ist unbefriedigend; seit fast drei Jahren stagniert die deutsche Wirtschaft mehr oder weniger, pendelt zwischen einer Wachstumsrate von einem halben Prozent und Null faktisch am Rande einer Rezession.

Die Beschäftigungsentwicklung zeigt das gleiche Bild: Seit Herbst 2001 geht die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich zurück, von 39,2 Millionen (Oktober 2001) auf inzwischen nur noch 37,8 Millionen (Februar 2003). Spiegelbildlich dazu steigt die Zahl der Arbeitslosen an, von 3,7 Millionen im Herbst 2001 auf 4,5 Millionen im Frühjahr 2003. Was sind die Ursachen für diese unerfreuliche Entwicklung? In Beantwortung dieser Frage lassen sich verschiedene Gründe anführen, die lahrende Weltkonjunktur ebenso wie der Krieg im Irak. Aber auch »hausgemachte« zum Beispiel die Steuer- und Sparpolitik des Staates, das Zinsniveau der EZB, die Investitionszurückhaltung der Unternehmen, das Konsumverhalten der Verbraucher u.a.m. Vor der Formulierung geeigneter wirtschaftspolitischer Maßnahmen steht bekanntlich die Analyse und Bewertung der Situation. Hier jedoch ist in jüngster Zeit ein bemerkenswerter Sinneswandel der Bundesregierung zu konstatieren: So ist im o. g. *Strategiepapier* zu lesen, daß das entscheidende Problem »nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit« Deutschlands sei, und mithin *nicht* die Kosten der Arbeit, sondern der Rückgang von Binnen- nachfrage und Investitionen. Die deutsche Wirtschaft hat also *nicht* in erster Linie ein »Angebotsproblem«, sondern ein »Nachfrageproblem«. Diese Einschätzung wird übrigens auch von vielen Wirtschaftsexperten geteilt, weshalb die unterbreiteten Lösungsvorschläge vor allem auf eine Erhöhung der *Nachfrage* gerichtet sind und erst in zweiter Linie die Angebots- und Kostenseite betreffen.

In der *Agenda 2010* findet sich indes überraschenderweise kaum etwas davon wieder. Statt dessen werden das Ausbleiben des Wachstums und die Zunahme der Arbeitslosigkeit hier vor allem auf »strukturelle Ursachen« zurückgeführt, insbesondere auf den Anstieg der *Lohnnebenkosten*. Woraus erklärt sich dieser plötzliche Sinneswandel und worauf ist er zurückzuführen? – Bekanntlich sind ökonomische Diagnosen in hohem Maße »Glaubensbekenntnisse«, das heißt, nicht die Fakten und empirischen Tatbestände bestimmen die Problemsicht, sondern die »paradigmatische Brille«, durch welche diese betrachtet werden. So ist es auch hier: Während Wachstumsschwäche und Beschäftigungsrückgang für die einen ein Nachfrageproblem ist, ist es für andere ein Kosten- und damit ein Angebotsproblem. Hinter jedem Paradigma stecken jedoch handfeste ökonomische Interessen, so daß die unterschiedlichen Lösungsansätze jeweils im Verteilungskampf ihre Gewinner und ihre Verlierer haben. Im Falle einer Interpretation der gegenwärtigen Misere als »Lohnnebenkostenproblem« und einer »Lösung« desselben durch Verlagerung dieser Kosten in die privaten Haushalte sind die Unternehmen die eindeutigen Gewinner. Indem die Schröder-Regierung die Lohnnebenkosten nunmehr zum Hauptproblem erklärt, ist sie dabei, hier einen Paradigmenwechsel zu vollziehen und ihre Interes-

Deutsche Bundesbank:
Monatsberichte März 2002
und Mai 2003, jeweils S.
64*.

»Unser Problem ist nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die ist exzellent ... Deutschlands Position als Exportwettbewerbmeister ist ungefährdet. Unser Problem sind Binnennachfrage und Investitionen, die sich in der Vergangenheit häufig schlechter entwickelten als ... erwartet.« (FAZ, vom 4. Januar 2003, S. 5)

Einleitend ist in der Agenda 2010 zu lesen: »Die Lage ... ist international wie national äußerst angespannt ... Deutschland hat darüber hinaus ... mit einer Wachstumsschwäche zu kämpfen, die auch strukturelle Ursachen hat. Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen.« (S. 1)

Vgl. Hans Christoph Binswanger: Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München 1998 sowie die Rezension dazu in UTOPIE kreativ, Heft 105 (Juli 1999), S. 90 ff.

So schreibt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): »Die rot-grüne Regierung scheint ... ihre reformpolitische Lethargie abzuschütteln ... vor allem die

Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarkts ... Bringt Bundeskanzler Schröder diese Herzstücke seiner Reformagenda tatsächlich über die parlamentarischen Hürden ... kann er sich des Schulterklopfens von ungewohnter Seite sicher sein.« (iwd Nr. 21, 22. Mai 2003, S. 4)

Vgl. Heiner Flassbeck: Lohnnebenkosten und andere Konfusionen, in: Wirtschaft und Markt, Februar 2003.

Vcr.di (Hrsg.): »Lohnnebenkosten« senken? Berlin 2003.

Jochen Pimpertz: Leitlinien zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, Köln (IW) 2002

senvertretung radikal zu ändern. Dies wird nirgendwo deutlicher als in dem Beifall, den sie dafür von der Arbeitgeberseite und von den Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP im Bundestag erhält, während die Gewerkschaften dazu deutlich auf Distanz gehen, ebenso die Sozialverbände, Kirchen und »linken« Parteien.

Scheinproblem Lohnnebenkosten

Kommen wir zurück zu den *Lohnnebenkosten*. Daß diese nunmehr im Zentrum der wirtschaftspolitischen Kontroverse stehen, ist nicht nur Ausdruck eines politischen Paradigmenwechsels, sondern zugleich ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie groß die »Konfusion in wirtschaftlichen Fragen« (Heiner Flassbeck) inzwischen ist. Die Lohnnebenkosten sind bekanntlich *ein Teil* der Arbeitskosten. Sie werden teils vom Arbeitgeber, teils vom Arbeitnehmer aufgebracht und dienen der sozialen Absicherung des Arbeitnehmers im Krankheitsfalle, bei Unfällen, bei Arbeitslosigkeit sowie im Alter. Nun ist es eine Tatsache daß diese Kosten im Laufe der Zeit absolut und relativ gestiegen sind, seit 1982 von 34 Prozent der Gesamtarbeitskosten auf inzwischen fast 42 Prozent. Dies ist beachtlich, aber erklärbar, denn dahinter verbergen sich die gestiegenen Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung als Ausdruck vor allem demographischer Veränderungsprozesse und anhaltender ungelöster Beschäftigungsprobleme. Indem man die Lohnnebenkosten von den übrigen Lohnbestandteilen isoliert und sie zur Hauptursache für das ausbleibende Wachstum und die Arbeitslosigkeit erklärt, folgt man einer absurden Logik. Denn die Lohnnebenkosten sind *Bestandteil* des Lohnes, was zur Folge hat, daß ihre Reduktion nichts anderes wäre als eine Lohnkürzung. Dafür aber gibt es – außer dem unternehmerischen Interesse – momentan überhaupt keinen Grund, da die Arbeitskosten insgesamt in Deutschland, gemessen an der Produktivität, keineswegs zu hoch sind, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beweist. Ganz im Gegenteil: Empirisch läßt sich zeigen, daß die Arbeitskosten in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren in ihrer Entwicklung um ca. 15 Prozent hinter der Produktivität zurückgeblieben sind, sich die Einkommensverteilung also kontinuierlich zuungunsten der Arbeitnehmer verschoben hat. Mit den jetzt angestrebten Maßnahmen würde dieser Trend beschleunigt fortgesetzt werden, während diese Regierung doch einst mit dem Vorsatz angetreten ist, diesen Trend – nach 16 Jahren Kohl – *umzukehren*. Wenn das kein Paradigmenwechsel ist!

Aber selbst eine Änderung der Form der Finanzierung der Sozialversicherungsleistungen bliebe für Wachstum und Beschäftigung wirkungslos. Denn würde man die paritätisch beitragsfinanzierten Systeme auf freiwillige Formen der privaten Sicherung umstellen, so müßten, soll es nicht zu einer Absenkung des Niveaus der sozialen Sicherung kommen, die Lohnzahlungen in gleichem Umfange steigen wie die Lohnnebenkosten sinken würden. Ökonomisch wäre der Effekt also gleich Null, da die Arbeitskosten insgesamt unverändert blieben. Dies würde sich jedoch anders darstellen, wenn sich die Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung partiell zurückzögen und diese dadurch mehr und mehr zur Privat-

sache der Arbeitnehmer würde, ohne daß ein Lohnzuschlag erfolgte. In diesem Fall gäbe es einen deutlichen Umverteilungseffekt zugunsten der Arbeitgeber. Gegenwärtig aber gibt es wohl keinen Konsens, ein solches Modell wirklich durchzusetzen.

Betriebswirtschaftliches Kalkül statt volkswirtschaftlicher Vernunft
Es gehört zu den Prinzipien gegenwärtigen ökonomischen Denkens, makroökonomische Problemstellungen auf mikroökonomische Wirkungsabläufe zurückführen zu wollen bzw. volkswirtschaftliche Aspekte auszublenden und statt dessen betriebswirtschaftlich zu argumentieren. Diese Dominanz einzel- statt gesamtwirtschaftlichen Denkens führt jedoch wirtschaftspolitisch regelmäßig zu Fehlschlüssen und Irrtümern, die teuer bezahlt werden müssen. So wird es auch diesmal sein, wenn versucht wird, durch eine Kürzung von Sozialleistungen positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu erzielen. Was kommt dabei heraus, wenn, wie mit der *Agenda 2010* geplant, die Leistungen des Staates reduziert werden, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes drastisch verkürzt, die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und bestimmte Sozialleistungen gestrichen werden? – Zunächst eine Ausgabenreduzierung beim Staat bzw. den Sozialversicherungskassen. Defizite könnten dadurch leichter abgebaut, Haushalte konsolidiert werden. Zweitens aber hat dies eine Umverteilung innerhalb der Gesellschaft zur Folge, zugunsten der Beitragszahler und zu Lasten der Transferempfänger. Oberflächlich betrachtet scheint dies unproblematisch, unter bestimmtem Aspekt wäre es sogar leistungsgerecht, da dadurch möglicherweise auch der Sozialmißbrauch eingeschränkt werden würde, makroökonomisch impliziert diese Umverteilung jedoch eine fatale Konsequenz, nämlich den *Rückgang* der aggregierten Nachfrage, wodurch letztlich alle verlieren. Dies kommt dadurch zustande, daß die Gewinner der Umverteilung ihr Mehreinkommen nur *zum Teil* wieder ausgeben, einen anderen Teil aber sparen, während die Verlierer definitiv weniger ausgeben können. Da die Sparquote mit steigendem Einkommen steigt, sinkt durch diese Umverteilung die Gesamtnachfrage nach Konsumgütern – ein Vorgang mit fatalen Folgen, welche da sind: Umsatzrückgang, Gewinneinbruch, Preisverfall, Beschäftigungsabbau, Investitionsabnahme, schließlich Rezession.

Eine Krise würde durch derartige Maßnahmen also nicht überwunden werden, sondern entschieden verschärft. Will man das? Sicherlich nicht, aber eine betriebswirtschaftlich angedachte und kurzfristig im Unternehmerinteresse durchgeführte Reform, welche volkswirtschaftliche Zusammenhänge systematisch ignoriert, hätte zwangsläufig diese Wirkung.

Ein Bereich, wo dies schlagend hervortritt, ist die *Finanzpolitik*. Seit Antritt der rot-grünen Regierung (1998) gilt »Sparen« als oberstes Gebot, insbesondere bei Investitionen und Sozialausgaben. Begründet wird dies mit den strikten Sparauflagen aus Brüssel, die maßgeblich von Deutschland durchgesetzt worden sind, sowie der steigenden Zinslast der öffentlichen Haushalte. Gestützt wird diese Politik aber auch von der hausväterlichen Vorstellung, eine Volkswirtschaft würde durch Sparen reicher, durch die Aufnahme von Krediten aber ärmer werden. So einsichtig wie dies ist, so falsch ist

In einem leicht nachvollziehbaren Modell hat Johannes Steffen berechnet, welche Auswirkungen die einzelnen Reformschritte für einen Durchschnittsverdiener künftig haben werden, angefangen von »Hartz I« bis zu den Abzügen infolge der *Agenda 2010*. Die Zahlen sind beeindruckend. Rechnet man die hier gemachten Angaben auf die Volkswirtschaft um, so erhält man eine Vorstellung, in welchem Maße dadurch nicht nur der Sozialabbau vorangetrieben wird, sondern zugleich die aggregierte Nachfrage reduziert, was direkt in die Rezession führen wird – aber kaum wieder heraus (vgl. Johannes Steffen: Weder Arbeit noch soziale Gerechtigkeit, in: Sozialismus 30. Jg., Heft 5/2003, S. 4-8).

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnte jüngst eindringlich vor einer Deflations- und Rezessionsspirale in Deutschland. In einer Studie stellte er fest, »dass angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums in Deutschland, in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit und den Schwierigkeiten des Bankwesens, die Gefahren eines Rückgangs des Preisniveaus beträchtlich seien.« (FAZ vom 19. Mai 2003).

Michael Wendl: Konfusion nach der Regierungserklärung, in: Sozialismus, 30. Jg., Heft 5/2003, S. 10.

Heiner Flassbeck: Ruck ins Nirwana, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Februar 2003.

Heiner Flassbeck: Die Schröder-Rede: Heiße Luft von A - Z, in: Frankfurter Rundschau vom 15. März 2003.

es, denn öffentliche Schulden sind etwas grundsätzlich anderes als private und eine Volkswirtschaft funktioniert nach prinzipiell anderen Regeln als ein Familienhaushalt. In der ökonomischen Theorie findet dies im sog. Sparparadoxon seinen Ausdruck, welches besagt, daß mit zunehmender Sparneigung der Einkommensmultiplikator *sinkt*. Das heißt, im Gegensatz zu einzelwirtschaftlichen Vorstellungen, wonach verstärktes Sparen zu Reichtum und Wohlstand führt, ist dieses volkswirtschaftlich gleichbedeutend mit einem Rückgang des Konsums, also einem Nachfrageausfall. Die Folgen in Zeiten einer ohnehin schwachen Konjunktur sind, wie oben beschrieben, Preisverfall, Produktionsrückgang, Beschäftigungsabbau, Einkommensverlust etc., schließlich Rezession. Auf diese Weise kann sich eine Volkswirtschaft in eine Krise *hineinmanövrieren*, aber nicht wieder *heraussparen*. Dazu bedarf es vielmehr einer entgegengesetzten Politik, das heißt vermehrter Ausgaben, zusätzlicher Krediterschöpfung und steigender Schuldenaufnahme. Übt sich der Staat dagegen im Sparen und verbindet dieses Konzept überdies noch mit einer Privatisierungspolitik öffentlicher Aufgaben, so verstärkt sich der rezessive Effekt. Denn im Unterschied zum Staat, welcher alle Einnahmen, die ihm zufließen, sofort wieder ausgibt, also nachfragewirksam werden läßt, tun dies Private in der Regel nicht. Sie sparen einen Teil ihrer Einnahmen oder investieren diese im Ausland, mit den bekannten Folgen für die Konjunktur. – Man sieht hieran, wie irrwitzig sich in Zeiten konjunktureller Schwäche eine forcierte Sparpolitik ausnimmt. Michael Wendl spricht in diesem Zusammenhang zu recht von einem »vorwissenschaftlichen Fundamentalismus«, dessen Plausibilität auf einer »Ökonomie des ersten Augenscheins« beruht, nicht aber auf der professionellen Kenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge. Betroffen von dieser »makroökonomischen Dummheit« sind letztlich auch die Unternehmen, denn »wo auch immer etwas gekürzt wird, negativ betroffen sind immer zuerst die Gewinne« (Heiner Flassbeck), da diese sich aus den Umsätzen speisen und, wenn diese zurückgehen, zwangsläufig fallen. Aber das wird erst zur Kenntnis genommen, wenn es zu spät ist, wenn sich die Abwärtsspirale der Wirtschaft bereits zu drehen begonnen hat.

Umverteilung statt Erwirtschaftung

Mit der *Agenda 2010* wird das Ziel verfolgt, bessere Rahmenbedingungen für »mehr Wachstum und mehr Beschäftigung« zu schaffen. Zu diesem Zwecke, so der Kanzler, seien »der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung unabweisbar geworden«. Dagegen läßt sich grundsätzlich kaum etwas einwenden. Schaut man sich die dazu vorgesehenen Maßnahmen jedoch genauer an, so läuft vieles lediglich auf eine Umverteilung vorhandener Ressourcen hinaus, während die Erwirtschaftung *zusätzlicher* Mittel verhältnismäßig kurz kommt. Es gibt kein »kurzfristiges Konjunkturprogramm«, keine »neuen Schulden«, keine Steuererhöhungen – wodurch soll das zusätzliche Wachstum dann aber kommen?

»Im Kern«, schreibt Heiner Flassbeck, »läuft die Ökonomie der Agenda ... darauf hinaus, durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Umfinanzierung der Sozialhilfe die Gemeinden zu entlasten

und auf diese Weise ein paar öffentliche Investitionen zu finanzieren. Oder anders: Die Arbeitslosen finanzieren jetzt den Straßenbau ... Ist das nicht eine gute Idee...? Wir finanzieren öffentliche Investitionen statt des Konsums der Transferempfänger. Das ist nicht nur für die Bauindustrie gut, es schafft auch Arbeitsplätze...« – In Wirklichkeit ist dies reine Augenauswischerei und ökonomischer Unsinn: Man kürzt die Leistungen für Arbeitslose und damit den Konsum. Mit dem Umsatz aber brechen die Gewinne ein, die Investitionen gehen zurück, die Beschäftigung sinkt. Im Gegenzug investiert man die freigesetzten Mittel an anderer Stelle, zum Beispiel im Bauwesen, schafft dort Arbeitsplätze, zahlt Einkommen usw. Ein Teil der offenen Stellen wird besetzt, aber um den Preis neuer Arbeitslosigkeit an anderer Stelle. Was bringt das volkswirtschaftlich? »Per Saldo«, so Flassbeck, ist schließlich »außer Umverteilung nichts gewesen«. – Und das ist offensichtlich keine Lösung. Die Lösung wäre »frisches Geld«, Kreditschöpfung, neue Investitionen – aber davon steht nichts in der *Agenda*, welche ein Programm ist, um das bereits erwirtschaftete anders als bisher zu verteilen, vielleicht effektiver, vielleicht sogar gerechter, aber es wird dadurch nicht mehr werden. Insofern ist die *Agenda* kein Programm für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung, sondern bestenfalls ein Konzept für eine »bessere« Verteilung des Erwirtschafteten. Die Paradoxie des Ganzen läßt sich auch so ausdrücken: »Wohlstand und soziale Sicherheit sind nur durch zusätzliche Arbeitsplätze zu erhalten. Zusätzliche Arbeitsplätze aber entstehen nur, wenn ein ausreichendes Wirtschaftswachstum erzielt wird. Wirtschaftswachstum aber ist nur möglich, wenn Löhne und Nebenkosten ... gesenkt werden, wenn also auf Wohlstand und soziale Sicherheit verzichtet wird.« (Egon W. Kreutzer) – Ist das nicht eine absurde Logik?

Generationenvertrag versus Gerontokratie

»Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner ...«, so steht es in der *Agenda 2010*. Im einzelnen sind die Belastungen dann jedoch sehr ungleich verteilt: Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern werden große Opfer abverlangt, während Unternehmer, Freiberufler und Rentner eher geschont werden. Was die Unternehmer anbetrifft, so bleibt abzuwarten, welche konkreten Maßnahmen die Regierung ergreifen wird, um durchzusetzen, daß diese »ihre soziale und ... ökonomische Verantwortung« künftig besser wahrnehmen, bei den Rentnern zeichnet sich indes schon jetzt ab, daß es bestimmte Anpassungen geben wird, aber keine Einschnitte, vergleichbar denen bei Arbeitslosen. In Anbetracht der gravierenden demographischen Veränderungen, die sich in den kommenden Jahren vollziehen werden, bleibt dies unverständlich, denn ein nicht zu unterschätzender Teil der Finanzprobleme des Staates rührt daher, daß Deutschland sich »das großzügigste Rentensystem der gesamten Welt« (Hans-Werner Sinn) leistet – freilich auf Kosten der Beitragszahler und des Staates. So wird mit den Vorschlägen der Rürup-Kommission und der *Agenda* weder der von der jetzigen Rentnergeneration in den 80er Jahren aufgekündigte Generationenvertrag durch ein angemessenes Verhältnis zwischen Ren-

Vgl. »Auf Kosten der Jungen«, in: *Der Spiegel*, 3. Februar 1997, S. 25 ff. sowie Meinhard Miegel, Stefanie Wahl: *Das Ende des Individualismus*, 2. Aufl., München 1994; Hans-Jürgen Krupp: *Langfristige Perspektiven der Alterssicherung*, in: *Wirtschaftsdienst* 1998, S. 582 ff.; Daniel Besendorfer, Christoph Borgmann, Bernd Raffelhüschen: *Ein Plädoyer für intergenerative Ausgewogenheit: Reformvorschläge auf dem Prüfstand*, in: *ifo Studien*, München 1998; Peter Bofinger, S. Fasshauer: *Probleme und Scheinprobleme der Alterssicherung in Deutschland*, in: *Wirtschaftsdienst* 1999, S. 260-268; Ulrich Busch: *Rentendebatte und Generationenkonflikt*, in: *Berliner Debatte*. INITIAL, 10. Jg. (1999) 4/5, S. 35-49.

Vgl. Hans-Werner Sinn: Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen, in: ifo schnellendienst, 56. Jg., 5/2003, S. 20-36.

tenbeitrag und Rentenniveau wieder herstellt, noch wird die Umverteilung, bei der gegenwärtig «die Alten die Jungen ausplündern» (Der Spiegel), gestoppt. Eher ist das Gegenteil zu vermuten, eine Regelung, die den drohenden Kollaps der Rentenversicherung in die Zukunft schiebt und ihn damit nicht verhindert, sondern nur noch wahrscheinlicher macht.

Das Medianalter der Deutschen steigt unablässig, von 35 Jahren noch 1970 auf über 40 heute und 50 im Jahr 2030. Dies impliziert Jahr für Jahr absolut wie relativ eine Zunahme der Ruheständler. »Man muß kein formelles Rentenmodell berechnen«, um zu erkennen, daß diese Entwicklung »entweder eine Verdopplung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von jetzt 20 auf 40 % oder eine Halbierung der Renten relativ zu den Bruttolöhnen bedeuten wird.« (Hans-Werner Sinn) Innerhalb dieses Spektrums muß sich die Politik bewegen. Sie täte gut daran, diesen Konflikt endlich im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes anzugehen. Davon ist in der *Agenda 2010* aber nichts zu spüren. Eine Verschiebung des Renteneintrittsalters und entsprechende Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist alles, was der Politik dazu einfällt, eine Maßnahme, die angesichts der Situation älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt geradezu grotesk anmutet. Und selbst wenn der Übergang von der beitragsfinanzierten zur kapitalgedeckten Rente ein richtiger Schritt ist, so löst er doch nur das *finanzielle* Problem. Das eigentliche Problem, die Überalterung der Gesellschaft, wird davon nicht tangiert. Durchgreifende Maßnahmen, die hier Abhilfe schaffen würden und die tatsächlich in die Zukunft weisen, fehlen aber in der Reformagenda. Die EU-Kommission befürchtet sogar, daß Deutschland, indem es in der *Agenda 2010* keine überzeugende und nachvollziehbare Strategie gegen die Überalterung der Bevölkerung entwickle, »mittelfristig in ein Schuldendesaster ungeahnten Ausmaßes steuert« (Handelsblatt, 21. Mai 2003). Statt der Zahl der Kinder wird die Zahl der unterstützungsbedürftigen Vorrentner und Altersrentner in die Höhe schießen, wenn das Konzept der Regierung umgesetzt wird. Dies wäre eine Katastrophe für Deutschland!

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger von jetzt 1,5 Millionen könnte sich so rasch verdoppeln. Rechnet man die Langzeitarbeitslosen hinzu, die künftig aus der Arbeitslosenfinanzierung herausfallen, für die es aber keine Arbeitsplätze gibt, so scheint auch eine Verdreifachung nicht zu hoch gegriffen. Die bundesdeutsche Gesellschaft bekäme dadurch ein anderes Aussehen.

Die Alternativen

Seitdem die *Agenda 2010* publik gemacht wurde, mangelt es nicht an Kritik, Verbesserungs- und Änderungsvorschlägen sowie Alternativkonzepten. Dabei stechen zwei Vorschläge besonders hervor, das *Alternativkonzept des DGB* und die – bisher jedoch bloß als Absichts- und Grundsatzerklärung und noch nicht als ausgearbeitetes Programm vorliegende – *Agenda sozial* der PDS. Beide Konzepte gehen von einer ernsthaften Krisensituation in der Gesellschaft aus, versuchen dieser jedoch nicht mit Sozialabbau und einer forcierten Umverteilung von »unten« nach »oben« zu begegnen, sondern mit einer an der Keynes'schen Theorie orientierten Nachfra-

Vgl. »Leistungskürzungen verschärfen die Wirtschaftskrise«. Alternativkonzept zur Agenda 2010 des DGB, in: Frankfurter Rundschau online und »Agenda sozial«, hrsg. vom PDS-Parteivorstand, Mai 2003, www.sozialisten.de

gepolitik (DGB-Konzept) bzw. mit einer verstärkten Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Damit erweisen sie sich schon vom Ansatz her als echte Alternativen zum Regierungsprogramm, zugleich aber auch als ziemlich *chancenlos*, was ihre politische Realisierbarkeit anbelangt.

Dafür gibt es vor allem drei Gründe: *Erstens* ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Verwerfungen inzwischen so weit ins Bewußtsein der Politiker, aber auch der Bevölkerung vorgedrungen, daß vielen eine *radikale Korrektur* der bisherigen Politik unabweisbar erscheint. *Zweitens* aber gibt es, weit verbreitet und parteiübergreifend, Konsens darüber, daß diese Korrektur *nur* über die Rückführung staatlicher Leistungen und über einen massiven Sozialabbau möglich sei. Die ideologische Offensive des Neoliberalismus, die Dominanz betriebswirtschaftlichen Denkens in der Ökonomie, die Umlenkung des Sozialneids von den Vermögenden auf die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, der Besitzindividualismus und die in der bisherigen Geschichte beispiellose *Entsolidarisierung* der Gesellschaft – linke Parteien und Institutionen, karitative, kirchliche u.a. Einrichtungen durchaus eingeschlossen –, all das hat ideologisch den Boden für ein radikales Strategieprogramm, wie die *Agenda 2010* es ist, und den Umbau der Gesellschaft im neoliberalen Sinne bestens vorbereitet, so daß sich sogar eine Mehrheit dafür findet.

Und *drittens* sind die realen Machtverhältnisse gegenwärtig derart, daß es die Unternehmervetreter sind, die Herren Hundt und Rogowski, Ackermann, Schrempf, Kirch, Cromme usw., die der Regierung den Kurs diktieren und nicht etwa umgekehrt, die Regierung Maßnahmen beschließen würde, wodurch die Macht der Großunternehmen geschwächt würde. Die *Agenda 2010* mit ihrer eindeutig unsozialen Akzentsetzung ist *selbst* Ausdruck dieses gegenüber früher deutlich veränderten Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Es wäre unter den gegebenen Bedingungen daher absurd und illusorisch, von ihr etwas anderes zu erwarten. – Was not tut, ist mithin eine Reformalternative, die bei den gesellschaftlichen Grundlagen ansetzt und sich nicht darauf beschränkt, ein geringer werdendes Mehrprodukt in einer stagnierenden Wirtschaft und bei schrumpfender Bevölkerung unter Inkaufnahme kollektiver Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsgruppen neu bzw. anders umzuverteilen. Worauf es ankommt ist vielmehr, die Weichen dafür zu stellen, daß ein größeres Sozialprodukt erwirtschaftet wird, die Wirtschaft also wieder wächst, Arbeitsplätze geschaffen werden und der Staat genug Mittel einnimmt, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Vgl. Ulrich Busch: Vermögensbesteuerung und Neidperversion, in: UTOPIE kreativ, Heft 147 (Januar 2003), S. 5-16.

THOMAS FALKNER

Politik als Chance

I.

Die PDS im Wechselspiel der politischen Emotionen und Intentionen: Auf den schrillen Parteitag von Gera folgte die öffentliche Stille um die Partei. Die Partei, vor allem ihre Basis, ernüchtert und zunehmend verunsichert, wurde sich ihrer politischen Ratlosigkeit und auch ihrer physischen Erschöpfung bewußt. Die innerparteiliche Koalition von Gera zerbrach, als deren reformorientierter Teil dieser Misere gewahr wurde – und der eher traditionalistische Flügel weiter unverdrossen den Traum von der erlösenden Kraft der allzu geradlinigen antikapitalistischen Floskeln träumte. Vor dem nun anstehenden Sonderparteitag ist ein Bemühen verschiedener innerparteilicher Akteure spürbar, einander ideologisch abgerüstet zu begegnen, miteinander vertrauten Grund zu finden und alte Bündnisse zu reaktivieren – die Partei soll weiter leben. Unmerklich erfolgt der Rückgriff auf alte Rituale, die bis weit in die zweite Hälfte der 90er Jahre die Partei zusammen gehalten haben: Untergangsbeschwörungen einerseits, Fixierung auf Personen und Symbole andererseits. Nach außen einen Gestus der Stärke, nach innen hin alle Aussagen so weit von den weltanschaulichen Differenzen abstrahiert, daß darunter fast alles möglich blieb. Das einigende Band der Sinnstiftung: Wir sind alle irgendwie Sozialisten, wollen also die ganz andere Gesellschaft – und die meisten von uns sind daran gebunden, daß sie sich den größten Teil ihres politischen Lebens als Kommunisten verstanden.

Doch die Dinge haben sich gewendet: Der Gestus der Stärke ist nach der spätestens seit Anfang 2002 unübersehbaren strategischen Spaltung der Partei und angesichts des Niedergangs bei der Bundestagswahl und in den Umfragen unglaubwürdig. Die Fixierung auf Personen erzwingt einen Umweg in die Parteigeschichte. Die Symbole sind leer, seit konkurrierende Parteien sie als politische Themen behandeln und der Ernst der Krise im Lande Entscheidungen statt Vorhaltungen verlangt. Und die Suche nach abstrakten weltanschaulichen Gemeinsamkeiten führt eben nicht zu relevanten Eingriffen in die gegenwärtige deutsche Reformdebatte, sondern bestenfalls zu einer innerparteilichen Einigung darüber, was nach diesem Reformprozeß so kommen soll.

Die jetzt mögliche personelle Neuordnung an der Parteispitze kann dazu führen, daß zunächst der Erosionsprozeß der Partei selbst und ihres engsten Umfeldes aufgehalten wird. Die Partei wird jedoch – mit tragischen persönlichen Folgen für die Spitzenkräfte wie für jede für die PDS Engagierte und jeden Engagierten – dennoch scheitern, wenn

Thomas Falkner – Jg. 1957; Dr. rer. pol.; Journalist und Publizist; Autor verschiedener Bücher über die Entwicklung der PDS und Aufsätze zur politischen Strategie der PDS. Mitverfasser von: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.

sie jetzt nicht ernsthaft daran geht, sich als tatsächlich *politische* Partei neu zu konstituieren. Also auch: die *politische* Integration zu entdecken und zu praktizieren – und damit erst wirklich den weltanschaulichen Pluralismus zu ermöglichen.

Konsequentes Auftreten und Handeln als politische Partei – darum geht es bei dem in letzter Zeit gelegentlich benutzten Begriff einer »neuen Performance« der PDS. Das betrifft die Gesamtpartei – nicht nur einzelne Akteure, Gruppen oder Landesverbände, denen dies – quasi am Rande des bestimmenden ideologischen Betriebs – gestattet wird. Politisches Auftreten und Handeln der eigenen Partei muß man wollen – nicht nur hinnehmen.

II.

Was ist der Kern des Politischen? Entscheidungen über den Gang der Dinge in der Gesellschaft vorbereiten, herbeiführen, fällen und durchsetzen. Und kontrollieren. Wenn es der Partei gelingt, sich darum zu gruppieren, so wird sie sowohl zu innerer Integration wie vor allem zur Interventionsfähigkeit nach außen finden. Einen, wie es im PDS-Deutsch heißt, »Gebrauchswert« für die Gesellschaft präsentieren.

Was bedeutet dies nun?

Um welche Entscheidungen es geht, ist *zunächst nicht* in das Belieben von Parteien selbst gestellt. Dies zu akzeptieren, könnte zunächst schwer fallen. Denn die konkreten Entscheidungen leiten sich aus den existentiellen Gründen ab, warum Menschen in Gesellschaft leben und sich auch der Autorität eines Staates unterwerfen – nämlich um Sicherheit für Leib und Leben, Hab und Gut zu erlangen. Und das für Gegenwart *und* Zukunft – politisch relevant aber ist nie allein nur das Künftige. Was konkret das bedeutet, um welche Gegenstände es geht, wessen Interessen dabei in welcher Weise gewichtet werden, wer dabei profitiert, wer benachteiligt wird – all dies ist dann im politischen Raum heftig umkämpft. Hier müssen auch demokratische Sozialistinnen und Sozialisten ihren Platz finden.

Und sogar den Zugang zu diesem Platz können politische Kräfte nicht völlig willkürlich bestimmen. Alle relevanten politischen Parteien in den Demokratien der Gegenwart wurzeln in den politisch-geistigen Grundströmungen der bürgerlich-kapitalistischen Epoche – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Demokratie. Zwar gibt es Überschneidungen und wechselseitige Adaptionen, gegen diese Vorprägungen aber kann – und will in der Regel – auch keine politische Partei an. Daraus entwickeln sie ihre spezifischen Themen, mit denen sie in bestimmten politischen Abschnitten definiert werden. Gelingt die Übersetzung nicht, eröffnen sich auf der Grundlage neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und der Affinität der Problemlage zu den bestehenden Grundströmungen Chancen und Notwendigkeiten für neue politische Parteien. Exemplarisch dafür stehen die Grünen in Europa.

Aber auch die PDS in Deutschland. Ihre Lebensfähigkeit ist weniger ein Produkt des Willens der verschiedenen Erneuerergruppen aus der SED, als vielmehr ein Produkt des – weitgehend bewußt in Kauf genommenen – Versagens der bestehenden westdeutschen Parteien bei der Integration des Ostens in das vereinte Deutschland und der damit verbundenen sozialen Mißstände wie auch außenpolitischen

(friedenspolitischen und damit die nationale Identität betreffenden) Fehlentwicklungen. Das Scheitern der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 hat sicher vielerlei Gründe – dazu gehört aber auf jeden Fall das Unvermögen der PDS, aus diesen Themen (PDS-intern als »Images« verstanden und gehandhabt) eigenständiges politisches Handeln zu entwickeln, also entsprechende, von ihr beeinflusste und nur von ihr initiiierbare Entscheidungen vorzuweisen (Referenzen).

Gleichwohl verweist die Tatsache, daß die PDS allein mit dem Gestus als Ostpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit und Friedenspartei nicht mehr hinreichend Mobilisierungskraft hatte, darauf, daß die Bedeutung dieser Themen – so, wie sie in den 90er Jahren verstanden wurden – zurück geht.

Die politische Neubestimmung der Themen sozialistischer Politik muß der zentrale Diskursgegenstand der bevorstehenden Phase – von der Vorbereitung des Sonderparteitages über den Programmparteitag bis zur Vor-Entscheidung über die politische Positionierung zu den Europa- und Landtagswahlen 2004 – sein.

Nur thesenhaft sei dazu festgestellt: Weder das klassische »Ost«-Thema (wegen der zunehmenden Ausdifferenzierung der Teilgesellschaft Ost und der zunehmenden Komplexität der Ost-West-Verflechtungen in den gesellschaftlichen Problemen) noch der Impetus der »alleinigen Anti-Kriegspartei« (wegen des Verlustes der Alleinstellung und – dies vor allem – wegen der entstandenen und tatsächliche Aushandlungsfähigkeit voraussetzenden Mehrdimensionalität des Themas) können dafür einfach in das neue Jahrzehnt fortgeschrieben werden. Zentraler gesellschaftlicher Diskursgegenstand sind die sozialen Fragen (zu deren Bestandteilen »der Osten« und eine sozial gerechte Globalisierung gehören); hier also muß die PDS vor allem ansetzen. Das verlangt: Lücken in Diskurs und Entscheidungsprozeß schließen wollen. Wer meint, das Erfolgsrezept liege darin, im innerparteilichen Streit der SPD Partei zu ergreifen (und sich perspektivisch in der Sache an die voraussichtlichen Verlierer dieses Streits – die SPD-Linke und den Gewerkschaftsflügel – zu binden), der unterliegt einem Irrglauben. *Die PDS wird tatsächlich nur dann einen »Gebrauchswert« erlangen, wenn sie sich zur sozial-innovativsten Partei Deutschlands entwickelt, wenn ihr Haupt-Thema (nicht selbst ernanntes Image!) eine soziale Integration neuer Art in Deutschland (West wie Ost) wird.* Und: Wenn sie sich auf *dieser* Grundlage (und eben nicht sozial-konservativer Basis) mit dem sozialen Protest im Lande verbündet, seine Anliegen auf ihre Weise in den politischen Raum einführt.

Nur auf eine solche Weise kann sie tatsächlich Entscheidungen *vorbereiten*, was bedeutet, zum gegebenen Zeitpunkt notwendige konkrete, positive Ziele setzen und dafür entscheidungsfähige Optionen inhaltlich ausarbeiten und kommunizieren. Und zwar nicht, indem der Kompromiß auf der Linie des politischen Wettbewerbers bereits vorweg genommen wird, sondern so, daß die Möglichkeit eines Kompromisses eröffnet wird, in dem sich die eigene Substanz zu großen Teilen wieder findet.

Freilich: Dies verlangt Ressourcen, vor allem Expertise. Mit dem Verlust der Bundestagsfraktion hat die PDS viel davon verloren; in der Phase der politischen Handlungsunfähigkeit des Vorstandes nach

Die Rückkehr der PDS als Gesamtpartei auf die bundespolitische Bühne muß mit einer politischen Neubestimmung ihrer Themen einhergehen.

Die PDS hat die Chance, sich zur sozial-innovativsten Partei Deutschlands zu entwickeln.

dem Geraer Parteitag sind weitere Verluste eingetreten, wurde Zeit für notwendige Arbeiten und Debatten verloren. Will die PDS auf die bundespolitische Bühne zurückkehren, so muß es ein Anliegen der gesamten Partei sein, diesen *Ressourcenausfall so weit wie irgend möglich zu kompensieren*. So wichtig die Landtagsfraktionen sind – sechs Mal Landespolitik sind noch lange nicht eine Bundespolitik, die Bestand im Parteienwettbewerb hat. Der neue Parteivorstand wird vor der Frage stehen, wie er Ressourcen für einen Erfolg versprechenden bundespolitischen Auftritt der Partei mobilisiert – innerhalb wie außerhalb der PDS. Eine *Aktion »IdeenSpenden«* könnte dafür hilfreich sein – ein Aufruf, sowohl Ideen und Konzepte für eine wirksame sozialistische Politik in Deutschland als auch finanzielle Mittel zu spenden, um solche Ideen intern und extern weiter auszuarbeiten. Die Partei müßte dafür freilich von ihrem Gestus der Allwissenheit herunter, sie bräuchte eine offenere Programmatik (dazu weiter unten) – und sie müßte vor allem endlich dazu übergehen, ihre beiden Vertreterinnen im Bundestag tatsächlich zu unterstützen und prominent in die Entwicklung der Parteipolitik einzubinden.

Doch zurück zum Herbeiführen von Entscheidungen. Dies ist eine bezüglich des Ausgangs noch offene Phase politischer Willensbildung. Man muß sie erkennen und nutzen – wenn man sie verpaßt oder schlicht daneben agiert, hat es keinen Sinn, so zu tun, als sei noch alles offen. Dann richtet sich bestenfalls der Kampf darauf, die Fragen überhaupt erst wieder auf die Tagesordnung zu setzen. (Dann aber ist man wieder einen Schritt zurückgefallen und darf sich nicht allein darauf reduzieren – oder reduzieren lassen.) In dieser Phase bilden sich in einer pluralistischen Gesellschaft Lager und Allianzen, neue Kräfte werden mobilisiert, Interessen werden artikuliert, zusammen geführt, gewichtet, umgesetzt oder ausgegrenzt. Parteien spielen hier eine zentrale Rolle – aber nicht isoliert in einem Raumschiff unter sich über der erdabgewandten Seite des Mondes und in seinem Funkschatten.

Interessenaggregation ist immer dort am einfachsten, wo der Politik bestimmte Interessen strukturiert und organisiert gegenüber treten – in Gestalt von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, von Lobbyisten aller Art, von Attac oder Bürgerinitiativen unterschiedlichster Anliegen. Dies um so mehr, als gerade strukturierte Interessenvertretung in der Regel auch in der Lage ist, sich in der Öffentlichkeit – vor allem auch über die Medien – Gehör und Einfluß zu verschaffen. Politische Verantwortung umfaßt aber mehr, als nur organisierten Interessen nach dem Munde zu reden. Politische Verantwortung verlangt noch viel mehr, diese Interessen gegeneinander abzuwägen, zu gewichten und auszutarieren. Mehr noch: Dies darf nicht nur im Rahmen der organisiert vorgetragenen Interessen geschehen – sondern auch unter Einbeziehung der nicht strukturierten Interessen in der Gesellschaft: jener von neu entstehenden sozialen Gruppen, von den Schwachen, Ausgegrenzten, Desintegrierten – und nicht zuletzt jener, die durch ihre besondere Lebenslage (noch) keinen Einfluß auf die gesellschaftlichen Belange von heute nehmen können, insbesondere also die Kinder, die nachwachsenden Generationen. Was also Politik leisten muß, wenn sie Entscheidungen herbeiführt, ist weitaus mehr als eine mechanische Übertragung des gesellschaftlichen Interessenspiels in die politischen Institutionen.

Wo es darum geht, Entscheidungen herbei zu führen, bündelt sich die Interessenaggregation bei und durch Parteien. Dies ist die Bewährungssituation der Partei von unten, einer Partei, die in diesem Zusammenhang völlig zu Recht den Anspruch erhebt, ein gesellschaftliches »Mitte-Unten-Projekt« vertreten zu wollen.

»Die Ost-Identität von heute ist das wiedererstarke Selbstbewusstsein und der Anspruch erheblicher Gruppen der Ostdeutschen, dass sie mit ihren Biografien, mit ihren Erfahrungen und Werten, mit ihren Gesellschaftsbildern und Lebensplänen legitimer und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft der neuen Bundesrepublik sind.«. Dietmar Wittich: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten, Hamburg, S. 53.

Beide Gruppen – die der ostdeutschen Tristesse Ausgelieferten und die in den Zentren des Ostens nach ihren Wegen suchenden »neuen Ossid« politisch zusammenzuführen, ihnen ein politisches und kulturelles Leitbild für die Entwicklung dieser Region in den nächsten Jahren verlässlich anzubieten und damit gesellschaftliche Kraft frei zu setzen – das wäre eine zentrale Aufgabe für eine erneuerte PDS als Partei mit ostdeutscher Tradition und auf dem Weg zu einer Partei für eine Zukunftsregion in Deutschland, künftig einer »Partei der Regionen«. Petra Pau: Die PDS am Beginn einer weiteren Etappe ihrer Erneuerung. Diskussionsangebot vom 22. Mai. 2000. Zitiert nach: http://www.petrापau.de/pds/index_rue.htm.

Die PDS war in ihren erfolgreichen Zeiten sehr wohl in der Lage, marginalisierte und nicht organisierte Interessen aufzugreifen und in ihren bundespolitischen Auftritt zu integrieren. Sie hat es kraft ihrer Existenz und ihres Auftretens geschafft, von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung als Ausdruck ihres erstarkenden Selbstbewusstseins und als Symbol ihres selbst nicht oder nur in geringerem Maße geführten Kampfes um den aufrechten Gang in die deutsche Einheit angesehen zu werden. Dieser enge kulturelle Kontakt ist seit Ende der 90er Jahre verloren gegangen. Die PDS hat weder wirkliche Tuchfühlung zu den in die ostdeutsche Provinztristesse abgesackten Resignierten und langfristigen Verlierern der deutschen Einheit oder zu deren in den Westen abwandernden Geschwistern, Kindern und Enkeln gehalten, noch hat sie sich wirklich bei jenen »neuen Ossid« verankern können, die – unabhängig von Geburtsort und -jahr – kraft eigener Lebensentscheidung die Leistungszentren des Ostens als den Ort ausgewählt haben, an dem sie dem eigenen Leben eine Perspektive geben wollen.

Am Ende schließlich werden Entscheidungen gefällt und durchgesetzt, Umsetzung und Ergebnis kontrolliert. Dies ist der klassische Part von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen. Dort jeweils mit möglichst großer Stärke präsent sein zu wollen, liegt in der Logik des Politischen. Wer Entscheidungen in seinem Sinne nicht fällen und durchsetzen will, entbehrt jeder politischen Glaubwürdigkeit. Wer die Präsenz in Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen zum inhaltsleeren Selbstzweck macht, handelt ebenfalls nicht politisch. Aber das ist eigentlich banal. Und es gilt für jede Phase des politischen Prozesses: Wer sie verabsolutiert, tritt aus dem eigentlich Politischen heraus. Die Kunst besteht darin, die Balance zu gewährleisten und das eine in das andere greifen zu lassen. Das ist es, was die PDS lernen muß. Jetzt oder nie.

III.

Angeichts der von allen Seiten als existentiell erkannten Krise der Partei geht es also im umfassendsten Sinne um einen die bisherigen Defizite – auch programmatischer Art – überwindenden praktikablen Gegen- bzw. Neuentwurf der PDS-Performance (inhaltlich und personell). Diese neue PDS-Performance muß sich auf die Gesellschaft richten – konsequent und ohne ängstliche Rückschau. Die vordergründige Frage ist nicht, welche Defizite der letzten Jahre jetzt durch Neujustierung und starke Akzentuierung bereits vorhandener PDS-Positionen und innerparteilicher Kompromisse geschlossen werden können – sondern welche Defizite der *gesellschaftliche* Reformdiskurs aufweist und was Sozialistinnen und Sozialisten angesichts dessen innovativ einbringen können. (Auf diesem Wege wird man auch interne Defizite überwinden können.) Nur so ist jenes zentrale Image wieder zu gewinnen, das Harald Pätzolt als »schlaue Lösungen« beschreibt. Aber dann darf man eben nicht einfach behaupten, man habe sie – wie dies in den 90er Jahren üblich war und dann letztlich im Regierungshandeln tatsächlich entzaubert wurde, sondern man muß sie *entwickeln*. An einzelnen, konkreten Gegenständen beginnend – und dann ausgreifend und zu einer neuen, *politischen* Programmatik werdend.

Die Themen, die den derzeitigen Reformdiskurs in Deutschland prägen und in den die PDS politisch wie programmatisch eindringen muß, sind überschaubar:

- a) Der Aufbau auch in Zukunft beständiger sozialer Sicherungssysteme – insbesondere Renten und Gesundheit betreffend.
- b) Arbeitsmarktreform – oder umfassender gesagt, aber nicht alternativ zu denken: Umbau der Arbeitsgesellschaft.
- c) Die Entwicklung einer eigenständigen, global orientierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als Gegengewicht zum Unilateralismus der derzeit in den USA dominierenden Kräfte.
- d) Die Berücksichtigung der Spezifik Ostdeutschlands insbesondere bei den Punkten a) und b).

Bei der Behandlung dieser Themen gibt es im gesellschaftlichen Diskurs eine Reihe von Prämissen, die man nur bei Strafe des eigenen Untergangs ignorieren kann (da hilft auch die Etikettierung als »neoliberal« nichts):

- der demographische Wandel der Gesellschaft
- die Relationen zwischen Aktiven und Leistungsempfängern in den sozialen Sicherungssystemen generell
- die vor diesem Hintergrund notwendige Entlastung des Faktors Arbeit (für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber)
- ergo die Entwicklung neuer Finanzierungsgrundlagen für soziale Gerechtigkeit
- eine Umstrukturierung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Arbeitsmarkt, die einen Umbau der Arbeitsgesellschaft im Sinne der Schaffung von neuen Unternehmen(sformen) und (perspektivreichen, stabilen) Beschäftigungsverhältnissen ermöglicht
- die Neuausrichtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungspotentiale des Landes unter den Bedingungen von Globalisierung, Wissensgesellschaft/»Informationskapitalismus«, neuen Technologien etc. pp.
- Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand
- die politische, wirtschaftliche und auch militärische Organisation Europas (einschließlich einer klaren Definition europäischer Interessen und Prinzipien), die Abhängigkeiten von den USA reduziert und der »restlichen« Welt als attraktive Alternative zum Kurs der Bush-Administration (eigentlich der dahinter stehenden längerfristigen Linie im amerikanischen Establishment) angeboten werden kann.

Zu erwarten ist an dieser Stelle die Frage, wo denn dabei das Sozialistische bleibe. Und es wird die Sorge auftauchen, die PDS verliere jedwede Eigenständigkeit, wenn sie sich auf die Fragen einlasse, die alle diskutieren.

Sicher, wenn man dem skizzierten Gedankengang folgt, muß man einige geliebte Tabus der Linken fallen lassen und sich schwierigen Fragen stellen.

Aber: Gerade dieses Herangehen erlaubt eine deutliche Kritik z. B. an der Agenda 2010 (und erst recht am Ergänzungsangebot der Union), ohne daß man sich auf die Position der Kanzlerkritiker in der SPD zurückziehen muß. Sozialistische Hauptkritik am gesellschaftlichen Diskurs lautet dann: Die »Reformer« um Schröder, Clement, Merkel und Stoiber gehen diese komplexen Herausforderungen sehr

reduziert an. Sie stellen die Fragen ja gar nicht so, wie sie oben aufgeworfen wurden. Sie bauen die Sozialsysteme nicht um, sondern sie nutzen die Reserven des ersten Zugriffs: Leistungskürzungen jedweder Art. Sie reformieren nicht die Arbeitsgesellschaft, sondern sie verschaffen allein der Wirtschaftsseite größeren Spielraum: Kündigungsschutz weg etc. Sie konsolidieren nicht die Haushalte, sondern streichen und verschenken ohne irgendetwas wirklich in der Hand zu haben, irgendwelche Folgen abschätzen zu können, irgendwie auf neue Art Effizienz öffentlicher Mittelverwendung herstellen zu können. Sie entwerfen kein neues Europa, sondern sie konkurrieren mit den USA auf dem Sektor, auf dem staatliche Politik heutzutage – wieder in den Grenzen des Zugriffs auf Reserven des ersten Zugriffs – überhaupt noch in der Lage ist, Ressourcen zu mobilisieren: »nationale Sicherheit«, sprich: Rüstung (und damit genau in dem Bereich, wo Europa in Konkurrenz zu den USA die schlechtesten Karten und die Welt die schlechtesten Erfahrungen hat).

Zugleich muß man sagen: Die Verweigerung all dieser Schritte ist noch weniger eine Reform, noch weniger Veränderung. Veränderung aber ist notwendig.

Was muß sozialistische Reformpolitik unter heutigen Bedingungen auszeichnen? Ein Beispiel: Die in die Krise geratene umlagefinanzierte Rente kennt nur wenige Stellschrauben: Auf der Einnahmeseite sind dies die Höhe der Beiträge und die Anzahl der Beitragszahler – auf der Ausgabenseite das Rentenniveau und die Dauer des Rentenalters. Zur Verbesserung der Einnahmen hat die PDS eine allgemeine Versicherungspflicht auch für Selbständige, Beamte und Abgeordnete sowie eine konditionierte Verdoppelung der Beitragsbemessungsgrenze vorgeschlagen – aber auch das ist nicht mehr als die Mobilisierung von Reserven des ersten Zugriffs, keine durchgreifende strukturelle Lösung. Von anderer Seite wird immer wieder versucht, das Renteneintrittsalter anzuheben, um so die Aufwendungen zu reduzieren. Nun mag es sein, daß in fünfzehn bis zwanzig Jahren so viel Junge fehlen, daß man die Alten wieder braucht – doch wenn sie bis dahin auf der Straße liegen, weil kaum noch Menschen über 50 beschäftigt werden, dann fehlen ihnen Qualifikation und Erfahrung und Übung ... Wer also die Rente sanieren will, muß sich zunächst um die Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit, um den Umbau der Arbeitsgesellschaft kümmern – ohne freilich die Lösung aller Probleme von dort aus erwarten zu dürfen. Was also tun?

Von hier an ver stolpert sich der linke Rentendiskurs. Im Bemühen, das solidarische Rentensystem zu verteidigen, werden einerseits die demographische Entwicklung im großen zeitlichen Rahmen gesehen – und andererseits das alternierende Kapitaldeckungssystem auf seine Risiken reduziert.

Allerdings: Was genau gilt es beim gegenwärtigen Rentensystem zu verteidigen? Was genau ist die »solidarische Rentex«? Das so gern auf Bismarck zurückgeführte, aber in seiner konkreten Gestalt mittlerweile viel mehr von Adenauer und seiner Rentenreform von 1957 geprägte System? Ist es das Prinzip der »paritätischen Finanzierung« durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Ist es die Umlagefinanzierung, der Generationenvertrag? Sind es die immer größer werdenden Bundeszuschüsse?

Jedes für sich ist angreifbar. Nicht jedoch das Eigentliche, was dahinter steht: Der moderne Sozialstaat geht davon aus, daß die Alterssicherung eine Aufgabe aller relevanten Akteure ist. Die politischen Kräfte unterscheiden sich aber in der Frage, in welchem Ausmaß und in welchen Relationen dies bezüglich der jeweiligen Akteure gelten muß.

Aus sozialistischer Sicht gibt es ein klares Prinzip: Der gesellschaftliche Reichtum ist auch für die Alterssicherung aller zu nutzen. *Das* muß geregelt werden und erhalten bleiben.

Ist das sozialistisch?

Ja, wenn man Sozialismus nicht »marxistologisch« auf die »Eigentumsfrage« reduziert, sondern jenes Koordinatensystem für Kritik und praktische Alternativen aufspannt, das die Thesen der PDS-Programmkommission schon einmal kannten – indem sie sich auf die spezifischen Zugänge, auf die Großthemen besannen, die die sozialistische Linke zeit ihres Bestehens erfolgreich und unverwechselbar politisch bearbeitet hat:

- Gerechten Zugang aller zu den gesellschaftlichen Ressourcen herstellen und gewährleisten!
- Die gesellschaftlichen Verhältnisse so ordnen, daß nicht Menschen sozial ausgegrenzt werden – und tatsächliche Ausgrenzung durch Integration beendet und nicht nur durch Alimentierung erträglich gemacht wird!
- Wirtschaftliche und politische (Über-)Macht durch Stärkung der Interessen des Individuums und der sozial Betroffenen auf allen Ebenen begrenzen und zurückführen! Aushandlungsfähige Balancen herstellen – also natürlich die Tarifautonomie verteidigen und stärken, aber eben auch aushandlungsfähige Bündnisse für Arbeit nicht nur mit den Repräsentanten von Regierungspolitik, Wirtschaft und Gewerkschaften, sondern auch unter Einschluß von Arbeitslosen, Behinderten, Vertretern neuer Lebensformen, der Jugend natürlich und der Frauenrechtlerinnen.
- Schließlich: Solidarisches, nicht egoistisches Menschenbild – in dem Wissen, daß der Mensch auch in die Lage versetzt werden muß, sich solidarisch zu verhalten.

Ist das erst akzeptiert, stellt sich die nächste Frage: Wie zieht man unter heutigen Bedingungen den gesellschaftlichen Reichtum heran – ohne die Jungen zu überfordern, den Alten zu nehmen, den Staat zu verschulden, die Bezugszeiten zu verkürzen?

Viele Jahrzehnte lang ließ sich der betroffenen Akteure am einfachsten durch die Bindung der Beiträge an das – vor allem männliche – Normalarbeitsverhältnis bemessen. Heute müssen andere Ansätze hinzu treten:

- Unternehmensbeiträge gemäß Wertschöpfung machen die Erträge des Produktivitätszuwachses auch für jene wirksam, die im Erwerbsleben dessen Opfer geworden sind;
- eine steuerfinanzierte soziale Grundsicherung muß Ausdruck eines Teils der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung auch für die Altersvorsorge sein.

Die Erträge wirtschaftlicher Leistungskraft sind aber auch über Gewinnausschüttungen auf Eigentumsanteile z. B. an den börsennotierten Publikumsgesellschaften zu realisieren. Es kann nicht um eine

Schon eingangs der Präambel wird dieser Weg eingeschlagen: »Wir, die Mitglieder der PDS, geben uns dieses Programm mit der Absicht, *unsere Ziele zu erklären* und mit anderen über jene Wege zu sprechen, die zu einer friedlichen und gerechten Gesellschaft führen, einer Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt und in sozialer Sicherheit leben kann. Wir *suchen die Zusammenarbeit mit allen, die diese Ziele teilen*, und wollen in dieser Zusammenarbeit unseren eigenen Platz bestimmen.« Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Überarbeiteter Entwurf (Februar 2003), S. 1. (Hervorhebung d. A.). Nur auf den ersten Blick täuscht die Allgemeinheit der Formulierungen über das Problem hinweg. Denn: Wer eigentlich lehnt in einer modernen Gesellschaft Frieden, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung als Ziele ab? Es muß also eine andere Ebene geben, auf der sich die anderen von »uns« unterscheiden – und von der aus gesehen Zusammenarbeit mit »uns« möglich oder unmöglich ist. Was aber wird dann mit denen, die »unsere Ziele« nicht teilen?

Ebenda, S. 4.

Zu diesem Komplex ist – aus anderer Sicht – auf folgenden bemerkenswerten Artikel zu verweisen: Carlos Katins: Lieber klein aber fein. Zum Begriff der Menschenwürde im PDS-Programmtext, in: Disput/April 2003.

Ebenda, S. 12.

Auslieferung der Renten an den überhitzten globalisierten Finanzmarkt gehen – wohl aber um eine auf breiter Basis beruhende, langfristige angelegte und somit Risiken minimierende Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Leistungskraft der börsennotierten Großunternehmen. Spekulationsgeschäfte müssen dabei ausgeschlossen sein – wie in Deutschland schon jetzt für Pensionskassen vorgeschrieben; die Staatsverschuldung hingegen sollte auch nicht als vermeintlich sicheres Terrain für stabile Verzinsung angesehen werden.

IV.

Wichtiger Bezugspunkt des PDS-internen Diskurses der letzten Wochen waren die *Reformalternativen*, die die Partei der Gesellschaft bieten will. Sie machen den zentralen Teil des Programmtextes aus, den die scheidende Vorsitzende Gabriele Zimmer vorgelegt hatte und den zumindest die großen Landesverbände unterstützten. Und doch: In den gesellschaftlichen Reformdiskurs konnte die PDS damit bislang nicht vorstoßen. Dafür gibt es Gründe. Denn abgesehen von einigen immanenten Schwächen des Teils zu den Reformalternativen – insbesondere in den Bereichen moderne Technologien, Bildung und Ostdeutschland – haben die Reformalternativen zwei entscheidende Handicaps:

Erstens: Ihre konzeptionelle Grundlegung in den ersten Kapiteln entwickelt eben gerade keine Basis für die Bestimmung von Anknüpfungspunkten demokratisch-sozialistischer Politik, sondern ist von der Jenseitigkeit und der großen Skepsis bzw. Distanz der ersten Kapitel gegenüber heutigen politischen Handlungsmöglichkeiten bestimmt.

Am deutlichsten wird dies zunächst in dem kaum verhüllten *Avantgardismus*, der den Programmtext durchzieht. Gewiß: Die in diesem Text beschriebene Partei sieht sich permanent im Gespräch mit allerlei Menschen – aber bei genauem Lesen sind es immer wieder nur diejenigen, die bereits mit »unseren Zielen« übereinstimmen, die die vorgegebene Weltsicht im Grundsatz teilen. Wir nehmen dann zur Kenntnis, daß der angestrebte künftige Sozialismus, daß die künftige sozialistische Gesellschaft politisch im Grunde nur auf eine politische Partei wie die PDS und deren Bündnis mit den Betroffenen hingedacht wird – und nicht pluralistisch entfaltet wird. Wo sich der Entwurf über andere Parteien äußert, geschieht dies in massiver Anklage gegen sie und gegen die vorfindlichen Verhältnisse – zu Lasten der Einsicht, daß es auch eine politische Gemeinsamkeit von Demokratinnen und Demokraten über die Lager hinweg gibt und geben muß. Zum Beispiel: »Die gesellschaftliche Dominanz von Profit ist daher mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums prinzipiell unvereinbar.« Das heißt, die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik ist verfassungswidrig. Und nur die PDS hat das erkannt. Eigentlich müßte dann die Bundesrepublik verboten werden. In einem solchermaßen konstruierten Umfeld kommt man dann zu dem Schluß: »Die sozialdemokratischen Dritten Wege als Antwort auf den herrschenden Neoliberalismus ... sind unvereinbar mit der Durchsetzung der sozialen, politischen und kulturellen Rechte aller Menschen ...«. Dann wäre also auch Rot-Grün

verfassungsfeindlich. Zudem sind SPD und Grüne laut Programmwurf »unfähig, die entscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen«. Aber die PDS? Allein die PDS?

Ebenda.

Zweitens: Die letztlich problematische geistige Basis dieses Avantgardismus ist der die Grundlagenkapitel prägende *Geschichtsmythos* – der in dieser Fassung fehlgeschlagene Versuch einer übergreifenden, quasi naturrechtlichen (Re-)Legitimierung von Sozialismus. Da gibt es zunächst eine Art Urzustand – in ihm existiert eine Art abstrakter Mensch, quasi mit dem Schöpfungsakt auch mit Menschenwürde ausgestattet. Dieser Menschenwürde bemächtigt sich aber sofort – geradezu manichäisch – das Böse. Es trennt den Menschen von den konstituierenden Voraussetzungen seiner Menschenwürde, die fortan veräußerlicht, von ihm getrennt existieren – die Freiheitsgüter. Insofern sie nun vom Menschen getrennt sind, müssen sie ihm erst wieder verschafft, dem Bösen entrissen werden. Aus dieser Warte aber kommt die Freiheit. Es heißt: »Ohne soziale Gleichheit ist Freiheit nur die der Mächtigen und die Kehrseite von Ausbeutung.« Und im gleichen Kontext: »Für uns ist Freiheit nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen.« Damit ist Freiheit hier und heute völlig unmöglich – wer sich hier und heute in Freiheit wähnt, lebt offenbar in der falschen Freiheit: jener der Mächtigen und/oder jener des Egoismus und des »Habens«.

Ebenda, S. 4.

Noch in den Thesen der Programmkommission vom November 1999 wurde wesentlich ausgewogener formuliert: »Wir verstehen unter Freiheit die Möglichkeit des *Individuums*, seine Lebensfragen nach Maßgabe und Erkenntnis seiner eigenen Interessen zu entscheiden, diese Entscheidungen zur Geltung zu bringen und Konflikte mit Entscheidungen anderer auf dem Wege gleichberechtigter Aushandlung auf der Basis institutioneller Absicherung (Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus) und gesellschaftlich akzeptierter Werte zu lösen. Wir sehen, dass eine kapitalistisch geprägte moderne Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland diesen hohen Freiheitsanspruch, den sie auf abstrakter Ebene selbst verkündet und im Unterschied zum realen Sozialismus in weiten Zügen juristisch garantiert, nicht umfassend einzulösen vermag.« Und weiter hieß es: »Soziale Gleichheit ohne individuelle Freiheit ist ebenso wenig akzeptabel wie Freiheit ohne Gleichheit ... Jegliche Gegenüberstellung, ja Entgegensetzung sozialer und politischer Menschenrechte ist mit dem Denken und Handeln demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten nicht vereinbar. ... Die Einheit sozialer und politischer Rechte, Freiheiten, Entwicklungsmöglichkeiten – darauf kommt es an.« Ja. Und darauf sollte sich die PDS in ihrer Programmatik besinnen.

Drittens: Mit beidem – Avantgardismus und Geschichtsmythos – verbindet sich eine unter den Reformern in der PDS nicht hinreichend diskutierte und schon gar nicht politisch beantwortete Frage. Zwischen der Vorlage des ersten und des zweiten Zimmer-Entwurfes hatten die reformorientierten Autoren erfolgreich an der Beschreibung des demokratischen Sozialismus als eines »transformatorischen Projektes« gearbeitet – zugleich jedoch auf theoretischer Ebene die Frage ausgeklammert, wann und in welcher Weise dieser transformatorische Prozeß nach dem Willen demokratischer Sozialistinnen und Sozialisti-

Thesen zur programmatischen Debatte. Dokument der Programmkommission, November 1999.
Zitiert nach:
<http://www.pds-online.de/programm/programmkommission/dokumente/thesen.htm>.

sten begonnen werden soll und kann, welcher Voraussetzungen er bedarf und welchen Charakter er haben wird. Vor allem wohl die politische Ernüchterung angesichts der Regierungsbeteiligungen in Schwerein und Berlin führte auf dieser Ebene schließlich zu einem Modell, das den transformatorischen Prozeß als Vorgang schrittweiser, aber zugleich umfassender, komplexer, möglichst ungestörter und zügiger Entfaltung ihres sozialistischen Zukunftsprojektes nach eigenen Maßstäben ansah – dem der traditionell bei den PDS-Reformern intendierte grundsätzliche Hegemoniewechsel in der Gesellschaft erst einmal voraus zu gehen habe. So kommt dann das »Eigentliche« erst irgendwann; es kann nicht schon jetzt begonnen werden, hier und heute kann man eigentlich nur reparieren – und muß aufpassen (bzw. wachsam davor bewahrt werden), daß man dabei nicht zum Arzt am Krankenbett des Kapitalismus verkommt. Damit war zumindest »Anschlußfähigkeit« zu neokommunistischen, jenseitigen Vorstellungen vom künftigen Sozialismus als der fernen, ganz anderen Gesellschaft entstanden – und zugleich eine tragische Entwurzelung des Bemühens um Reformalternativen, die letztlich auch den Widerspruch aus jenen Kreisen der Partei herauf beschwor, die in der praktischen Politik tätig sind. Die politisch-strategische Entsprechung dieser programmatischen Irritation bildete die »Mitte-Unten-Option« an Stelle der »Mitte-Links-Option« – was wiederum den politischen Kitt der fragilen innerparteilichen Koalition von Gera darstellte. Auf die Frage nach der Politikfähigkeit der PDS projiziert, erweist sich das gesamte Phänomen jedoch als entscheidendes Hindernis, als Blockade für einen erfolgreichen und perspektivträchtigen Wiedereinzug der PDS in die Bundespolitik.

V.

Von einer »Rückkehr« in die Bundespolitik sollte man nicht sprechen. Zum einen, weil sich die bundespolitischen Verhältnisse seit Mitte letzten Jahres deutlich verändert haben. Zum anderen, weil sich auch die PDS selbst in der Bundespolitik nicht wird behaupten können, wenn sie als die alte PDS wiederkommt, wenn sie sich nicht selbst wandelt. Insofern ist der in der Partei nicht wirkungslose Ruf »Kein zurück hinter Gera und Münster!« auch berechtigt. Beide Parteitage haben ein an sich richtiges Signal – politische Eigenständigkeit der PDS, keine Unterwerfung unter die Vorgaben anderer, Tapferkeit und Originalität als sozialistische Partei – gesetzt, aber mit ungeeigneten, weil die politische Handlungsfähigkeit der PDS einschränkenden bzw. verhindernden Antworten versehen. Letztlich verbirgt sich dahinter Führungsversagen, ein Versagen der politischen Führungsschichten der PDS. Wichtige Fragen wurden falsch gestellt und mit irreführenden Entscheidungsoptionen versehen. Jetzt ist die Krise existentiell. Aber der Befund taugt nicht als Vorwurf an »die anderen« in der Partei. Schon gar nicht zur unreflektierten Selbstlegitimation eigener politischer Ansprüche. Die Antworten liegen vor, nicht hinter der Partei. Sie zu finden, wird viel Kraft und Arbeit kosten.

MICHAEL CHRAPA

Parteireform als Aufbruch?

In den vergangenen Monaten machte in der PDS das Wort »Partei-reform« die Runde. Für manche ist dies ein Hoffnungsschimmer, für andere eine spannende Arbeitsaufgabe, für dritte ein völlig unklarer Begriff und für vierte ein die gewohnte Tagespolitik störendes Beiwerk, das »irgendwie auch zu erledigen« sei. Angesichts der kaum zu bestreitenden Tatsache, daß sich die PDS in einer Situation befindet, die eine »Krise des parteiinternen Zustandes« darstellt, scheint es dringend notwendig, mehr Klarheit über die Parteireform in der PDS zu schaffen. Im folgenden sollen deshalb einige allgemeine Überlegungen formuliert und Ansätze, Probleme und Erfahrungen des seit Dezember 2002 tätigen Bundesarbeitsausschusses »Parteireform« zur Diskussion gestellt werden (vgl. Ausschuß Parteireform, 2003).

»Partei-reformen« sind als mehr oder weniger planmäßig betriebene interne Umgestaltungen und Modernisierungen von politischen Parteien zu verstehen, die einerseits Strukturen, Organisationsformen oder statuarische Regelungen und ebenso Fragen der praktischen Arbeitsweise sowie der Ressourcennutzung betreffen. Die Notwendigkeit solcher Reformen ergibt sich sowohl aus äußeren Faktoren als auch aus inneren Entwicklungsbedingungen der jeweiligen Parteien. Zu den ersteren zählen die unmittelbare politische Konkurrenz im Parteiensystem, das Aufkommen neuer politischer Themenstellungen, Veränderungen in den sozio-kulturellen Milieus der Gesellschaft, der gewachsene Einfluß moderner Kommunikationsmedien oder das Wirken neuartiger Akteure, insbesondere in Form sozialer Bewegungen. Die eher im Inneren der Parteien angesiedelten Herausforderungen resultieren unter anderem daraus, daß die Bindungen vieler Menschen an Parteien insgesamt geringer bzw. »lockerer« werden, so daß sinkende Mitgliederzahlen und Überalterungen der Mitgliedschaft zu verzeichnen sind. (Reichart-Dreyer 2001, von Beyme 2002).

Hamlet modern: »Something is rotten in PDS!«

Die PDS ist faktisch seit ihrer Herausbildung durch zahlreiche ungelöste innere Probleme und »Asymmetrien« gekennzeichnet. Dies betrifft zum einen ihre strukturelle Verfaßtheit und die Mitglieder-dynamik. Von den gegenwärtig etwa 75 000 Mitgliedern wirken nur rund 5 000 im Westen Deutschlands – dort allerdings leben vier Fünftel der Gesamtbevölkerung. Mehr als zwei Drittel der in der PDS organisierten Personen befinden sich im Rentenalter. Für die dramatisch zu nennende Mitgliederentwicklung der PDS stehen folgende Fakten: Pro Jahr geht die Zahl der Mitglieder um 3 000 bis 4 000 Personen

Michael Chrapa – Jg. 1950, Dr., Soziologe, Parteienforscher, Vorsitzender des FOKUS-Institutes Halle, z. Zt. Leiter des Bundesarbeitsausschusses »Partei-reform in der PDS«, FOKUS-Institut, Halle, e-mail: fokus-halle@web.de, e-mail: chrapa@aol.com, Internet: www.fokus-germany.de

»Mit anderen Worten müssen innerparteiliche Akteursgruppen herausfinden und sich darauf verständigen, was sich geändert hat, warum man sich selbst wandeln und vor allen Dingen auf welches Ziel und in welche Richtung sich die Partei verändern sollte. Dies ist ein komplizierter und konfliktbelasteter Prozess, bei dem Änderungen draußen und drinnen angeeignet und mit dem Eigensinn und der Interessenlogik der in den Parteien handelnden Akteure in Einklang gebracht werden müssen. Tradierte Wahrheiten und Gewissheiten, aber auch Organisationsroutinen stehen dabei im Weg. Und keiner der beteiligten Gruppen, den Berufspolitikern an der Spitze, den Stabsleuten, den Ehrenamtlichen oder Aktiven kommt in diesem Prozess das Recht auf Deutungshoheit oder Definitionsmacht zu, genauso wenig wie die Parteispitze allein darüber befinden kann, inwieweit sich die Partei in ihrem Selbstverständnis ... umpositionieren sollte.«
Wiesendahl, 2001, S. 592 f.

zurück; von den jährlichen Eintritten (ca. 1 500) verlassen aber ca. 800 bis 1 000 Menschen die Partei im Zeitraum von 12 Monaten wieder. Die innere Entwicklungsbilanz fällt also deutlich negativ aus (Chrapa/Wittich 2000).

Eng damit verknüpft, stellt zum anderen die kulturelle Verfaßtheit der PDS ein mindestens ebenso schwerwiegendes Problem dar. Die Ergebnisse vergleichender Studien verweisen darauf, daß zwischen der Wählerschaft, der Anhängerschaft und der Mitgliedschaft der PDS nicht allein soziodemographische, sondern auch beachtliche kulturelle Differenzen bestehen. Große Gruppen der Parteimitglieder sind allem Anschein nach politisch und sozial durchaus in der Bundesrepublik Deutschland »angekommen«; kulturell hingegen leben viele von ihnen eher in mehr oder weniger abgegrenzten, selbstgeschaffenen »Schutzräumen«. Diejenigen, die eng an moderne kulturelle Prozesse und Auseinandersetzungen der Gegenwart gebunden sind (Wissenschaftler, Studierende, Künstler, Personen vom Typ des »Informationsarbeiters« u. a.) stellen in der PDS nur eine kleine Minderheit mit relativ geringem Einfluß dar (Chrapa/Wittich 2001).

Trotz der Verankerung der PDS in kommunalen und in Landesparlamenten und trotz ihrer Möglichkeiten, über Regierungsbeteiligung in zwei Bundesländern etwas zu bewirken, ist das Problem eines spürbaren politischen Einflusses in der Gegenwart und Zukunft als sehr kritisch anzusehen. Das Handlungspotential der PDS im Alltag muß als stagnierend angesehen werden; die Vermittlung sowohl zur Zeit vorliegender als auch künftiger politischer Konzepte in die Öffentlichkeit unterliegt starken Beschränkungen. Die Kultur der PDS ist eher die einer Abschottung als die einer mutigen Öffnung in die Gesellschaft. Diese fehlende Öffnung beruht nicht allein auf Unwillen, sondern darauf, daß viele Personen in der PDS es »nicht gelernt« haben, sich unter heutigen Bedingungen der Gesellschaft zu öffnen, und/oder der Meinung sind, keine Kräfte dafür zu besitzen. Das bislang als befähigt geltende Personal dagegen (einige Hundert bis einige Tausend Personen) ist überfordert und durch Konzentration auf noch halbwegs funktionierende Strukturen eingeengt. »Ressourcenschließung« muß also teils »nach innen«, in starkem Maße aber ganz neu – »nach außen« – gerichtet werden.

Diese Problemlagen verweisen für die nahe Zukunft auf eine dramatisch zu nennende Konsequenz: Ohne »Aufbrüche« in der PDS stehen die Chancen dieser Partei bei den kommenden und existenzentscheidenden Wahlen des Jahres 2004 – sehr vorsichtig ausgedrückt – nicht besonders gut.

Rahmen und strategische Möglichkeiten einer Parteireform in der PDS

Eine Parteireform stellt immer ein hochkomplexes, langwieriges und in sich widersprüchliches Vorhaben dar. Schon der Gegenstand einer solchen Reform ist sehr breit. Sie ist verknüpft mit der Verständigung über das anzustrebende »Parteimodell« – eine Überlegung, die wiederum eng mit Entscheidungen im Bereich von Programmatik und Strategie verbunden ist. Sie hat zu tun mit dem Nachdenken über die Strukturen und die Arbeitsweise verschiedenster Gliederungen beziehungsweise Organe der Partei (Vorstände, Fraktionen und Stäbe, Par-

teiräte, IGen/AGen und Zusammenschlüsse, Landes-, Regional- und Basisverbände). Sie muß den Blick öffnen auf die tatsächliche Wirksamkeit der PDS im öffentlichen politischen Raum – bis zum Stil des Auftretens und der Kommunikation oder zu den praktischen Chancen für ein »Andocken«, die Sympathisanten im Umfeld der PDS sehen. Und nicht zuletzt: Die Parteireform ist eigentlich als eine »Kulturrevolution« zu definieren, als Streben nach einer Kultur der Offenheit, der Neugier, der kämpferischen Lebenslust, der Toleranz im Streit sowie beim Umgang mit Verschiedenheit u. v. a. m.

Als strategische Möglichkeiten – deren Diskussion selbstverständlich noch nicht abgeschlossen ist – lassen sich gegenwärtig vor allem vier Varianten nebeneinander stellen: Eine Option wäre die Orientierung auf eine »parlamentarisch ausgerichtete Partei« mit dem Fokus, die Wirksamkeit der sich daraus ergebenden Organe und Arbeitsbeziehungen zu erhöhen. Eine andere Variante sieht Parteireform vor allem als »Strukturreform« – also Schritte in Richtung auf vereinheitlichte, straffere Strukturen und den organisatorischen Umbau. Eine dritte Form würde den Schwerpunkt vor allem auf statuarische Veränderungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen legen.

Die bisher angestrebten Umgestaltungsprozesse orientieren sich aber vorrangig an einem vierten »Modell« – der Parteireform von »unten« und »oben«, dem Öffnen von Möglichkeiten für Neues und für neue Personen, der Schaffung von Problembewußtsein und dem Wecken von Lust und Engagement. Ein solcher, auf die Arbeitsdauer von mehreren Jahren konzipierter Ansatz ist, so der bisherigen Diskussionsstand, durch drei wesentliche Momente charakterisiert (vgl. Ausschuß Parteireform, 2003):

Erstens: Das Ziel der Reform ist die Erneuerung der PDS nach dem »Modell« einer »modernen, nach außen offenen Mitgliederpartei«. Varianten von »Fraktions-«, »Wähler-« oder »Medien-Parteien« erscheinen sowohl mit Blick auf die Wertestruktur der PDS als auch hinsichtlich der Ressourcenausstattung dieser Partei als nicht profilmäßig, obwohl natürlich von diesen Formen zu lernen ist. Den Schwerpunkt sollte aber die besondere Verankerung der PDS in der Gesellschaft über das Wirken wichtiger Teile ihrer Mitgliedschaft in der Alltagswelt bilden, wobei die Öffnung nach außen unbedingt erforderlich sein wird.

Zweitens: Die Parteireform verkörpert eine besondere Verknüpfung von »partieller Verbesserung« (gleichsam: »Reparatur« oder »Instandhaltung«) und »kreativer Erneuerung«. Zum einen geht es darum, die bisherige Parteilarbeit straffer und effektiver zu organisieren; zum anderen aber sollen neue Möglichkeiten auf der Basis von »Projekten« sowie durch breite Kontakte in den öffentlichen Raum hinein erprobt und eingeführt werden.

Drittens: Die Parteireform wird bewußt auf Schwerpunkte konzentriert und hat eine »Zeitachse«; sie folgt jedoch keinen fest umrissenen »Masterplan«. Sie soll sich als ergebnisoffener Lernprozeß, unter Verarbeitung von praktischen Erfahrungen, schrittweise entwickeln. Praktisch bedeutet dies: In einer 1. Phase (Dezember 2002 bis Mitte 2003) stehen Diskussions- und Klärungsprozesse (zur Schaffung von Problembewußtsein und Aufmerksamkeit), das Handeln auf den Hauptfeldern »Kommunikation«, »Strukturen«, »Mitgliederarbeit« und

»In diesem Sinne bilden die Mitglieder – und zwar die aktiven – wertvolles Sozialkapital der Parteien, indem diese über ihre Präsenz und Mitwirkung in Elternräten, Initiativen, Kammern, Schützen- oder Sportvereinen, Kirchenvorständen und sonst wo Parteien durch ein engmaschiges Beziehungsnetz mit den vorgelagerten Zonen aktivbürgerchaftlichen Engagements verzahnen. Schließlich verbinden sie Mitgliederparteien auch mit ihrer Stammwählerschaft, die hierdurch bei der Stange gehalten wird.«
Wiesendahl, 2001, S. 608.

»Parteien unterscheiden sich von Vereinigungen und Verbänden dadurch, dass sie einigende Interessen nicht vorfinden, sondern ihre Orientierungen und Ziele erst definieren müssen. Das Bestreben, Ämter im Staatsapparat zu besetzen und zu erhalten, reicht nicht aus, um eine Mitgliederpartei zu integrieren. ... Da Parteien immer nur durch Personen agieren und keine Person gegen ihre eigenen Interessen handelt, sollte berücksichtigt werden, dass Parteireformen immer auch die individuellen Positionen und damit die Verteilung der innerparteilichen Einflusschancen verändern.« Reichart-Dreyer, 2001, S. 572.

»Aktionsfähigkeit« sowie die Erfassung und Förderung neuer Ideen bzw. neuer Projekte im Mittelpunkt. Landesverbände und andere Strukturen sind aufgerufen, anhand von »Pilotprojekten« die Bearbeitung spezifischer Probleme (z. B. Gewinnung neuer Mitglieder und deren kreative Einbeziehung) öffentlich so zu demonstrieren, daß Erfahrungsaustausch und Debatten in Gang kommen. Darauf aufbauend, sollen Schwerpunktaufgaben in der 2. Phase (Mitte 2003 bis Anfang 2004) und in folgenden Etappen formuliert werden.

Das Ziel: Die »lernende Partei«

Der hier skizzierte Ansatz, der als »kulturelle und emanzipative Erneuerung« charakterisiert werden kann, wirft zahlreiche Fragen auf und läßt mitunter – aus verschiedenen Motiven heraus – Skepsis aufkommen. Es ist in der Tat ein sehr schwieriges Unterfangen, schon allein deshalb, weil eine solche Parteireform ungeheuer komplexe Gegenstände erfaßt und weder »befohlen« noch »erputscht« werden kann. Wie und warum sollen sich also viele, teils zerstrittene, teils blockierte Menschen in Bewegung setzen?

Eine wichtige Möglichkeit für Veränderungen großer komplexer Systeme, so einige Aussagen moderner Transformationstheoretiker, besteht darin, soziale Lernprozesse zu initiieren, zu befördern und zu organisieren (Stahl-Rolf 2001). Dies betrifft nicht allein, aber in starkem Maße, das »Lernen am Modell« und hier vor allem am positiven Beispiel. Der bekannte Lernforscher Alfred Bandura formuliert folgende »fördernde Bedingungen« bei Prozessen des sozialen Lernens:

- Emotionale Nähe zur Lernbotschaft,
- persönlich verinnerlichte Lernmotive,
- nicht als bedrohlich empfundene Lernsituationen,
- Nähe der Lernbotschaft zu bestehenden mentalen Strukturen,
- gesellschaftliches Klima mit Akzeptanz von Neuem,
- Möglichkeiten für Eigenaktivität,
- spürbare, das heißt auch absehbare Erfolge (Bandura 1986, vgl. auch Argyris/Schön 1996).

Nahezu alle diese Faktoren spielen bei der möglichen Umgestaltung der politischen Partei PDS unmittelbar eine Rolle. Kurz gesagt: Nur lernende Organisationen sind – im positiven Sinne – anpassungs- (und entwicklungs-)fähig. Auf dieser Grundlage beruhen die strategischen Linien des hier beschriebenen Ansatzes: Lernen mit Hilfe der »Pilotprojekte«, Lernen durch Eigenaktivität bei neuen, nach außen »offenen« Initiativen, Lernen bei und mit Experimenten.

Beharrung und Widerstände

Die Erfahrung zeigt, daß in nahezu allen Parteien innere Reformbestrebungen auch auf Gegenwehr stoßen. Im Überblick betrachtet, fallen bei der PDS zur Zeit drei größere »Widerstandskomplexe« ins Gewicht: Zum einen sind es Ignoranz und (begriffliche) Mißverständnisse – eine Parteireform wäre gar nicht nötig, sie würde doch schon längst betrieben (nur merke es keiner!), Reform sei mit Strukturumbau gleichzusetzen usw. Zweitens wirkt eine Art »doppelter Traditionalismus«: Bei großen Teilen der Mitgliedschaft drückt sich dies in folgendem, kulturell tief verinnerlichten Argument aus: »Das machen wir schon immer so und so gehört es sich eben!«; bei nicht wenigen

der Verantwortungsträger/innen, die man – frei nach Bourdieu – auch als »mittlerer und höherer Funktionärsadel der 1990er Jahre« apostrophieren könnte, kommt die Auffassung: »Zur Zeit halten wir den Laden gerade noch so zusammen, wer weiß, was bei ›Experimenten‹ passiert!« zum Tragen. Letzteres ist nicht selten mit unverhüllt machtpolitischen Erwägungen bzw. Befürchtungen verknüpft. Drittens schließlich gibt es verbreitet die allgemeinen Wirkungen von träger Gewohnheit, verbunden mit einem paradoxen »Alles- sofort- oder- nichts- Syndrom«, das einen Ausdruck verbreiteter Unfähigkeit darstellt, in »strategischer sozialer Zeit« zu denken, zu planen und zu handeln.

Mißverständnisse, Abwehr von Neuem und auch Widerstand – all dies ist an sich nicht überraschend. Tragisch mutet es allerdings an, wenn in einer Zeit, in der die PDS um das politische Überleben kämpfen muß, in scheinbar naiver Blindheit die Notwendigkeit einer Parteireform überhaupt in Frage gestellt wird, auch wenn ein kurzer Blick ins Leben die ins Auge springenden Erosionsprozesse tagtäglich zeigt. Zumindest diejenigen, die aus der SED stammen, müßten wissen, wie es enden kann, wenn man schmerzhaft Probleme immer wieder verdrängt, obwohl alle sehen, daß »der Kaiser längst nackt geht«.

Erfahrungen des »Arbeitsausschusses Parteireform«

Der Bundesarbeitsausschuß »Parteireform« wurde auf dem Geraer Parteitag ins Leben gerufen und nahm im Dezember 2002 seine Arbeit auf. Es galt, in recht kurzer Zeit Arbeitsweisen und Themen zu bestimmen, Pläne zu entwerfen, persönlich miteinander auszukommen usw. Als positiv kann bezeichnet werden, daß es bisher gelang, ideologische »Graben-« und sonstige »Flügelkämpfe« weitgehend aus der Tätigkeit des Ausschusses herauszuhalten. In zum Teil recht streitbaren Debatten entstanden sowohl die Konturen des bereits erwähnten Konzeptes der »Parteireform« in der PDS als auch Zusammenfassungen von Studien, Erfahrungen, neuartigen Initiativen und bereits entstandenen Projekten. All diese Elemente sind auf der mit viel Engagement neugestalteten Homepage »www.parteireform.de« zu besichtigen und kritisch zu diskutieren. Es ist vorgesehen, daß auch der Arbeitsausschuß seine Tätigkeit immer wieder überprüft und aufs neue festlegt.

Bei der Arbeit des Ausschusses konnten bislang etliche neue Erkenntnisse gewonnen werden. Drei Aspekte fallen hier sehr deutlich ins Auge:

Erstens: Initiativen »von unten« sind möglich. Nahezu in allen Landesverbänden gibt es – oft allerdings nur marginal behandelt – mindestens eine neue Idee, ein Projekt oder einen Erfahrungskomplex, der genug enthält, um mitgeteilt und diskutiert zu werden.

Zweitens: Soll die Parteireform »in die Breite« gehen, ist politische Führung auf neue Art erforderlich. Sie muß den schon erwähnten »strategisch-langfristigen Blick« beinhalten, darf sich nicht auf Anweisungen beschränken, schließt sowohl Moderations- als auch vor allem Motivationsleistungen ein und sollte sich an spezifischen Zielgrößen orientieren (z. B. Umfang des »Parteiaktivs«, tatsächliche »Außenwirkungen« von PDS-Aktionen im öffentlichen Raum u. a.).

Drittens: Wirkliche Erneuerung der PDS erfolgt wahrscheinlich nicht bzw. kaum in ihrem »Inneren«, sondern vor allem »an den Rändern«. Damit sind zwei wichtige Schnittstellen gemeint: Die am Rand

»Derzeit sitzen die Parteien in einer Kollektivgutfalle. Die Kritiker der innerparteilichen Praxis können die notwendigen Reformen nicht einleiten. Die Funktions- und Mandatsträger schlagen nur Maßnahmen vor, die ihre innerparteiliche Position und die Ausgangslage in der Parteienkonkurrenz verbessern.«
Reichart-Dreyer, 2001, S. 585.

»Die Parteien im Stadium der Dominanz der Berufs-politiker sind selbst-referentiell geworden.«
von Beyme, 2002, S. 36.

der Mitgliedschaft, also die Mitgliedergewinnung und die Arbeit mit dem Potential der »Neuen«, und die Schnittstelle von Partei und Problemlagen des öffentlichen Raums, konkret, beim unmittelbaren Eingreifen in Alltagsprozesse, auf der Straße, bei Aktionen, bei Diskussionen (auch und gerade im »intellektuellen Feld«) usf.

Diese und andere Erfahrungen sollen im September 2003 auf einem »Forum Parteireform« möglichst breit diskutiert werden. Das Treffen ist bewußt nicht als »Funktionärskonferenz«, sondern als Mischung aus wissenschaftlichen Analysen, aus Gesprächsrunden, aus den Präsentationen der »Pilotprojekte« zur Verbesserung der praktischen Arbeit, aus unmittelbarem Erfahrungsaustausch und nicht zuletzt aus Formen lockerer, sinnlicher Begegnung von engagierten Linken angelegt.

Unmittelbare Perspektiven der Parteireform

Selbstverständlich werden Verlauf und Ergebnisse des Außerordentlichen Parteitages und damit verbunden die Positionen des neuen Vorstandes zur Parteireform wichtige Rahmenbedingungen für dieses Projekt bestimmen. Bisherige Erfahrungen zeigen leider, daß von einem quasi selbstverständlichen Engagement führender Funktionäre für diesen Problemkreis nicht unbedingt ausgegangen werden kann. Hier sind wahrscheinlich weitere Klärungsprozesse vonnöten.

Die Fortführung der strategischen Diskussion in der PDS ist ebenfalls unmittelbar mit der Parteireform verknüpft. Ein gutes Beispiel dafür bildet das jüngst von Michael Brie vorgelegte Papier »Ist die PDS noch zu retten?« (Brie 2003). Hier wird einerseits der Zusammenhang zwischen verschiedenen strategischen Optionen und den damit verbundenen »Parteimodellen« aufgezeigt, andererseits beinhalten seine Vorschläge für die Variante »PDS Plus« sehr interessante Denkanstöße beim Blick auf die innere Umgestaltung der Partei.

Und schließlich müssen die Akteure der Parteireform bereits jetzt ihre Aufmerksamkeit auf die Anforderungen künftiger Wahlkämpfe richten. In dieser Hinsicht wurde im Arbeitsausschuß mehrheitlich im Konsens gedacht und argumentiert. Die Schwerpunkte der Parteireform sollen nicht nur schlechthin »kompatibel« mit den Erfordernissen des Wahlkampfes, sondern in vielem »deckungsgleich« sein. Alle Anstrengungen bei der Parteireform sind spätestens ab September 2003 an den unmittelbaren Ansprüchen des Wahlkampfes zu messen.

Literatur:

- Argyris, Chris; Schön, Donald (1996): Die lernende Organisation, Stuttgart.
Ausschuß Parteireform (2003): Protokolle des Bundesarbeitsausschusses Parteireform. Dezember 2002 bis Mai 2003, Berlin. Siehe auch <http://www.parteireform.de>
Bandura, Alfred (1986): Social foundations of Thought and Action, Englewood.
Brie, Michael (2003): Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven (rls Standpunkte, 03/2003), Berlin.
von Beyme, Klaus (2002): Parteien im Wandel, Wiesbaden.
Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2000: Analyse der Entwicklung der Mitgliedschaft der PDS und ihrer Alters- und Geschlechterstruktur, Berlin/Halle.
Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar (2001): Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Forschungsbericht zur Mitgliederbefragung der PDS 2000, Berlin/Halle.
Gabriel, Oscar; Niedermayer, Oskar, Stöss, Richard (2001): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn.
Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisationen im Wandel, Wiesbaden.
Reichart-Dreyer, Ingrid (2001): Parteireformen, in: Gabriel, Oscar; Niedermayer, Oskar, Stöss, Richard: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn.
Stahl-Rolf, Silke, 2001: Transformation – ein historischer Sonderfall, in: Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven, Münster.
Wiesendahl, Elmar, 2001: Die Zukunft der Parteien, in: Gabriel, Oscar et al., a. a. O.

»Die Party Change-Forschung ist ein Feld mit vielen Hypothesen und wenigen gesicherten Erkenntnissen. ... Es ist daher wahrscheinlich, dass die Auseinandersetzung auch künftig stark normativ geführt wird. Um so wichtiger ist die Suche nach empirischen Gründen für den Wandel der Parteien.«
von Beyme, 2002, S. 208 f.

STEFFEN KACHEL

Zum Spannungsfeld von PDS und Parlamentarismus

Der Beitrag von Horst Dietzel
regt zur Darlegung alternativer Sichten an.

Der Richtungsentscheid von Gera

Natürlich – hier ist Horst Dietzel¹ zuzustimmen – handelte es sich bei den Auseinandersetzungen in Gera keinesfalls nur um persönlich gefärbte Platzkämpfe, sondern um das Aufeinanderprallen unterschiedlicher politischer Strategien, um einen Richtungsstreit, der sich übrigens schon länger angebahnt hatte². Es ging und geht letztlich um den Platz, den die PDS im politischen Spektrum einnehmen soll und der ihr einen Zweck und eine Zukunft sichert. Dietzel konstruiert die Alternativen zwischen einer aktiven Teilnahme an den parteipolitischen Auseinandersetzungen der Berliner Republik und einem positiven Bezug auf die sozialen Bewegungen. Den Nachweis für den von ihm angenommenen Antagonismus zwischen beiden Orientierungen ist er schuldig geblieben.

Aus meiner Sicht geht es vielmehr um die grundsätzliche Frage, woher die PDS in den parteipolitischen Auseinandersetzungen der Berliner Republik die Kriterien für ihr politisches Verhalten beziehen soll: aus den Konstellationen selbst oder aus den in sie gesetzten Erwartungen der Wähler, Mitglieder und Bündnispartner, die mit den Konstellationen und vorhandenen Spielräumen in Beziehung gesetzt werden müßten.

Eine spannende Frage, die nicht neu ist. Beispielsweise fand sich die SPD der frühen Weimarer Republik als programmatisch den Kapitalismus überwinden wollende Partei in dem Dilemma zwischen strategischen Zielen und Klientelinteressen (Sozialisierungsfrage, Betriebsrätegesetz, völlige Umwälzung der öffentlichen Verwaltung) auf der einen und staatspolitischer Verantwortung auf der anderen Seite.³ Die Befürworter der Übernahme von Verantwortung überwogen; ohne große Debatte und ohne wesentliche Forderungen an eine Regierungsbeteiligung stieg man im Reich und in Preußen in die Regierungen ein. Als infolge der unausweichlichen Diskreditierung der politischen Absichten und Ziele der Partei die Wähler zu Hunderttausenden nach links oder zu den Nichtwählern abwanderten, erzwang ein neu erstandener linker Flügel um 1922/23 erstmals eine Debatte in der Partei um die *Grenzen von Kompromissen* und um *Kriterien für die Übernahme von Verantwortung* im System, und zwar ohne Regierungsbeteiligung grundsätzlich abzulehnen. Daß sich in der Regel jede in Regierungsverantwortung befindliche Partei innerhalb eines parlamentarischen Systems abnutzt, aber linke, das bestehende ökonomisch-politische System transzendierende Parteien insbesondere, ist bekannt.

Steffen Kachel – Jg. 1965,
Dr. phil., promovierte auf
dem Gebiet der Geschichte
an der Universität Erfurt.

1 Siehe Horst Dietzel:
Wohin geht die PDS? Zur
Richtungsdiskussion in der
Partei, in: UTOPIE kreativ,
Heft 149 (März 2003)
S. 265-273.

2 Akut wurde der Konflikt,
als mitten im Wahlkampf
gemeldet wurde, daß Teile
der damaligen Parteiführung
die Parteivorsitzende ab-
lösen wollen. Siehe:
Spiegelarchiv: Spiegel
online 18. 8. 2002, Der
Spiegel 7. 9. 2002.

3 Eingehender dazu Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, 2 Bände, Münster 1983.

Interessant auch Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 34 ff.; Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus, S. 39 ff. Damals konnte man aber anders als heute im Falle der PDS tatsächlich zur Auffassung gelangen, daß die Existenz der Republik in hohem Maße vom staatlichen Engagement der SPD abhängt. Trotzdem hatte gerade die überhaupt nicht auf die Stärkung außerparlamentarischer demokratischer und linker Potentiale gerichtete Politik der SPD-Mehrheit einen hohen Anteil an der ungenügenden Widerstandsfähigkeit der Republik gegen Rechts zu beanspruchen.

4 Siehe die Titelseite der Thüringischen Landeszeitung vom Februar 2003.

Ähnlich entwickelt sich nun die Debatte innerhalb der PDS. Es gibt einen Flügel (vor allem bei Funktionsträgern der Partei), der scheinbar weitgehend ohne Rücksicht auf Profilverluste in die Verantwortung drängt. Es gibt auch Teile der Partei, die eine Verantwortungsübernahme in diesem System generell skeptisch beurteilen. Beide dürften an den Erwartungen erheblicher Teile der Wählerschaft der PDS vorbeigehen, die erste Strömung allerdings deutlicher, denn es gibt einen nachweisbaren Teil in der Anhängerschaft der PDS, der das Vorhandensein einer linken Opposition an sich als notwendig und unterstützenswert ansieht, aber sicher kaum einen Wähler, der ein Mitregieren ohne (programmatisch profilgebende) Ergebnisse vertritt. Interessant ist, daß Dietzel die Erwartungen der PDS-Wählerschaft an keiner Stelle als Kriterium für das politische Handeln thematisiert, obwohl es sich hierbei um den grundsätzlichen Rahmen des Handelns jeder Partei in einem parlamentarisch-pluralistischen System handelt. Die Meinung der PDS-Wählerschaft zur Entwicklung des Parteiprofils beginnt sich abzuzeichnen.

Unsere heutige Situation

Bis zum Regierungseintritt in Mecklenburg und Berlin hat die PDS für einen Großteil der Wähler nicht zuletzt ein gesellschaftliches Druckpotential dargestellt. Ihr »Gebrauchswert« bestand vor allem darin, daß mit der Wahl der PDS gedroht werden konnte. Der Spruch: »Wenn die so weiter machen, dann wähle ich auch noch PDS!« könnte für diese Phase als kennzeichnend betrachtet werden. Auch heute noch ist davon etwas übrig. Wenn die Arbeitslosen auf einer Demo in Erfurt drohen: »Wenn Ihr uns die Existenz nehmt, nehmen wir Euch die Macht!«⁴, dann wollen sie nicht den demokratischen Parlamentarismus abschaffen, sondern sie behaupten, daß es zu den etablierten Parteien, die sie für ihre Lage verantwortlich machen, eine wählbare Alternative gibt. Hoffen wir, daß sie nicht die Rechtsradikalen meinen, sondern etwas diffus doch eher die PDS, die da oder dort im Lande immer noch ein Hauch von Systemkritik umgibt.

Als solche Hoffnung für die Frustrierten angesichts des globalen Handelns von Großkapital kommt eine Partei nicht mehr in Frage, die ihre Kritik an dem Agieren der anderen Parteien ausrichtet und im »Bewährungsfall« mit Sozialkürzungen und der Heraufsetzung des Kinderschlüssels in den Kindergartengruppen unternimmt.

Bereits heute ist die PDS aber aus dieser früheren Position der Kritik- und Protestpartei herausgewachsen in eine Rolle, in der sie, wie Umfragen ausweisen, als eine Partei wie andere auch angesehen wird. Was manche PDS-Funktionäre mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, sollte statt dessen Anlaß zum Nachdenken geben: der Verlust von Alleinstellungsmerkmalen bedeutet auch immer Verlust von Wahlmotivationen.

Freilich gibt es zu einem Weg, der auch Regierungs-Mitverantwortung einschließt, keine Alternative, aber die Anforderungen sind hier deutlich höher als auf dem Feld der Kritik: Es gilt; wo man mitut, etwas im Sinne der Erwartungen der eigenen Klientel zu verändern. Hierzu werden profilträchtige Konzepte und Durchsetzungsvermögen gebraucht. Beides aber lassen bis heute scheinbar gerade

die vermissen, die sich besonders engagiert für den Weg in die Instanzen aussprechen. Auch bei Dietzel wird die Frage des Hinein oder Nicht Hinein pauschal gestellt und jegliche Reflexion auf notwendige Ergebnisse bleibt aus. Der Tag der Mitverantwortung ist aber immer nur der Tag vor dem nächsten Wahltag.

Wer heute für einen Übergang der PDS in eine Position des wenig konturierten Mitregierens argumentiert, ohne dafür Bedingungen, Kriterien und Grenzen zu benennen, wie es Dietzel tut, führt sich ungenügend vor Augen, daß eine solcherart neu orientierte PDS sich in ihrer gesellschaftlichen Funktion kaum noch von SPD und Grünen abheben würde. Allein der Weg, die Übernahme von öffentlicher Verantwortung in diesem Staat an die Umsetzung *alternativer Politikangebote* zu binden, kann der PDS Zweck und Zukunft sichern. Schon allein die aus einem Profilverlust resultierenden verminderten Wahlchancen – um so mehr die eigenen programmatischen Ansprüche – stellen höhere Anforderungen an eine Regierungsbeteiligung der PDS oberhalb der kommunalen Ebene. Denn hier gibt es einen erheblichen Unterschied: Dem engagierten Bürgermeister glaubt jeder Mensch, daß er an den »großen Rahmenbedingungen« wenig ändern kann. Schon von einer Landesregierung mit PDS-Beteiligung wird mehr erwartet. Warum, so fragt sich der Wähler, beteiligt sie sich sonst? Warum soll ich sie wählen?

Völlig abwegig sind die Warnungen Dietzels vor einem Abgleiten in eine orthodoxe Position in der linksradikalen Ecke. Jeder, der die PDS, ihre kommunale Arbeit, die Inhalte, die ihre Landtagsfraktionen bewegen, die Diskussionsbreite kennt, die die örtlichen Vorstände, die Parteibasis und die aktive Anhängerschaft aufzubieten haben, weiß, daß der Zug zu einer kommunistischen Partei traditionellen Stils längst abgefahren ist und – zumindest in Ostdeutschland – gegen 80 Prozent ihres Potentials an Funktionsträgern, Abgeordneten und ehrenamtlich Aktiven durchgesetzt werden müßte. Eine Unmöglichkeit, eine Schimäre, die man bestenfalls für die Folge mangelnder Detailkenntnisse halten kann.

Eine langfristige Strategie

Was aber, wenn die auf kommunaler und Landesebene zur Verfügung stehenden Spielräume für die Formulierung einer linken Politik nicht ausreichen? Ist es dann die Aufgabe der PDS, die von oben exekutierten Zwänge neoliberaler Politik, die sich aus politisch gewollt sinkenden Staatseinnahmen ergeben, konkret umzusetzen? Doch wohl nicht. Eher könnten einzelne, nicht tief in das Profil der Partei einschneidende Maßnahmen hingenommen werden, wenn dafür anderes, Gewichtigeres erreicht würde. Daß es nicht im Interesse der PDS liegen kann, den Glauben an die Möglichkeit politischer Alternativen überhaupt zu erschüttern, dürfte auf der Hand liegen. Diese Frage berührt unmittelbar die Motivation ihrer Wähler.

Unter diesen Rahmenbedingungen sollte die politische Strategie davon ausgehen, daß es der PDS im Zentrum darum gehen muß, *langfristig* Chancen für politische Alternativen zu erhöhen und tatsächlich nutzbar zu machen. Dazu ist es notwendig,

1. zu verhindern, daß Glaubwürdigkeit, Kreativität und Ausstrahlungskraft der PDS im Prozeß des Einbauens in die herrschende

5 Diese Erwartungen gelten vorrangig nicht irgendwelchen materiellen Weihnachtsgeschenken, die die Wähler konkret von der betreffenden Partei erwarten, sondern normieren ihr Verhalten: Wie kompetent erscheint die Partei in der Opposition, was hat sie für Konzepte, wie verhält sie sich daran gemessen in der Regierung?

6 Das schließt es aus, sich an Erfolgen zu berauschen, wie es bei anderen Parteien üblich ist. Eine solche Regierung wird sich z. B. eben nicht dafür loben, dass es gelungen sei, alle Jugendlichen in Ausbildungsplätze unterzubringen, sondern sie wird sagen, daß die Hälfte der Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungen angesiedelt ist, die nicht vollwertig sind, daß sie deswegen nicht zufrieden ist und alles daransetzt, über weitere Schritte, auch in Richtung auf den Bund, eine Veränderung der Situation zu erreichen.

7 Siehe meinen Beitrag in Disput 11/02: Heraus aus der Krise heißt hinein in die Inhalte.

neoliberale Politik verbrennen. An jede Partei werden von ihrer Wählerschaft konkrete Erwartungen⁵ geknüpft, deren Enttäuschung sich vor allem linke Parteien, die gemeinhin die Medien gegen sich haben, nur begrenzt und befristet erlauben können. Eine Politik, die öffentliche Ämter anstrebt und besetzt, ohne dabei einen ausreichend starken Beitrag für das politische Profil der PDS im Sinne der Erwartungen unserer Wähler zu leisten (oder leisten zu können), ist höchst gefährlich. Eine solche naive und die Funktionsweise des Parteienpluralismus ignorierende Herangehensweise muß der Vergangenheit angehören. Niemand wird der PDS erweiterte Spielräume beschaffen, wenn sie sich diese nicht selbst als einen integrativen Teil ihrer Tagespolitik mit außerparlamentarischen Partnern gemeinsam erkämpft.

2. vorhandene Spielräume für tatsächlich sichtbare Veränderungen zu nutzen. Hier genügen auch kleine Schritte, wenn sie denn mit dem gelungenen Versuch verbunden sind, *den PDS-Wählern* die Enge der Spielräume genauso deutlich zu machen⁶ wie die Übereinstimmung dieser kleinen Schritte *mit der Richtung* unserer langfristigen Ziele. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß entsprechende Konzepte für die Durchsetzung konkreter Veränderungen zur Ausprägung unseres Profils unter den gegenwärtigen Bedingungen vorliegen. Deren Erarbeitung muß unter Einbeziehung alternativer Sichten und interner Problemkenntnis bereits in Oppositionszeiten mit aller Kraft vorangetrieben werden und so konkret wie möglich sein, auch wenn die hier geleistete Arbeit zunächst relativ wenig für die Außenwirkung zu erreichen vermag.⁷

3. die anstehenden strategischen Entscheidungen (unter welchen Bedingungen gehen wir in eine Landesregierung hinein, stimmen wir einem uns programmatisch belastenden Haushalt zu, wenn daran die Weiterarbeit der Regierung hängt, in der wir noch wichtige Projekte verfolgen u. ä.?) mit möglichst großem Rückhalt in Mitgliedschaft und Wählerschaft zu entscheiden. Es geht darum, Vor- und Nachteile von Entscheidungsvarianten handhabbar, kontrovers und entscheidungsoffen zu diskutieren und auf Parteitag und unter Nutzung plebiszitärer Elemente zu entscheiden. Solche Entscheidungen werden sich – zumal bei einer sachorientierten, ohne Persönlichkeiten auskommenden Diskussion der Varianten – auch bei problematischen Folgewirkungen (die es in nahezu jedem Fall geben wird) immer auf eine hohe Legitimation stützen können, im Gegensatz zu den Entschlüssen einzelner Führungsgremien oder gar nur der Parlamentsfraktionen.

Und dann ist da schließlich noch das Problem der Professionalität
Zwar haben die Medienwissenschaftler sicher recht, wenn sie im Rahmen der Mechanismen für die generelle Aufmerksamkeitserregung meinen: eine schlechte Nachricht ist besser als keine Nachricht. Aber was die PDS braucht, sind Funktionäre und Parlamentarier, die im Sinne ihrer Programmatik und der in sie gesetzten Erwartungen linker Gesellschaftsveränderung positive Nachrichten und ein gutes Zusammenspiel produzieren. Dabei können, wie bei anderen Parteien auch, unterschiedliche Flügel und Positionen durchaus eine Rolle spielen, aber ihr Agieren muß im Rahmen eines Gesamtkon-

zeptes erfolgen und bedarf einer von allen vertretenen Klammer und gegenseitiger Solidarität gegenüber den politischen Konkurrenten und den Medien. Die Zeit auf ewig gepachteter Wahrheiten muß auch in der Geisteshaltung von Sozialistinnen und Sozialisten wirklich vorbei sein. Es gibt kein Entweder-Oder in der Stellung zum Parlamentarismus, keine richtige Entscheidung zwischen Totalopposition und völligem Versacken im Mitregieren. Es gibt nur die Suche nach einem für die Linke produktiven Weg, der Kompromisse genauso kennen muß wie ein kräftiges »Nein!«, wenn es am Platze ist.

Mit gesellschaftlichem Problembewußtsein, fachkundigen profilbildenden Lösungskonzepten, den Mitgliedern und Wählern der Partei gegenüber loyalen Spitzenpolitikern, einer aktiven, in Entscheidungen einbezogenen Anhängerschaft, mit der demokratischen Debatte von Möglichkeiten und Grenzen wichtiger politischer Entschlüsse, einem Selbstbewußtsein, das die PDS-Politik an den tatsächlich erreichten Ergebnissen und den Erwartungen ihrer Wähler mißt, wird es der PDS gelingen, in dieser Richtung mehr Kompetenz zu entwickeln, wird sie mit vielen anderen gemeinsam mehr Chancen für gesellschaftliche Veränderungen erreichen können.

Spendenaufruf

Unser »Bücherbus Bertolt Brecht« fährt seit 1987 durch Nicaragua und bringt Bücher in entlegene Dörfer und Schulen. In Managua befindet sich unsere deutsch-nicaraguanische Bibliothek. Sie ist die größte öffentliche Bibliothek der Stadt, und wird vor allem von Schülern, Studenten und den Bewohnern der umliegenden Stadtteile genutzt.

Beide Projekte sind zur Begleichung der laufenden Kosten auf Ihre Spenden angewiesen – damit wir sie weiterführen können, bitten wir um Ihre finanzielle Unterstützung.

weitere Informationen: www.bibliobus.edu.ni

*Ein Bücherbus für Nicaragua e.V.
Hermesweg 9
60316 Frankfurt/Main
Tel./Fax: 069/492694
email: Elisabeth.Zilz@t-online.de*

Frankfurter Volksbank (BLZ 501 900 00),
Kto.-Nr. 77 609 407

JÖRN SCHÜTRUMPF

Krisenhafte Kommunikation. Thesen

Das Bundestagswahlergebnis und der Umgang mit ihm haben die seit Jahren schwelenden Probleme der PDS unumkehrbar an die Oberfläche gefördert:

Erneuerungsdefizit I:

Während die Partei – lange Zeit glaubwürdig – nach außen den Anspruch auf transparente (Oppositions-)Politik vermittelte, fand die reale Politikformulierung im kleinsten, seit Mitte der 90er Jahre nicht immer demokratisch legitimierten, Kreis statt. Angesichts der Orientierungsprobleme, mit denen zumindest während der ersten Jahre viele der Mitglieder zu kämpfen hatten, stand als Alternative zu diesem Vorgehen nur die Auflösung der Partei. Nun ist aber ein Festhalten an dieser Verfahrensweise unmöglich geworden – die Partei würde daran zugrunde gehen.

Erneuerungsdefizit II:

Die unterdessen ausgebrochenen Auseinandersetzungen um den zu beschreitenden Weg gestalten sich zusehends seltener als Dialog und immer häufiger als parallel ablaufende Monologe. Jeder redet seins und bestenfalls darüber, was die/der andere gemeint habe und nicht darüber, was sie/er gesagt hat. Eine Debattenkultur fürs gesprochene Wort – vom geschriebenen Wort kann bei den meisten ohnehin nicht die Rede sein – wurde in der PDS bisher nicht entwickelt. Will die Partei als emanzipatorische Kraft eine Zukunft gewinnen, wird sie kaum umhin können, ihre Auseinandersetzungen öffentlich nachvollziehbar zu gestalten. Dazu bedarf es eines Bruchs mit einer der widerlichsten Traditionen der (deutschen) Linken: der Verdächtigung aller, die »abweichender Meinung« sind, als »Verräter« etc. Die PDS benötigt eine offene Diskussionskultur wie die Luft zum Atmen.

Erneuerungsdefizit III:

Von den sogenannten Quereinsteigern – also Menschen, die vor der Wende ihr Brot nicht in der Politik verdienten und anfangs der PDS wesentlich ihr Gesicht verliehen – sind nur wenige übriggeblieben. An vielen Punkten haben sich in der Partei Politikerinnen und Politiker durchgesetzt, die in den achtziger Jahren schon hauptamtlich in der Politik oder in politischen Apparaten tätig sowie jung und intelligent genug waren, sich vom Kommandosystem der SED nicht das eigenständige Denken austreiben zu lassen. Ohne sie wäre die PDS

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Historiker, Dr. phil., Mitglied der Redaktion UTOPIE kreativ, leitet die Öffentlichkeitsarbeit an der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Heft 150 (April 2003), Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse, in: (Heft 152, Juni 2003)

nicht denkbar; viele von ihnen sind die »Macher«, die tagtäglich die Voraussetzungen für die Weiterexistenz der Partei schaffen. Allerdings: Die Arbeitsweise in der SED beruhte nicht auf Kooperation, sondern auf Subordination, und das Postulat von der Einheit und Reinheit der Partei erzwang Intoleranz. Viele von uns haben sich von ihrer – zumindest begonnenen – Sozialisierung durch das Kommandosystem der SED nicht emanzipiert, ja die meisten hatten auf Grund der Arbeitsbelastung überhaupt nicht die Möglichkeit, über diese Frage nachzudenken. Hier steht uns allen – jedem für sich – eine Auseinandersetzung mit sich selbst ins Haus.

Erneuerungsdefizit IV:

Viel wird über das hohe Durchschnittsalter der PDS räsoniert. Darüber wird oft ein nicht minder gefährliches Problem vergessen (gemacht): Auf der Ebene ihrer Repräsentanten und Verantwortlichen in Partei und Parlamenten ist die PDS eine Ein-Generationen-Partei; es dominieren die Vierzig- bis Mitte-Fünfzig-Jährigen. Systematische Investitionen in die Nachwuchs- und Bildungsarbeit sind aus vielerlei, meist verständlichen Gründen nicht bzw. zu spät erfolgt. Die Folgen sind heute schon bei vielen Personalentscheidungen spürbar: Es fehlt an gut qualifizierten, die Widerwärtigkeiten und Chancen dieser Gesellschaft souverän reflektierenden jungen Frauen und Männern, die ein Engagement als Herausforderung empfinden. Dieser Zustand zeigt, wie weit die Partei noch in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Erneuerungsdefizit V:

Auch bei der Kommunikation innerhalb der PDS sowie der PDS mit der Gesellschaft zeigen sich schwierige Probleme:

1) Seit Anfang an konnte die PDS in ihrer Kommunikation mit der Gesellschaft davon ausgehen, daß sie ihre Erfolge bestenfalls in zweiter Linie den Inhalten ihrer geschriebenen oder gesprochenen Texte verdankte. Viel wichtiger waren die zwischen und hinter den Zeilen liegenden Subtexte, die oft nicht verbalisierten Botschaften sowie positiv besetzte Assoziationen, die bewußt, nicht selten auch unbewußt vermittelt wurden: Die PDS stand für einen Wärmestrom, der sich aus verschiedenen Elementen speiste: Ostidentität, Gerechtigkeit (vor allem für den Osten), Partei der Tat (Rente, Wohnung), intellektuelle Brillanz, Frieden, Tabubruch (für Jüngere). Das galt innerhalb der Partei als so selbstverständlich, daß es gar nicht oder nur unzureichend reflektiert wurde. Unterdessen schmelzen die Milieus, die die PDS stützen. Die ehemalige Dienstklasse der DDR bedarf immer weniger einer eigenen Interessenvertretung; der Verlust des intellektuellen Charmes, der sich einst mit den Namen Gysi, Bisky, Brie, Schumann verband, treibt Intellektuelle in die Abstinenz; der Sozialabbau in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – ob real oder »gefühl« – verprellt junge Frauen. Daneben wenden sich auch die stets aufs neue zu gewinnenden Anhänger ab: Jugendliche, für die das Wählen von PDS einen kalkulierten Tabubruch bedeutete; die neuen intellektuellen Eliten aus den IT- und Kreativbereichen, die mit PDS eine andere politische Kultur assoziierten.

2) Die Kommunikationsstörung der PDS ist allgemein geworden. Wir finden sie zwischen der Partei und der Gesellschaft; innerhalb der Partei zwischen gewählten Leitungen und Abgeordneten/Ministern einerseits und der Basis andererseits; zum Teil zwischen gewählten Leitungen und Abgeordneten/Ministern; zwischen Intellektuellen und Funktionären, die aus intellektuellen Milieus in die Politik wechselten; zwischen Kommunalpolitikern und Bundespolitikern; zwischen Mitgliedern, die schon seit längerem aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ausgeschieden sind, und Mitgliedern, die einen täglichen Überlebenskampf auszuhalten haben; zwischen jüngeren Mitgliedern, die sich in einer Subkultur eingegliedert haben, und jüngeren Mitgliedern, die einen ausgeprägten Aufstiegswillen an den Tag legen – und so weiter. Die bisher praktizierte Politische Kommunikation in der Partei sowie der Partei in die Öffentlichkeit ist gescheitert.

3) Der bisherige gemeinsame Wertehaushalt erschöpft sich; anders als bisher kann kaum noch sowohl innerhalb der Partei als auch nach außen »von Bauch zu Bauch« kommuniziert werden. Die Ansprache »von Hirn zu Hirn«, in der Hoffnung, das Herz oder – um im Bild zu bleiben – den Bauch zu erreichen, hat die PDS aber nicht gelernt.

4) Wie bereits André Brie, Michael Brie und Michael Chrapa in ihrer Wahlauswertung (Standpunkte der rls, 7/2002) schrieben, führt das dazu, daß die Partei

- fast ausschließlich reaktiv handelt und kaum in der Lage ist, medial Themen zu besetzen und Öffentlichkeiten zu beeinflussen,
- zu sehr auf parlamentarische Formen von Politik fixiert ist und die Bedeutung gesellschaftlich breiter Diskussionen und die außerparlamentarische Bündnisbildung unterschätzt,
- Kommunikation sehr stark auf die Vermittlung von »Botschaften« der PDS bzw. ihrer Führung an die Bürgerinnen und Bürger reduziert statt sich selbst »zum Teil der öffentlichen Auseinandersetzungen zu machen« und dabei von linker Seite her durch Mobilisierung und Kampagnen sowie mediale Inszenierung verdrängte Positionen der Bürgerinnen und Bürger zur Geltung zu bringen,
- nicht den »kleinen Leuten« Gehör verschafft, sondern versucht, sich selbst in der Öffentlichkeit mit Worten groß zu machen – was ständig verfehlt wird,
- öffentlichen Protest und öffentliche Diskussion nicht symbolträchtig inszeniert und
- nicht im wirksamen Gespräch mit sozialen Bewegungen, Verbänden ist.

Was bleibt?

Im klinischen Sinne ist eine Krise der Punkt, an dem sich entscheidet, ob ein Patient stirbt oder ob er die Chance auf Genesung und damit auf Verlängerung seines Lebens erhält. Da es für Parteien keine Kliniken gibt, sind sie auf ihre Selbstheilungskräfte verwiesen. Anders als beim vom Tode bedrohten Menschen lassen sich diese Kräfte in Parteien »herbeireden«: Indem man miteinander und mit der Gesellschaft redet – und nicht nur übereinander.

HEIKO HILKER

Politische Kommunikation und PDS

Die PDS hat bei der politischen Kommunikation offensichtlich Probleme. Bei der Auseinandersetzung damit geht es mir vor allem:

- um die Rolle der politischen Kommunikation in der heutigen Gesellschaft,
- um Fragen nach den Defiziten der PDS bei der politischen Kommunikation und
- um Ansätze für eine eigene Strategie, politisch zu kommunizieren.

Was ist politische Kommunikation?

Darunter wird Massenkommunikation über Presse, Radio, TV und Internet oder mit speziellen Medien wie Reden von Politikern, Kundgebungen, Pressekonferenzen oder Wahlwerbung verstanden. Der Begriff bezeichnet ein System von Informations- und Kommunikationsbeziehungen, an dem folgende drei Akteursgruppen beteiligt sind:

a) Die ›Absender‹ sind Vertreter des politischen Systems wie Parteien, Regierungen, Ministerialverwaltungen auf allen staatlichen Ebenen sowie politische Interessenvertretungen wie Gewerkschaften, Verbände, Organisationen, NGO, Vereine, Bürgerinitiativen.

b) Die ›Transmitter‹ sind Vertreter des Mediensystems wie Journalisten, die die Information und Inszenierung der politischen Kommunikation nach medienpezifischen Aufmerksamkeitsregeln selektieren, aufbereiten, interpretieren und damit das politische Geschehen beeinflussen.

c) Die ›Adressaten‹ sind Wähler und Publikum in einem. Die politischen Akteure wollen die Wähler von ihrer Politik überzeugen und Akzeptanz dafür erreichen. Die Medienmacher wollen im hart umkämpften Medienmarkt das Publikum gewinnen und halten, um Auflagen bzw. Quoten zu sichern.

Die Rollen der Akteure gelten als festgelegt: Die politischen Akteure setzen auf Inszenierung statt Diskussion von Sachthemen. Für die Medien, besonders das TV, sind Inszenierungen »willkommenes Futter«, denn das Publikum zeigt kaum Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Die Kommunikations- und Vermittlungsabhängigkeit von Politik ist in den letzten Jahren gestiegen. Politische Kommunikation ist längst ein Kriterium für politischen Erfolg. Sie ist als Prozeß einem ständigen Wandel und Anpassungsdruck durch die Umwelt unterworfen.

Angesichts der kleiner werdenden Gruppe von Stammwählern und der zunehmenden Zahl sogenannter Wechselwähler ist es eine zen-

Heiko Hilker – Jg. 1966;
Diplom-Ingenieur; Mitglied
der PDS-Fraktion im
Sächsischen Landtag,
medienpolitischer Sprecher.
heiko.hilker@slt.sachsen.de

Seit 1990 versuche ich, in der Medienpolitik den einen oder anderen Akzent zu setzen und für konkrete Projekte im Jugend-, Medien- oder Technologiebereich außerparlamentarische und parlamentarische Strategien zu verbinden. Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen sind meine Schlußfolgerungen als Arbeitsmaterial für eine kritische Debatte um eine zeitgemäße politische Kommunikation entstanden. Dabei will ich größtenteils nicht wiederholen, was andere Autoren schon in die Diskussion eingebracht haben (siehe u. a. Brie/Brie/Chrapa 2002), sondern auf andere Quellen zurückgreifen.

Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Insofern ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selbst auch Politik (Jarren/Donges 2002). Unter Akteuren aus dem politischen PR-Bereich wird sie verstanden als der kommunikative Wettbewerb um die Themenführerschaft, um Darstellungs- und Begründungsansprüche, um das Erlangen bzw. den Erhalt von Einfluß und Gestaltungspotentialen.

»Politik in modernen Gesellschaften ist nicht mehr die Verwirklichung großer Ideen und Konzepte, sondern das Geschäft der Darstellung und der Vermittlung einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen.« (Land 1999)

trale Aufgabe von Politikvermittlung und politischer Kommunikation, bei dieser wachsenden zweiten Zielgruppe Aufmerksamkeit zu erzeugen und Unterstützung zu generieren (Tenscher 2000).

Bedingungen für politische Kommunikation

Matthias Machnig, dem ehemaligen Geschäftsführer und Kampagnechef der SPD, ist zuzustimmen, wenn er feststellt, daß Kommunikationsfähigkeit die politische Schlüsselaufgabe von Parteien ist. Politik und Politiker sind als Mediensubjekt wie -objekt längst Teil der medialen Arena. Ebenso unbestritten ist, daß Medien die Themen setzen, über die Wähler reden, reflektieren und diskutieren. Er schlußfolgert zu Recht: »Politisch ohne Medien zu kommunizieren bedeutet nicht zu kommunizieren. Politische Kommunikation ist mehr denn je Medienkommunikation.« (Machnig 2002) Die politische Kommunikation hat sich in den letzten zehn Jahren verändert. Sie ist eine zunehmend komplexe Aufgabe geworden in einer differenzierten, globalen Medienlandschaft. Eine entscheidende Rolle spielt das veränderte gesellschaftliche Umfeld, in dem Politik agiert und mit dem Politik kommuniziert. Die gesellschaftlichen Umbrüche von der Arbeitswelt bis zu den Lebensstilen verändern Milieus und ihre Integrationskraft mit weitreichenden Folgen für Parteien: Mehrheiten werden heute zu Allianzen auf Zeit, zu eher lose verkoppelten Interessengemeinschaften, die es durch politische Kommunikation zu organisieren und mobilisieren gilt.

Wähler werden mit immer komplexeren Themen konfrontiert, für die immer weniger Zeit zur Verfügung steht. Sie müssen thematisch selektieren und sich entscheiden, welches Thema Priorität besitzt. Politik heißt Bewältigung von Zielkonflikten und zeitlicher, ökonomischer und sozialer Eigenlogiken bestimmter Themen oder Subsysteme. Das führt zu einem Kompromißcharakter politischer Entscheidungen und erschwert Eindeutigkeiten, Identifikationen und Nachvollziehbarkeiten. Es gibt eben nicht *die* Antwort auf komplexe gesellschaftliche Probleme. Das befördert Erscheinungen wie die, daß Stimmungen immer wichtiger werden für Wahlentscheidungen.

Zugleich wird es für Volksparteien immer schwerer, dem Anspruch, die gesamte Bandbreite und den Wunsch nach Identifikation und Eindeutigkeit politisch zu repräsentieren, gerecht zu werden.

Thomas Falkner hat weitere Tendenzen und Faktoren beschrieben: »*Sozialstaatsverdruf* angesichts des von Generation zu Generation immer weniger akzeptablen Verhältnisses von Aufwand und Leistung.

Konsensverdruf angesichts der täglichen erlebbaren Entwicklungsblokkaden, die sich aus dem weit reichenden faktischen Veto-Recht der Interessenverbände ergeben.

Und der Verdruf wendet sich in neue politische Lust: *Lust an der Polarisierung*, die mit der Konfliktaustragung erzwungen werden soll. *Lust an individuellen Strategien* zur Absicherung von Lebensrisiken, Alter etc., mit denen man den sozialstaatlichen Belastungen und Zumutungen ein Schnippchen schlagen kann ...« (Falkner 2002).

Politik und ihre Vermittlung findet zunehmend über die Massenmedien statt, da diese die reichweitenstärkste, dauerhafteste und

Politische Kommunikation kann nur gelingen, wenn sie Komplexität reduziert und Themen symbolisch exemplarisch erläutert (Machnig 2002).

meistgenutzte Arena politischer Öffentlichkeit darstellen. (Vgl. Tenschler 2000) Sie hat dabei mit den Entwicklungen und Merkmalen der Mediengesellschaft zu tun:

Quantitative u. qualitative Ausbreitung der publizistischen Medien; neue Medienformen (Sparten) neben herkömmlichen Massenmedien; Medien durchdringen immer stärker alle gesellschaftlichen Bereiche; Medien erlangen durch hohe Nutzungs- und Beachtungswerte gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung. Sie sind inzwischen die Voraussetzung für Informations- und Kommunikationspraxis der politischen Akteure. Ohne die Medien ist keine anhaltende und stabile Kommunikation zwischen den Akteuren und den Bürgern möglich. Eine Folge ist die *Mediatisierung der politischen Kommunikation*. (Jarren/Donges 2002)

Die technischen Möglichkeiten der Informationsübertragung verändern zudem die Medien und die Art ihrer Nutzung. Mehr Anbieter denn je konkurrieren in den unterschiedlichen Mediensparten. Es gab noch nie so viele Medienformate wie derzeit, die Bürger als Medienkonsumenten werden mit einer Flut von Angeboten überschwemmt. Die heutige Medienlandschaft ist ein Markt, auf dem ganz unterschiedliche Anbieter Platz haben und in einem harten inter- und intramedialen Wettbewerb um Marktanteile konkurrieren. Das hat zu einer dominanten Marktorientierung geführt: gesendet wird, was gefällt und Quoten und Auflagen bringt. In der Folge haben es Politik sowie politisch anspruchsvolle Sendungen oder Printmedien schwer, sich zu behaupten.

Ein Kennzeichen der heutigen Mediengesellschaft ist die wachsende und gezielte Nutzung der Neuen Medien (Internet). Nachdem früher der Schwerpunkt der politischen Kommunikation bei der direkten und der Presse-Kommunikation lag, spielten ab Mitte des vorigen Jahrhunderts die audiovisuellen Medien (Radio und Fernsehen) eine stärkere Rolle. Inzwischen ist das Internet als wichtiger Faktor hinzugekommen. Mehr als 27 Millionen »User« im Alter von 14 bis 69 Jahren surfen hierzulande im Internet. Es gewinnt als Informationsquelle zunehmend an Bedeutung, wie verschiedene Studien zeigen, bietet seinen Nutzern Interaktivität, Aktualität und Dezentralität und ermöglicht ihnen, Informationsangebote individuell zusammenzustellen.

Parteien stellen sich zunehmend darauf ein. Der Bundestagswahlkampf 2002 bestätigte das. Nach verschiedenen Analysen von Fachzeitschriften wie *Media Perspektiven* und *c't*, spielte die Online-Wahlwerbung hier eine größere Rolle als 1998. Die Parteien hatten demzufolge ihre politische Kommunikation im Internet deutlich intensiviert.

Das WWW eignet sich »bestens für Selbstdarstellung und zur Präsentation von politischen Standpunkten und der Dokumentation geleisteter Arbeit« heißt es in den Analysen (Bieber 2002). Dabei wurden neue Qualitäten im Online-Wahlkampf beobachtet: Von Seiten zur Gegnerbeobachtung (CDU mit www.wahlfakten.de), für negative Kampagnen innerhalb einer Plattform (SPD mit www.nicht-regierungsfähig.de) über den ersten Versuch, online Spenden einzuwerben (FDP mit www.achtzehnzweitausendzwei.de) bis zur von der CDU gestarteten Politiksimulation www.wahlkreis300.de reichte

Parteien rivalisieren mit einer komplexen, differenzierten Medienlandschaft und einer Freizeit- und Erlebnisgesellschaft, nicht mehr allein mit anderen politischen Parteien (vgl. Machnig 2002).

Die elektronischen Medien spielen in der heutigen Gesellschaft eine Schlüsselrolle für politische Vermittlungsprozesse und wirken sich auf deren Inhalte und Organisation aus durch eine verstärkte Orientierung an den vorherrschenden Medienlogiken. (Tenschler 2000)

Die Neuen Medien wurden von den Bundestagsparteien frühzeitig und langfristig in ihre Kampagnen und deren Phasen eingebunden, mit Kandidatenwebsites, speziellen Wahlkampfseiten und zum Teil als Seiten, gerichtet gegen die politische Konkurrenz.

das Spektrum der Novitäten im digitalen Wahlkampf. (Ebenda) Allerdings war für »die meisten Parteien wie Kandidaten ... das Web offensichtlich ... nur eine weitere, diesmal multimediale Form des TV-Werbespots«. (Birkelbach 2002). Die Reichweite der Online-Wahlwerbung sei nicht zu unterschätzen, heißt es in den Analysen, da das Internet »vom Zielgruppen- zum Massenmedium« werde. (Bieber 2002)

Eine Folge der gesellschaftlichen und medialen Veränderungen ist: Die Schnelligkeit der Botschaft geht zu Lasten der Tiefe der Argumente. Die Parteien konkurrieren um Zeit und Aufmerksamkeit der Bürger. Die Zeit für Reaktion wird immer knapper. Stand früher das jeweilige politische Ziel im Vordergrund, geht es heute vorrangig um die Stimmenmaximierung über *Stimmungen*. Wahlergebnisse zeigen sich zunehmend als Ausdruck von Stimmungen.

PDS und politische Kommunikation

Die beschriebenen Entwicklungen und Rahmenbedingungen sind zugleich Problem und Chance für die PDS. Es gilt aber auch, was Falkner mit Blick auf das letzte Bundestagswahlergebnis feststellte: Die Themen Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Friedenserhaltung und Ostdeutschland hatten im Vergleich zu 1998 bei den Wählerinnen und Wählern im Prinzip nichts an Gewicht verloren. Doch das Erscheinungsbild und das tatsächliche Agieren der PDS sei von Dysfunktionalität statt Gebrauchswert geprägt gewesen. »Das Wechselspiel zwischen Selbstintension und Fremdzuweisung, das die Entwicklung der PDS-Identität in den 90er Jahren geprägt hatte, funktionierte nicht mehr; insbesondere der Parteivorstand und die Parteivorsitzende wechselten auf einen Kurs, der die parteiinterne Furcht vor der wirklichen Politik und darauf fußende Lust an der Opposition zum Maßstab des eigenen Agierens und zur Prämisse der politischen Analyse machte.«

Falkner kritisiert, daß sich die PDS-Führung nach dem damit verbundenen Verzicht auf eigene strategische Optionen angesichts der knappen Umfrageergebnisse im Sommer in eine formalisierte Konstellationsdiskussion zwingen ließ, »in der inhaltliche Substanz schon gar nicht mehr aufgerufen wurde«. (Falkner 2002)

Warum unterlag auch die PDS den Stimmungen? »Es gab und gibt bislang keine hinreichenden politischen Referenzen – weder auf der Projektebene noch aus der Regierungsbilanz.« (Falkner 2002) Das stützt die These, daß die PDS für die Wähler eine »normale Partei« geworden ist. »Nach den Auseinandersetzungen um das Schweriner Arbeitsministerium und vor allem nach der Bonusmeilen-Affäre um Gregor Gysi ist die PDS dann auch noch im negativen Sinne erstmals als »normale Partei« wahrgenommen worden und hat an Vertrauen und Zutrauen eingebüßt.« (Ebenda)

Gysi vermittelte bis dahin in der Öffentlichkeit erfolgreich das Image, die PDS sei *anders*. Das überdeckte ein Problem, über das lange diskutierte, das aber nicht angegangen wurde: »Die PDS ist bis heute nicht im Westen angekommen – weder in der Medienlandschaft noch mit ihrem Personal. Mit Gregor Gysi besaß die Partei eine einzige Figur, die sich west- und medienkompatibel zeigte.« (Lucke 2002) Doch mit seinem Rücktritt als Berliner Wirtschafts-

»... in diesem beschriebenen Raum vollzog sich die konkrete, spezifische Krise der PDS. Nur durch eine solche erweiterte Beschreibung des Rahmens ist z. B. erklärlich, warum die PDS gerade an ihren eigenen Themen gescheitert ist ...« (Falkner 2002)

»In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind zudem – anders noch als in Sachsen-Anhalt – Probleme im Regierungshandeln und enttäuschte (teils auch überhöhte) Erwartungen vor allem zu Lasten der PDS, nicht der SPD, gegangen. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Gründe für eine Fortsetzung der rot-roten Koalition zudem wenig mit konkreten Leistungen der PDS innerhalb der Regierung verbunden worden. In Berlin konnte im ersten Jahr der neuen Koalition angesichts der schwierigen Ausgangssituation ein praktischer Aufbruch zu Neuem – gerade durch die Beteiligung der PDS ermöglicht – (noch) nicht erlebbar gemacht werden.« (Falkner 2002).

nator entstand für viele der Eindruck, daß die führenden Kräfte der PDS auch nicht anders seien als die anderen Personen der bundesdeutschen Politikerklasse. Gysis nach dem Rücktritt sogar zunehmende Medienpräsenz führte zu Verdruß und stärkte »den Eindruck, er sei eher aus Amtsmüdigkeit zurückgetreten und bevorzuge die Rolle des politischen Entertainers gegenüber der harten Sacharbeit.« (Falkner 2002) Hinzu kommt: Gysis »Fahnenflucht hat den Blick frei gemacht für die Trostlosigkeit der Hinterbühne« (Lucke 2002).

In Analysen wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß es Kanzler Gerhard Schröder und der SPD zudem gelang, mit der Übernahme nahezu jeder PDS-Detailforderung nicht nur mit einem außenpolitischen Thema die Wahlentscheidung massiv zu beeinflussen, sondern auch der PDS den Schneid abkaufen zu können. »Ursache und zugleich auch wieder Folge all dessen waren:

- eine sich vertiefende Spaltung innerhalb des traditionell dominierenden Reformerslagers, die zu internen Entwicklungsblockaden und zu einem widersprüchlichen Erscheinungsbild führte,
- eine von den Führungsdefiziten forcierte Demotivierung, schließlich sogar Demoralisierung der Parteibasis.« (Falkner 2002)

Problem: geistige Profile innerhalb der PDS

Die geistigen Profile innerhalb einer Partei gehören zu den Grundlagen für die interne und externe politische Kommunikation. Deshalb soll ein Blick auf die Basis geworfen werden. Denn neben den Personen an der Spitze lebt »die Erkennbarkeit, die Erfahrbarkeit der PDS ... von einer überwiegenden Mehrheit vermutlich genau von denen, die unter den vorgefundenen politischen Bedingungen konkrete Veränderungen für eine bessere Gesellschaft umzusetzen versuchen, von denen, die das wollen und tun, obwohl sie wissen, daß damit der Kapitalismus nicht abgeschafft wird.« (Kahrs 2000)

Günter Pollach stellt in einer Untersuchung aus dem Jahr 2000 fest, daß die Einlösung des Anspruches, Reformkraft sein zu wollen, viel mit den geistigen Profilen innerhalb von Parteien zu tun hat: In der Untersuchung politischer Grundorientierungen der fünf wichtigsten Parteien in den ostdeutschen Kommunen zeigt sich die PDS sowohl hinsichtlich ihrer Links-Rechts-Einordnung, ihrer Einordnung auf einer Ost-West-Dimension als auch auf einer Libertarismus/Autoritarismus-Skala und (hier allerdings nach den Bündnisgrünen) auf einer Postmaterialismus/Materialismus-Skala als Gegenpol zur CDU sowie »als am weitesten links stehende Partei, als eine Partei, die ›Ostidentität‹ und Pro-Sozialismus am stärksten zum Ausdruck bringt« (Pollach 2000)

Im Vergleich zu anderen Parteien zeigte sich die PDS bezüglich ihrer Grundorientierungen und geistigen Profile mit Abstand am geschlossensten bzw. am wenigsten in sich differenziert. Für Pollach trägt sie angesichts ihrer polarisierenden Wirkung in der Gesellschaft und ihrer beachtlichen Geschlossenheit der geistigen Profile große Möglichkeiten in sich, als Reformkraft zu wirken. Das gelte vor allem hinsichtlich ihrer starken Repräsentation von ›Ostidentität‹ und Ost-Interessen und könne zugleich an bedeutende gleichgerichtete Bestrebungen in breiten Bevölkerungskreisen sowie quer durch alle anderen Parteien in Ostdeutschland anknüpfen. Ihre Rolle

Die Gruppe der vier Spitzenkandidaten zeigte sich zerstritten und agierte nicht einheitlich. Das »Bild der geschlagenen Viererbande Zimmer, Bartsch, Claus und Pau am Abend der Wahl« wurde als Symbol des Scheiterns wahrgenommen (Lucke 2002: 1419).

»Der Wahltag hat gezeigt, daß die PDS – so, wie sie vor allem konzeptionell und strategisch aufgestellt war – nicht gebraucht wird, wenn es in diesem Lande wirklich ernst wird.« (Falkner 2002)

»Zu 93 Prozent präferieren ihre Fraktionsvorsitzenden den Vorrang von öffentlicher Sozialpolitik, zu 96 Prozent befürworten sie den Vorrang des ÖPNV vor dem Individualverkehr, zu 100 Prozent sind sie für politische Regulierung durch den Staat in der Marktwirtschaft, zu 95 Prozent vertreten sie die Meinung, daß der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt worden ist usw.« (Pollach)

als Sammelpunkt verschiedener irgendwie gearteter Alternativvorstellungen und -stimmungen zur heutigen kapitalistischen Realität spreche für ihre Überlebens- und Reformfähigkeit. (Ebenda)

Doch zugleich macht Pollach auf »einige Achtungszeichen in Richtung einer Anfälligkeit für wenig modernes Denken und Handeln« aufmerksam:

- In der PDS gebe es insgesamt neben den Bündnisgrünen noch am wenigsten konservative und autoritäre Auffassungen, doch an ihrer kommunalen Basis sei sie hiervon keineswegs gänzlich unberührt. So hielten 87 % ihrer Fraktionsvorsitzenden die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für wichtig oder sogar sehr wichtig (kein Unterschied zu SPD, graduelle Unterschiede zu CDU und FDP). In Ausländerpolitik sei jeder fünfte für den Stopp weiterer Zuwanderung, in den Gemeinden sogar zu 44 %. »Sehr förderlich bei der Ausarbeitung einer linken, demokratischen Reformkonzeption dürfte das nicht sein.« (Ebenda)

- Auch im Umweltbewußtsein unterscheide sich die PDS qualitativ kaum von CDU und SPD – kaum einer der Fraktionsvorsitzenden bricht aus und fordert Vorrang des Umweltschutzes vor Wachstum, umgekehrt sogar eher. Das Wirtschaftswachstum wird – natürlich angesichts des ostdeutschen Nachholbedarfs – auch in der PDS von drei Vierteln (76 %) der Befragten für wichtig oder sehr wichtig gehalten.

- Grundsätzlich befürworten die PDS-Fraktionsvorsitzenden staatliche Regulierung, wollen einen interventionsfähigen Staat zur Lösung sozialpolitischer, ökologischer und wirtschaftlicher Probleme, aber einen »starken Staat« im Sinne eines autoritären Staates oder eine neoliberale Staatsauffassung lehnen sie ab. Das verbreite zugleich einen starken Geruch veralteter Staatsgläubigkeit. Auch das sei nicht mit einem modernen Reformprogramm vereinbar.

Reformfähigkeit werde ohne Streitkultur, ohne Konfliktfähigkeit und ohne das Beschreiten auch kühner oder ungewohnter Wege kaum zu erlangen sein. Doch Pollach sieht Zweifel angebracht, ob die PDS an ihrer Basis ausreichend über solche Fähigkeiten verfüge. Dafür gebe es indirekte Hinweise: In Fraktionen bzw. Parteigliederungen gebe es *deutlich weniger politische Flügel* und Strömungen als bei CDU, SPD und Bündnisgrünen. »Entweder zeugt das von einem Mangel an geistiger Auseinandersetzung in der kommunalen Basis oder der vielgepriesene Pluralismus der Anschauungen ist weitgehend Schimäre, weil die SED-Angst vor Sektierertum und Fraktionismus noch tief in den Knochen steckt.« Beides fördere jedoch kaum die nötige Diskussionskultur für linksdemokratische Reformen. Pollach macht eine »beträchtliche Angepaßtheit in der Partei« aus und verweist darauf, daß zum Beispiel sich nur ein Drittel der PDS-Fraktionsvorsitzenden die Anwendung auch von Mitteln des zivilen Ungehorsams bei schwerwiegender Verletzung von Interessen und Werten vorstellen kann, bei den Bündnisgrünen seien es immerhin zwei Drittel. Ebenso problematisch erscheine auch die *Konfliktfähigkeit an der Basis*. In den Kommunen sei in allen Parteien das Bestreben dominant, Konflikte zu vermeiden und möglichst Konsens bei der Lösung sogenannter Sachfragen anzustreben. Nur 17 % der PDS-Abgeordneten, vor allen in kreisfreien Städten

»Hinsichtlich eines Denkens z. B. in Richtung der *Stärkung von Kräften gesellschaftlicher Selbsthilfe und Solidarität*, hinsichtlich eines subsidiären Staates – so viel Staat wie nötig – steht die PDS im Vergleich aller Parteien an letzter Stelle.« (Pollach)

und auf der Kreisebene, bekennen sich der Studie zufolge dazu, daß Konflikte zum Alltag der Demokratie gehören und ihre Austragung die Lösung von Problemen befördern könne. Die PDS liege damit weit hinter den Bündnisgrünen, aber auch noch hinter CDU und SPD, schreibt Pollach und fragt: »Erfordert ein modernes Reformprogramm nicht weniger Angepaßtheit und mehr Konfliktbereitschaft?«

Die Untersuchung zeige durchaus beachtliche Potentiale der PDS für Entwicklung zu einer linksdemokratischen Reformkraft, aber ebenso zahlreiche Anzeichen dafür, daß einer solchen Entwicklung beträchtliche Hindernisse *in der Partei selbst* entgegenstehen.

Problem: interner Konflikt

Die verschiedenen Wahlanalysen haben auf die Wirkung der partei-internen Konflikte nach außen, besonders in der Führungsspitze, zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«, aufmerksam gemacht. Da erfolgreiche politische Kommunikation in die Gesellschaft hinein nicht ohne funktionierende interne Kommunikation stattfinden kann, sei auch dieses Problem angeschnitten. Horst Kahrs hat bereits 2000 darauf aufmerksam gemacht und Probleme benannt, die zu den Ursachen des Scheiterns bei der Wahl 2002 zählen dürften: In der Personalfrage sei die PDS »sehenden Auges in die Führungskrise« geschlittert. Doch dabei sei nicht die Personalfrage an sich, sondern die Abwesenheit von politischer Problembewältigungsfähigkeit das charakteristische Krisenmoment.

Die *Selbstinterpretation der Entwicklung der PDS* durch ihre öffentlichen Meinungsführer – weniger durch die -führerinnen – als ständige Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«, »modernen Sozialisten« und »Altkommunisten« oder – seit jüngstem – »Dogmatikern« sei zwar medial spannend, transportiere aber nur die eher konspirativen Gefechte aus der SED der achtziger Jahre ins neue Jahrhundert. »Geburtsstunde und Ziel der ›Reformer‹ war es, die DDR durch einen ›modernen Sozialismus‹ zu erneuern, die Existenz der DDR war Voraussetzung, 1989 bot sich – endlich – die Chance, zur Mehrheit in der SED/PDS zu werden«, benennt Kahrs als eine der Konfliktursachen. Die herrschende öffentliche Meinung und »die Medien« hätten der PDS diese Auseinandersetzung aufgedrückt, ohne sie allerdings erfunden zu haben. *Das Krisenhafte* zeigt sich aber darin, daß gerade ›die Reformer‹ dieses *Szenario in den letzten Jahren kultiviert* haben, daß es unzählige Äußerungen gibt, die die Wirklichkeit und existentielle Bedeutung gerade dieser Auseinandersetzung nach außen kommunizierten als eine zwischen den Guten und den Bösen.« (Ebenda)

Die Problemdefinition setzt die Bedingungen für die Problemlösung. Kahrs warnt davor, daß die Sackgasse dieses internen Konflikts die Fortentwicklung der PDS zu einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland behindere. Aus seiner Sicht müssen sich die Reformer reformieren und sich ihrer durch die Vergangenheit geprägten Häutungen entledigen. Er sieht Anzeichen für fehlende Bereitschaft oder Fähigkeit dazu, die die *destruktive Fortsetzung alten Denkens* befürchten ließen. Darauf machte auch unter anderem Michael Chrapa in seinen Wahlanalysen aufmerksam. Die *Politik-*

»Zu den Krisenphänomenen zählt, daß so gut wie nichts getan wurde, um den Wechsel im Führungspersonal und der Repräsentanten der Partei auf Bundesebene vorzubereiten, auch die Abtretenden wenig Zeit und Energie darauf verwendeten, das Feld zu bestellen, was immerhin zur Leitungsverantwortung zählt.« (Kahrs 2000)

»Genährt, nicht verursacht, wird solche Psychologisierung, wenn der PDS eher pädagogisch daher kommende Übungen wie »Koalitionsefähigkeit«, »Regierungsefähigkeit« oder »Politikfähigkeit« abverlangt werden, ohne vorher oder zumindest gleichzeitig zu sagen, wofür und wodurch sich denn solche »Fähigkeit« auszeichnet.« (Kahrs)

»Das Spannungsverhältnis zwischen Partei und außerparlamentarischer Politik einerseits und Medien- und Fraktionspolitik andererseits zu akzeptieren und systematisch zu entwickeln, zählt zudem zu den Voraussetzungen von Politikfähigkeit, die darauf aus ist, Gesellschaft zu verändern.« Es sei ein »typischer Fall von Politikunfähigkeit und Disqualifikation für obere Leitungsaufgaben, wenn eigene Argumentation auf dem aufbaut, was man nicht in den Medien lesen will«. Eine größere Anpassung an die »Mediendemokratie« und die Entpolitisierung von Politik sei kaum noch vorstellbar. (Kahrs)

und *Leitungsunfähigkeit* der »Reformer« bedrohe die Zukunft der PDS, schreibt Kahrs. Die Gegeneinanderstellung von »demokratisch-sozialistischem Weg« und »Verharren in althergebrachten Sicherheiten«, von »Erneuern und Verharren«, von »Einzelfallprüfung« und »Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten« negiere die *Berechtigung des Ver- und Beharrens*. Sie sei zudem mittlerweile genauso sinnentleert wie jene zwischen »Reformern« und »Traditionisten« Es sei nicht mehr vermittelbar nach außen, worum es dabei geht. Die Auseinandersetzung sei mehr und mehr eine »persönlich-biographische Angelegenheit aus vergangenen Tagen«. Mangels Argumenten trete an die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung die Unterstellung persönlicher Machtambitionen.

Im Gegensatz dazu ist für Kahrs an der *Durchsetzung einiger ganz bestimmter Anliegen* meßbar, was *Regierungsefähigkeit* und womöglich *Koalitionen* bringen. Wähler und Delegierte hätten keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit der von ihnen Gewählten, sondern auf die *Überprüfbarkeit von Erfolg und Mißerfolg*. Eine Partei, die allein vom Charisma und der »Glaubwürdigkeit« einzelner Personen lebt, von der Vertrauensfrage, stecke in der entscheidenden Existenzkrise.

Die meist erlittene, weniger emanzipativ gelebte Erfahrung des ständigen Wandels im flexiblen Kapitalismus begründet die *Berechtigung des Verharrens*, ebenso die an einzelnen Punkten auch mehrheitsfähige Attraktivität der *KPF-Positionen*. Diese dürften *nicht aus der permanenten Beweisnot entlassen* werden, zu belegen, daß ihre Sicht der Verhältnisse Menschen motiviert, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sich einzusetzen. Letzteres sei der *Maßstab für die Politikfähigkeit einer demokratisch-sozialistischen Partei*: Eine ständig steigende Zahl von Menschen zu begeistern, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu engagieren und zu emanzipieren.

Der Parteitag in Münster im Jahr 2000 ist Kahrs ein Beispiel dafür. Die »klare und eindeutige, eben nicht durch eine »Einzelfallprüfung« theoretisch offene Haltung zu UN-Militäreinsätzen förderte die außerparlamentarische Politikfähigkeit der PDS«. Es sei ein Sieg der Logik außerparlamentarischen Handelns gegenüber der Logik parlamentarischen Handelns gewesen.

Für Kahrs hängen Erfolg und Mißerfolg der PDS mittelfristig davon ab, ob Fragen diskutiert und Richtungsentscheidungen getroffen werden, die in der Gesellschaft *auch außerhalb der PDS interessant sind*, weil sie oppositionelle Positionen und Interessen aus der Gesellschaft gegenüber der Regierungspolitik aufnehmen und artikulieren, zum Beispiel Aussagen zum Verhältnis von Staat und Markt, zum Umbau staatlicher Regelungskompetenzen oder zu unverzichtbaren sozialen Grundrechten, für deren Sicherung die PDS in der Dynamik des politökonomischen Wandels eintritt.

Eine notwendige Anmerkung ist zu machen zu den Warnungen von Falkner vor einer Entwicklung der PDS zu einer »neokommunistischen Formation, die bereits vor zwei Jahren mit dem Kollaps von Münster ... begann und die jetzt in Gera erlebbar wurde«. Er setzt dagegen auf die Pragmatiker und »regierenden Reformer« in der PDS, um dieser »eine demokratisch-sozialistische Richtung zu geben«. (Falkner 2002) Hier scheint die von Kahrs, Michael Chrapa

und anderen vor und nach der Wahl befürchtete Fortsetzung des internen Zwiespaltes auf. Unbeachtet bleibt dabei ein Problem, das die Konflikte in der PDS befördert und von Rainer Land schon 1999 beschrieben wurde: Daß »ein in der Gesellschaft verankerter Reformdiskurs, auf dem eine von Bevölkerungsmehrheiten getragene Reformpolitik aufbauen könnte, ... so weit entfernt wie eh und je« ist, trotz »Agenda 2010«. Die von Land aufgezeigte, jeden Reformansatz behindernde Systemblockade, die »ganz unabhängig davon, welche Partei regiert«, wirkt, ist kaum Thema der parteiinternen Kommunikation. (Land 1999)

Neue und andere Wege gehen

Die beschriebenen Konflikte und Faktoren wirkten sich aus in der herausgebildeten Stimmungsdemokratie der Bundesrepublik und führten mit zu dem Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl 2002. Die Wahlentscheidung hängt anscheinend immer mehr von Stimmungen ab, denen alle Parteien unterworfen sind und die eine kleine Partei kaum beeinflussen kann. Auch ist es wohl unmöglich, Stimmungen über einen längeren Zeitraum vorherzusagen und eine Wahlstrategie darauf aufzubauen. Es ist die Frage zu beantworten, ob eine Partei wie die PDS mit anderen Ansprüchen nicht auf etwas anderes setzen muß als auf Stimmungen? Wer allein darüber eine maximale Stimmenzahl erreichen will, läuft Gefahr, sich zu allem und jedem und dies kritisch zu äußern. Die Folge ist der Versuch, sich im Detail von den anderen zu unterscheiden und permanent kleine Differenzen zu kommunizieren. Dies praktizieren derzeit alle Parteien.

Zu fragen ist, ob es nicht eine andere erfolgreiche Strategie geben könnte? Wäre es nicht wichtig, die konkreten politischen Ziele für einen Zeitabschnitt zu bestimmen, zu überlegen, wie diese in konkreten, alternativen Projekten umgesetzt werden können, diese zu kommunizieren und vorhandene Stimmungen dabei zu nutzen. Dies hieße, eine politische Praxis mit ihren Problemen, Fortschritten und Rückschlägen zu kommunizieren.

Politische Kommunikation ist Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck ist, die Gesellschaft zu verändern, muß die politische Kommunikation darauf ausgerichtet werden. Die Kommunikationsstrategie sollte versuchen, in konkreten Fragen, in denen das Profil sowie die Werte einer Partei klar werden, gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen, um so reale Veränderungen zu bewirken. So könnte die Partei einen Mehrwert haben. Unabhängig von der Position im politischen System, ob nun als Regierung oder Opposition, hätte sie bestimmte Dinge in der Gesellschaft verändert. Vor einer Wahl könnte es heißen: Macht uns stärker, dann können wir noch mehr verändern, in der Opposition oder in der Regierung. Allerdings muß man sagen, was man konkret verändern will, was man konkret verändert hat. Die Kommunikationsstrategie sollte also darauf ausgerichtet sein, gesellschaftliche Mehrheiten zu bestimmten Fragen herzustellen sowie konkrete Veränderungen zu bewirken und nicht auf stimmungsbasierte Strömungen abzielen.

Dabei gilt: Der Verzicht auf mediale Wirkung befördert das Ausscheiden aus Gesellschaft und der öffentlichen Kommunikation.

Folgende Fragen sind zu beantworten:
 Was ist das eigene Profil?
 Welche Botschaft will man kommunizieren?
 Über welche konkreten Projekte kann man die Botschaft für die Bürgerinnen und Bürger verständlich kommunizieren?
 Wer kann diese Botschaften glaubwürdig verkörpern?
 Welche Erwartungen gibt es im Umfeld (Mitglieder, Wähler, Öffentlichkeit, politische Partner)?
 Wo sind Schnittpunkte zwischen Profil und Umfeld-erwartungen (Frage des Nutzwertes)?
 Von welchem Platz im politischen System kann man die Veränderung am ehesten erreichen?
 Welche Strategie ist zu entwickeln?

Machnig zählt die *politische Kommunikation als Kernaufgabe der Demokratie*:

- macht Politik sichtbar und erfahrbar insbesondere für diejenigen, die keine direkten Kontakte zu den komplexen Prozessen des politischen Systems haben
- vermittelt Orientierungs-, Vorstellungs- und Deutungsmuster
- bietet gesellschaftlich notwendige Werte und Konsensformen an
- ermöglicht Identifikation und einen emotionalen Zugang zum politischen System
- konfrontiert Öffentlichkeit mit Herausforderungen, Themen und Gestaltungsmöglichkeiten
- zielt, in Konkurrenz zu konkurrierenden Lebens- und Alltagswelten, ab auf Aufmerksamkeit im umkämpften Wahrnehmungsmarkt (Machnig 2002).

Koordination: Alle Beteiligten – Partei, Fraktion und Regierung – müssen sich miteinander abstimmen und Strukturen miteinander verknüpfen. Die Kernbotschaften und Kernthemata müssen auf allen Ebenen der Organisation übereinstimmen. Das braucht klare Strukturen, klare Aufgaben und richtige personelle Strukturen. »Ohne Organisation von Politik hat eine Partei vielleicht eine Vision, aber sicherlich keine Strategie und kein Konzept.«

Konzentration: Das heißt, eigene Gewinnerthemen erkennen, Kernbotschaften entwickeln und mit Personen verknüpfen. Dabei geht es um Gewinnerthemen, die einerseits für die Bevölkerung wichtig, zur eigenen politischen Programmatik passen, und von Kernbotschaften unterstützt werden, um ihnen Gehör zu verschaffen.

Kommunikationsdisziplin: Sie erfordert wenige, aber übereinstimmende Kernbotschaften für die Erkennbarkeit des eigenen politischen Wollens. »Das bedeutet nicht, interne Diskussionen zu vermeiden.« Es geht darum, ein Bild nach außen zu repräsentieren, das programmatisch, personell und symbolisch mit dem übereinstimmt, was Parteien durch politische Diskussionen mehrheitlich für richtig halten.

Kontroversen: Diese sind mit dem politischen Gegner notwendig, um die Unterschiede der Parteien in Programmatik und Werte zu verdeutlichen. Nur so erkennen die Wähler ihre politischen Optionen und gewinnen Orientierung im politischen Diskurs. Die politische Kommunikation ist umkämpft, es gibt Deutungen und Gegendeutungen. Viele Botschaften bleiben

Ohne eigenes erkenn- und unterscheidbares Profil und eigene Botschaft kann das nicht verhindert werden. Die Verpackung muß zum Inhalt passen.

Aus diesem Grund sei ein weiteres Mal der frühere SPD-Wahlkampfmanager Machnig zitiert, der in einem prägnanten Aufsatz *Voraussetzungen für politische Kommunikation* beschrieb. Aus seiner Sicht handelt es sich um einen Balanceakt für eine Partei, als Subjekt der eigenen Inhalte statt nur als Objekt des Medieninteresses wahrgenommen zu werden und dem Verfassungsauftrag, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gerecht zu werden.

Politische Zustimmung durch die Bevölkerung ergibt sich nicht automatisch aus handwerklich gut gelösten Problemen, sondern benötigt *Koordination, Konzentration, Kommunikationsdisziplin und Kontroversen*. Das erhöht die *Anforderungen an die Botschaften von Politik:*

Programmatik: Die Themen müssen für die Wähler von Interesse und Relevanz sein. Eine politische Botschaft ohne Programm verpufft. Keine noch so mediengerechte Präsentationskunst kann Personen, Werte und Inhalte, die im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen, ersetzen.

- Sie müssen *inklusiv* und *exklusiv* sein: Breite Wählerschichten müssen sich angesprochen fühlen, dennoch muß Profil von Parteien erkennbar sein. Parteien mit exklusiven Botschaften sind Nischenplayer im politischen Prozeß.

- Sie müssen *glaubwürdig* sein, denn nur wer glaubwürdig ist, kann überzeugen. Dazu müssen Person, Programm und Botschaft in sich stimmig verknüpft sein.

- Sie sollen *wiederholt* werden für öffentliche Wahrnehmung.

- Sie müssen *individualisiert* werden und dem Kommunikationsverhalten von Zielgruppen entsprechen.

- Sie müssen *personalisiert* werden: Sie sind nur dann erfolgreich, wenn Personen sie verkörpern. Personen stehen für Inhalte und ermöglichen dem Publikum eine Identifikation mit der Politik. Handelnde Menschen repräsentieren Kontinuität und Orientierung in ständig wechselnden Konstellationen.

Aus Sicht von Machnig entwickelt sich die politische Kommunikation zur Wertekommunikation. Die politischen Auseinandersetzungen seien häufig von Detailismus in Sachthemen geprägt. Die politische Klasse kommuniziere häufig allein, nicht unbedingt mit denen, die sie erreichen will. Der thematische Detailismus und die Instrumentendebatte der Politik verdecken die unterschiedlichen Werte und gesellschaftspolitischen Leitbilder hinter bestimmten Politikauffassungen und Themen. So erscheine Politik als Technokratie und vermittele den Eindruck politischer Beliebigkeit.

Die Öffentlichkeit erwarte dagegen Werte, die »Vorstellung des Wünschbaren« als Motiv und Grundlage für politische Identifikationen. Das helfe, konkurrierende Parteien voneinander zu unterscheiden. Die gesellschaftliche Wertedebatte könne Politik und damit verbundene Wertvorstellungen und Zielsetzungen vermitteln, politische Silhouetten sichtbar machen und Menschen für Politik wieder begeistern, der Politik neue Anziehungskraft und Relevanz geben sowie Menschen in einer komplexen Welt Orientierung vermitteln.

Literatur:

- Christoph Bieber: Online-Wahlkampf 2002. Formate und Inhalte in der digitalen Politikarena, in: Media-Perspektiven 6/2002, S. 277-283.
- Jörg Birkelbach: Keine Wahlkampfpause ... Mit Online-Campaigning auf Stimmenfang, in: c't 19/2002, S. 90.
- André Brie/Michael Brie/Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS Berlin 2002.
- Thomas Falkner: Sozialisten im Abseits? Die Krise der PDS ist mehr als nur eine Krise der PDS, in: perspektive 21; Heft 17, Dezember 2002, S. 17-27.
- Eike Hebecker: Experimentieren für den Ernstfall. Der Online-Wahlkampf 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50/2002, S. 48-54.
- Heiko Hilker: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft (Thesen), 2001.
- Otfried Jarren/ Patrick Donges: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen, Wiesbaden 2002.
- Horst Kahrs: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?, in: UTOPIE kreativ, Heft 115/116 (Mai/Juni 2000), S. 437-442.
- Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5-1999, S. 5-19.
- Albrecht von Lucke: Das Verschwinden der PDS, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2002, S 1418-1420.
- Matthias Machnig: Politische Kommunikation 2002 - Herausforderungen für Parteien, in: Handbuch der Unternehmenskommunikation, 3. Ausgabe, BBDO Group Germany (Hrsg.) noch nicht erschienen (Quelle: <http://www.machnig.de/servlet/PB/menu/1010762/>).
- Günter Pollach: Die PDS im kommunalen Parteiensystem in Ostdeutschland: Stärken und Schwächen – Vortrag auf RLS-Konferenz »Die PDS – eine regionale Reformkraft?« 12./13.10.2000 in Berlin: www.rosalux.de
- Jens Tenschler: Politikvermittlungsexperten. Die Schaltzentralen politischer Kommunikation, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen; Heft 3 September 2000, S. 7-16.

im Kommunikationsdickicht der Medien hängen, gelangen nicht zum Wähler.

Eine Partei müsse sich im klaren sein, welche Werte von politischer Relevanz sind. Politik selbst werde zur Wertekommunikation. »Wahlen werden gewonnen über Personen, Zukunftskompetenzen, Werte und Vertrauensdimensionen, nicht über Einzelforderungen oder Programme.« (Machnig)

Spendenaufruf

In unserer Aktion »Hilfe für Cuba 2003 – Amigos para siempre« sammeln wir Hilfsgüter für medizinische Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen der Provinz Holguin im Osten Cubas. Wie auch im vorigen Jahr wollen wir Medikamente und ärztliche Ausrüstungen, Nahrungsergänzungstoffe, Schulmaterialien und Spielzeug – insgesamt über zwei Tonnen Hilfsgüter – nach Cuba bringen und vor Ort u. a. der Kinderklinik und den Kindergärten »Kleine Burg aus Honig« und »Die Schuhchen von Rosa« übergeben. Der Transport der Hilfsgüter per Flugzeug kostet je Kilogramm 4 €. Unsere Aktion ist damit auf Ihre Spende angewiesen – wir bitten Sie um Ihre finanzielle Unterstützung.

weitere Informationen über:

Karl und Martine Schilp
Marin-Luther-Str. 5
66299 Friedrichsthal
Tel.: 06897/843610
email: k.m.schilp@t-online.de

Spendenkonto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 10 066),
 Kto.-Nr. 20282-666

ERHARD CROME

PDS. Ansichten einer Krise

Freunde und Anhänger wie Gegner der PDS konstatieren derzeit deren existentielle Krise. Lothar Bisky soll es wieder richten. Die »Jungle World« bemüht einmal mehr Marxens alten Satz, daß sich historische Abläufe zweimal ereigneten, zuerst als Tragödie, dann als Farce. Das jetzt sei die Farce. Derweil meint die »Junge Welt«, die PDS habe mit demokratischem Sozialismus »nicht das geringste zu tun«, sondern sei lediglich »ostdeutsche Regionalpartei«.

Die Krise ist offenkundig, ernst und tiefgehend. Es ist eine Krise der Programmatik, der Strategie und des taktischen Handelns. Doch derlei Verkürzungen werden der Sache nicht gerecht. Das Konzept eines »demokratischen Sozialismus« in Deutschland war von Anfang an ein zartes Pflänzlein, historisch Unerhörtes. Die anderen Parteien wollten dies von Anfang an nicht, und die »richtig Linken«, die lieber die reine Sekte wollen und sich kaum um demokratische Mehrheiten scheren, auch nicht. Der Spagat, in Ostdeutschland Volkspartei sein zu wollen und in ganz Deutschland linkssozialistische Partei, war von Anfang an schwierig und kaum zu leisten. Kommt »das Projekt« PDS nun zu einem Ende? Ich will im folgenden in vier Schritten Gründe benennen, die dagegen sprechen.

Erhard Crome – Jg. 1951;
Dr. rer. pol. habil., Leiter
des Bereichs Ausland der
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Mitglied der Redaktion
»Berliner Debatte INITIAL«,
zuletzt in UTOPIE kreativ:
»Sozialismus als Politik«,
Heft 139 (Mai 2002)

Noch einmal über die Bundestagswahl 2002

Es war fein ausgedacht, das Wahlkonzept der PDS im Hinblick auf die Bundestagswahl des vergangenen Jahres. Gregor Gysi als Wirtschaftssenator und Bürgermeister von Berlin: der lebendige Beweis für die Fähigkeit der PDS, ernsthaft Politik zu machen in diesem Deutschland. Plötzlich war er abhanden gekommen, wegen Miles and More. Tatsächlich deshalb? Oder hatte er nur keine Lust zu langweiliger Verwaltungsarbeit, wie ein Teil der bürgerlichen Presse währte? Und wenn doch, warum hat er die Bild/FDP-Intrige nicht ausgesessen? Wer hat eigentlich seine Abrechnung gemacht? (Das wird er ja wohl nicht selbst gemacht haben.) Und war nicht eigentlich die Gattin geflogen? War das ein Grund, so zu verschwinden?

Nach den Befunden der Stimmungs-Institute war bereits im Sommer bei der PDS der Anteil der Unentschlossenen und tendenziell abstinenten Stammwähler am höchsten, bei der CDU am niedrigsten – die wollten endlich wieder ran! – und bei SPD/Grün dazwischen. Das Wahlergebnis des 22. September war vor allem auch ein Mobilisierungsergebnis. Das hätte man aber schon früher wissen können, wenn man nur das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt rechtzeitig und selbstkritisch analysiert hätte.

Die gleiche Großpresse meinte, die Zurückhaltung der PDS-Wähler hätte mit dem Gysi-Rücktritt zusammengehangen, sie hätten diesen als »Verrat« empfunden. Vielleicht war ja auch alles ganz anders. Beratungsresistente Großpolitiker setzten auf die etatistische Karte und verlangten zugleich von der eigenen Klientel, doch »Vertrauen« zu haben. Für frühere Besucher preiswerter öffentlicher Bäder in Berlin, die bereits im Sommer vergangenen Jahres geschlossen waren, klang das wie Hohn. Wenn schon keine Verteilungsspielräume waren, wegen der CDU-bewirkten Ausschlichtung des Berliner Steueraufkommens per Bankgesellschaft, warum nicht wenigstens ein anderer Stil? In Brasilien, in Porto Alegre, war vor einiger Zeit der »Partizipative Haushalt« erfunden worden, die öffentliche Debatte der gewählten Volksvertreter mit den Bürgern über die Prioritäten bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Das ist in Berlin nicht gemacht worden. Statt dessen hinter verschlossenen Türen die Streichungsrunden und die Risiko-Absicherung der Bankgesellschaft, die nicht ernsthaft begründet werden konnte. So erschien manchem gesellschaftskritischen Wähler die PDS in Berlin als Transmissionsriemen der neoliberalen Strategie. Alternativen sind ja nicht kommuniziert worden. Oder, wie es jetzt bei der Gründung eines Berliner Sozialforums hieß: alle Parteien der offiziellen Linken (im Bund und im Land Berlin) sind auf neo-liberalen Kurs eingeschwenkt.

Aus dem herrlichen Plan, aus dem exorbitanten Wahlergebnis für die PDS zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin eine Steilvorlage für die Bundestagswahl zu machen, ist nichts geworden. Und was geschah dann? Etliche Akteure der PDS, die seit 1990 schier Unmögliches vollbracht hatten, um »demokratischen Sozialismus« wahl- und politikfähig zu machen, hantierten hilflos herum, verfolgten das vorherige Konzept und zeigten sich unfähig, sich auf die veränderte Lage einzustellen. Zwei weitere handwerkliche Fehler kamen hinzu. Der Offene Brief an den lieben Oskar Lafontaine mit der Einladung, enger zusammenzuarbeiten, war der eine, die Aussage in bezug auf ein knappes Wahlergebnis – angesichts der Polarisierung Schröder-Stoiber – es werde nicht an der PDS liegen, der andere. Beide hatten jeweils zur Folge, potentielle PDS-Wähler abzuschrecken und lieber doch gleich Gerhard Schröder zu wählen.

Nach der Wahl verschärfte sich der Streit zwischen den politischen Akteuren innerhalb der PDS. Der Geraer Parteitag war die Folge. Die einen verschwanden, andere absantierten sich. Gegenseitig wurden Etiketten aufgeklebt: hie »Reformer«, dort »Linke«, nur die Konturen waren nicht so recht deutlich. Eine ernsthafte Analyse der Wahlschlappe erfolgte nicht, neue Politikansätze wurden nicht sichtbar. Statt dessen beschäftigte sich der Parteivorstand mit Einträgen in Wachbüchern und fingierten notariellen Erklärungen. Die eine Fraktion von Grabenkämpfern war durch eine andere ersetzt worden. So aber ist keine Politik zu machen.

Eine politikwissenschaftliche Perspektive

Geht man davon aus, daß es sich bei politischen Systemen um Koalitionen zwischen bestimmten politischen Eliten, die Parteien gebildet haben und diese prägen, und bestimmten Wählersegmenten handelt¹,

1 Vgl. Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992, S.19-29.

dann sind die Konstituierung, die Gestaltungen und die ›Lebenswege‹ von Parteien in einem politischen Feld durchaus als ein historisch offener Prozeß zu verstehen. Parteien drängen erfahrungsgemäß dazu, ein politisches Lager zu monopolisieren, um von daher ihre politische Position in der Gesellschaft insgesamt auf- und auszubauen – auch deshalb vor 1933 der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder zwischen Hitler und Hugenberg; nach 1945 beispielsweise zwischen der CSU und der Bayernpartei um den Platz der bayerischen Regionalpartei. Das bedeutet jedoch nicht, daß am Ende stets nur eine Partei je politisches Lager verbleibt und das Feld beherrscht.

In seiner historisch-politischen Analyse spricht Karl Rohe von »Schwellenzeiten, in denen sich ein Parteiensystem gesellschaftlich breiter auskristallisiert«. Konkret schreibt er hier über die Situation in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts; im weiteren Sinne ist jedoch genau dieser Ansatz auf die Transformationsgesellschaften postkommunistischen Typs anwendbar, darunter auf den Osten Deutschlands. Es bildet sich ein neues Parteiensystem aus; neue politische Eliten suchen bei möglichst breiten Wählerschichten, die ihrerseits erst durch die historischen Umbrüche zu Wählern wurden, Unterstützung, um so Einfluß auf die politische Gestaltung unter der Voraussetzung der Demokratie zu nehmen. Rohe verfremdet einen Marx'schen Ansatz und nennt dies eine »ursprüngliche politische Akkumulation«: »Politische Eliten sind ... so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluß kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.« Wahlen dienen der Bekräftigung solcherlei Unterstützung bzw. dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: »Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, daß ihre gesellschaftliche Basis gleichsam ›weggerutscht‹ ist, sondern auch darin, daß politische Eliten es bewußt oder unbewußt versäumt haben, die ›politische Koalition‹ mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.«²

2 Ebenda, S. 25/26.

Die PDS hat seit 1990 offenbar ihre eigene Symbolik zu vermitteln verstanden, auch unter Nutzung der »Fehlstellen« in der Präsentation der anderen Parteien. Allerdings darf hier der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden. Nochmals Rohe: »Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen ›wiederfinden‹ können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen ›Politiken‹ gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene ›Politiken‹ und ›issues‹, die den Nexus berühren, um derentwillen die ›politische Koalition‹ einst

eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalte mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.«³ Dies ist der PDS, jenseits ihrer bisherigen programmatischen Unausgewogenheiten, offenbar seit 1990 um so deutlicher gelungen, je stärker die Anfeindungen seitens anderer Parteien oder deren Führungsgruppen ausfielen.

3 Ebenda, S. 27.

Umgekehrt heißt dies: Es ist ihr seit etwa zwei Jahren nicht mehr in vergleichbarer Weise gelungen. Dafür scheint es mehrere Gründe zu geben. Da sind zunächst die Unterstellungen der selbsternannten »Linken«, die »Reformer« würden die ganze Partei dominieren wollen. Umgekehrt geistert seit längerem der Satz von selbsternannter Reformer-Seite durch die Lande, die Partei solle für etliche »unerträglich« gemacht werden. Für wen denn eigentlich, und warum? Der Streit als solcher führte zu Verunsicherungen in der Mitgliedschaft und hat so zur Folge, daß die symbolische Vergewisserung gerade nicht stattgefunden hat. Hinzu kommt: Die verschiedenen »Entschuldigungen« für unterschiedliche Kapitel der DDR- und SED-Geschichte wurden nicht ausreichend in den Gremien der Partei und der Mitgliedschaft kommuniziert. Wenn die »gelebten Biographien« aus der DDR Teil des Selbstverständnisses der PDS gewesen sein sollten, waren diese Vorgänge kontraproduktiv. Zugleich war die PDS stets bestrebt, ihr Profil als Partei des Friedens zu schärfen. Das hat sie inhaltlich vermocht. Nachdem Winfried Wolf und andere Abgeordnete im Bundestag gegen die Kriegspolitik von George W. Bush symbolisch protestierten, entschuldigte sich allerdings der Fraktionsvorsitzende Roland Claus anschließend bei dem Obersten Kriegsherrn für diese Geste. Was bedeutete nun dies für die »gelebten Biographien« von linken Oppositionellen in der Alt-BRD? Und in welches Licht setzte sich der Fraktionsvorsitzende?

In beiden Richtungen haben es die damals politisch Verantwortlichen der PDS versäumt, der eigenen Anhängerschaft zu vermitteln, wofür sie politisch stehen. Und die Signale, die sie aussandten, waren widersprüchlich. Das »Projekt« demokratischer Sozialismus ist derzeit weder programmatisch noch politisch-konzeptionell deutlich genug konturiert, um als solches politisch wirksam zu werden, und es ist das Personal nicht sichtbar, das mit Kompetenz und Ausstrahlungskraft für die Umsetzung einer solchen Politik stehen könnte. Und die Lösung dieses Problems ist gerade nicht die Fortsetzung des überkommenen Streits zwischen »Linken« und »Reformern«.

Die derzeitige Lage in der Gesellschaft

Das, was gegenwärtig als »Globalisierung« stattfindet, ist in der Tat Klassenkampf von oben. Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Verstärkt durch das Elend und die Verbrechen, die die alten herrschenden Klassen im Ersten und Zweiten Weltkrieg begangen hatten,

4 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002, S. 18.

gelang es den Kommunistischen Parteien in einer Reihe europäischer Länder ab 1917 bzw. 1944, die Macht zu übernehmen und eine solche Gesellschaft zu proklamieren. Sie vermochten es jedoch nicht, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten.⁴ Ihre Macht im Innern konnte nicht demokratisch legitimiert werden, so daß ihre Herrschaft von eigenen Verbrechen geprägt blieb. Statt daß eine ausbeutungsfreie Gesellschaft entstand, hatte sich mit der Partei-Nomenklatura eine neue herrschende Klasse ausgebildet. Nach außen verloren die staatssozialistischen Länder den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen, dessen Bedingungen durch das bewußt herbeigeführte Wettrüsten für den Osten zusätzlich erschwert worden waren. Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen staatssozialistischen Ländern auf weitere staatssozialistische Versuche, übergab die Macht gewählten Regierungen und versuchte vielerorts selbst, am erfolgreichsten wohl in Rußland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, »Bourgeois«, d. h. Kapital-eigentümer zu werden.

Dieser weltgeschichtliche Vorgang hatte zwei weitreichende Folgen. Die eine war, daß im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z. T. darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig gemacht werden sollen: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen – all dies ist zielstrebig auf die Tagesordnung gesetzt und betrieben worden.

Zum Kapitalismus gehört, »daß viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, den Charakter von Waren erhielten – nicht nur Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Seit dies einmal angefangen hat, versuchen Kapitalisten, in dem Bestreben, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren, immer mehr soziale Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zur Ware zu machen. Und da Kapitalismus ein Prozeß ist, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, ergibt sich, daß kein sozialer Vorgang von einer möglichen Vereinnahmung wirklich ausgeschlossen ist.« Die historische Entwicklung des Kapitalismus beinhaltet den Drang, »alle Dinge in Waren zu verwandeln«.⁵ Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen wesentlichen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm gegenüber.

Hier ordnen sich die neoliberalen Planungen ein, nach dem Scheitern des Internationalen Investitionsschutzabkommens (MAI) über die Welthandelsorganisation (WTO) das sogenannte GATS-Abkommen (Handel mit öffentlichen Dienstleistungen) unter Dach und Fach zu bringen. Immer rascher sind auch in Europa die Politiker dabei, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Elektrizitäts-

5 Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986, S. 11.

werke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem die Trinkwasserversorgung zu verkaufen. Das GATS-Abkommen soll bis 2005 weltweit bindend Gültigkeit erlangen. Die Unterschrift eines Landes unter dieses Abkommen würde den Ausverkauf öffentlicher Güter dauerhaft festschreiben. Wesentliche Lebensbereiche, Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen wären von Profitmaximierung allein bestimmt. Auch die EU-Kommission ist derzeit dabei, der WTO ihr »Angebot« zu den Privatisierungen in diesen Bereichen zu machen. All dies geschieht hinter verschlossenen Türen.

Die andere weitreichende Folge ist, daß die USA die einzig verbliebene Supermacht sind. Das militärische Potential der USA ist weder quantitativ noch qualitativ einzuholen. Gestützt darauf, wurde Krieg wieder zu einem »normalen« Mittel der Politik gemacht. In gewissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem erwähnten »Drang« des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen. Der geopolitische Neuordnungskrieg zur Okkupation des Irak ist dies in ungleich erweitertem Maßstab.

Unter diesen Umständen sind die Fragen nach Mitregieren und Opposition, Möglichkeiten linker Politik und deren Umsetzung international neu gestellt. Die Debatten, die dazu innerhalb der PDS geführt werden, sind in keiner Weise einzigartig und neu. Es gilt allerdings, diese Fragen so zu beantworten, daß eigene Politikfähigkeit erhalten bzw. geschaffen wird. Mit der »Agenda 2010« der derzeitigen Sozialdemokratie wird die Kapitulation vor den Zumutungen der neoliberalen »Globalisierung« zum Programm erhoben. Damit wird gleichsam objektiv der Raum »links von der Sozialdemokratie« größer. Es wächst das Bedürfnis nach Opposition zu dieser Politik. Dies wird von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen erneut und deutlich artikuliert und will sich Eingang in den politischen Raum verschaffen. Das Problem allerdings ist, daß die realexistierende PDS diesen Raum derzeit nicht zu füllen vermag, in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit der Träger dieses Bedürfnisses nicht sein kann. Hier geht es in keiner Weise um irgendeine Form früheren Avantgardismus, sondern darum, wie eine politische Partei gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen und in Politik umsetzen kann. Die Zeit aber ruft nach einer linken Oppositionskraft, politisch und konzeptionell auf der Höhe der heutigen globalisierungskritischen Bewegung.

Partei als Organismus

Parteien sind eigene soziale Organismen. Darauf hat in jüngerer Zeit besonders der Parteienforscher Elmar Wiesendahl verwiesen. Sein Ansatz ist es, die Eigenheiten einer Partei nicht nur oder nicht in erster Linie aus ihren erklärten Zielen abzuleiten, sondern sie als eigentümlichen sozialen Organismus anzusehen. Sein Herangehen beschreibt er wie folgt: »Parteien stellen sich in der Organisationsperspektive als organisierte Handlungsgebilde oder auch kollektive Akteure dar, deren Binnenaktivitäten und Interaktionen mit der Außenwelt erforscht und mit Umwelt- und Strukturverhältnissen in Beziehung gesetzt werden.«⁶ Er sieht die Massenpartei als Moment der Massengesellschaft. Es gelingt der Massenpartei zunächst, »die

6 Elmar Wiesendahl: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/ Wiesbaden 1998, S. 21.

Humanressourcen von Heerscharen freiwilliger Gefolgsleute organisatorisch so zu bündeln, daß sie als effektive kollektive Waffe in der politischen Auseinandersetzung um die Wählermobilisierung genutzt werden können.«⁷

7 Ebenda, S. 33.

Gerade deshalb aber hält er die Betrachtungsweise der klassischen Parteienforschung für falsch, nach der die Massenpartei als Organisationsgebilde »einen zielgewissen, einheitlich handelnden kollektiven Akteur« verkörpere und die Organisationsstruktur lediglich »als Funktion, als abhängige Variable eines Zwecks« erscheine.⁸ In der gängigen modernen Parteienforschung komme »der Akteursbezug zu kurz, indem von der Tatsache abstrahiert wird, daß Parteien, bei allem, was sie darstellen und tun, aus Menschenhand hervorgehen und durch Menschen, die sich als Freiwillige in ihnen engagieren, aufrechterhalten, weiterentwickelt und verändert werden«. Künftige Theoriearbeit müsse sich »vom Primat des Zwecks oder der Umwelt als Erklärungsgrundlage der Organisationswirklichkeit lösen. Gefragt ist dagegen ein ganzheitliches Sinnkonstrukt von Partei, das den strukturellen Eigensinn von Organisationen wiederentdeckt und Umwelt als Erwartungs- und Ressourcenkontext einbezieht, der zwar in Parteien hineinwirkt, aber gleichzeitig auch umgekehrt von Parteien penetriert wird. Dabei ist auch das »Unternehmerische« von Parteien neu zu überdenken. Überhaupt muß den Wahlfreiheitsspielräumen und Selbststeuerungsmöglichkeiten von in Parteien handelnden Akteuren in Abgrenzung zum Zweck- und Systemdeterminismus bisheriger Parteienforschung weitaus größere Bedeutung beigemessen werden.«⁹

8 Ebenda, S. 42, 44.

9 Ebenda, S. 90, 93.

Dieser allgemeine Befund mahnt im Hinblick auf die derzeitigen Auseinandersetzungen in der PDS um Programm-, Politik- und Organisationsfragen: Sie muß sich als Organisation immer wieder selbst erfinden, um den Mitgliedern Heimat zu geben, aber deutlicher, effektiver und nachhaltiger in die Gesellschaft wirken, will sie über Wählereinfluß verfügen, um in bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse etwas zu bewegen. Als Partei hat sie auf die Dauer nur dann eine Chance, wenn sie für die Gesellschaft da ist, in ihr und für sie eben eine »dienende« Rolle spielt.

Aus westlinker Perspektive wird berichtet, daß die PDS mit ihren »Linken Listen« Anfang der 1990er Jahre eine große Überraschung war. Die vielen linkssektiererischen Glaubenskämpfe um die reine Lehre schienen der Vergangenheit anzugehören. Diese Partei schien eine große Breite linker Herangehensweisen aushalten zu wollen und zu können. Sie erschien als eine plurale Zusammenführung unterschiedlicher Traditionen, Erfahrungen und Ansätze. Das begann Mitte der 1990er Jahre aufzuhören. Die Glaubenskämpfe kehrten als Richtungskämpfe zurück. Die Auseinandersetzungen um Listenplätze nahmen zu. Die Buntheit schwand.

Wahrscheinlich kann eine wirkungsstarke linke Kraft am Beginn des 21. Jahrhunderts nur plural sein und vielgestaltig. Wenn das durch diejenigen, die das Bedürfnis nach neuer Politik Realität werden lassen wollen, umgesetzt wird, konstituiert sich die Linke neu. Vielleicht kann auch die PDS hier ihre Rolle spielen. Vielleicht sendet der Sonderparteitag jene Signale aus, die dafür erforderlich sind.

REINART BELLMANN, HUBERT LAITKO,
KLAUS MEIER

Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept

Wir leben zu Beginn des neuen Millenniums; die Akteure, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Tagung werden vielleicht noch das Ende des ersten oder zweiten Viertels dieses Jahrhunderts erleben, unsere Kinder oder Enkelkinder sogar den Übergang ins 22. Jahrhundert. Wie die Lebensbedingungen auf diesem Planeten dann aussehen werden – bei einer Prognose der Klimaerwärmung¹ von 1,4 bis 5,8°C, bei weiter auseinander driftender Einkommensentwicklung zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd, wie dies Franz Josef Radermacher in seinem wissenschaftlichen Eröffnungsvortrag entwickelte², bei Angst vor Kriegen, Terror und Naturkatastrophen in faktisch jedem Winkel dieser Erde –, dies ist beileibe keine rein akademische Fragestellung.

Bei der Vorbereitung auf unsere Konferenz sind wir auf ein kürzlich erschienenen Buch von Friedrich Schorlemmer aufmerksam geworden. Gegen eine Welt, in der alles zur Ware wird, stellt Schorlemmer die seines Erachtens entscheidende moralische Frage als (die zentrale) anthropologische Frage: »Was muß man sein, um ein Mensch zu sein? Die Antwort könnte ganz schlicht lauten: ein Mitmensch und ein Mitgeschöpf sein und sich dementsprechend verhalten. Keine altruistische Ideologie, sondern ein durchaus nützliches Lebensprinzip.«³

Schorlemmer spannt den Bogen von Matthäus 7/12 im Neuen Testament⁴ über Immanuel Kant zu einem sehr gegenwärtigen bildungspolitischen und partizipativen Verständnis des kategorischen Imperativs und formuliert: »Die Aufgabe jeder Generation ist es, humane Grund-Sätze jeweils neu anzueignen.«⁵

Insofern geht es in diesem Beitrag auch um die Frage: Was bedeutet es heute, ein Mensch zu sein. In diesem Kontext erweist sich Generationengerechtigkeit als eine neue Dimension menschlicher Verantwortung und als ein Schlüssel der Verbindung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.⁶

Wie man auch zum Begriff stehen mag: die Idee der Nachhaltigkeit bündelt Einsichten, Denkweisen und Perspektiven vieler Wissensgebiete. Die aus der Umgangssprache übernommene Bezeichnung suggeriert Einfachheit, aber dieser Eindruck täuscht. »Nachhaltigkeit« steht für ein extrem kompliziertes, spannungsreiches und in mancher Hinsicht auch noch unklares und kontroverses Gefüge von Begriffen und Überzeugungen. Das muß nicht verwundern, denn dieser Idee ist nichts Geringeres aufgebürdet als die Aufgabe, unsere vorläufige Antwort auf die schwierigste aller Menschheitsfragen zu

Reinart Bellmann – Jg. 1934, Prof. Dr. sc., Philosoph; von 1963 bis 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor an der Hochschule für Verkehrswesen »Friedrich List« Dresden; Arbeitsgebiete: Wissenschafts- und Technikphilosophie, Nachhaltigkeit.

fokussieren. Es geht um die Frage, ob die menschliche Spezies eine Zukunft hat und wie sie ihre Zukunft sichern kann.

Jede interdisziplinäre Erkenntnissituation ist durch eine aus dem Unterschied der teilnehmenden Gebiete und Perspektiven herrührende innere Spannung geprägt. Diese Spannung ist auch innerhalb des Nachhaltigkeitskonzepts festzustellen, etwa beim Austragen der Widersprüche zwischen Ökologie und Ökonomie, was in den Diskussionen darüber gipfelt, ob und unter welchen Voraussetzungen in einer nachhaltigen Wirtschaft Wachstum möglich ist.

Die Nachhaltigkeitsidee ist jedoch ein gedankliches Gebilde von noch höherer Komplexität: Sie ist nicht nur ein wissenschaftlicher Begriff (im Werden), sondern zugleich ein *ethischer Imperativ*, der beansprucht, menschliche Einstellungen und menschliches Verhalten zu prägen. Das wird sofort deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Nachhaltigkeitsidee aus einer Position der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen formuliert wird, wie es in der bekannten Definition aus dem Brundtland-Bericht (von 1987) der Fall ist. Diese Verantwortung wahrnehmen bedeutet, gegenüber den kommenden Generationen Gerechtigkeit zu üben. Dafür hat sich der Begriff der Generationengerechtigkeit (der intergenerationellen Gerechtigkeit) eingebürgert.

Wenn wir vom dualen Status der Nachhaltigkeitsidee – ihre Eigenschaft, sowohl deskriptiver Begriff als auch ethischer Imperativ zu sein – ausgehen, dann stellt sich das Problem ihrer zureichenden Bestimmung folgendermaßen dar: Die aus interdisziplinären Erkenntnissituationen vertraute Spannung zwischen unterschiedlichen Sichten in den Wissenschaften und Erfahrungsfeldern wird noch überlagert und dominiert von der übergreifenden Spannung zwischen Deskriptivem und Normativem. Also die Frage, was wissen wir über unsere Situation heute und extrapolieren auf morgen, ergibt erst den Rahmen für die Frage, was ist für heutige und künftige Generationen vernünftig und gerecht?

Wir können dieser Spannung auf keine Weise entgehen, weil sie dem Nachhaltigkeitsprinzip selbst zugrunde liegt. Wenn eine objektive Analyse des mit dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand gegebenen Verhältnisses von Mensch und Natur darauf hinweist, daß für die weitere Entwicklung mehrere Pfade – Wege in die Apokalypse, aber auch solche mit der Eigenschaft der Nachhaltigkeit – möglich sind, dann ist zu fragen, mit welchen Wertorientierungen und sozialen Interessen eine jede bestimmte Option korrespondiert? Und wie die Menschen dafür gewonnen werden könnten, sich für bestimmte dieser Optionen zu entscheiden und andere abzulehnen?

Wenn umgekehrt eine bestimmte Zielstellung – etwa mehr Bescheidenheit, ein höheres Maß an zwischenmenschlicher Gleichheit bei der Inanspruchnahme von Naturressourcen – ethisch gerechtfertigt und wünschenswert erscheint, dann fragt sich, ob und unter welchen Umständen die gegenwärtige Gesellschaft in der Lage wäre, eine solche Zielstellung anzunehmen und ihr Handeln daran zu orientieren. Das Wechselspiel von deskriptiv und normativ bestimmten Fragestellungen – auf welchem Weg wir uns befinden und was wir für einen rechten (gerechten) Pfad halten – macht den lebendigen Gehalt der Nachhaltigkeitsidee aus.

Klaus Meier – Jg. 1952; Dr. sc., Wissenschaftssoziologe, stellv. Bereichsleiter Verwaltung/Finanzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Arbeitsgebiete: Nachhaltigkeit, Wissenschaftsentwicklung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Netzwerke für eine nachhaltige Gesellschaft, Heft 140 (Juni 2002) S. 507-518.

Der Beitrag basiert auf einem Referat, das die Autoren auf der Konferenz »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert« vorgetragen haben, die vom 15. bis 17. November 2002 in Berlin stattgefunden hat. Er greift Diskussionen und Impulse der mittlerweile über zweijährigen Arbeit des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf, in dem die Autoren mitwirken. Auch die folgenden Texte von G. Bachmann, K. Wardenbach, C. Wichterich, J. H. Spangenberg, R. Höhner, G. Banse, E. Göll und E. Voß haben Referate oder Diskussionsbeiträge dieser Konferenz zur Grundlage.

Man kann diesen Zusammenhang auch so ausdrücken, daß einerseits der Mensch mit allen seinen Interessen und Präferenzen einschließlich sämtlicher Artefakte der Zivilisation in die irdische Natur eingeschlossen bleibt, andererseits aber der Bestand und die Reproduktion dieser Natur zunehmend durch menschliches Handeln vermittelt ist. Teilhard de Chardin (1881 - 1955) und Wladimir I. Wernadski (1863 - 1945)⁷ haben dafür bereits in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts den Begriff der *Noosphäre* geprägt. Wie die Biosphäre ein natürliches Produkt allen bisherigen Lebens auf der Erde ist, so eröffnet der Begriff der Noosphäre den Blick auf die systemischen Wirkungen des Menschen auf eben jene durch ihn veränderte Biosphäre. Ende der 70er bzw. in den 80er Jahren wurde dann von James Lovelock und Lynn Margulis die »Gaia-Hypothese« (Gaia – griechische Göttin der Erde) formuliert, nach dem die Funktionsweise unseres Planeten erst hinreichend verständlich wird, wenn man ihn wie einen einzigen lebendigen Organismus betrachtet.⁸ In der neueren Nachhaltigkeitsdiskussion wurde dafür das Prinzip der *Retinität* (Gesamtvernetzung, vom lat. »rete« das Netz) formuliert. Es bringt zum Ausdruck, daß sich die Verantwortung für die Umwelt nicht nur auf jene ihrer Komponenten erstreckt, die unmittelbar menschlicher Einwirkung unterliegen, sondern ihren systemischen Gesamtzusammenhang einschließt, auf dem ihre Funktionenvielfalt beruht. Jeremy Rifkin fordert dementsprechend den Übergang von der Geopolitik zur Biosphärenpolitik.⁹

Mit der Bezugnahme auf den Gedanken der Gerechtigkeit knüpft die Nachhaltigkeitsidee an ein uraltes regulatives Prinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen an. Dieses Prinzip ist vor allen späteren und heutigen wissenschaftlichen und philosophischen Reflexionen tief im menschlichen Denken und Empfinden verwurzelt. Auf dieser Anknüpfung beruht, daß Nachhaltigkeit nicht nur als eine rationale Kategorie zur Beschreibung objektiver Verhältnisse, sondern auch als eine begeisterte, verpflichtende und emotional bindende Zielstellung aufgefaßt werden muß.

Individuen (und im weiteren Sinn auch Gruppen, Schichten, Klassen, Völker usw.) bewerten immer und überall das Maß ihrer Teilhabe an den Ressourcen der Gesellschaft einschließlich der verfügbaren Naturressourcen, von dem ihre Lebenschancen abhängen, als gerecht oder ungerecht. Wird dieses Maß als gerecht erfahren, so trägt das zur sozialen Integration bei; wird es als ungerecht erlebt, resultieren sozialer Dissens und Widerstand.

In einer sozial ausdifferenzierten oder gar – wie die kapitalistische – sozial extrem gespaltenen Gesellschaft ist ein vollständiger Konsens in Fragen der Gerechtigkeit kaum möglich. Die jeweilige soziale Position und Interessenlage bestimmt, was als gerecht und was als ungerecht angesehen wird. Entsprechend unterscheiden sich die Inhalte der Gerechtigkeitsvorstellungen, ohne die keine politische Bewegung, keine politische Partei auskommt.

Die Berufung auf Gerechtigkeit ersetzt nicht das demokratische Austragen gesellschaftlicher Interessenunterschiede, sondern ist vielmehr eine ideologische Form, in der diese Unterschiede ebenso geltend gemacht wie verhüllt werden.

Das bedeutet jedoch nicht, daß das Konzept der Nachhaltigkeit relativistischem Belieben preisgegeben werden müßte, als könnte also

Hubert Laitko – Jg. 1935; Prof. Dr., Wissenschaftshistoriker. Wichtige Publikationen: Bernhard von Brocke/Hubert Laitko (Hrsg.): Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, Berlin/New York 1996. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Bildung zwischen Anspruch und Kommerz, Heft 143, (September 2002)

1 Vgl. Ingomar Hauchler, Dirk Messner, Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 2002, Frankfurt a. M. 2001, S. 345.

2 Vgl. Franz Josef Radermacher: Ökoeffizienz – Ein »Balanced Way« als Zukunftsentwurf., in: UTOPIE kreativ, Heft 148 (Februar 2003), S. 109-122. Vgl. auch Ders.: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung., Wien 2002, u. a. Kap. 11, 12, 13 und 18. Vgl. auch Schlussbericht der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag Drucksache 14/9200, S. 55 und S. 62.

3 Friedrich Schorlemmer: Nicht vom Brot allein. Leben in einer verletzlichen Welt, Berlin 2002, S. 146

4 »Alles nun, das ihr wolle, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch; das ist das Gesetz und die Propheten.« Neues Testament 7/12.

5 Friedrich Schorlemmer: Nicht vom Brot allein ..., a. a. O., S. 152.

6 »Handle so, dass die Wirkungen deines Handelns nicht zerstörerisch sind für die Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.« Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1984.

7 I. Wernadski: La biosphere, Paris 1929.

8 Vgl. James E. Lovelock: Gaia, New York 1979, (deutsch: Wir werden überleben).

9 Jeremy Rifkin: Die H2-Revolution, Frankfurt a. M. 2002, S. 259 ff.

10 Friedrich Schorlemmer: Nicht vom Brot allein ..., a. a. O., S. 269.

11 Hartmut Graßl: Jahrhundert-Hochwasser wird es öfter geben. In: Süddeutsche Zeitung vom 21. 10. 2002, S.10.

jede Gruppe oder Klasse, weil sie ihre eigenen sozialen Partikularinteressen verfolgt und ihre eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit hat, auch ihre eigene Nachhaltigkeit definieren. Dieser Eindruck entsteht allerdings dort, wo man meint, man könne Nachhaltigkeitsforderungen beliebig weit aufweichen und die Natur wie einen Kontrahenten auf dem diplomatischen Parkett behandeln, dem mit gehörigem Druck beliebig weit gehende Kompromisse abzurufen sind.

Weil das Nachhaltigkeitskonzept kein bloßes auf den Ausdruck partikulärer Interessen sozialer Subjekte reduzierbares Normativ ist, sondern eine deskriptive, vor allem ökologisch bestimmte Grundlage hat, kann man sehr wohl sagen, daß bestimmte Positionen – etwa jene, die die USA zu den CO₂-Reduktionszielen wie zu vielen anderen Kernthemen der Nachhaltigkeit einnehmen – den Kriterien dieses Konzepts eklatant widersprechen. Dies unabhängig davon, inwieweit ihre Vertreter ihre Standpunkte als gerecht werten und anderen zu oktroyieren suchen.

In diesem deskriptiven ökologischen Fundament des Nachhaltigkeitskonzepts – oder anders formuliert: in den Einsichten in unsere bedrohte Existenz – liegt aber auch die (einzige) Chance für Argumentation und Konsens in einer von tiefen Interessengegensätzen geprägten Gesellschaft: veranschaulicht im Bild vom blauen Planeten, des Raumschiffs Erde als einsame Arche Noah im unendlichen schwarzen lebensfeindlichen Universum. »Wir leben in einer Welt. Eins sind wir schon in der Gefahr. Eins müssen wir noch werden in der Abwehr der Gefahren, die vom Menschen selbst ausgehen.«¹⁰

Jede partikuläre Gerechtigkeitsvorstellung, so egoistisch sie auch immer sein mag, bezieht sich auf das Zusammenleben in der Gesellschaft und muß daher die Mitmenschen und heute letzten Endes die gesamte Menschheit in den Blick nehmen. Interessenegoismus findet seine Grenze dort, wo die Mißachtung der Interessen von Mitmenschen zu kalkulierbaren Szenarien und Risiken führt, die das rationale Verfolgen der eigenen Ziele gefährden könnten. Nicht von ungefähr erweist sich die Versicherungsbranche als eine für die Nachhaltigkeitsthematik hoch sensible Klientel. So weist die Münchener Rückversicherung nach, daß seit 1950 nicht nur die Zahl wetterbedingter Naturkatastrophen signifikant zugenommen hat, sondern vor allem auch der daraus resultierende volkswirtschaftliche Schaden dramatisch steigt. Und Klimaforscher Hartmut Graßl konstatiert: »Und die Front der Klima-Skeptiker bricht bereits auf. Sicheres Indiz dafür ist meines Erachtens der Zerfall der Global Climate Coalition, einer Gruppierung von Industriefirmen, die massiv gegen die Aussagen der Klimaforscher zu Felde gezogen sind. Zuerst ist BP ausgestiegen, dann Shell und DaimlerChrysler, und jetzt spricht auch Exxon vom Klimawandel.«¹¹

Die seit den 70er Jahren publizierten Arbeiten zur globalen Ökologie führten zu der übereinstimmenden Konsequenz, daß die Existenzgrundlagen der Menschheit untergraben würden, falls bestimmte ökologisch relevante Basistrends der Industriegesellschaft unverändert fort dauerten. Das damit konstituierte menschheitliche Überlebensinteresse, das eine Umkehr dieser Trends verlangt und das letztlich den Nachhaltigkeitsdiskurs erst hervorbrachte, bietet

eine solide Grundlage für das Entdecken von Gemeinsamkeiten zwischen divergierenden Partikularinteressen.

Kein Partikularinteresse – nicht einmal das neoliberale Interesse an extremer wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit – könnte perspektivisch weiterverfolgt werden, wenn die Fortexistenz des Systems, in dem es allein geltend gemacht werden kann, nicht mehr gewährleistet wäre. Diese Überlegung ist auch vom Standpunkt des Großkapitals rational; auch in diesen Kreisen kann – wie die Geschichte des Club of Rome zeigt – auf weitblickende Persönlichkeiten und Interessenkonstellationen gerechnet werden. Sie sind sich der Unumgänglichkeit des Einschwenkens auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad durchaus bewusst und wenden sich im Namen langfristiger Eigeninteressen des Kapitals selbst gegen die Dominanz kurzfristiger Macht- und Profitbelange. Stellvertretend sei hier der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zitiert: »Wir sind eine globale Schicksalsgemeinschaft, und wie alle Gemeinschaften müssen wir einige Regeln befolgen, ohne die ein gedeihliches Miteinander unmöglich ist. Diese Regeln müssen fair und gerecht sein – und als solche wahrgenommen werden –, damit nicht nur den Reichen, sondern auch den Armen die ihnen gebührende Beachtung geschenkt und damit ein Mindestmaß an ethischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit gewahrt wird.«¹²

Auf diesem Hintergrund ist in der Vielfalt differierender Gerechtigkeitsvorstellungen, die das Handeln der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure bestimmen, ein gemeinsames Moment auszumachen, das Kompromisse ermöglicht: nämlich die Einsicht, daß im gegenwärtigen Geschehen auch die Interessen künftiger Generationen in Betracht zu ziehen seien und ihnen gegenüber ein Minimum an Gerechtigkeit geübt werden müsse.

Der Gedanke der Generationengerechtigkeit verschiebt den Schwerpunkt der Diskurse über Gerechtigkeit wesentlich. Dieser Gedanke ist nicht prinzipiell neu. Traditionell – auch in der Gerechtigkeitstheorie von *John Rawls*¹³, auf die sich neuere theoretische Arbeiten meist beziehen – wurde er jedoch fast ausschließlich in Gestalt des Problems diskutiert, wie die jeweils im Arbeitsprozess stehende Generation mit dem Gesamtprodukt ihrer Arbeit verfährt. Einen Teil dieses Gesamtprodukts verzehrt sie mit ihren Angehörigen selbst, den anderen akkumuliert sie, um die Startchancen kommender Generationen zu verbessern. Je nachdem, wie die gegenwärtige Generation die Proportion zwischen diesen beiden Teilen gestaltet, wird sich für folgende Generationen die Zunahme des Wohlstandes beschleunigen oder verlangsamen.

Daß aber der Wohlstand selbst – von außerordentlichen Ereignissen wie Kriegen abgesehen – tendenziell fortlaufend zunimmt, stand in diesem linearen Fortschrittsmodell niemals außer Frage.

Im Zeitalter der bio-physikalischen Grenzen müssen sich die Vorstellungen von Wohlstandsvermehrung und Gerechtigkeit prinzipiell ändern. »Solange Begrenzungen nicht am Horizont zu sehen waren, konnte Gerechtigkeit mit Wachstum gleichgesetzt werden. Das berühmte Bild des wachsenden Kuchens, der schließlich jedem ein größeres Stück bietet, ohne jemandem kleinere Stücke aufzuzwingen, illustriert, wie die Vorstellung unbegrenzten Wachstums den harten Fragen nach der Gleichheit gut ausweichen konnte.«¹⁴

12 Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 13. Vgl. auch George Soros: Der Globalisierungsreport. Weltwirtschaft auf dem Prüfstand, Berlin 2002. Soros als ein entschiedener Befürworter der Globalisierung wendet sich gegen deren zunehmende »Asymmetrien«.

13 Vgl. John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1975.

14 Wolfgang Sachs: Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie, Frankfurt a. M. 2002, S. 81 f.

Das Bewußtwerden der globalökologischen Krisenlage indes, in die die industriegesellschaftliche Entwicklung mündete, hat nun dem Gedanken der Generationengerechtigkeit nicht nur mehr Gewicht, sondern vor allem einen grundsätzlich neuen Akzent verliehen. Die Einsicht drängte sich auf, daß die ökologischen Bedingungen der menschlichen Existenz – früher als gegeben vorausgesetzt und gar nicht zu den historisch variablen Faktoren des Wohlstandes gerechnet – einer anthropogenen Degradation unterliegen.¹⁵

15 Vgl. Wolfgang Sachs, a. a. O., S. 75.

Degradation – ein Terminus technicus? Fällt dieses Wort in Beamten- und Besoldungshierarchien, kann es schon Angstschweiß auslösend sein, heißt doch Degradation stufenweise Herabsetzung des Ranges. Anthropogene Degradation bedeutet, daß der Fortschritt der Menschheit heute mit einem zunehmendem Substanzverlust der ökologischen Rahmenbedingungen einhergeht. Wolfgang Sachs spricht deshalb auch von »ökologischer Degradierung«¹⁶ und sieht den Tag nicht mehr fern, wo die ökologischen wie die sozialen und ökonomischen Verluste der Wertschöpfung schneller steigen als der Nutzen. »Genau darin besteht das ökologische Verhängnis.«¹⁷ Wir verzehren die über viele Millionen Jahre angehäuften Reichtümer der Erde, wir belasten, strapazieren und riskieren den Gesamtfunktionszusammenhang der Biosphäre im Interesse des wachsenden Wohlstandes eines immer kleineren Teils der Weltbevölkerung und vermindern unablässig die Lebenschancen künftiger Generationen.

16 Vgl. ebenda.

17 »Wenn die Naturressourcen durch Übernutzung knapp werden, dann steht potentiell jede Naturaneignung in Kollision mit dem Gemeinwohl.« Wolfgang Sachs, a. a. O. S. 20.

Die Ergebnisse einer Pilotstudie zu der von Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Auftrag gegebenen bislang größten Ökosystemstudie, an der bis 2005 über 1 500 Wissenschaftler aus der ganzen Welt beteiligt sein werden, attestiert bereits heute eine fundamentale Erosion der Leistungsfähigkeit der Ökosysteme.¹⁸ Eindeutige Befunde liefert auch der jüngste »Living Planet Report« des WWF (World Wide Fund For Nature).¹⁹ Der WWF verfügt über zwei äußerst prägnante Summenindikatoren. Zum einen den biologisch ausgerichteten »Living Planet Index« (LPI), der Zustand und Veränderungen in den drei Leitbiotopen Wald, Süßwasser und Meere zusammenfaßt. Dieser LPI ist seit 1970 um rd. 35 % zurückgegangen, d. h. mehr als ein Drittel Degradation, Substanz- und Qualitätsverlust innerhalb nur eines halben Menschenlebens. Besonders alarmierend ist der Rückgang der Süßwasserspezies um 50 % in den letzten 30 Jahren.²⁰

18 Fritz Vorholz: Der geplünderte Planet, in: Wegweiser für ein zukunfts-fähiges Deutschland, München 2002, S. 25 f.

19 Living Planet Report 2002, WWF, Cambridge 2002.

20 Ebenda, S. 2.

Zum anderen handelt es sich um den bekannten Indikator des ökologischen Fußabdrucks (Ecological Footprint) nach der Methode von Wackernagel und Rees, der die nationalen Wirtschaftsstatistiken und Flächennutzungsdaten in einem Index zusammenführt.²¹

21 Ebenda, S. 2.

Die Zeitreihe von fast 40 Jahren spricht eine deutliche Sprache: Während der ökologische Weltfußabdruck 1961 bei etwa 0,69 der Fläche unseres Planeten lag, beanspruchte er 1980 bereits die gesamte Fläche und lag 1999 bei einem Index von 1,2. Die Menschheit nimmt also seit fast 20 Jahren eine permanente Übernutzung ihres Planeten in Kauf, mittlerweile jährlich um 20 %.

22 Ebenda, S. 4.

Auf die ungleiche Aneignung und Belastung des Planeten durch Nord und Süd, durch arme und reiche Länder, der Report des WWF.²² Der ökologische Fußabdruck nach Regionen und Einkommensgrup-

pen ist – in Analogie zum sozialen Equity Faktor der Einkommensverteilung bei F. J. Radermacher²³ – der Equity-Faktor in der Inanspruchnahme von Naturressourcen.

Vom besonderen Interesse ist auch der Zuwachs in der Struktur des ökologischen Weltfußabdrucks.²⁴ Der Anteil der Energie stieg von einem Äquivalent von ca. 2,51 im Jahre 1961 auf rund 6,72 Milliarden Hektar 1999 (oder auf 268 %) und macht damit heute die Hälfte der anthropogenen Gesamtbelastung unseres Planeten aus.

Das ist in doppelter Weise fatal. Zum einen reduziert die nach wie vor primär auf fossilen Brennstoffen basierende Energieversorgung dramatisch die noch verbliebenen Ressourcen. Nach Rifkin werden beispielsweise die mittleren 80 % der förderbaren Welterdölreserven innerhalb von 48 bis 64 Jahre gefördert sein – der Weltvorrat wird quasi einer einzigen Generation unwiederbringlich verbraucht.²⁵ Zum anderen produziert eben diese Form der Energiebereitstellung die für den Klimawandel entscheidende CO₂-Emission.²⁶

Unter diesen Bedingungen operiert »die moderne Weltwirtschaft, die sich selbst die Eigenschaft unbegrenzter Offenheit zuschreibt ... tatsächlich in einem begrenzten System und macht sich zu einem ›closed shop‹.«²⁷ »Polypenwirtschaft«, »die Macht der Pyromanen«, »Pathologie der fossilen Ressourcenpolitik« – so charakterisiert Herrmann Scheer Endzeitsymptome des fossilen Industriezeitalters.²⁸

Es geht also nicht mehr darum, einen als garantiert angesehenen Fortschritt zu beschleunigen, sondern vielmehr darum, einen desaströsen Niedergang abzuwenden. Generationengerechtigkeit heißt nunmehr in erster Linie, durch globalökologisch wirksames Umsteuern der Lebensweisen und der sie tragenden sozioökonomischen Verhältnisse zu gewährleisten, daß sich die Lebenschancen der kommenden Generationen nicht fortschreitend verschlechtern.

Globalwirtschaftliches Umsteuern wird ohne Effizienzrevolution²⁹, ohne den Übergang zum Solaren Zeitalter³⁰, dem Zeitalter erneuerbarer Energien und Rohstoffe, der Kreislaufwirtschaft etc. nicht zu machen sein.³¹

Was bedeutet dies aber für die Idee der Gerechtigkeit?

Zunächst wird ihre Tragweite in zeitlicher Dimension erweitert. Üblicherweise, auch im alltäglichen Gebrauch, erstreckt sich ihre Geltung nur auf unsere Mitmenschen, die wir kennen oder doch im Prinzip kennen könnten, weil sie mit uns in ein und derselben Zeit leben. Diese Grenze des Bekannten oder doch jedenfalls Erkennbaren wird mit der Vorstellung der Generationengerechtigkeit grundsätzlich überschritten. Wir dehnen den Adressatenkreis unseres Gerechtigkeitsanspruchs damit auch auf jene aus, die erst nach unserem eigenen Ende auf der bewohnten Erde erscheinen werden.

Damit ist jedoch über die Möglichkeiten geläufiger demokratischer Mechanismen, Gerechtigkeit durch Interessenausgleich zu befördern, prinzipiell hinauszugehen: Denn Vertreter späterer Generationen haben keine eigene Stimme in unseren Parlamenten. Sie sind auf jene angewiesen, die wir ihnen leihen. Für Ungerechtigkeiten, die wir ihnen zufügen, können sie an uns keine Vergeltung üben. Deshalb muß man es als eine Tugend reifer Humanität ansehen, zu jenen gerecht sein zu wollen, die sich nicht wehren können.

23 Vgl. Franz Josef Radermacher: Balance oder Zerstörung ..., a. a. O.

24 Living Planet Report 2002, WWF, a. a. O., S. 4.

25 Jeremy Rifkin: Die H2-Revolution, a. a. O., S.36.

26 Nach Hermann Scheer setzt sich der Weltenergieverbrauch zu 32 % aus der Verbrennung von Erdöl, 25 % von Kohle, 17 % von Erdgas und 5 % von Atom-brennstoff zusammen. Der Rest entfällt auf Biomasse (14 %) und Wasserkraft u. a. 6 %. Vgl. Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München 1999, S. 13.

27 Ebenda, S. 12.

28 Ebenda, S. 12, S. 54, S. 94.

29 Vgl. Ernst. U. v. Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins: Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome, München 1995; Kritik gegen eine vornehmlich technisch und steuerungs-optimistisch bestimmte Perspektive kommt zum einen von Seiten jener, die bezogen auf den sogenannten Bumerangeffekt oder auch Reboundeffekt (Beispiel PC oder »papierloses Büro«) auf die Notwendigkeit der Verbindung von Effizienz- und Suffizienzrevolution hinweisen. – So Wolfgang Sachs: »... die Effizienzrevolution« bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer ›Suffizienzrevolution‹ begleitet wird.« A. a. O., S. 101.

Zum anderen gibt es grundsätzliche Skepsis gegen einen technokratischen Nachhaltigkeitsansatz, der grundlegende globale Verteilungs-, Macht- und Eigentumsverhältnisse ausblendet. Letztere Position findet sich in konzentrierter Form u. a. bei Ulrich Brand und Christoph Görg: »Nachhaltige Globalisierung«? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens, in: Christoph Görg, Ulrich Brand (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements: »Rio + 10« und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, Münster 2002. Dort heißt es u. a. »Dieser Aspekt ist in der Diskussion der letzten Jahre fast vollständig hinter der Suche nach technischer Effizienz zurückgetreten. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als prinzipiell lösbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt.« A. a. O., S. 29 f.

30 Vgl. Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München 1999, in: Carl Amery, Hermann Scheer: Klimawechsel. Von der fossilen zur solaren Kultur, München 2001. Scharfe Kritik übt Scheer an der salvierenden Formel, einer Rettung verheißenden Aussicht, die sich primär auf die Möglichkeiten stetig steigender Energieeffizienz

Eine solche Verantwortungshaltung gegenüber den Späteren finden wir – übrigens vor aller Wissenschaft – in traditionellen, stärker kontemplativ gestimmten und weniger wettbewerbsorientierten Kulturen, in deren Zentrum die Harmonie von Natur und Mensch und nicht die Unterwerfung der Natur durch den Menschen steht. In der Welt von heute sind die Reste dieser archaischen Kulturen am ehesten in den Entwicklungsländern (bei den indigenen Völkern) bewahrt worden. Lange Zeit als prämodern belächelt, erweisen sie sich heute als Schatzkammern der Weltkultur, aus denen die Ethik einer nachhaltigen Gesellschaft schöpfen kann. Der in diesem Zusammenhang bedeutsamste Umstand aber ist, daß das Fazit jener auf dem Hintergrund quasi-statischer Zivilisationen erwachsenen traditionellen Kulturen heute mit den Konsequenzen harmonisiert, die die aus der expansiven, wachstums- und entwicklungsorientierten westlichen Kultur hervorgegangene moderne Wissenschaft nahelegt.³²

Aber auch in unserem alltäglichen Gerechtigkeitsverständnis liegen Voraussetzungen, die zu der im Begriff der Generationengerechtigkeit vollzogenen Grenzüberschreitung hinführen und die für die Gestaltung einer Kultur der Nachhaltigkeit bewußt genutzt werden können. Wenn wir von der heute lebenden Generation im Singular sprechen, nehmen wir damit eigentlich eine unzulässige Vereinfachung vor. In das Verhältnis zwischen den gleichzeitig lebenden Menschen, also eine raumartige Beziehung, ist bereits ein Moment zeitlicher Ordnung eingeschlossen, denn die gleichzeitig lebenden Menschen gehören unterschiedlichen Alterskohorten, verschiedenen Generationen an. Zwischen diesen Kohorten bestehen Verpflichtungen, für die sich das Wort »Generationenvertrag« eingebürgert hat. Darunter ist kein förmlicher Vertrag, sondern ein ethisches Regulatorium zu verstehen, das jedoch durch rechtlich bindende Vereinbarungen untersetzt werden kann und muß.

In der heutigen Gesellschaft wird der Generationenvertrag institutionell vor allem über Sozialversicherungssysteme und die Erhebung von Steuern mit nachfolgender Umverteilung realisiert. Im politischen Diskurs geht es auf vielen Feldern – so im Streit um das künftige Rentenniveau und seine Finanzierung – um die Frage, inwieweit der stillschweigend geltende »Generationenvertrag« gerecht ist oder um der Gerechtigkeit willen abgeändert werden muß. Die Bemühungen um eine möglichst gerechte Ausgestaltung des »Generationenvertrages« und die Kämpfe für seine Bewahrung unter ungünstiger werdenden Bedingungen sind zugleich eine Brücke, über die der Gedanke der Generationengerechtigkeit mit Leben erfüllt werden kann. Wahrscheinlich hat dieser Gedanke überhaupt nur in dem Maße Chancen, wie er sich über die selbstverständliche Fürsorge für die in der gegenwärtigen Gesellschaft lebenden Kinder und Jugendlichen vermitteln läßt, in der sich Altruismus und Egoismus begegnen.

Die schwerwiegendste Veranlassung, für spätere Generationen ausdrücklich Verantwortung zu übernehmen, liegt jedoch in der Einsicht, daß unser gegenwärtiges Handeln ökologische Hypotheken aufhäuft, die auch unter günstigsten Bedingungen von unseren unmittelbaren Nachfahren nicht abgetragen werden können und zu ihrer Erledigung einer ganzen Reihe von Generationen bedürfen.

Das Problem der Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus den Kernkraftwerken ist ein bekanntes Exempel für den Charakter der Lasten, die die Praxis der Industriegesellschaft künftigen Generationen hinterlässt. Aber dieses konkrete Problem, das wegen der langen Halbwertszeiten verschiedener radioaktiver Elemente oft einzigartig erscheint, ist nur eines von vielen, die mit ihm die Eigenschaft teilen, eine ganze Reihe von Generationen zu belasten. Es sei nur daran erinnert, daß beispielsweise eine Rückführung der Belastung der Erdatmosphäre mit klimarelevanten Gasen³³ auf ein unbedenkliches Niveau oder eine Abdämpfung des globalen Bevölkerungswachstums auf den Status einfacher Reproduktion vieler Generationen bedarf. Ganz zu schweigen davon, daß sich überhaupt noch nicht absehen läßt, wie die künftige Gesellschaft mit den Langzeitfolgen solcher Effekte menschlichen Handelns wie der Reduktion der Biodiversität fertig werden wird.

Der Evolutionsbiologe Edward O. Wilson spricht angesichts des anthropogen bedingten Aussterbens der Arten von globalem Massensterben. Während in prähistorischer Zeit eine Million Arten jährlich durchschnittlich von der Erde verschwand und in der gleichen Zeit eine neue Art entstand, liegt die Rate nach verschiedenen Schätzungen heute zwischen 1 000 und 10 000 je eine Million Arten pro Jahr.³⁴ Es sei nur angemerkt, daß neun der zehn heute am häufigsten verschriebenen Medikamente von Organismen abgeleitet sind. »Dem pharmakologischen Reichtum wild lebender Arten liegt eine evolutionäre Logik zu Grunde. Alle Organismen haben im Laufe der Evolution chemische Substanzen entwickelt, um das Wachstum von Krebszellen einzudämmen, Parasiten abzutöten und Feinde abzuwehren.«³⁵ Insofern kommt dem Schutz der Zonen hoher biologischer Vielfalt große Bedeutung zu. Allerdings orientieren die Vorschläge E. O. Wilsons zur Errichtung großräumiger natürlicher Korridore in Sphären hoher Biodiversität auf Privatisierung solcher Megaschutzgebiete weltweit und damit de facto auf eine Rekolonialisierung der biologischen Reichtums des Südens in Führerschaft der großen nordamerikanischen NGOs (WWF, TNC u. a.).³⁶ »Gerade im Bereich der NGOs ist Umwelt für viele längst zum green business geworden, bei dem internationale Großorganisationen wie The Nature Conservancy oder Conservation International sich mit ihrer starken Schutzorientierung wenig um die Belange lokaler Bevölkerung und viel um die wohlwollende Finanzierung durch transnationale Unternehmen kümmern.«³⁷

Doch kehren wir hier zur Frage der ökologischen Hypothesen in der Perspektive der Generationengerechtigkeit zurück. Auch das bescheidene Postulat, die Umwelt der nach uns Kommenden möge jedenfalls nicht schlechter sein als unsere eigene, ist keineswegs trivial, wenn man in Betracht zieht, daß unsere Lebenstätigkeit auch bei größter ökologischer Achtsamkeit unvermeidlich irreversible Veränderungen bewirkt. Niemand hält es für realistisch, auf die Inanspruchnahme nichterneuerbarer Ressourcen vollkommen zu verzichten. Angesichts dieser nicht zu vermeidenden Irreversibilität ihres Verbrauchs könnte also Generationengerechtigkeit in der hier diskutierten Minimalvariante nur bedeuten, daß späteren Generationen eine mit der unseren zwar nicht identische (das wäre unmöglich), wohl aber gleichwertige Ökosphäre zur Verfügung stehen soll. *Gleich-*

fixiert: »... die Energieeffizienztheorie, die, energie-soziologisch unrealistisch, doppelten Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch verspricht, was übersetzt heißt: allen wohler, Natur und Mensch, und niemandem weh; Strukturwandel ohne Konflikt. Eine salvierende Formel ist auch, wenn die solare Weltwirtschaft als bloß idealistisches Ziel hingestellt und empfohlen wird, doch ganz pragmatisch erst einmal mit dem Übergang zum Erdgas zu beginnen. So argumentiert selbst das World-Watch-Institute, manchen gilt Erdgas sogar als ökologischer Renner.« (S. 29).

31 Vgl. u.a. Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft, a. a. O., Jeremy Rifkin, a. a. O.

32 Vgl. u.a. Fritjof Capra: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, Bern/München/Wien 1990: »Die neuen Vorstellungen der Physik haben unser Weltbild tiefgreifend verändert – von der mechanistischen Vorstellungswelt eines Descartes und Newton zu einer ganzheitlichen und ökologischen Sicht, einer Anschauungsweise, die ich als den Anschauungen der Mystiker aller Zeitalter ähnlich erkannt habe.« (S.VII).

33 Vgl. Harald Kohl: Klimawandel, Klimafolgen, Klimapolitik – Zum Dritten Sachstandsbericht des IPCC, in: Jahrbuch Ökologie 2002, München 2001, S. 275-284. »Seit 1750 stieg die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre um 31 Prozent, die höchste Konzentration in den letzten rund 420 000 Jahren. Ursache für diesen Anstieg sind zum allergrößten Teil vom

Menschen verursachte Emissionen – drei Viertel des anthropogenen CO₂ stammen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe.« (S. 277). Vgl. auch Jeremy Rifkin: Die H2-Revolution, a. a. O., S. 147 ff.

34 Edward O. Wilson: Die Zukunft des Lebens, Berlin 2002, S. 125-127.

35 Ebenda, S. 147 f. Und weiter heißt es: »Und so verdanken wir der biologischen Vielfalt heute Antibiotika, Fungizide, Malaria-medikamente, Betäubungsmittel, Schmerzstilller, Blutgerinnungsmittel, Blutgerinnungshemmer, Herzmittel, Herzstimulanzien, Medikamente zur Immunsuppression, Hormonsersatzpräparate, Hormonhemmer, Krebsmedikamente, fiebersenkende Mittel, Entzündungshemmer, Kontrazeptiva, Diuretika, Antidiuretika, Antidepressiva, Muskelrelaxanzien, Beruhigungsmittel und Abortiva, um nur eine kleine Auswahl zu nennen.« A. a. O., S. 148.
 »Wollen wir tatsächlich die lebendige Geschichte der Erde auslöschen? Ebenso gut können wir die Bibliotheken und Kunstgalerien verbrennen, Musikinstrumente zertrümmern, Musikpartituren einstampfen, Shakespeare, Beethoven, Goethe und auch die Beatles aus unserem Gedächtnis tilgen, denn sie alle können neu geschaffen oder zumindest durch recht gute Imitate ersetzt werden.« A. a. O., S. 159.
 »Niemand kann den künftigen Wert eines Tieres, einer Pflanze oder eines Mikroorganismus auch nur annähernd abschätzen.« a. a. O., S. 141.

wertigkeit wäre offenbar zu verstehen als *Funktionsäquivalenz*, bezogen auf einen bestimmten Kreis wichtiger Funktionen der Umwelt für das menschliche Leben.

Die Annahme, Gleichwertigkeit könnte garantiert werden, kann sich nur auf die weitere Annahme stützen, es sei möglich, die Degradationstendenzen der Ökosphäre vollständig zu kompensieren – mittels Steigerung der Ressourcenproduktivität und Substitution nichterneuerbarer durch erneuerbare Ressourcen. Aber inwieweit ist Verlorenes wirklich substituierbar? Das skizzierte Problem der Biodiversität, das in der Nachhaltigkeitsdebatte ohnehin einen hohen Stellenwert besitzt, könnte hier zum entscheidenden Stein des Anstoßes werden.

Wenn wir mit der Nachhaltigkeitsidee die Vorstellung von Generationengerechtigkeit verbinden, überschreiten wir nicht nur eine ethische, sondern auch eine kognitive Schranke. Wir können nicht wissen, welche Bedürfnisse die Menschen dieser kommenden Generationen haben und welche Ansprüche sie daher an die Beschaffenheit ihres Lebensmilieus stellen werden.³⁸ Bis auf eine schmale Schicht biologisch bedingter Grundbedürfnisse werden die Bedürfnisse der Späteren andere sein als die unseren, und es wäre müßig, über sie zu spekulieren. Die aus der ökologischen Problematik herrührende Akzentverschiebung in der Frage der Generationengerechtigkeit vom Verbessern der Startbedingungen für spätere Generationen zum Verhindern ihrer Verschlechterung – eigentlich ein Übergang zu einer sehr viel bescheideneren Fragestellung – erleichtert allerdings das Urteilen, denn sein Bezugspunkt verlagert sich damit von einer unbekanntem Zukunft zu einer im Prinzip bekannten Gegenwart und Vergangenheit.

Jedenfalls ist es wichtig, im Auge zu behalten, daß hier mit einer Hypothese operiert wird und nicht mit einer gesicherten Feststellung. Es steht außer Frage, dass Generationengerechtigkeit eine dringend erwünschte Qualität des Verhaltens der gesellschaftlichen Akteure in unserer Zeit ist und daß darum gerungen werden muß, sie zu einem allgemein akzeptierten Motiv zu machen; in welchem Maße sie aber tatsächlich geübt werden kann, steht auf einem anderen Blatt und hängt nicht von unseren Wünschen ab.

Gerechtigkeitsdiskurs innerhalb ökologischer Leitplanken

Aber auch unter der Voraussetzung, Generationengerechtigkeit in dem Sinne zu praktizieren, daß kommenden Generationen eine intakte Ökosphäre hinterlassen wird, dann ist damit noch nichts darüber ausgesagt, wie die Zugangsmöglichkeiten zu den Ressourcen der Gesellschaft, zu denen die verfügbaren Bedingungen ihrer Ökosphäre zählen, in künftigen Generationen sozial verteilt sein werden. Postulate darüber sind in der üblichen Bestimmung von Generationengerechtigkeit, wie sie in der Definition des Nachhaltigkeitsprinzips nach der »klassischen« Formulierung des Brundtland-Berichtes verwendet wird, weder explizit noch implizit enthalten; dieses Defizit ist ein schwerwiegender Mangel der betreffenden Aussagen.

Daran, daß die globalen Zugangsmöglichkeiten zu den natürlichen Ressourcen in der heutigen Gesellschaft extrem ungleich verteilt sind, kann keinerlei Zweifel bestehen. Ebenso ist offenkundig, daß-

die relative Verknappung verschiedener lebenswichtiger Güter mit steigender Bevölkerungszahl zunimmt. Die gelegentlich geäußerte Ansicht, daß die typischen Kriege des 21. Jahrhunderts vielleicht nicht nur mehr um Öl, sondern auch um Wasser geführt werden würden, enthält eine ernst zu nehmende Warnung.

Wäre es denkbar, zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der vielberufenen »ökologischen Leitplanken« überzugehen und dabei die heute bestehende extreme soziale Ungleichheit der Zugangsmöglichkeiten in die Zukunft fortzuschreiben? Die Vertreter des Konzepts einer »schwachen Nachhaltigkeit« (weak sustainability) sehen das anscheinend als möglich an, wenn sie eine dominant technisch-ökonomische Strategie zur Bewältigung der ökologischen Probleme vorschlagen; diese Art von Nachhaltigkeit wäre auch in neoliberaler Sicht vollkommen akzeptabel.

Wenn es sich so verhielte, dann wären Generationengerechtigkeit (intergenerationelle Gerechtigkeit) und soziale Gerechtigkeit (intragenerationelle Gerechtigkeit) voneinander unabhängige Forderungen, und nur die erstere würde Nachhaltigkeit definieren. Soziale Gerechtigkeit müßte in diesem Fall zusätzlich gefordert werden.

Linke Nachhaltigkeitskonzepte würden sich dann von neoliberalen dadurch unterscheiden, daß sie Strategien vertreten, denen zufolge der Übergang zu nachhaltiger Entwicklung zusammen mit einem sukzessiven Abbau der Arm-Reich-Polarisierung sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der einzelnen Länder zu vollziehen wäre.

Grundsätzlich wird man davon ausgehen müssen, daß die Idee der Nachhaltigkeit keine ökologisierte Neuauflage eines strengen Gesellschaftsdeterminismus darstellt, der nur eine alternativlose Entwicklungsrichtung vorschreibt. Eher wird ein Rahmen für gesellschaftliche Entwicklungen angegeben, der Raum für einen Fächer möglicher Pfade mit unterschiedlichen Mustern sozialer Güter- und Chancenverteilung bietet. Die gemeinsame, durch den Rahmen bestimmte Eigenschaft aller dieser Pfade wäre, daß sie sämtlich stabil die ökologischen Überlebensbedingungen der Menschheit reproduzieren. In den Unterschieden zwischen den verschiedenen ökologisch zulässigen Pfaden kämen somit auch in einer nachhaltigen Gesellschaft die Differenzen der sozialen Interessen zum Ausdruck, um die die politischen Auseinandersetzungen geführt werden. Schematisch formuliert, wären dann unter den hier hypothetisch diskutierten Voraussetzungen drei Typen nachhaltiger Pfade denkbar:

- (a) solche, die den heutigen Grad sozialer Arm-Reich-Polarisierung fortschreiben und konservieren;
- (b) solche, die ihn tendenziell weiter erhöhen;
- (c) solche, die ihn fortschreitend zu verringern suchen.

Die Variante (a) ist im strikten Sinn des Wortes konservativ. Die Variante (b) ist das offen angestrebte Ziel oder jedenfalls das faktische Resultat neoliberaler Strategien. Allein die Variante (c) könnte Generationengerechtigkeit nicht nur in der schwachen Bedeutung realisieren, künftige Generationen vor der Untergrabung ihrer Existenzbedingungen durch unser heutiges Verhalten zu bewahren, sondern darüber hinaus auch noch in der starken Bedeutung, späteren Generationen eine gerechtere Welt zu ermöglichen, als sie heute realisiert ist.

36 Vgl. dazu auch Silvia Ribeiro: Biopiraterie und geistiges Eigentum – Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen, in Christoph Görg, Ulrich Brand (Hrsg.), *Mythen globalen Umweltmanagements*, a. a. O., S. 118 - 136; Ribeiro verweist auf die wirtschaftlichen Interessen dieser »Rekolonialisierung des Südens«: »Heutzutage sind 40 % der Medikamente in den USA auf der Basis von natürlichen Produkten entstanden, und der geschätzte Wert der aus den Pflanzen hergestellten medizinischen Produkte liegt allein in den Vereinigten Staaten bei schätzungsweise 68 Milliarden Dollar jährlich. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Jäger biologischer Reichtümer sich besonders in Zonen großer biologischer Diversität fieberhaft um das »grüne Gold« des Südens abmühen.« (S. 121). Auf die ambivalente Rolle gerade der großen NGO' wie den World Wildlife Fund (WWF) und The Nature Conservancy (TNC) Nordamerikas als expandierende Eigentümer und Verwalter riesiger Naturschutzgebiete in Nord-, Mittel- und Südamerika und in anderen Teilen der Welt mit hoher Biodiversität verweist der Vortrag von Professor Barreda (Mexico) auf der Konferenz »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«.

37 Ulrich Brand, Christoph Görg: »Nachhaltige Globalisierung?« ..., a. a. O., S. 36.

38 »Was den Zeithorizont der Verantwortung der heutigen Generation betrifft, so gilt, dass grundsätzlich immer nur die Belange der jeweils nachfolgenden Ge-

neration berücksichtigt werden können. Wenn diese sich dazu entschließt, in gleichem Maße der ethischen Norm der Nachhaltigkeit zu folgen, wird sie wiederum auf die ihr folgende Generation Rücksicht nehmen. Weiter reichende Zeiträume müssen aber immer dann berücksichtigt werden, wenn bestimmte Aktivitäten und Handlungen der heute lebenden Menschen erst das Leben der übernächsten oder später folgenden Generationen betreffen«. Ortwin Renn, Anja Knaus, Hans Kastenholz: Wege in eine nachhaltige Zukunft, in: Birgit Breuel (Hrsg.): Agenda 21, Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 17-73; hier S. 25.

39 »... denn das Wohlstandsmodell der reichen Länder ist nicht gerechtigkeitsfähig; es kann nicht quer über den Globus demokratisiert werden – oder nur um den Preis, den Globus ungastlich zu machen.« Wolfgang Sachs: 11. September 2001 und die Nachhaltigkeit, in: Wegweiser ..., a. a. O., S. 52. Und Friedrich Schorlemmer dazu: »Unsere westliche Welt ist global nicht kompatibel. Dies gilt es in der globalen Welt zu begreifen. Es wird nicht die eine Weltkultur geben, aber es muß eine Kultur des Umgangs miteinander gefunden werden. Einen gerechten Krieg gibt es nicht; es gibt nur einen gerechten Frieden.« A. a. O., S. 269.

Dies entspricht auch der Tradition sozialistischer Zielstellungen. Insofern müßte sich eine demokratisch-sozialistische Programmatik in den Rahmen der Variante (c) einordnen. Aber es ist zu beachten, daß dieser Rahmen wiederum einer Vielfalt möglicher Programme gesellschaftlichen Wandels Platz bietet, die unterschiedlichen Idealen menschlichen Zusammenlebens verpflichtet sind. Erneuerte sozialistische Vorstellungen können hier selbstverständlich keinen Monopolanspruch erheben, sondern müßten sich dem Wettstreit unterschiedlicher Konzepte für mehr soziale Gerechtigkeit stellen – und sie sollten es in ihrem eigenen Interesse auch wirklich tun.

Drei Argumente für den inneren Zusammenhang von inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit

Bis hierher könnte man unter der Annahme argumentieren, daß soziale und Generationengerechtigkeit einander ergänzen, aber letztlich voneinander unabhängig sind und jeweils separat begründet werden müssen.

Es gibt aber gute Gründe gegen die Unabhängigkeitsannahme. Man kann umgekehrt vermuten, daß beide voneinander abhängen, in dem Sinne, daß die Aufrechterhaltung oder Verstärkung sozialer Ungerechtigkeit den Übergang auf einen nachhaltigen Pfad erschwert oder blockiert, während das Bemühen um ihre Verminderung diesen Übergang unterstützt. Für diesen inneren Zusammenhang der beiden Dimensionen von Gerechtigkeit lassen sich mindestens drei Argumente ins Feld führen.

Das *erste* Argument ist eine elementare ethische Überlegung. Praktizierte und erfahrene Mitmenschlichkeit gegenüber unseren Zeitgenossen, die von den eigenen Familienangehörigen bis zu Menschen anderer Völker voranschreitet und die sich beispielsweise beim Eintreten von Naturkatastrophen spontan geltend macht, erleichtert es sehr, Verantwortung auch gegenüber jenen zu empfinden, die von uns in der Zeit entfernt sind, und so über den hemmungslosen Egoismus der sogenannten Spaß- und Erlebnisgesellschaft (»wir leben heute, und nach uns die Sintflut«) hinauszuwachsen.

Letztlich ist es jedoch der objektive Druck und die zunehmende Einsicht, daß die Entfaltung nachhaltiger ökologisch-sozialer Zusammenhänge nicht in abgeschotteten Wohlstandsinseln möglich sein wird, sondern sich nur global stabilisieren läßt, und auf Mitmenschlichkeit und sozialen Ausgleich weltweit drängt. Die Bewohner der reichen Länder, zu denen auch wir gehören, müssen sich fragen lassen, ob sie eine weitaus überdurchschnittliche Pro-Kopf-Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen und Kapazitäten (Quellen und Senken) weiterhin mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Das gegenwärtige Wohlstandsmodell der globalen Mittelschicht ist – wie Wolfgang Sachs und andere zu Recht konstatieren – nicht gerechtigkeitsfähig.³⁹

Dabei geht es im Sinne der Gerechtigkeit zunächst um die Rückerstattung der über Generationen angehäuften und weiter akkumulierten ökologischen Schulden⁴⁰ durch die überproportionale Inanspruchnahme von Global Commons, der weltweiten Gemeinschaftsgüter. Angesichts der im Verhältnis zu seinem Reichtum beschämend schwachen entwicklungspolitischen Leistungsbilanz

Deutschlands – mit dem in der Regierungserklärung fixierten Ziel, sie von derzeit 0,27 % des BSP bis 2006 auf 0,32 % und damit nicht mal auf die Hälfte der weltweit geforderten 0,7 % zu erhöhen – betrifft diese Frage ganz unmittelbar auch unsere eigene Gesellschaft.

Daß mehr globale Gerechtigkeit auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der bisher historisch Bevorzugten liegt, dürfte heute, wo als ungerecht erlebte und empfundene Nachteile in weiten Gebieten der Welt den sozialen Nährboden eines wuchernden Terrorismus bilden, leichter zu vermitteln sein als in Zeiten, in denen die saturierte Sicherheit der westlichen Gesellschaften außer Frage zu stehen schien.

Das *zweite* Argument ist ein ökonomisch-ökologisches. Es ist ebenso leicht wie pharisäisch, den armen Ländern der Erde ihre Umweltsünden vorzurechnen. Aber auch dann, wenn es faktisch auf ähnliche Folgen hinausläuft, ist umweltschädigendes Verhalten aus Not und Unterentwicklung moralisch grundsätzlich anders zu beurteilen als jenes, das aus materiellem Überkonsum resultiert, wie ihn der Kapitalismus zumindest in seinen bisher praktizierten Varianten benötigt, um die wirtschaftliche Maschinerie am Laufen zu halten. Auf dem heutigen Niveau wirtschaftlicher Globalisierung ist es deutlicher als jemals zuvor, daß die Akkumulation von Reichtum in bestimmten Teilen der Welt und die Akkumulation von Armut und Rückständigkeit in anderen zwei Seiten einer Medaille sind, die sich gegenseitig bedingen. Es liegt auf der Hand: Weltweite ökonomische und soziale Ausgleichsprozesse, die einen Fortschritt der intergenerationellen Gerechtigkeit bedeuten, würden sowohl dem aus Not erfolgenden Raubbau an der Umwelt entgegenwirken als auch den einem überholten konsumistischen Wohlstandsmodell entspringenden übermäßigen Verbrauch materieller Ressourcen dämpfen und so die Voraussetzungen für die Herstellung von Generationengerechtigkeit in strikt ökologischem Sinn verbessern.

Das *dritte* und vielleicht gewichtigste Argument betrifft die durch den Geschichtsprozeß vermittelte Integration der Gesellschaft in der Zeit und schließt die ökologische Komponente der Generationengerechtigkeit an ihre kulturhistorische Dimension an.

Das Fazit des menschlichen Geschichtsprozesses ist zu jeder Zeit (in mehr oder minder konzentrierter Gestalt) in der geistigen Kultur der Gesellschaft verfügbar. Es wird in der Generationenfolge über Bildungsprozesse – in einem sehr weiten, keineswegs auf das Schulwesen und andere institutionelle Formen beschränkten Sinn des Wortes »Bildung« – aus der Vergangenheit in die Zukunft weitergegeben. Die Geschichte der geistigen Kultur schließt ungeachtet aller Problematik des Fortschrittsbegriffs *unbestreitbar Fortschritt durch Akkumulation geistigen Reichtums* der Gesellschaft ein.⁴¹ Dadurch ist es zumindest möglich, daß die späteren Generationen für den Umgang mit den materiellen Bedingungen ihres Daseins – seien sie natürlichen, seien sie kulturellen Ursprungs – besser gerüstet sind. Die Möglichkeit, ökologische Probleme zu entschärfen oder zu überwinden, wächst mit der Reife des verfügbaren Erkenntnisfundus.

Auf kulturhistorischer Ebene lassen sich somit die beiden getrennten Argumentationsstränge zur Generationengerechtigkeit – die Überlegungen zur Beendigung anthropogener Degradation der Ökosysteme auf der einen und die Gedanken zu einer fortschreitenden

40 Vgl. u. a. Marko Ferst: Die ökologische Zeitenwende. Plädoyer für ein zukunftsfähiges Kultursystem, in: Franz Alt, Rudolf Bahro, Marko Ferst: Wege zur ökologischen Zeitenwende, Berlin 2002, S. 213 ff. »Von der Schuld des Nordens«.

41 Vgl. auch W. Sachs: »Die Sprachen sterben ebenso schnell aus wie die Arten, und so wie Pflanzen und Tiere für immer aus der Geschichte der Natur verschwinden, so bedeutet das Ende von Sprachen, daß ganze Kulturen endgültig aus der Geschichte der Zivilisation getilgt sind. – Sprache das zarte Gewebe der Kultur, in: Nach uns die Zukunft, a. a. O., S. 142.

42 Wir stimmen Gerhard de Haan, Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU), zu wenn er formuliert: «Bildung ist letztlich Bedingung dafür, Nachhaltigkeit möglich zu machen. Zudem ist das Nachhaltigkeitskonzept konzeptionell darauf ausgerichtet, die Vision einer gerechten, humaneren Welt damit zu verbinden, die Natur zu bewahren. Insofern zwingt die Nachhaltigkeit die Umweltbildung und entwicklungspolitische Bildung zusammen. Dies geschieht unter der Maxime, die Menschen mit Kompetenzen auszustatten, die es ihnen erlauben, ihre Lebensverhältnisse selbst im Sinne der Nachhaltigkeit gemeinsam mit anderen zu gestalten.» Gerhard de Haan: Vorausschauend, weltoffen, solidarisch und motiviert. Die Bildung für Nachhaltigkeit ist ein Programm zur Entwicklung von Kompetenzen, in: Wegweiser ..., a. a. O., S. 229 ff.

43 »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.« Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, Berlin 1964, S. 784.

44 Friedrich Schorlemmer, a. a. O., S. 232.

Bereicherung des menschlichen Lebens in der Generationenfolge auf der anderen Seite – wieder zusammenführen. Es wäre dann in der Tat möglich, den kommenden Generationen nicht nur eine der unseren gleichwertige, sondern eine bessere Welt zu übergeben, und das Bestreben, dies zu tun, wäre ein Ideal, das die Menschheit in der ganzen Vielfalt ihrer Kulturen dauerhaft zusammenhalten könnte.

Eine Metapher, die diese Überlegung treffend zum Ausdruck bringt, ist das Bild von der Treuhandschaft des Menschen für die Erde: Keine Generation ist Eigentümerin der Erde; eine jede übernimmt sie von ihren Vorfahren mit der Verpflichtung, sie verständlich zu gebrauchen und ihren Nachfahren in verbessertem Zustand zu übergeben.⁴² Inwieweit diese Möglichkeit aber zur Wirklichkeit wird, hängt davon ab, in welcher sozialen Breite und Intensität die Güter der geistigen Kultur rezipiert und aktiv genutzt werden.

Vielfalt ist eine generelle Bedingung für Evolution, sowohl auf der biologischen als auch auf der sozialen Ebene und im Feld der Wechselbeziehungen beider. Insofern hängen die Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung der Gesellschaft und ihr Bildungs- und Kompetenzniveau weitaus enger zusammen, als es gewöhnlich gesehen wird. Zugleich ist aber auch bekannt, daß Chancengleichheit für den Erwerb von Kompetenzen nicht unabhängig von einer zumindest gewissen Angleichung der materiellen Wohlstands-niveaus hergestellt werden kann. Die vieldiskutierte PISA-Studie belegt nicht nur generelle Defizite in der Beherrschung von Basiskompetenzen bei den Fünfzehnjährigen in Deutschland, sondern eben auch ein weiteres Mal, daß Leistungsschwäche der Schüler und soziale Benachteiligung der Herkunftsfamilien statistisch signifikant korrelieren.

Damit ist der Argumentationsbogen geschlossen: Mangelnde soziale Gerechtigkeit innerhalb der gegenwärtig lebenden Generationen beeinträchtigt unvermeidlich die Möglichkeit, gegenüber den kommenden Generationen Gerechtigkeit zu üben; umgekehrt ist jeder Fortschritt auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit ein unterstützender Faktor für das Erreichen und die Stabilisierung nachhaltiger Entwicklungspfade. Linksorientierte Politik hat unmittelbare Gründe, für die Belange der sozial Benachteiligten einzutreten. Der diskutierte Zusammenhang liefert zusätzliche Legitimation für dieses Motiv und läßt es auch für Personen und Gruppen diskutabel werden, die selbst nicht zu den sozial Schwachen und Ausgegrenzten gehören, aber von der Notwendigkeit des Übergangs zu nachhaltigen Entwicklungsmustern von Wirtschaft und Gesellschaft überzeugt sind.⁴³

An den Anfang unseres Beitrages hatten wir Schorlemmers Formulierung der zentralen anthropologischen Frage unserer Zeit gestellt. Und Schorlemmer findet eine Antwort, die als Leitmotiv für die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Träger politischer Bildungsarbeit stehen kann: »Was wir in dieser Situation brauchen, ist eine Nachhaltigkeit des Wissens, um die Nachhaltigkeit des Handelns zu befördern und die Toleranz, die aus gegenseitigem Respekt erwächst, aber die Probleme nicht umschiffet.«⁴⁴

JOACHIM H. SPANGENBERG

Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland

Einleitung: Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist das vielleicht anspruchsvollste Politikkonzept, das je als Leitlinie für staatliches Handeln formuliert wurde. Nachhaltig ist nach der Definition der Brundtland-Kommission eine Form der Entwicklung, die Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen (WCED 1987). Obwohl Nachhaltigkeit definitionsgemäß alle Aspekte menschlichen Zusammenlebens umfaßt, wurden die Ergebnisse der UNCED-Konferenz von Rio 1992 im Norden im wesentlichen als umweltpolitisches Programm wahrgenommen, während sie für den Süden der Wiedereinstieg in die Entwicklungs- und Verteilungsdebatte nach einem »verlorenen Jahrzehnt« waren. Um so begrüßenswerter wäre es, wenn jetzt auch in Deutschland die soziale Nachhaltigkeit stärker zum Thema öffentlicher Debatten würde. Nach deutschem Verständnis umfaßt Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit zunächst drei Säulen, die ökonomische, die soziale und die ökologische. Diese werden ergänzt durch eine vierte Dimension der Nachhaltigkeit, die der Institutionen, die im engeren Sinne die Organisationsformen nachhaltigkeitsorientierter Politik beinhaltet, im weiteren Sinne Fragen von Partizipation und Demokratie. Nachhaltigkeit bedeutet dann die intelligente Verknüpfung dieser Aspekte.

Soziale Nachhaltigkeit ist ein normatives Konzept, das zwar der Anbindung an die Empirie bedarf, aber nicht aus dieser abgeleitet werden kann. Wertvorstellungen, Perzeptionsmuster und Präferenzbildungen gehen der wissenschaftlichen Analyse voraus, sind aber von dieser zu berücksichtigen. Optionalität und Wahlfreiheit über Generationen hinweg sind konstitutiver, aber in ihrer Ausformung und Füllung wandelbarer Bestandteil der Nachhaltigkeit und müssen auch langfristig gesichert werden. Entlang jeder der vier Koordinaten-Achsen politischen Handelns fordert das Konzept Nachhaltigkeit eine Erweiterung des Blickfeldes, die Ausweitung der politischen Verantwortung auch auf räumlich wie zeitlich noch fern liegende Personen und Ereignisse. Zeitlich postuliert Nachhaltigkeit die intergenerationelle Verantwortung, die Pflicht für die jetzt Verantwortung tragenden, folgenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese die Freiheit haben, einen ihnen angemessenen Lebensstil zu wählen. Räumlich weist Nachhaltigkeit darauf hin, daß in einer globalisierten Welt gerade die reichen Nationen Europas nicht nur eine europäische, sondern auch eine weltweite Verantwortung

Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955; Biologe, Ökologe, war nach dem Studium Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands, dann Abgeordnetermitarbeiter und Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag; 1992-1999 Mitarbeiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, zuletzt als Leiter des Projektbereiches Sustainable Societies in der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel; seit 1999 Vorsitzender des Sustainable Europe Research Institute, SERI, Köln/Wien. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, Heft 136 (Februar 2002).

Ein zentrales Element der Nachhaltigkeitsformel ist die intergenerationelle Verteilungsgerechtigkeit (zwischen den Generationen). Damit ist das Ziel angesprochen,

künftigen Generationen keine »Hypothesen« zu hinterlassen, also keine ökonomischen, ökologischen oder sozialen Belastungen zu akkumulieren, die nachfolgenden Generationen Restriktionen der Entscheidungsfreiheit über den Lebens- und Wirtschaftsstil der Zukunft auferlegen. Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens ist ein notwendiges Element sozialer Zukunftsfähigkeit (intragenerationale Verteilungsgerechtigkeit zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd). Dabei benennt die Brundtland-Kommission nicht nur konkrete soziale Problemfelder wie Langzeitarbeitslosigkeit und Massenarmut, sondern fordert auch allgemein einen langfristig wirksamen Schutz der sozialen Kohärenz einer Gesellschaft. Der Gedanke ist nicht neu: schon im 19. Jahrhundert hatte Mill mit seiner Annahme von Grenzen des Wohlstandszuwachses die Vorstellung verbesserter sozialer Gerechtigkeit verbunden (nach Daly 1996; Collados, Duane 1999). Aus dem intragenerationalen Gerechtigkeitsziel leitet sich die Forderung nicht nur nach sozialer, sondern auch nach ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit hier und heute ab.

Torres (2001) nennt als die vier den Zielen korrespondierenden Handlungsbereiche sozialer Nachhaltigkeit:

- Bildung, Erziehung
- Ziel: Chancengleichheit
- Einkommensverteilung
- Ziel: Verteilungsgerechtigkeit
- Industrielle Beziehungen
- Ziel: Beteiligung der Arbeitnehmer/innen (Mitbestimmung, andere Beteiligungsformen)
- Arbeitsrecht

tragen, und daß die Nord-Süd-Kooperation eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche und Ministerien sein muß.

Soziale Nachhaltigkeit ist insofern gleichzeitig eigenständiges Ziel und Bedingung für die Formulierung wirtschaftlicher, umweltpolitischer und institutioneller Zielsetzungen. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit erfordert explizite Zieldefinitionen in allen Dimensionen, die jedoch nicht alternativ oder sukzessiv, sondern integriert als Handlungsorientierung dienen.

Soziale Nachhaltigkeit und Globalisierung

In der öffentlichen Debatte ist wiederholt das Risiko betont worden, das die Globalisierung für eine sozial wie ökologisch nachhaltige Entwicklung darstellt (der Antagonismus von Nachhaltigkeit und neo-imperialer Geopolitik findet erst langsam die ihm gebührende Aufmerksamkeit). Um diese Hypothese zu überprüfen, ist es notwendig, die Kernthemen sozialer Nachhaltigkeit zu identifizieren und die jeweiligen Folgen der Globalisierung zu prüfen.

Oberziel der sozialen Nachhaltigkeit ist die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Konkretisierung ergeben sich daraus Ziele wie persönliche Entfaltung- und Entwicklungsmöglichkeiten, Teilhabe an (Entscheidungs-)Prozessen in allen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft.

Die ökonomische Globalisierung hat zwei unmittelbare Auswirkungen auf diese Ziele und Handlungsfelder.

Zum einen war der Standortwettbewerb der letzten Jahre teilweise ein Steuersenkungswettbewerb, bei dem Unternehmen und Spitzenverdiener weltweit massiv entlastet wurden, so daß die Einkommenspolarisierung fast überall zugenommen hat (Deutschland hat da kräftig mitgespielt und hat jetzt die niedrigsten realen Steuersätze in Europa).

Zum anderen entwertet der beschleunigte Strukturwandel Wissen und Qualifikationen in immer kürzeren Abständen, macht den Wert der erworbenen Qualifikation und damit die Chance auf einen Arbeitsplatz unsicher und versetzt Arbeitnehmer/innen in einen permanenten Unvollständigkeitszustand: Niemand ist je mit lernen fertig, hat seine Aufgabe erfüllt und kann den Wettlauf beenden. Gering oder nicht aktuell Qualifizierte haben geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt, trotz allen Bemühens. Die Vermutung der Ökonomen, Arbeitslose würden zu Hause bleiben, da bei dem »geringen Anreiz« Arbeit aufzunehmen dies »rational« sei, zeigt nur die Weltfremdheit der meist als Professoren lebenslang gesicherten und gut dotierten Experten. Der Realitätsverlust der ökonomischen Theoretiker zeigt sich deutlich, wenn sie eine Senkung der Sozialtransfers fordern, da dann, sehr »rational«, die Arbeitslosen wieder Arbeit aufnehmen würden, aber nicht sagen, woher die vier Millionen fehlenden Arbeitsplätze kommen sollen. Der Abbau von Arbeitnehmer/innenschutzrechten ist dagegen – anders als die Einkommensspreizung – nicht eine Folge der Globalisierung, sondern ausschließlich eine Folge der neoliberalen Ideologie: empirisch nachweisbare Arbeitsmarkteffekte der politischen Regulation der Arbeitsverhältnisse hat die OECD gesucht, aber nicht finden können.

Die Politik der Bundesregierung

Die normative Vorgabe von ökologischen, sozialen, ökonomischen (und ggf. institutionellen) Zielen macht es notwendig, auftretende Synergien und Konfliktpotentiale zu untersuchen. Sofern die Ziele konkurrieren (z. B. um Ressourcen), liegt die Aufgabe einer Nachhaltigkeitsstrategie darin, eine multidimensionale Optimierung vorzunehmen. Je nach Gewichtung der Einzelfaktoren führt ein derartiger Prozeß zu einem Spektrum von Handlungsoptionen, die alle für sich in Anspruch nehmen können, die Kriterien der Nachhaltigkeit zu erfüllen, allerdings bei unterschiedlicher Akzentuierung der einzelnen Dimensionen und ihrer Elemente. Politik für Nachhaltigkeit ist damit eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe. Die Bundesregierung nimmt für sich in Anspruch, sich dieser Aufgabe zu stellen. Für sie, so Gerhard Schröder, ist Nachhaltigkeit ein zentraler Begriff ihres Handelns und beschreibt weit über Umwelt- und Energiepolitik hinaus ihr Reformverständnis insgesamt. Es ist also zu fragen, wie sich die Politik auf die vier genannten Kernbereiche sozialer Nachhaltigkeit auswirkt.

Soziale Nachhaltigkeit heißt nach dem Verständnis der Bundesregierung die Gewährleistung sozialer Sicherheit, die Umsetzung von Chancengleichheit und die Förderung von sozialer Gerechtigkeit durch einen helfenden, fördernden und fordernden Sozialstaat, der europäische Tradition und die Herausforderung der globalen Moderne verbindet. Bildung für alle, gerechte Einkommensverteilung, Stärkung des Arbeitsrechts und gleichgewichtige industrielle Beziehungen sind mit dieser Zielsetzung durchaus vereinbar, aber die Regierungspraxis steht in einem offenen Gegensatz zu ihnen. Der Zugang zu Bildung und damit zu sozialen Aufstiegschancen unabhängig von der sozialen Herkunft ist in Deutschland weniger gewährleistet als in fast allen anderen Industriestaaten, wie die PISA-Studie eindrucksvoll demonstriert hat.

Der Förderung von sozialer Gerechtigkeit steht diametral entgegen, daß durch Steuersenkungen, die Firmen und Großverdiener überproportional entlastet haben, Defizite entstanden sind, die jetzt durch Einsparungen bei den Ärmsten kompensiert werden (Arbeitslosenhilfe, Weiterbildung, Rente). Die geplanten Teilprivatisierungen der Rentenversicherung vergrößern die Unsicherheit: Renten werden zur abhängigen Größe von Wirtschaftsentwicklung und Zahlungsbereitschaft der Beschäftigten. Die Maßnahmen zur Sanierung der Krankenversicherung, die kaum unter einem Ausgabeproblem – die Kosten sind als Anteil am BIP seit Jahrzehnten unverändert –, wohl aber unter einem Einnahmeproblem leidet (zu viele potentielle Zahler, wie Beamte, Selbständige und Besserverdienende werden nicht erfaßt), sind mit kostensenkenden Maßnahmen wie der Überwälzung des Krankengeldes auf die Arbeitnehmer/innen nicht in den Griff zu bekommen; hier wird an der falschen Seite angesetzt und der Abbau der Leistungen noch mit einer Verlagerung der Lasten auf die Arbeitnehmer/innen verknüpft.

Im Arbeitsrecht sticht die von Wirtschaftsminister Clement geforderte und vom Kanzler zum unverzichtbaren Bestandteil seiner *Agenda 2010* erklärte Aushebelung des Kündigungsschutzes besonders hervor: Obwohl es keinen belegbaren Zusammenhang zwischen

Ziel: soziale Absicherung (Kündigungsschutz, Abfindungen), betrieblicher Gesundheitsschutz, etc.

Vgl. dazu Wissenschaftlicher Beirat des Arbeitsministeriums 2003, Sinn/ifo-Institut 2003, Zimmermann/DIW 2003.

Die Erfüllung wirtschaftskonservativer Wünsche durch die Regierung – als nachvollziehende Instanz neoliberaler Ziele, die angeblich ökonomische Sachzwänge seien – erfolgt in einem Maße, das sich keine konservative Partei hätte leisten können.

Kündigungsschutz und Beschäftigung gibt, wird dieses Schutzrecht abgebaut, um so von seiten der Wirtschaftspresse »Wirtschaftskompetenz« bescheinigt zu bekommen. Wie die sonstigen Arbeitsmarktregulierungen einschließlich der Flächentarifverträge fördert der Kündigungsschutz den für die Wirtschaft so wichtigen sozialen Frieden, fördert so die hohe Produktivität, die den Standort Deutschland international so wettbewerbsfähig gemacht hat. Eine wissenschaftlich ab- und ideologisch angereicherte Fassung der ohnehin wirtschaftsnahen neo-liberalen Ideologie ist Grundlage des sozialdemokratischen Regierungshandelns geworden. Arbeitsrecht und Mitbestimmung werden dieser Chimäre zum Opfer gebracht.

In der internationalen Kooperation gibt es neben viel Schatten auch Licht: Global setzt Deutschland schon lange auf die Priorität der Grundbedürfnisbefriedigung in der Entwicklungszusammenarbeit, und diese Bundesregierung hat mit der Verankerung von Entwicklungsfragen als Querschnittsaufgaben Ansätze dafür geschaffen, daß auch alle anderen Politiken diese Orientierung stärken. Das auf Bitten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aufgelegte internationale Programm zur Bekämpfung von AIDS oder die von Gerhard Schröder in Johannesburg verkündete globale Initiative zur Förderung regenerativer Energien sind Beiträge der Bundesregierung zur internationalen sozialen Nachhaltigkeit.

Sicher ist zumindest eines: entgegen dem Petition des Bundeskanzlers gibt es Alternativen zur Politik der Bundesregierung, und zwar nicht nur solche, die (wie die FDP und große Teile von SPD und Grünen) dieselben konservativen Politikziele anders durchsetzen wollen, sondern auch Alternativen, die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsinteressen gerecht werden. Insofern stellt das im folgenden erläuterte Szenario den Versuch dar, ein Spektrum an Handlungsoptionen durch qualitativ-deskriptive Alternativvorschläge zu illustrieren. Diese sind dann Grundlage einer politischen Diskussion, die aber bisher in Deutschland keine Breite gewinnen konnte.

Das Projekt »Arbeit und Ökologie«: soziale Ziele und Ergebnisse

Die Hans Böckler Stiftung hat 1996 das Forschungsprojekt *Arbeit und Ökologie* initiiert und bis zum Jahre 2002 begleitet und finanziert, das die Grenzen und Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Reformstrategie für Deutschland skizziert hat. Aufgabenstellung des Projekts war die Exploration von nachhaltigen Entwicklungspfaden und die Identifikation zugehöriger Strategien. Dabei wurde – anders als in anderen Zukunftsentwürfen – besonderer Wert auf die Operationalisierung der sozialen Dimension und die Zukunft der Arbeit gelegt; ohne eine Reflexion der Zukunft von Arbeit und Einkommen kann eine solide fundierte Zukunftserwartung schlechterdings nicht formuliert werden (Linne 2001).

Unter den sozialen Kernzielen des Szenarios steht auf der Makroebene Verteilungsgerechtigkeit bezüglich des Zugangs zu den natürlichen, materiellen und sozialen Ressourcen der Gesellschaft im Vordergrund, einschließlich der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, sowie auf der Mikroebene die soziale Absicherung. Dazu gehören die Förderung der Vollbeschäftigung, die Sicherung von Erwerbs-

chancen, die Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung ebenso wie die Sicherung des Lebensstandards im Alter.

Maßnahmen zur Förderung der Familie und anderer Formen gemeinschaftlichen Lebens werden nicht im Detail dargestellt; es handelt sich vor allem um die rechtliche (auch steuerrechtliche) Gleichstellung verschiedener Arten von Lebensgemeinschaften und um einen Abbau von Steuerprivilegien für kinderlose Ehepaare. Die Integration von Zugewanderten soll durch die Stärkung einer Kultur der Toleranz gefördert werden. Eine krisenfeste soziale Grundsicherung und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit schaffen dafür ein verbessertes Klima, die Verdoppelung der Mittel für Bildung und Forschung bietet weitere Integrationsmöglichkeiten. Neben der sozialen Sicherung sind die Eröffnung von sozialen Handlungsräumen und die Durchsetzung von Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit zentrale soziale Aufgabe im Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Arbeit der Zukunft

Ähnlich wie Geld und Konsum ist Erwerbsarbeit in vielfältiger Weise mit Lebensqualität verknüpft: sei es durch die Freude an einer als sinnvoll empfundenen Tätigkeit (im Gegensatz zur herrschenden ökonomischen Auffassung produziert Arbeit Lust genauso wie Frust), sei es durch Ansehen, soziale Kontakte, Zusammenhalt und Kommunikation am Arbeitsplatz, sei es durch die als Entlohnung erhaltenen Konsummöglichkeiten.

Die Arbeitswelt wandelt sich: Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -orte, die Übernahme von Verantwortung in selbstorganisierter Gruppenarbeit und flache Hierarchien nehmen zu, aber auch zeitweilige Arbeitslosigkeit, gering bezahlte und befristete Beschäftigungsverhältnisse. Erwerbsunterbrechungen für Sozial-, Erziehungs- und Fortbildungszeiten sowie zunehmende Versorgungsarbeiten Erwerbstätiger (Singles) und zunehmende Erwerbstätigkeiten der traditionell die Versorgungsarbeit leistenden Frauen etablieren Mischformen von Arbeit, die die Erwerbsarbeit in neigungs-, situations- und lebensphasenspezifischer Weise ergänzen (Hildebrandt 2002). So entsteht ein Wohlfahrtspluralismus in Erstellung und Konsum von Dienstleistungen, in dem individuelles Wohlergehen wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens nicht nur von der Erwerbsarbeit des formellen Sektors, sondern auch von den Nichterwerbsarbeiten des informellen Sektors abhängen. Sowohl die Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich öffentlicher Güter) als auch die Möglichkeit der Auswahl zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und die zunehmende Freizeit tragen zur Steigerung der Lebensqualität bei. Verschiedene Zeitmuster, Arbeitsbelastungen, Kommunikationsformen und soziale Kontakte, Formen der Identitätsstiftung und Reputation sowie der Erwerb von Einkommensäquivalenten können so gewählt werden, daß sie die Lebensqualität steigern. Voraussetzung ist jedoch ein hinreichendes Maß an Wahlfreiheit und Verlässlichkeit: ohne das bedeutet Flexibilisierung nicht mehr Autonomie und wird positiv empfunden, sondern mehr Verfügungsgewalt Dritter und wird negativ (Hildebrandt, Linne 2000).

Im Gegensatz zu dem überholten, aber in unseren Institutionen fest verankerten und daher immer noch virulenten Leitbild der Vollbeschäftigung auf der Basis von Normalarbeit und Normalfamilie verfolgt das Szenario das Ziel, die positiven Elemente von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit jeweils in den anderen Bereich zu übertragen, soweit dies trotz ihrer Verschiedenheit möglich ist: Werte wie Vorsorge, Verantwortung etc. sollen schrittweise in die Wirtschaft eindringen, während der informelle Bereich – z. B. durch die Einbeziehung in die sozialen Sicherheitssysteme – aufgewertet werden soll. Dies ist als die Formalisierung des informellen und die Informalisierung des formellen Sektors bezeichnet worden (Spangenberg 1995, Zier 1998, Brandt et al. 2003).

Vgl. Kirchenamt 1997, Ziffer 168.

Vollbeschäftigung, das heißt »Zugang und Beteiligung an der Erwerbsarbeit«, so das Kirchenwort, für alle Menschen, »die dies brauchen und wünschen«, ist unter diesen Umständen die Möglichkeit zu existenzsichernder Erwerbsarbeit für alle, die Erwerbsarbeit leisten wollen, von der Art, in dem Umfang, an dem Ort und zu der Zeit, wie die Arbeit gesucht wird und sich in Einschätzung der/des Erwerbsarbeiters am besten mit anderen Arbeiten und sonstigen Tätigkeiten verbinden läßt. Im Szenario wird dieses Ziel weitgehend erreicht durch eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung (auf durchschnittlich 27 Stunden pro Woche 2020) und ein Wirtschaftswachstum, das sich nicht zuletzt aus der steigenden Binnennachfrage speist. Schon aus diesem Grund ist eine Arbeitszeitverkürzung *ohne Lohnausgleich* nicht sinnvoll: Im Szenario steigt das Einkommen mit der Arbeitsproduktivität und wird halb in Geld, halb in Arbeitszeitverkürzung ausgezahlt. Das entspricht bei einer Wachstumsrate von 1,9 Prozent pro Jahr (inflationsbereinigt) und einem Anstieg der Stundenproduktivität von 2,2 Prozent einer Reduktion der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 0,9 Prozent, entsprechend dem Trend der 1970er und 1980er Jahre: Wir sind auf dem Weg in eine Gesellschaft der Güter- und Zeitreichen. Als Resultat steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent pro Jahr und die Arbeitslosigkeit fällt bis 2020 unter 3 Prozent.

So umstritten sie heute ist: ohne Arbeitszeitverkürzung in dramatischem Ausmaß hätte es niemals Vollbeschäftigung gegeben – nicht bei Lebensarbeitszeiten von 12 bis 70 Jahren und einer 85stündigen Arbeitswoche. Bei steigender Arbeitsproduktivität war die politische Verknappung der Ressource Arbeit schon immer die notwendige Antwort, und sie ist es heute noch.

Qualifikationen und Arbeitsqualität

Der Übergang zu einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Strategie nachhaltiger Entwicklung und die damit verbundenen Modernisierungsprozesse erfordern technische Innovationen in erheblichem Umfang (integrierte Umwelttechnik, Kreislaufführung, Nachrüstung langlebiger Konsum- und Investitionsgüter u. a.). Dies wirkt tendenziell qualifikationsvermehrend, das heißt, es führt zu einem steigenden Bedarf an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften, während die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften eher sinkt. Die Wirkung einer Innovationsstrategie auf die Beschäftigung von Facharbeitern und insbesondere Akademikern dürfte positiv sein, aber durch die Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung ist eine weitere Verschärfung der Lage der heute schon durch Langfristarbeitslosigkeit am stärksten belasteten Bevölkerungsgruppen zu befürchten (Pfeiffer, Rennings 1998). Neben der unstrittig notwendigen Weiterbildung müssen deshalb vorrangig alternative Arbeitsmöglichkeiten für gering Qualifizierte

geschaffen werden. Dies wird im Szenario u. a. durch einen Ausbau der sozialen Sicherung ermöglicht, der Arbeiten im Niedrigproduktivitätsbereich rentabel macht und so bisher nicht verfügbare Arbeitsmöglichkeiten erschließt.

Für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft ist die Neugestaltung der Arbeitswelt zur Förderung von selbstbewußten und selbständigen Persönlichkeiten von entscheidender Bedeutung. Dazu zählen mehr Selbst- und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Konzern, und eine höhere Entscheidungsautonomie, auch über den Ort, die Zeit und die Art der Arbeit. Mehr Selbstorganisation und die Übertragung von Verantwortung statt Kontrolle stärken die Identifikation mit dem Betrieb, erhöhen die betriebliche Zufriedenheit und damit die Arbeitsproduktivität. Die Integration der herkömmlichen Mitbestimmungsrechte in erweiterte Partizipationsstrategien trägt zur Innovationsförderung bei, neue Mitbestimmungsformen über Branchengrenzen hinweg (z. B. für Tele-Arbeitszentren mit Mitarbeiterinnen verschiedener Firmen) erschließen Wissenspotentiale, die in einer Firma allein nicht verfügbar sind. Leider sind derartige Managementstrategien in Deutschland allen verbalen Bekundungen zum Trotz eher die Ausnahme als die Regel; auf Arbeitgeberseite herrscht meist noch eine Kontroll- und Machtorientierung vor, selbst wenn dies zu Lasten der Erträge geht.

Handlungsziele sind zum einen die Aufwertung versorgender und gemeinschaftlicher Elemente in der Erwerbsarbeit in Hinsicht auf ihre Reputation und Entlohnung. Das Durchschnittseinkommen von Berufen im Pflege- und Versorgungsbereich, also traditionellen Frauenberufen, liegt noch immer rund 30 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen aller Branchen. Eine Veränderung ist – anders als im Szenario angestrebt – in der Alltagspraxis kaum absehbar. Nicht zuletzt die öffentliche Armut als Resultat der Steuerenkungen der letzten Jahre setzt hier Korrekturen enge Grenzen, solange die Einnahmesituation der öffentlichen Hände nicht wieder verbessert wird. Das zweite Ziel, der Ausbau von Mit- und Selbstbestimmung einschließlich der Erhöhung der Arbeits- und Lebensqualität durch mehr Zeitautonomie, muß ebenfalls von Politik und Gewerkschaften gegen erhebliche, oft irrationale Widerstände auf Arbeitgeberseite durchgesetzt werden. Dagegen greifen die Begrenzung der Belastung durch Erwerbsarbeit zum Schutz der Gesundheit durch arbeitsrechtliche und tarifliche Regelungen ebenso wie die Forderung nach Möglichkeit zum Belastungsausgleich in Mischarbeit (bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten) gegenwärtige Trends auf, die im Szenario noch verstärkt werden.

Förderung der Nichterwerbsarbeit

Die öffentliche Anerkennung von Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit würde davon profitieren, wenn ihre erwerbswirtschaftlichen Äquivalente aufgewertet würden. Die Möglichkeit, lebensphasenspezifisch stärker derartige Nichterwerbsarbeiten zu leisten und vorübergehend die Erwerbstätigkeit zu reduzieren, um sich z. B. der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen zu widmen, wird verbessert, wenn der Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitsfor-

Die Tatsache, daß deutsche Konzerne bereits solche Freistellungen vornehmen, und daß Umwelt- und Sozialverbände versuchen, die Qualifikation ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen gezielt zu verbessern und dies zu zertifizieren, sind positive Ansätze in diese Richtung.

men erleichtert wird. Beurlaubungsmöglichkeiten und Rückkehrgarantien in Erwerbsarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit oder die Ausweitung von Freistellungen für gesellschaftlich als notwendig anerkannte Nichterwerbsarbeiten sind Möglichkeiten, die Durchlässigkeit zwischen den Arbeitssphären zu erhöhen. Das gilt besonders für die Anerkennung von Qualifikationen aus erfolgreicher Versorgungsarbeit als fördernd oder notwendig für berufliche Karrieren (ebenso wie Qualifikationen aus der Erwerbsarbeit selbstverständlich in der Gemeinwesen- oder Versorgungsarbeit genutzt werden). Es gilt aber auch für Auslandserfahrung durch Tätigkeiten in der Entwicklungshilfe oder die Sozialkompetenz, die durch die Mitarbeit in Nichtregierungsorganisationen erworben werden kann. Formelle Qualifikationsnachweise für Arbeiten im informellen Sektor würden die Anerkennung solche »Mischqualifikationen« erleichtern.

Eine zweite Möglichkeit, den Beitrag von Nichterwerbsarbeit zu einem hohen Gesamt-Lebensstandard aus Erwerbs- und Nichterwerbseinkommen zu fördern, ist die soziale Absicherung der Mischarbeit. Bereits in der Vergangenheit wurden gesellschaftlich erwünschte Nichterwerbsphasen wie Ausbildung, Wehrdienst oder Kindererziehung in der Rentenversicherung berücksichtigt – bei zunehmend diskontinuierlichen Erwerbsbiographien mit zwischengeschalteten Lern- und Nichterwerbsarbeitsphasen droht die ohnehin geschwächte Alterssicherung ihre Funktion vollends zu verlieren, wenn nicht diese veränderten Umstände in einer wirklichen Reform aufgegriffen werden. Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsstandards sind für die Nichterwerbsarbeit einschließlich der Eigenarbeit ebenso notwendig wie im Berufsleben; ähnliches gilt für die gesetzliche Unfallversicherung.

Mit relativ geringen Mitteln könnte so freiwillige und sozial abgesicherte Nichterwerbsarbeit erheblich unterstützt werden, ohne einen Billigarbeitssektor zu schaffen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen nicht auf die Etablierung einer »Ersatzerwerbsarbeit«, sondern auf die alltägliche Vereinbarkeit verschiedener Arbeitsformen sowie auf die bessere Durchlässigkeit der Systeme (Bleses, Rose 1998, Bleses, Vobruba 2000). Als Folge erwarten wir im Szenario ein steigendes soziales und ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung (bereits heute sind über die Hälfte aller Mitbürger/innen ehrenamtlich engagiert, mit wachsender Tendenz), in Kombination mit Erwerbsarbeit unterschiedlichen Ausmaßes. Das würde einer erheblichen Anzahl von Menschen die neue Perspektive bieten, einer in der jeweiligen Lebenssituation optimalen Kombination von Arbeiten nachzugehen (Spitzley 1998). Zudem eröffnet die Tatsache, daß man sich Nichterwerbsarbeit »leisten kann«, neue Chancen zur Erhöhung der Lebensqualität: Denjenigen, die sich daran beteiligen, würde ohne dieses Engagement in ihrem Leben etwas Wichtiges fehlen und mehr noch den anderen, die von dieser Arbeit profitieren. Ohne diese Tätigkeiten wären viele gesellschaftlich wichtige Organisationen handlungsunfähig, könnte eine Zivilgesellschaft nicht existieren (Barloschky, Spitzley 1998). Voraussetzung ist jedoch die soziale Absicherung auch der Nichterwerbsarbeiten.

Armutsbekämpfung und ein verlässliches soziales Sicherungssystem

Soziale Absicherung zur Sicherung der gesellschaftlichen Kohäsion bedeutet im Szenario eine gesicherte (das heißt ausreichende und verlässliche) Existenzgrundlage für alle Teile der Bevölkerung. Für Kinder und Jugendliche ist dies der Ausgangspunkt der Generationensolidarität, für Frauen ist die persönliche soziale Absicherung als materielle Möglichkeit der von Dritten »Ernähren« unabhängigen Existenz im Bedarfsfall Teil des Abbaus von Geschlechterungerechtigkeiten. Für alle, die Versorgungsarbeit für andere Menschen leisten, bietet eine solche erwerbunabhängige Grundsicherung eine (bescheidene) Lebensgrundlage; sie stellt zudem sicher, auch nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben trotz zunehmender »Patchwork-Biographien« nicht in Armut zu fallen.

Dies erfolgt durch den Erhalt und die Stärkung der Solidarsysteme u. a. durch die Einbeziehung aller Erwerbsarbeitenden und anderer Einkommensarten, sowie durch ihre Ergänzung um eine steuerfinanzierte allgemeine Grundsicherung. Diese garantiert ein erwerbsunabhängiges Mindesteinkommen (700 €) oberhalb der Armutsschwelle, faßt andere Transferleistungen zusammen und ersetzt sie, soweit sie gegenwärtig die Höhe des Mindesteinkommens nicht übersteigen (Ziegler 2002). Im Gegensatz zu gegenwärtig diskutierten Modellen einer negativen Einkommenssteuer führt die hier vorgeschlagene Grundsicherung also nicht zu einer Absenkung der Mindestsicherung durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sondern zu deren Anhebung über die Armutsschwelle. Mit Einführung dieser Grundsicherung gäbe es in Deutschland keine Einkommensarmut mehr – ein sozialer Skandal in einem reichen Land wäre beendet. Über den Grundbetrag hinausgehende Ansprüche zum Beispiel zur Sicherung des Lebensstandards im Alter und bei Arbeitslosigkeit bleiben erhalten: die Grundsicherung soll die »Einkommenstäler« auffüllen, nicht die Spitzen eibebnen.

Durch die Absicherungsfunktion der Grundsicherung würden in Sektoren, die bisher durch irreguläre und prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt sind, reguläre Teilzeit-Arbeitsverhältnisse für gering qualifizierte oder für niedrig produktive Tätigkeiten als Lebensgrundlage denkbar, die bisher ein menschenwürdiges Leben nicht getragen hätten. Die unter Wirtschaftstheoretikern und neoliberalen Politikern verbreitete Hoffnung auf massive Arbeitsplatzgewinne in diesen Bereichen ist zwar weitgehend illusorisch, wie die begrenzten Erfolge der Modellversuche (Kombilohn in Hessen, »Mainzer Modell« in Rheinland-Pfalz) gezeigt haben, jedoch eröffnet die Grundsicherung einerseits auch für Beschäftigte außerhalb der Hochlohnsektoren die Möglichkeit zur freiwilligen Verkürzung der individuellen Arbeitszeit (zugunsten eines verstärkten Engagements in Nichterwerbsarbeiten) durch einen Puffer nach unten; andererseits erschließt sie Möglichkeiten der Teilzeitarbeit mit geringem Stundenvolumen als Zuverdienst oder als schrittweisen Neueinstieg ins Berufsleben. Insofern wäre sie ein Schritt, um heute Langzeitarbeitslose schrittweise wieder an das Berufsleben heranzuführen.

Zu beachten ist allerdings das Risiko von Mitnahmeeffekten; wenn die Grundsicherung realisiert wird, besteht für die Arbeitge-

berseite ein Anreiz, reguläre Arbeitsverhältnisse in mehrere Teilzeitjobs zu splitten und so einen Teil der Lohnkosten auf die Steuerzahler zu verlagern, wie dies auch bei den Minijobs im Rahmen der Hartz-Vorschläge zu befürchten ist und bei der vom Land Hessen vorgeschlagenen Form einer negativen Einkommenssteuer explizit als Nebenfolge in Kauf genommen wird (Sinn 2003). Auch könnte ein degressiver staatlicher Lohnzuschuß in Tarifverhandlungen zur Lohndrückerei genutzt werden, beides mit der Folge erheblicher Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung. Da das Problem der Mißbrauchskontrolle weitgehend ungelöst ist, geht das Szenario zwar von der Einführung einer Grundsicherung aus, formuliert aber keine konkreten Erwartungen bezüglich der Arbeitsmarkteffekte. Ohnehin wird mit unter drei Prozent Arbeitslosigkeit (plus der Effekte weiterer, im Modell nicht darstellbarer arbeitsmarktwirksamer Maßnahmen) im Szenario ein Beschäftigungsniveau erreicht, das seinerseits die beste Sicherung gegen den Mißbrauch des Grundeinkommens darstellt und ihre Wirkung auf die Geringqualifizierten fokussiert, die in der Hochqualifikationsgesellschaft den Anschluß zu verlieren drohen.

Während die Arbeitsplatzeffekte einer sozial-ökologischen Politik im Produktionssektor und bei der öffentlichen Hand im Rahmen des Modells abgeschätzt werden konnten, ist dies für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbswirtschaft nicht möglich. Trotzdem ist davon auszugehen, daß Arbeiten in der Nichterwerbsökonomie von der Grundsicherung oberhalb der gegenwärtigen Armutsschwelle auch insofern profitieren, als sie eine Existenzgrundlage für nicht entlohnte Arbeiten in Gemeinwesen- und Versorgungsarbeit bietet.

Ergebnisse einer sozialen Nachhaltigkeitspolitik

Das Fazit der Modellrechnungen ist zusammengefaßt, daß der Produktivitätsfortschritt zusammen mit einem Abbau der Unterbeschäftigung erhebliche Fortschritte zur sozialen Nachhaltigkeit erlaubt, wenn die Politik es zuläßt, will und fördert.

Ein erheblicher Anstieg der Realeinkommen ist nach den Ergebnissen der Szenario-Rechnungen möglich; das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2020 im Szenario um zwei Drittel höher als Mitte der neunziger Jahre. Das entspricht einer langfristigen Wachstumsrate von 1,9 Prozent.

Die Regelarbeitszeit sinkt um 0,9 Prozent p. a. auf durchschnittlich 27 Wochenstunden in 2020, der zusätzliche Beitrag der Teilzeitförderung wurde auf 0,2 Prozent geschätzt, aber nicht simuliert. Gleichzeitig steigt das disponible Einkommen bis 2020 um rund ein Drittel.

Die Arbeitslosigkeit sinkt unter diesen Umständen auf 3 Prozent (1,25 Millionen), dabei sind nachhaltigkeitsorientierte Branchenprogramme z. B. im Bau-, Agrar- und Verkehrssektor, die zum Teil erhebliche Beschäftigungswirkungen aufweisen, ebensowenig quantifiziert wie die Folgen vermehrter Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten, die sich durch das Bürgergeld insbesondere für sozial abgesicherte Nicht-Erwerbsarbeit ergeben.

Der starke Fall der Lohnquote endet; sie steigt im Szenario erstmals seit Jahren wieder, wenn auch nur minimal.

Ökologisch und wirtschaftlich ist eine solche Entwicklung ebenfalls vielversprechend; einen Gesamtüberblick bietet der Endbericht des Projekts (Hans-Böckler-Stiftung 2000), Details zum hier beschriebenen sozial-ökologischen Szenario der Band *Vision 2020* (Spangenberg 2003 a).

Vergewisserung

Über die Definition sozialer Nachhaltigkeit besteht in der Wissenschaft noch kein Konsens; es ist damit folgerichtig, daß eine Reihe unterschiedlicher Operationalisierungsvorschläge vorliegt. Dabei zeichnen sich gerade die vorgeschlagenen Kriterien sozialer Nachhaltigkeit durch eine Vielfalt der Schwerpunktsetzungen aus. So fokussiert z. B. die Enquetekommission auf Arbeit und soziale Sicherungssysteme (Deutscher Bundestag 1997), während das Verbundprojekt der Helmholtz-Gesellschaft einen breiten Ansatz wählt (Kopfmüller et al. 2001). Einen begrenzten Satz von Leitindikatoren formulieren lediglich Empacher und Wehling (1999). Dieser wird – ergänzt um zentrale Indikatoren aus Kopfmüller et al. (2000) im folgenden herangezogen, um die Projektergebnisse einer Überprüfung nach externen Kriterien zu unterziehen und so ihre Relevanz über den unmittelbaren Projektzusammenhang hinaus zu verdeutlichen.

Dabei ergibt sich insbesondere das Problem, daß Empacher und Wehling (1999) zu Recht Kriterien sowohl auf der subjektiven wie auf der objektiven Ebene formulieren; die erstere erschließt sich jedoch in den quantitativen Modellsimulationen nicht und in den qualitativen Szenarien nur zum Teil. Deshalb werden in der folgenden Tabelle zunächst die objektiven Kriterien und Indikatoren den Ergebnissen des Integrationsszenarios (Hinterberger, Omann 2000) gegenübergestellt; die subjektiven Indikatoren sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Für sie kann nur eine interpretative Ableitung aus dem Szenario erfolgen; sie bleiben damit weitgehend qualitative Zielsetzungen und Möglichkeiten der Erfolgskontrolle im Falle einer konkreten Umsetzung von im Projekt identifizierten Nachhaltigkeitsstrategien.

Es zeigt sich, daß im Szenario zahlreiche Maßnahmen vorgesehen sind, um die objektiven Bedingungen subjektiver Zufriedenheit zu schaffen – das allerdings ist noch keine Garantie, daß diese Bemühungen wirklich von Erfolg gekrönt sind. Eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik wird also nicht nur auf das »was«, sondern auch auf das »wie« der Durchführung erheblichen Wert legen müssen.

Tabelle 1:
Objektive Leitindikatoren sozialer Nachhaltigkeit
(nach Empacher/Wehling 1999, Kopfmüller et al. 2000)

Kriterium	Indikator	Ziel	Trend im Integrations-Szenario
Grundbedürfnisse	HPI 2: UNDP Human Poverty Index for Industrialised Countries	gering	
	- % der Bevölkerung, deren Lebenserwartung nicht über 60 Jahre liegt		kA
	- % unzureichende Lese- und Schreibfähigkeit (funktionale Analphabeten)		sinkend
	- % Armut, d. h. Einkommen unter 50% des Durchschnitts		keine
	- % Langzeitarbeitslose		minimal
Sozialressourcen	Durchschnittliche Zeitaufwendungen für soziale, politische, ehrenamtliche Tätigkeiten	hoch	steigend
Chancengleichheit	Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung	niedrig gegen 1	sinkend
	GEM UNDP Gender empowerment measure:		
	- % Frauen im Parlament, in Verwaltungs- und Management-funktionen, in technischen Berufen, - Anteil der Frauen am Erwerbseinkommen		steigend steigend
Partizipation	gewichteter Anteil derer, die sich an Wahlen und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen beteiligen	hoch	steigend
Existenzsicherung	Langzeitarbeitslose, erweiterte Arbeitslosenquote	sinkend	sinkend
Kulturelle Vielfalt	Kulturpolitische, Bildungs- und Forschungsmaßnahmen zur Entwicklung, Erhaltung und Dokumentation eines für alle zugänglichen und verständlichen kulturellen Lebens in pluralistischer Vielfalt	hoch	kA

Tabelle 2:

Subjektive Leitindikatoren sozialer Nachhaltigkeit

(nach Empacher/Wehling 1999, Kopfmüller 2000)

Kriterium	Indikator	Ziel	Trend im Integrations-Szenario
Grundbedürfnisse	allgemeine Lebenszufriedenheit	hoch	kA
Sozialressourcen	Anteil der Bevölkerung, die - öfter Einsamkeitsgefühle hat, - der Meinung ist, die Verhältnisse sind zu kompliziert geworden	gering	kA kA
Chancengleichheit	Zufriedenheit mit Partizipation	hoch	(Zufriedenheit ?)
Partizipation	Zufriedenheit mit politischer Partizipation	hoch	(Zufriedenheit ?)
Existenzsicherung	(kein Leitindikator)	keine	Grundsicherung
Kulturelle Vielfalt	Kulturpolitische, Bildungs- und Forschungsmaßnahmen zur Entwicklung, Erhaltung und Dokumentation eines für alle zugänglichen und verständlichen kulturellen Lebens in pluralistischer Vielfalt	hoch	(Mittel für Forschung und Bildung verdoppelt)

Die zentralen Handlungsfelder sind:

- die ökologische Gestaltung des Strukturwandels durch fiskalische Instrumente (Ökosteuern, Mehrwertsteuer, Subventionsabbau) und Information (Kennzeichnungen, Haftungsrecht) (Omann, Schwed 2003);
- die soziale Gestaltung des Strukturwandels durch Stärkung der sozialen Sicherheit (soziale Grundsicherung) (Ziegler 2002), Abbau von Geschlechterdiskriminierungen, Qualifikationsmaßnahmen und eine Aufwertung der Nichterwerbsarbeit (finanziell, soziale Absicherung, Anerkennung von Qualifikationen etc.);
- Innovationsförderung durch Bildung, Forschung und Entwicklung, inner- und außerbetriebliche Partizipation, lernende Organisationen;
- Verkürzte Arbeitszeiten, die nicht nur Teilzeitstellen (auch für Männer) bieten, sondern auch eine Verkürzung der Regelarbeitszeit in Verbindung mit besseren Wahlmöglichkeiten und bes-

Politikrelevanz und Handlungsfelder

Die Forschungsarbeiten im Projekt »Arbeit und Ökologie« haben deutlich gezeigt, daß eine nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung für Deutschland machbar ist. Sie führt nicht, wie von manchen behauptet oder wirklich befürchtet, zu ökologischen Entlastungen auf Kosten von Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, sondern verbindet positive Entwicklungen in allen diesen Dimensionen. In jeder Hinsicht ist sie einer einfachen Kosteneinsparungsstrategie überlegen. Dazu reicht es jedoch nicht, sich auf ein Politikfeld wie Umwelt-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik oder auf einen eingeschränkten Instrumentensatz (z. B. Ökosteuern oder Senkung der Lohnnebenkosten) zu verlassen. Statt dessen ist ein umfassender Reformprozeß notwendig, aber auch möglich und lohnend.

Im Rahmen des Projektes konnten fünf strategische Handlungsfelder und zugehörige Schlüsselstrategien identifiziert werden, die für eine umfassende sozial-ökologische Reform unverzichtbar sind, bei denen jedoch erhebliche Freiheitsgrade in der konkreten politischen Ausgestaltung bestehen. Insofern ersetzen die Forschungsergebnisse politische Entscheidungen nicht, geben ihnen aber eine solidere Informationsbasis.

Eine derartige Strategie ist bei hinreichendem politischen Willen machbar. Noch sehen die Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland aber nicht gut aus, aber das Argument der Bundesregierung (ganz zu schweigen von der Opposition), es gäbe keine Alternative zu ihrer neo-liberalen Politik der Unterordnung unter Wirtschaftsinteressen und vorgebliche Weltmarktwänge, ist durch das Projekt erneut wiederlegt worden.

Eine Politik der sozialen wie ökologischen Nachhaltigkeit ist nicht illusorisch, sondern eine reale politische Handlungsoption. Illusorisch dagegen ist die Hoffnung, auf Basis der seit 30 Jahren nicht funktionierenden neo-liberalen Konzepte Arbeit, Umwelt und Gerechtigkeit in Deutschland schaffen zu können.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2003): Memorandum 2003, Köln.
- Arbeitsministerium WbBw-u (2003): Stellungnahme zur Arbeitsmarktpolitik, Wissenschaftlicher Beirat beim Wirtschafts- und Arbeitsministerium, Berlin.
- Barloschky, K., Spitzley, H. (1998): Arbeit für alle – zu neuen Bedingungen. Bausteine einer Arbeitspolitik für das 21. Jahrhundert – Wege zu einem neuen Gesellschaftsvertrag. DGB Bildungswerk, Wuppertal.
- Bleses, P., Rose, E. (1998): Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 8.
- Bleses, P., Vobruba, G. (2000): Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. WZB Discussion Papers, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Brandl, S., Hildebrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit, Opladen.
- Brandt, T., Spitzner, M., Spangenberg, JH. (2003): Zur Kategorisierung von Nicht-Erwerbsarbeit, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg, JH (Hg). München, pp. 165-186.
- Bundeskanzleramt (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Bundesregierung, Berlin.
- Collados, C., Duane, TP (1999): Natural capital and quality of life. *Ecological Economics* 30, 3, pp. 433-440.
- Daly, HE. (1996): *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*, Boston.
- Deutscher Bundestag (1997): Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen, Zwischenbericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt des 13. Deutschen Bundestages, Bonn 1/97.
- Empacher, C., Wehling, P. (1999): Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. ISOE Diskussionspapiere 13. Hans-Böckler-Stiftung (2000): Arbeit und Ökologie, Endbericht. Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf.
- Hildebrandt, E. (2002): Nachhaltige Entwicklung und die Zukunft der Arbeit, in: Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?, Ritt, T. (Hg), Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, pp. 126 ff.
- Hildebrandt E, Linne, G. (2000): Reflexive Lebensführung. Zu den sozial-ökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin.
- Hinterberger, F, Omann, I. (2000): Möglichkeiten und Grenzen einer ökologisch-sozialen Entwicklung. *perspektiven ds 17*, 2, pp. 21-32.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1997. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.
- Kopfmüller, J, Brandl, V, Jörisen, J, Paetau, M, Banse, G, Coenen, R, Grunwald, A. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, Berlin.
- Kopfmüller, J., Brandl, V., Sardemann, G., Coenen, R., Jörisen, J. (2000). Vorläufige Liste der Indikatoren für das HGF-Verbundprojekt, HGF Arbeitspapiere Karlsruhe.
- Linne, G. (2001): Policy for Sustainability, in: Mitbestimmung 2001, July, pp. 64-65.
- Omann, I., Schwerdt, J. (2003): Materialinputsteuer als Instrument sozial-ökologischer Nachhaltigkeit, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg JH (eds), München.
- Pfeiffer, F, Rennings, K. (1998): Beschäftigungswirkungen integrierter Umweltpolitiken, Heidelberg.
- Sinn, H-W. (2003): Gutachten des ifo-Instituts zur negativen Einkommenssteuer und zur Notwendigkeit der Absenkung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, ifo-Institut München.
- Spangenberg, JH. (1995): Ein zukunfts-fähiges Europa – Towards Sustainable Europe. Zusammenfassung einer Studie aus dem Wuppertal Institut, in: Wuppertal Papers 42, pp. 1-66.
- Spangenberg, JH. (2002 a): Soziale Nachhaltigkeit. Eine Integrierte Perspektive für Deutschland, in: Politische Strategien für die soziale Nachhaltigkeit, Dally A., Heins, Bernd (Hg). Evangelische Akademie: Loccum; pp. 23-38.
- Spangenberg, JH. (2003 a): Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, München, S. 265.
- Spangenberg, JH. (2003 b): Sustainability strategies – roots, state and challenges. ERP Environment, Nottingham, in: UK 432-441.
- Spangenberg, JH., Lorek, S. (2002b): Lebensstandardmessungen einschließlich nicht-marktlicher Dienstleistungen, in: Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, Bosch, G., Hennicke, P., Hilbert, J., Kristof, K., Scherhorn, G. (Hg), Frankfurt, New York; pp. 455-481.
- Spangenberg, JH., Lorek, S. (2003c): Lebensqualität, Konsum und Umwelt: intelligente Lösungen statt unnötiger Gegensätze, Bonn.
- Spitzley, H. (1998): Arbeitszeit und plurale Ökonomie – Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft, in: Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Bierter, W., Winterfeld, U. (Hg). Birkhäuser.; Berlin, Boston, Basel; pp. 161-195.
- Torres, R. (2001): Towards a socially sustainable world economy. International Labour Office, Geneva.
- United Nations, 1992. Results of the World Conference on Environment and Development: Agenda 21. United Nations, Rio de Janeiro. UN Doc.A/CONF.151/4 .
- WCED World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford University Press, Oxford.
- Ziegler, R. (2002): Die negative Einkommenssteuer nEST als Beispiel einer sozialen Grundsicherung, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg, JH. (Hg), München, pp. 187-202.
- Zier, M. (1998): Aufwertung sozialer Tätigkeiten, A&Ö-Arbeitspapier 5, Wuppertal.
- Zimmermann, W (2003): Stellungnahme zur Vision 2010 der Bundesregierung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

sere Verbindbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten (Brandl 2002); - Konsumwandel in Richtung eines sozial- und umweltgerechten Qualitätskonsums (Spangenberg, Lorek 2003c), der vor allem durch eine die ökologischen und sozialen Folgekosten mit ausdrückende Preisgestaltung, durch Information (Kennzeichnung) und Angebot von Alternativen zustande kommt.

GÜNTHER BACHMANN

Warum Nachhaltigkeit ?

Warum eigentlich Nachhaltigkeit? Wofür brauchen wir die Idee der Nachhaltigkeit und diesen sperrigen Begriff, noch dazu als Zeitgeistbegriff des 21. Jahrhunderts ? Reichen nicht die Kategorien der sozialen Gerechtigkeit aus dem 20. Jahrhundert – Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität und Solidargemeinschaft – völlig aus, um aktuelle politische Herausforderungen angehen zu können?

Als Auftakt will ich eine These in den Raum stellen. Die Idee der Nachhaltigkeit wirft etwas Neues auf, sie transportiert neue Inhalte für die – auch soziale – Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Der Hintergrund, vor dem die Idee der Nachhaltigkeit zum politischen Leitbegriff wurde – Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung als Aufgabe globaler Gestaltung –, gibt der sozialen, ökonomischen und ökologischen Frage eine neue Dimension.

Nachhaltigkeit ist eine regulative Idee. Nachhaltigkeit zielt nicht mehr vorrangig auf den Staat als den wesentlichen Akteur ab, wie das die Kategorien der sozialen Gerechtigkeit mehr oder weniger immanent taten und tun. Nachhaltige Entwicklung ist nicht einfach ein Programm der staatlichen Daseins- und Wohlfahrtsvorsorge. Der Staat als Akteur ist wichtig, steht aber nicht allein. Ergänzend wird auf die zivilgesellschaftliche Verantwortung und Handlungsmacht abgestellt; das Verhältnis von Staat und Gesellschaft soll neu justiert werden.

Allerdings: Trotz der Betonung von Zivilgesellschaft und Eigenverantwortung ist das politische Konzept der Nachhaltigkeit keine Formel des Neoliberalismus. Beides, staatswirtschaftliches Denken und neoliberaler Marktradikalismus, sind keine Kategorien, mit denen sich Nachhaltigkeit fassen ließe. Was dann? Diese Frage will ich beleuchten.

Wie läßt sich Nachhaltigkeit definieren?

Den Begriff »sustainable development« (mit »nachhaltige Entwicklung« zwar unzureichend, aber alternativlos übersetzt) hat die Brundtland-Kommission 1987 in den politischen Sprachgebrauch eingeführt. Sie reagierte auf eine Blockade zwischen der internationalen Umweltpolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung der sogenannten Dritten Welt. Sie signalisierte mit ihm den angestrebten Interessenausgleich von Nord und Süd, von Industriegesellschaft und Entwicklungsländern und machte auf die neuen Herausforderungen einer globalen Umwelterhaltung und gerechten Ressourcen-

Günther Bachmann; Dr., Studium der Landschaftsplanung an der TU Berlin, danach verschiedene Forschungsaufträge, ab 1983 Mitarbeiter im Umweltbundesamt, seit 1992 als Fachgebietsleiter »Bodenschutz«; Studien- und Forschungsaufenthalte am Europäischen Hochschulinstitut in den USA; Auslandsarbeiten in Brasilien, Ungarn, Spanien, in den letzten Jahren maßgeblich an der Entstehung des Bodenschutzgesetzes von 1999 beteiligt, Geschäftsführer des Rates für Nachhaltige Entwicklung; Herausgeber von Loseblattwerken, Verfasser von Kommentaren zum Bodenschutzgesetz, diverse Aufsätze.
E-Mail: guenther.bachmann@nachhaltigkeitsrat.de

bewirtschaftung aufmerksam. Die Kommission schlug vor, eine UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung durchzuführen, die dann im Jahr 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Diese beschloß nicht nur die internationalen Regelwerke zum Klimaschutz (als Kyoto-Regime in Gang gesetzt), zur Wüstenbekämpfung und zur Erhaltung der Biodiversität, sondern verabschiedete auch ein Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert, die Agenda 21.

Umweltziele sollen in stärkerer Kooperation mit den verschiedenen Akteuren umgesetzt und partizipative Verfahren eingeführt werden, weil das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung nicht einfach von der staatlichen Ordnungspolitik im Wege des »command and control« verordnet werden kann. Neue Handlungsmuster des bürgerschaftlichen Engagements und der Übernahme von Verantwortung müssen entwickelt werden, um die Verständigung auf Leitbilder, Projekte, auf gemeinsame Strategien und neue politische Formen einer Politik der Selbst-Verpflichtung zu realisieren. In Deutschland wurde dies in den vergangenen Jahren vor allem durch die vielfältigen lokalen Agenda-Initiativen in ersten Ansätzen realisiert. Die gebotene Verknüpfung von Wirtschaft, Sozialem mit dem Ökologischem ist aber noch nicht eingelöst.

Im April 2002 hat das Bundeskabinett die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit ihren 21 quantifizierten Zielvorgaben beschlossen. Sie hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung einberufen, ein politisches Beratungsgremium, das Personen zusammenführt, die der Idee der Nachhaltigkeit verbunden sind und die gesellschaftlichen Kräfte wie die Unternehmen, die Umwelt- und Verbraucherverbände, die Kirchen, die Wissenschaft und die Entwicklungsorganisationen repräsentieren.

Der Begriff und seine Geschichte

Schon lange bevor der Begriff mit der Brundtland-Kommission Eingang in die internationale Politik fand, hatte die Nachhaltigkeit insbesondere im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts eine Bedeutung als forstwirtschaftliches Konzept zur Bewirtschaftung der Wälder gewonnen. Der Anlaß hierfür war eine tiefe Krise der Naturnutzung. Die Wälder wurden intensiv gerodet und abgeholzt, die verbliebenen wurden übernutzt, die Böden verarmten. Die Erzverhüttung beanspruchte in zunehmendem Maße Holz als Brennstoff. Auch in den wachsenden Städten benötigte man immer größere Mengen von Holz für das Bauen. Es drohte ein unwiederbringlicher Verlust der Wälder. Mit dem Grundsatz, nur die Menge an Holz zu ernten, die natürlicherweise nachwächst – und das jedes Jahr, über Jahre und Jahrzehnte hinweg –, legte die Forstreform den Grundstein für das Verständnis der Nachhaltigkeit.

Dieser Start der Nachhaltigkeit war eine ambivalente Angelegenheit, nicht frei von Zielkonflikten zwischen der ökologischen und sozialen wie der wirtschaftlichen Seite. Um die nachhaltige Forstwirtschaft einzuführen, wurde der Waldbestand zunächst inventarisiert und berechenbar gemacht. Die Waldinventur führte zur Aufteilung betriebswirtschaftlich definierter Schläge, zu Aufforstungen, aber auch zur Einführung von Monokultur-Kahlschlägen. Allerdings: Mit der nachhaltigen Bewirtschaftung ging in der Regel das Verbot der

Bei diesem Text handelt es sich um die Eröffnungsrede der Konferenz »Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«.

Die Brundtland-Kommission definierte: Die angestrebte Entwicklung soll den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen Rechnung tragen, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken.

Der Begriff ist keine akademische Seminarleistung, sondern Ergebnis realer Krisen in der Nutzung von Natur. Das zeigt seine lange Geschichte. Nachhaltigkeit erscheint angesichts des Ausmaßes heutiger Probleme aber in einem völlig neuen Licht.

Nebennutzungen der Wälder einher (Streunutzung, Waldweide und Harz, Sammlung von Gerberlohe). Das betraf vor allem arme Bevölkerungsschichten und führte an vielen Orten zu sozialen Konflikten. So waren zum Beispiel die Brennholzlese und das Streusammeln in vielen Gegenden Frauensache. Als sogenannte »Desmoiselles«-Revoluten, einem französischen Typ der Forst- und Agrarrebellionen, gingen Überfälle von Frauen auf die Forstbeamten des Staates in die Geschichte ein.

Eine neue Dimension

Indien hat eine und China 1,3 Milliarden Menschen (2000). In Indien ist das Bevölkerungswachstum in einem Jahr so groß wie die Bevölkerung Australiens. Für 2050 wird prognostiziert, daß Indien China als bevölkerungsreichstes Land überholt. Es ist also nicht ganz unwichtig, was sich in diesen beiden Ländern ereignet.

Stichwort Klima: Die Zusammensetzung der Atmosphäre hat sich im 20. Jahrhundert signifikant verändert. Der CO₂-Gehalt ist seit Beginn der Industrialisierung um 30 Prozent gestiegen. Damit wandeln sich wichtige geophysikalische und ökologische Leitparameter der Erde. Wissenschaftler prognostizieren zukünftige Temperatursteigerungen von 5,8 und 1,4 °C, regional sehr unterschiedlich verteilt, mit vielfältigen Folgen für die Ökosysteme, die Welternährung und die Wirtschaft. Die Flut im Sommer dieses Jahres hat in Deutschland für Klarheit gesorgt. Wenn das Tiefdruckgebiet etwas südlicher durchgegangen wäre, hätte es Bayern voll getroffen. Bayern hat aber nur eine Hochwassersicherheit für ein 20jähriges Hochwasser! Die Klimafolgen werden im Süden Deutschlands schon beobachtet: Am Alpenrand wird es wärmer und feuchter, in den Mittelgebirgen und vor allem in Franken wärmer und trockener – beides mit erheblichen ökologischen und volkswirtschaftlichen Folgen.

Unterdessen: Armut und Ungleichheit nehmen weltweit zu. Für das südliche Afrika, wo der WSSD stattgefunden hat, wird für die nächsten zehn Jahre ein Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung von heute 56 auf 42 Jahre prognostiziert. Diese Zahlen indizieren unendliches menschliches Leid und eigentlich unvorstellbare ökonomische Probleme in diesen Ländern. Änderungen sind nur denkbar im Zusammenhang mit der – endlich aktiven – Bekämpfung der Armut. Im Norden wird ein Anstieg auf 84 Jahre bis 2045 angegeben – sicherlich mit ganz anderen und wenig gravierenden, gleichwohl aber auch noch nicht gelösten Folgeproblemen.

Die OPEC verlangte Entschädigungen für die nicht verkauften Ölmengen, die ihnen durch Klimapolitik des Nordens nicht abgekauft werden. Nebenbei: Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die moderne Energiepolitik zugunsten der Erneuerbaren, der Energieeffizienz und der CO₂-Politik schon greift, dann wird er hier geliefert.

Man mag lächeln, wenn man solche Anforderungen hört, und sicher gehören sie zum diplomatischen Muskelspiel im Vorfeld der Verhandlungen, die in den kommenden Jahren zur zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Vertrages führen sollen. Aber, ich finde, man sollte sich in den Industrieländern doch mindestens die Frage stellen, was eigentlich wäre, wenn die zitierten Stimmen doch Recht

Sicher bleiben wissenschaftliche Restdiskussionen um die Ursachen für den Klimawandel. Aber unumstritten ist, daß die CO₂-Emissionen Wirkungen auf die Atmosphäre haben. Heute werden in den USA 22, in Deutschland 11, in Indien und China 2 - 4 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr emittiert.

Der indische Ministerpräsident hat als Gastgeber der Vertragsstaatenkonferenz zur Klimakonvention in Neu Delhi im Oktober aus dieser Situation die Schlußfolgerung gezogen: Wir wollen nachholen. Wir wollen Wachstum. Wenn der Norden uns nicht hilft, dann helfen wir uns mit den gleichen Technologien und Wachstumsstrategien, die der Norden genutzt hat – und zwar auf dem Rücken der Natur und der Menschen, das sei angefügt.

behalten sollten, wenn also die weltweite Klimapolitik doch sehr wesentlich aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Industrieländer bezahlt werden muß? Immerhin könnten sie darauf verweisen, daß die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union oft als Beispiel für einen Weg der wirtschaftlichen Anpassung und Entwicklung genannt wird. Und hier ist der Finanztransfer in großem Stile von den Nettozahlern in die Gemeinschaft bekanntlich eines der wesentlichen politischen Instrumente.

Dabei: Kyoto und die 1. Verpflichtungsrunde der Industrieländer sind nur ein sehr kleiner Schritt. Gleichwohl ist er strapazierend: Das Statistische Bundesamt hält die Erreichung des nationalen Klimaziels für 2005 von 25 Prozent für nicht, die 21 Prozent für eventuell möglich. Um das 25 %-Ziel ist es in der Politik recht ruhig geworden. Aber eigentlich wäre noch viel Drastischeres nötig, nämlich eine 80 - 90 %ige Reduktion von CO₂-Emissionen in 2050 (gegenüber 1990), um die weiteren Klimaveränderungen zu stoppen. Um für einen Augenblick nur von Deutschland zu reden: Zur Erreichung des »Ziel 2050« (2000-Watt-Gesellschaft, Reduktion von CO₂ um 80 %) wird eine jährliche Energieeffizienzsteigerung in Deutschland von 4% für nötig gehalten. Nach der Zielvorgabe der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie soll sich die Energieproduktivität zwischen 1990 und 2020 verdoppeln.

Ausblick

Heute hat Deutschland etwa 82 Millionen Einwohner. Auch bei einer jährlichen Zuwanderung von 100 000 Personen wird die Bevölkerung in 50 Jahren nur noch 65 Millionen stark sein. Bis zum Jahr 2050 wird dies dazu führen, daß auf 100 Personen im Erwerbsalter 80 Rentner kommen, während es heute erst 40 sind. Der demographische Wandel in Deutschland wird oft dahingehend interpretiert, daß wir 200 000 Zuwanderer pro Jahr brauchen, um die Sozialversicherungssysteme zu erhalten. Aber diese Sicht greift viel zu kurz. Wichtig ist doch vor allem, was der demographische Wandel für das gesamte gesellschaftliche Leben bedeutet – die Entwicklung der Städte, die Art zu wohnen, wie wir den sogenannten dritten Lebensabschnitt inhaltlich füllen, wie in unserer Gesellschaft der fortwährende Transfer von Wissen organisiert wird. Das wird noch viel zu wenig aufgegriffen als eine politische Gestaltungsaufgabe unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit.

Und im übrigen: Der Brain drain, der Wegzug von Experten aus Afrika und damit der Abfluß von Humankapital aus diesem Kontinent bringt Verluste in Höhe von etwa einem Drittel der gesamten Entwicklungshilfeausgaben der entwickelten Länder. Unsere Volkswirtschaften sähen ganz anders aus, wenn wir die Refinanzierung des Naturkapitals einrechnen würden und wenn wir das »Humankapital« beachten würden. Natürlich kann man eine Zeitlang von der Substanz leben, auf Pump wirtschaften. Aber das ist zeitlich begrenzt.

Von 1990 bis 2001 hat sich die Energieproduktivität jährlich um 1,8% erhöht. Zur Erreichung des 4%-Zieles wäre von jetzt an bis zum Jahr 2020 ein durchschnittlicher Anstieg um 2,7% /a nötig. Der Rat hält 3% für heute schon möglich, wenn man sowohl auf technologische als auch auf technische und soziale Innovationen setzt. Das ist eine ganz neue Dimension des Umwelthandelns, der Vorsorge und der Energiepolitik.

Subventionen von Industrie und Landwirtschaft bedeuten, daß wir bei uns diejenige Wertschöpfung behalten, die andere Länder eigentlich dringend brauchen. Es muß erreicht werden, daß wir die Wertschöpfungsketten in die Entwicklungsländer verlegen. Das ist viel wichtiger, als mit Entwicklungshilfe der Fehl-Trends entgegenzusteuern zu versuchen.

People – Planet – Prosperity ist eine konkrete Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit, People für die soziale Komponente, Planet für die ökologische Komponente und Prosperity für die wirtschaftliche Komponente, für verantwortlichen und umweltgerechten Wohlstand für alle. Zum Wohlstand kommt die Verantwortung – Verantwortung für den Wohlstand in den Industrieländern, Verantwortung für die Armutsbekämpfung in der Welt.

KLAUS WARDENBACH

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Der World Summit in Johannesburg

Vorbemerkung

Nachdem gerade Daniel Mittler eine Bewertung der Johannesburg-Konferenz aus Sicht der Umwelt-NRO vorgenommen hat, soll mit mir nun die Seite der Entwicklungs-NRO zu Wort kommen. Als Mitarbeiter von VENRO, dem Dachverband von ca. 100 Entwicklungs-NGOs in Deutschland, bin ich gerne bereit, dieser Erwartung zu entsprechen, möchte aber zu Beginn betonen, daß das folgende Statement keine offizielle Verbandsposition darstellt. Ich möchte vielmehr vier Thesen vortragen, die – um die Diskussion zu beleben und zur Positionsklärung beizutragen – bewußt kurz und zugespitzt sind:

1. Das Jahrzehnt der großen UN-Konferenzen ist mit Johannesburg endgültig zu Ende gegangen. Vom ihm gehen keine neuen Impulse mehr aus. Hauptaufgabe jetzt ist die Umsetzung und kritische Überprüfung der Versprechen der 90er Jahre.

Rio war 1992 ja nur ein Höhepunkt in einer ganzen Reihe von Weltkonferenzen der 90er Jahre. Es gab die Welt-Menschenrechtskonferenz in Wien, den Weltbevölkerungsgipfel in Kairo, die Weltfrauenkonferenz in Peking, den Welternährungs-Gipfel in Rom, den Weltsozialgipfel in Kopenhagen usw. Johannesburg sollte – zehn Jahre nach Rio – in erster Linie Umsetzungskonferenz sein. Es sollte überprüft werden, ob die Vereinbarungen von Rio auch wirklich eingehalten und verwirklicht werden. Daneben war Johannesburg auch als neuer Anlauf gedacht. Der Primat der Ökonomie, durchgesetzt durch die neoliberale Globalisierungsdiskussion, hatte bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung in den Hintergrund gedrängt. Anpassung an den Weltmarkt, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung lauteten die neuen Zauberworte – und nicht mehr Umweltschutz und weltweite soziale Gerechtigkeit. Schon die Rio-Erklärung und nicht zuletzt die *Agenda 21* haben ja wesentliche Grundelemente der neoliberalen Ideologie übernommen, z. B. die Betonung der Handelsliberalisierung. Dieser dunkle Fleck bzw. diese Doppelgesichtigkeit des Rio-Prozesses darf nicht übersehen werden. Und auch zehn Jahren Abstand sollten nicht zur Verklärung führen.

In Johannesburg sollte neuer Schwung für eine bessere Umweltpolitik, vor allem aber auch für eine intensivere weltweite Armutsbekämpfung geholt werden. Dies ist klar mißlungen. Daß die Bilanz so mager ausfällt, liegt sicherlich zum großen Teil daran, daß die USA wiederholt als Bremser auftraten und weitergehende Regelungen ver-

Klaus Wardenbach –
Jg. 1958, Politikwissenschaftler (M. A.), Studium in Bonn und Berlin, derzeit Referent für europäische und internationale Entwicklungspolitik beim Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO); Publikationen zu den Themen Welthandel/WTO, EU-Entwicklungspolitik, Armutsbekämpfung und NGOs. E-Mail: k.wardenbach@venro.org

hinderten. Die Bremserrolle der USA ist ja nichts Neues: in diesem Jahr war schon Ähnliches auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) im März in Monterrey oder auf dem Welt-ernährungsgipfel+5 im Juni in Rom zu beobachten. Auffällig ist nur, daß sich seit einiger Zeit kein effektiver Widerstand mehr gegen ein solches Dominanzverhalten organisiert. Dies mag mit dem Primat des Militärischen zusammenhängen, der sich seit dem Regierungsantritt von George W. Bush und besonders seit dem 11. September in den USA wieder uneingeschränkt durchzusetzen scheint. Sollten die übrigen Staaten nicht mehr den Mut oder die Kraft haben, die USA zu einem anderen Verhalten zu drängen, sind weitere UN-Verhandlungen im Grunde überflüssig. Dann kann es nur noch darum gehen, Errungenschaften zu verteidigen und die Umsetzung von Versprechen einzufordern, aber dann macht es keinen Sinn mehr, sich weitergehende Ziele zu setzen.

Quantitativ war Johannesburg vielleicht der bislang größte UN-Gipfel, qualitativ war es aber auch einer der ergebnislosesten. Aus entwicklungspolitischer Sicht gab es natürlich ein paar kleine Fortschritte in Form von Absichtserklärungen und Verpflichtungen auf weitere 2015-Ziele. Insgesamt war die Konferenz zwar stärker als Rio auf entwicklungspolitische Anliegen ausgerichtet. Dies ist aber nicht per se als Erfolg zu werten und liegt nicht daran, daß nun die Einsicht von der Notwendigkeit der Entwicklungspolitik wie der heilige Geist über die Staats- und Regierungschefs gekommen wäre, sondern eher daran, daß die Entwicklungsländer beschwichtigt werden müssen, weil sie – zu Recht – unzufriedener sind mit ihrer heutigen Stellung im Weltsystem und weil auch die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren einen rapiden Niedergang erlitten hat.

2. Das Ende der großen Weltkonferenzen bedeutet keinen Abschied vom Multilateralismus. Es bedeutet auch nicht den Abschied von den UN als Aktionsfeld und Akteur von Anliegen der Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Auch die Vereinten Nationen waren ja schon selbst zu der Einsicht gelangt, daß es wenig Sinn macht, immer neue Großkonferenzen zu veranstalten, auf denen von den beteiligten Staaten immer geringere und immer unverbindlichere Versprechungen gemacht werden. Deshalb haben sie ja im September 2000 den sog. »Millennium-Gipfel« in New York veranstaltet, an dessen Ende wieder einmal eine feierliche Erklärung verabschiedet wurde. Es wurde aber nicht versucht, neue, weitergehende Ziele zu beschwören, sondern man beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Ziele der Weltkonferenzen der 90er Jahre zu bündeln und zu konkretisieren.

Für den Entwicklungsbereich sind es nun die sog. Millennium Development Goals (MDGs), die als allgemein anerkannter Standard für die vordringlichsten Entwicklungsziele gelten können. Fast alle diese Ziele sind mit der Zielzahl 2015 versehen. Auch in Johannesburg sind weitere 2015-Ziele vereinbart bzw. bestätigt und präzisiert worden. Dies gehört aus unserer Sicht zu den kleinen Erfolgen. Daniel Mittler hat ja bereits das wichtigste dieser Ziele genannt: den Anteil der rund 2,4 Mrd. Menschen weltweit zu halbieren, die keinen Zugang zur Grundversorgung mit sanitären Anlagen und Abwassersystemen ha-

Das bekannteste 2015-Ziel ist vermutlich die Absicht, den Anteil der extrem Armen weltweit bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Als extrem arm gilt jeder Mensch, der pro Tag weniger als einen Dollar (in Kaufkraftparität) zur Verfügung hat. Gegenwärtig leben immer noch rund 1,2 Mrd. Menschen unter dieser Schwelle. Obwohl offenbar Länder wie China und Vietnam beträchtliche Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielen, sind im weltweiten Maßstab noch keine Reduzierungserfolge zu verzeichnen, vor allem auch wegen der Zunahme der Armut in Afrika.

Die Weltbank hat errechnet, daß man, um die 2015-Ziele zu erreichen, ungefähr eine Verdoppelung der weltweiten Entwicklungshilfe benötigt. Die liegt zur Zeit bei etwas über 50 Mrd. Dollar. Eine Verdoppelung, also 50 Mrd. mehr, klingt natürlich erst mal gigantisch. Aber die Zahl wird sehr viel kleiner und weniger utopisch, wenn man weiß, daß die Summe, die von den Industriestaaten jährlich für Agrarsubventionen ausgeben wird, bei rund 350 Mrd. Dollar liegt. Schon durch eine moderate Kürzung der Agrarsubventionen und ihre Verwendung für Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit in den Ländern des Südens wären also solch scheinbar ehrgeizigen Ziele erreichbar.

Seit Ende der 90er Jahre, seit Seattle, Genua und Prag, stehen ja auch die harten, mächtigen Institutionen wie WTO, G7 und IWF zunehmend im Mittelpunkt des Protests von NGOs und Bewegungen. Das ist eine gute und richtige Entwicklung, aber Protest reicht nicht aus. Punktueller Protest muß dauerhaft ergänzt werden um die kontinuierliche Beobachtung der Institutionen selbst, aber auch – und das ist fast noch wichtiger – um die Beobachtung des Verhaltens unserer Regierung in diesen Institutionen.

ben. Mittler hat dies als das »Toiletten-Ziel« bezeichnet. Das mag eine griffige Formulierung sein, hat aus unserer Sicht aber etwas Denunziatorisches. Krankheiten sind, neben unzureichender Bildung, in den Ländern des Südens einer der hauptsächlichen Gründe für Armut. Gerade bei Kindern sind Durchfallerkrankungen oft lebensbedrohlich. Eine gute Abwasserversorgung könnte hier Abhilfe schaffen, und sehr viel kosten würde das auch nicht. Insofern ist das Ziel vernünftig. Leider hat man aber nicht gleichzeitig festgelegt, wie es erreicht werden soll. Im Gegenteil wurde in diesem Zusammenhang oft auf die angeblich positive Wirkung von Privatisierungen hingewiesen. Und das ist dann wirklich der falsche Weg, um die extrem Armen zu erreichen. Das sagt einem nicht nur der normale Menschenverstand, sondern auch viele Studien über die Auswirkungen einer privatisierten Wasserversorgung in Südamerika oder Ghana.

Entwicklungspessimisten werden einwenden, daß die 2015-Ziele an sich utopisch sind, weil sich die Weltgemeinschaft schon oft solch große Ziele gesetzt hat, sie aber noch nie ernst gemeint und deshalb so gut wie keine Anstrengungen unternommen hat, die feierlichen Deklarationen auch umzusetzen. Das Nicht-Ernstnehmen ist eine Gefahr – auch diesmal –, die wir nicht unterschätzen dürfen. Aber utopisch sind solche Ziele nicht. Es geht ja nicht um die Beseitigung, sondern nur um die Halbierung der extremen Armut. Und die Armutsschwelle ist ja nur bei einem Dollar pro Tag angesetzt, und nicht bei zwei Dollar täglich, wie auch – z. B. in Weltbankberichten – üblich. Nimmt man die 2-Dollar-Schwelle als Maßstab für absolute Armut, dann sind sogar mehr als 2,5 Milliarden Menschen, die Hälfte der Bevölkerung in Entwicklungsländern, absolut arm. Und es sollte eigentlich außer Frage stehen, daß man diesem Skandal mit aller Kraft beenden muß.

3. Die realen Chancen für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit werden eher in »harten« Institutionen (wie IWF oder WTO) entschieden als in »weichen« (wie UN-Gremien).

Wir wissen alle, daß UN-Gremien in der Regel wenig Durchsetzungsmacht haben. Die Vereinten Nationen können sich schöne Ziele setzen – und sie sollten dann auch dafür sorgen, daß sie umgesetzt werden. Aber ihre Mittel sind nun mal eher Appelle, Mahnungen, Kampagnen und Berichte. Wirkliche Macht haben hingegen Institutionen wie die WTO, wie der IWF oder die Weltbank. Wirkliche Macht haben auch eher informelle Clubs wie die G7/G8-Treffen. Ich denke, daß sich NRO und alle politisch Aktiven in Zukunft stärker mit solchen Institutionen beschäftigen sollten, als sich zu stark auf die Begleitung von UN-Konferenzen zu konzentrieren.

In den 90er-Jahren hat sich fast zu jeder UN-Konferenz ein eigenes NRO-Forum gegründet, daß seinen Daseinssinn vor allem darin sah, die nächste »Follow-up«-Konferenz vorzubereiten. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist sicher wichtig, auf die Umsetzung von Versprechen zu drängen. Aber ich frage mich, ob nicht hier oft des Guten zu viel getan wurde, Dabeisein zum Selbstzweck geworden ist und viel Energie verpulvert wurde, die anderswo sinnvoller hätte eingesetzt werden können. Die NRO wurden angelockt, durch die scheinbare Offenheit des UN-Systems. Dies ist nun bald auch Vergangenheit, wenn ich die Signale aus New York richtig deute. Und schon in Johannesburg ist

deutlich geworden, daß die größte Offenheit und Aufgeschlossenheit der UN seit einigen Jahren gegenüber der Privatwirtschaft besteht und die NRO deutlich ins Hintertreffen geraten sind.

Trotz Globalisierung, Internet und Weltkonferenzen sind die nationalen Regierungen immer noch die Hauptakteure internationaler Politik. Es gibt natürlich Verselbständigungstendenzen solcher Instanzen wie der WTO (oder auch der EU), aber das meiste, was in solchen Institutionen passiert, geschieht doch mit Zustimmung der Regierungen, zumindest der großen und mächtigen (und zu denen würde ich die Bundesregierung, als Regierung eines der größten Industriestaats der Welt, dann doch zählen).

Ob nicht BMW oder Shell demnächst auch im UN-Kontext definieren, was »Nachhaltigkeit« ist, halte ich längst nicht mehr für sicher.

4. Das Nachdenken über globale Strukturveränderungen kann auch ohne offiziellen Rahmen auskommen.

Auch wenn man sich durchaus weiterhin an UN-Konferenzen beteiligen sollte (um die immer noch verbleibenden Möglichkeiten der Mitgestaltung zu nutzen) und weiterhin auch gegen WTO- oder G8-Gipfeltreffen protestieren sollte, ist es in der jetzigen Phase wichtiger, sich unabhängig von solchen offiziellen Großereignissen zu treffen und zu überlegen, wie eine andere, gerechtere Welt ohne Armut und Umweltzerstörung aussehen soll. Ressourcen sind ja begrenzt, auch die Zeit- und Kraft-Ressourcen von NGOs und politisch aktiven Menschen. Insofern muß man andauernd neu entscheiden, für welche Ziele und Aktionen und in welchen Zusammenhängen man seine Kräfte am sinnvollsten einsetzt. In den letzten beiden Jahren hat sich das Bedürfnis gezeigt, neben der Realpolitik auf UN-Ebene und dem Protest gegen globale Machtverhältnisse auch der gemeinsamen Suche nach Alternativen wieder breiteren Raum zu geben. Das Weltsozialforum in Porto Alegre, das im nächsten Januar zum dritten Mal stattfinden wird, ist ja der sichtbarste Ausdruck dieser Tendenz. Als aktuellstes Beispiel hat das Europäische Sozialforum in Florenz Anfang dieser Woche sogar der konservativen FAZ Respekt und Anerkennung abgenötigt, nicht nur wegen der Zahl seiner Teilnehmer sondern auch wegen der dort sichtbaren Breite, Ernsthaftigkeit und Offenheit der Bewegung. »Das Ereignis wird man sich merken müssen...« beginnt die FAZ ihren Artikel vom 12. November – und das ist eine Aussage, die man über den Gipfel in Johannesburg so leider nie lesen konnte.

Bewegung verläuft nun mal nicht linear, sondern schafft sich immer neue Zusammenhänge und Aktionsformen. Die UN-Konferenzen, die Anfang der 90er Jahre durchaus noch Kristallisationskerne für die Suche nach Alternativen darstellten, haben ihre positive, vorwärtstreibende Rolle verloren. Ein Grund dafür ist die machtpolitische Blockade auf solchen Konferenzen, vor allem die Rolle der USA. Weiter Gründe liegen sicherlich im UN-System selbst. Wenn wir in Zukunft Fortschritte für menschliche Entwicklung und Umweltschutz erreichen wollen, dann sollten wir uns weniger auf die UN-Konferenzen konzentrieren als auf die selbstorganisierte Suche nach Alternativen. Der Globalisierung von Wirtschaft und Unternehmen müssen wir eine Globalisierung der sozial-ökologischen Bewegung, jenseits von staatlichen und suprastaatlichen Zusammenhängen, gegenüberstellen. Ansätze für eine solche Bewegung sind mittlerweile reichlich vorhanden, wir müssen uns nur intensiver auf sie beziehen und sie stärker unterstützen.

CHRISTA WICHTERICH

Nachhaltigkeit und neoliberale Globalisierung aus feministischer Sicht

Die internationale Frauenbewegung hat vor der Rio-Konferenz eine feministische Deutung von Nachhaltigkeit in einem Positionspapier entwickelt, der *Women's Action Agenda 21* von 1991. Beim Wiederlesen dieses Frauenmanifests fällt auf, daß der Begriff Nachhaltigkeit kein einziges Mal vorkommt. Vor dem Hintergrund einer radikalen Kritik am westlichen wachstumsorientierten Entwicklungsmodell war das Leitbild damals vielmehr »sustained livelihood«, sichere Lebensgrundlagen.

Fünf Eckpunkte steckten in der *Women's Action Agenda 21* den Rahmen ab, in dem die feministische Nachhaltigkeitsdefinition ihre visionäre Kraft entfalten konnte:

- Süd-Nord-Gerechtigkeit;
- Neue Ethik im Umgang mit Ressourcen und Umwelt;
- Demilitarisierung;
- Achtung von kultureller und biologischer Vielfalt;
- Empowerment durch demokratische, reproduktive und Ressourcenrechte.

Drei Handlungsachsen markieren Umsetzungsstrategien dieser Nachhaltigkeitsperspektive:

- Vorsorge und Vorbeugung statt technischer Nachsorge und end-of-pipe-Methoden;
- Umbau von Wirtschafts- und Naturnutzungsstrukturen, nicht nur ein effizienteres Management der sozialen und Umweltprobleme;
- Beteiligung von Frauen an Entscheidungsmacht und an der Gestaltung dieser Prozesse.

Mit dieser klaren Botschaft und den identifizierten Handlungsstrategien als Rüstzeug hatten Frauen in Rio einen starken Auftritt, sowohl als Akzentsetzerinnen auf dem Global Forum der NGOs als auch als Lobbyistinnen beim Erdgipfel.

Neoliberale Globalisierung und Nachhaltigkeit

Was hat der Schub neoliberaler Globalisierung der neunziger Jahre mit der Nachhaltigkeit gemacht, mit den livelihoods und mit den Frauen?

(1) Die Vorherrschaft des Ökonomischen wurde ausgebaut und die Waren- und Marktlogik bis in die letzten Winkel dieses Planeten und auch gegen anders strukturierte lokale und regionale Ökonomien zur Ultima Ratio des Überlebens erhoben. Das bedeutet:

a) Die Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche schreitet voran. Nicht nur Produktion, Handel, Dienstleistungen und Konsum werden nach Kriterien der Effizienz- und Gewinn-

Christa Wichterich –
Dr. rer. pol., Soziologin,
arbeitet als freiberufliche
Publizistin, Buchautorin,
Lehrbeauftragte an Univer-
sitäten und als Beraterin
in der Entwicklungszusammen-
arbeit. Sie hat mehrere
Jahre in Indien, im Iran und
als Afrikakorrespondentin in
Kenia gelebt. Ihre Arbeits-
schwerpunkte sind Globali-
sierung und Geschlechter-
ungleichheit, Ökologie,
Frauenarbeit, Frauenbewe-
gungen und Frauenpolitik.
Wichtigste Buchpublikation:
Die globalisierte Frau
(1998).

maximierung ökonomisiert, sondern auch das Soziale und die Umwelt, alle Ressourcen und schließlich auch alles Leben: von natürlichen Gemeinschaftsgütern über kollektives Erfahrungswissen bis zu pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen. Im Klon findet die Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug ihren industrialisierten Höhepunkt. Das Klon kann als gestaltungsmächtiges Symbol dafür gelten, daß Natur und Mensch unter neoliberalen Regime endgültig im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit angekommen sind. Dies ist für Frauen als Produzentinnen von Leben und für das kulturelle Naturverständnis von derzeit noch unermeßlicher Bedeutung. Die Universalisierung des westlich-industriellen Marktmodells und des entsprechenden Konsum- und Lebensstils führt zu einer Zerstörung von biologischer, kultureller und ökonomischer Vielfalt. Diversität von der Artenvielfalt bis zur Mischwirtschaft bedeutete überall Überlebenssicherung und Risikominimierung. Die Zerstörung von Vielfalt erhöht Überlebensrisiken und bedeutet ökologische und soziale Unsicherheit.

b) Die WTO schafft ein Regime, das dem Freihandel Vorrang gibt vor sozialen Rechten und ökologischen Regeln. WTO-Abkommen bedrohen Umweltschutzregeln und ökologische Alternativen, z. B. mit dem Patentrecht die Biodiversität und biologische Sicherheit. Das Vorsorgeprinzip, ohne letzte Beweisführung über Schädigung Gefahren z. B. für die Gesundheit zu verhindern, ist nicht in WTO-Abkommen verankert. Nach WTO-Recht dürfen Produkte, die sozial und ökologisch bedenklich sind, gegenüber sozial und ökologisch sauberen Produkten nicht diskriminiert werden, d. h. sozial und ökologisch saubere Produktion wird nicht belohnt.

(2) Neoliberale Globalisierung ist eine wachstumsorientierte, expansionistische Strategie. Es werden keine Grenzen für diese Expansion akzeptiert. Sie durchstößt ständig ökologische Grenzen für Wirtschaftswachstum, indem sie den Verwertungs- und Kommerzialisierungsdruck auf natürliche Ressourcen erhöht statt ihre Regeneration zuzulassen. Ebenso verstärkt sie den Druck auf soziale Grenzen, sprich: auf die soziale Reproduktion und die unbezahlte Sorgeökonomie, die zu zwei Dritteln von Frauen geleistet wird.

Damit opfert die neoliberale Globalisierung den Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdenkens, nämlich Grenzen des Wachstums zu akzeptieren, ihrer Expansionslogik. Gerade die Schwachen auf dem Weltmarkt und in den Gesellschaften sind gezwungen, an die Grenzen zu gehen. Das zeigt sich am deutlichsten in Krisensituationen: Während der Asienkrise wurde in Indonesien die Abholzung massiv vorangetrieben, während der Rußlandkrise der Export billiger weiblicher Arbeitskräfte und der Frauenhandel.

(3) Handelsliberalisierung als die zentrale Dynamik wirtschaftlicher Globalisierung zerstört Lebensgrundlagen und die auf ihnen basierenden Ökonomien. Handelsliberalisierung bedeutet Öffnung nationaler und lokaler Märkte für Importe und Investoren und die Umstellung einheimischer Produktion auf Exportorientierung mit weitreichenden Folgen für die Landwirtschaft und das Handwerk. Agrarkultur ist für die Mehrheit der Menschen im Süden der bedeutendste überlebenssichernde Wirtschaftssektor, in dem Frauen überall zentrale Akteurinnen sind.

Mit dem Export agrarischer Produkte findet auch ein Export von Bodenfruchtbarkeit und Wasser – lokaler Ernährungssicherung – statt. Ihre Ernährung soll die Bevölkerung nun durch den Import von meist in den USA und der EU hochsubventionierten Grundnahrungsmitteln sichern, die die einheimischen Produzenten auskonkurrieren.

Die kleinbäuerliche Bewegung für Ernährungssouveränität, Via Campesina, setzt sich gegen das Konzept der Ernährungssicherung vermittelt über den Weltmarkt zur Wehr und fordert, daß die Landwirtschaft aus dem WTO-Regime herausgenommen wird.

Seit Anfang der achtziger Jahre üben Strukturanpassungsprogramme Druck auf die Regierungen aus, Importbeschränkungen und Zölle abzubauen, was die staatlichen Einnahmen verringert. Gleichzeitig soll auf Exportproduktion umgestellt werden, damit die Staaten mit Deviseneinnahmen ihre Schulden begleichen können. So wurde auf Anweisung der Weltbank in vielen Ländern immer mehr Baumwolle, Kaffee und Tabak für den Weltmarkt angebaut, Aquakulturen wurden in Küstennähe zur Fisch- und Krabbenproduktion angelegt, Gemüse und Blumenplantagen in einer wachsenden Zahl von Ländern ausgebaut. Exportproduktion findet aber nicht nur in monokultureller Plantagenwirtschaft statt, sondern längst auch in der Form von Kontraktfarming auf den Feldern von Kleinbäuerinnen. Sie schließen einen Vertrag mit einem Exporteur oder einem ausländischen Unternehmen und bauen auf ihren kleinen Parzellen statt Hirse und Cassava für den Eigenverbrauch und die lokalen Märkte Obst, Gemüse und Blumen für Supermärkte im Norden an.

Inzwischen besteht auf dem Weltmarkt ein Überangebot der klassischen Exportprodukte, was zu einem weiteren Preisverfall führt. Das bedeutet, daß Kaffeebauern und Kaffeebäuerinnen von Kenia bis Honduras immer weniger verdienen, den Anbau intensivieren und immer mehr Pestizide einsetzen, um die Produktion zu steigern und dadurch den Druck auf die Umwelt erhöhen. Sie verfügen über weniger Kaufkraft, um importierte Nahrungsmittel erwerben zu können. Damit höhlen diese Prozesse der Handelsliberalisierung, die nun durch das Agrarabkommen der WTO vorangetrieben werden, die Ernährungssicherung immer weiter aus.

(4) Die Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Ressourcen und Lebensbereiche bedeutet auch eine Neuordnung von Eigentumsverhältnissen, die Neuverteilung von Reichtum und Umweltraum, eine Enteignung und Neuaneignung von Ressourcen. Das Konzept der Commons, der Gemeinschaftsgüter wird aufgelöst. Wald, Weideland, Gewässer, die Biodiversität, Wegränder und in den Städten Bürgersteige, Brachland und Straßenränder werden privatisiert, durch einheimische Eliten oder auch durch ausländische Investoren. Gerade den ärmsten Bevölkerungsgruppen werden auf diese Weise Ressourcen entzogen, von denen ihre Existenzsicherung abhängt, ihr Erfahrungswissen wird entwertet und die Kreisläufe regionaler Ökonomien aufgebrochen.

Das WTO-Abkommen zu Handelsrechten für geistiges Eigentum (TRIPs) legitimiert durch Patentierung die Biopiraterie, die multinationale Konzerne der Agro- und Pharmaindustrie im Süden ausüben, indem sie Pflanzen und indigenes Wissen klauen. In den Ländern des Südens ist das Recht auf eigenes Saatgut und Nutzung von Erfahrungswissen von größter Bedeutung für die lokalen Gemeinschaften, besonders für Bäuerinnen und ihre Rolle in den lokalen Ökonomien. Sie sollen z. B. für Pflanzen, die sie selbst als Kulturpflanzen gezüchtet haben, zahlen, nachdem Pharma- und Agro-Konzerne aus dem Norden deren kommerzielle Nutzung registrieren lassen oder diese genetisch verändern. Deshalb fordern sie eine Rücknahme der TRIPs und keine Patentierung lebender Organismen.

(5) Die Effizienzlogik der industrialisierten Marktökonomie steht völlig quer zur Logik der Sorgeökonomien, in denen im Alltag Kin-

der großgezogen, Alte und Kranke gepflegt, soziale Einrichtungen ehrenamtlich betrieben, soziale Not aufgefangen, Umweltschäden beseitigt werden und Vorsorge getroffen wird. Ohne diese Arbeit, die weltweit zu zwei Drittel Frauen verrichten, kann keine Gesellschaft überleben und sich reproduzieren. Obwohl sie in hohem Maße Zukunftsfähigkeit herstellt, gilt sie in der effizienzorientierten Marktökonomie als nicht produktiv und von geringem Wert, weil Produktivitätssteigerung hier kaum noch möglich ist. Sie hat ihre Grenzen an der Menschlichkeit, was paradigmatisch an Pflegemodulen und der Krise der Altenpflege ablesbar ist.

Unter der Maßgabe von Effizienz- und Gewinnmaximierung versuchen Märkte und Staaten soziale und ökologische Kosten zu externalisieren, sprich: vor allem Lohnnebenkosten zu senken. Es besteht der Trend, soziale Verantwortung – von der Kindererziehung bis zur Aids- und Altenpflege – wie auch Umweltverantwortung – vom Mülltrennen in Deutschland bis zum Bäumchenpflanzen in den Ländern des Südens – wieder ins Private zu verlagern und stärker dem letzten Glied der Versorgungskette zu übertragen. Frauen übernehmen soziale und ökologische Sorgearbeiten in ihre unbezahlten Haushaltsökonomien, als Ehrenamt in den lokalen Gemeinschaften oder als niedrig entlohnte Dienstleistung. Preisbildung auf den Märkten ist deshalb sozial und ökologisch weder gerecht noch kostenwahr.

(6) Ein neuer Ökonomisierungsschub findet derzeit mit der Privatisierung öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge statt. Natürliche Gemeinschaftsgüter z. B. Wälder und Gewässer wie auch öffentliche Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Transportbereich, in der Wasser- und Energieversorgung sowie die Müllentsorgung werden zunehmend durch Privatisierung in den Markt integriert. GATS, das gerade bei der WTO verhandelte Abkommen zur weiteren Liberalisierung von Dienstleistungen, öffnet nun ausländischen Investoren und Multi-Utility-Konzernen den Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und zu bisher nach dem Solidarprinzip gesicherten öffentlichen Gütern wie Gesundheit und Bildung.

Von der Privatisierung des öffentlichen Sektors sind Frauen dreifach betroffen:

a) Staat und Kommunen sind bisher überall ein wichtiger Arbeitgeber von Frauen. Umstrukturierungen nach Effizienz- und Gewinnkriterien als Folge von Privatisierung wird zu Rationalisierung, Verschlinkung und entsprechenden Entlassungen führen.

b) Privatisierung und Rationalisierung vom öffentlichen Nahverkehr bis zum Gesundheitssektor führen zu Verschiebung von Arbeiten in die unbezahlte Sorgeökonomie von Frauen und zur Rückverwandlung von bezahlter Arbeit in unbezahlte. Wo im medizinischen Bereich nach Effizienzkriterien rationalisiert wird und z. B. die Verweildauer nach Operationen in Krankenhäusern standardisiert und verkürzt wird, übernehmen Frauen in der Familie die Pflege von Angehörigen, die aus dem Krankenhaus frühzeitig entlassen werden.

c) Privatisierung führt zu einem Ungleichheitssystem, denn privatisiert werden nur Bereiche, wo kaufkräftige Konsumenten und Gewinne zu erwarten sind. Dem Staat bleiben die schwierigsten und wenig profitablen Bereiche, nämlich die Versorgung der wenig zah-

Frauen und ihre unbezahlte Sorgearbeit fungieren als Airbags für den Sozialabbau der Staaten und die Externalisierung der sozialen Kosten aus dem Markt. Das bedeutet, daß die neoliberale Globalisierung die soziale Reproduktionsarbeit von Frauen wie eine unerschöpfliche und nimmermüde natürliche Ressource voraussetzen und abschöpfen.

lungskräftigen Bevölkerung. Dafür aber hat er immer weniger Mittel zur Verfügung. In den Ländern des globalen Südens hat dies bereits zu einem Parallelsystem geführt, indem die Kaufkräftigen Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung auf dem Markt teuer und in guter Qualität erwerben, während die Armen sich dies nicht leisten können, auf die sich verschlechternden staatlichen Dienste angewiesen sind oder leer ausgehen. Privatisierungsgegner fordern, daß die Grundversorgung nicht dem WTO-Regime unterstellt wird.

(7) Nicht nur in der sozialen Sicherung und Grundversorgung ist eine wachsende Ungleichheit ein Ergebnis der neoliberalen Globalisierung. Auch auf den Arbeitsmärkten findet eine Polarisierung in der Bewertung und Entlohnung statt, die ein großes Konfliktpotential und sozialen Sprengstoff enthält und damit nicht nachhaltig und zukunftsfähig ist.

Die Feminisierung der Beschäftigung hält an, d. h. die Frauenbeschäftigung wächst schneller als die von Männern, mit einem wachsenden Anteil gut qualifizierter Frauen in mittleren Positionen. Frauen werden vor allem in den Arbeitsmarkt integriert, weil sie die billigeren und flexibleren Arbeitskräfte sind. Wo sie beschäftigt sind, lassen sich die Lohnkosten niedrig halten und leichter ungeschützte und flexible Beschäftigungsverhältnisse durchsetzen, läßt sich deregulieren, z. B. der Kündigungsschutz abbauen und informalisieren.

Informalisierung ist der derzeit wichtigste Trend beim neoliberalen Umbau der Arbeitsmärkte, und Frauen sind der bedeutendste Flexibilisierungspool. Sie sind weltweit Pionierinnen in der Teilzeit und Heimarbeit und der Prototyp der Springerin. Allerdings ist es nur eine Frage der Zeit, daß die Informalisierung auch männliche Beschäftigungsbereiche erfaßt.

Für die Ausdifferenzierung und Polarisierung der Arbeitsmärkte spielt auch Migration eine wichtige Rolle. Migrantinnen sind mehrheitlich im Dienstleistungssektor tätig und übernehmen geringentlohnt die Sorge- und Hausarbeit von berufstätigen Mittelschichtfrauen in Städten weltweit, während zu Hause die Mutter oder eine andere Verwandte ihre eigenen Kinder versorgen. Damit findet eine neue internationale Teilung der Hausarbeit statt, in der sich eine wachsende Ungleichheit unter Frauen manifestiert, aber keine Änderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Fazit

Neoliberale Globalisierung ist ein wirtschaftliches und politisches Projekt, eine Strategie, sich die Erde untertan zu machen, sprich: der Aneignung von Natur und Umwelt, aber auch von menschlichen und sozialen Ressourcen. Treibende Kräfte sind die Global Players, Konzerne und die globale Konsumklasse, die ihre Rechte in diesem Prozeß gegen die Rechte der Schwachen, der lokalen Gemeinschaften, der Indigenen, der Frauen und gegen das Vorsorgeprinzip durchsetzen. Damit verschärft das neoliberale Projekt den Konflikt von Entwicklung und Umwelt, von Wachstum und Gerechtigkeit. Es ist weder sozial und geschlechtergerecht noch nachhaltigkeitstauglich.

In der EU betrug das Verhältnis zwischen den höchsten und den niedrigsten Löhnen 1980 1:9; im Jahre 2002 war es auf 1:46 angestiegen. Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern liegen immer noch zwischen 17 und 23 Prozent, aber auch die Ungleichheit zwischen Frauen wächst.

RONALD HÖHNER

Der Stempel von Rio

Nach der Konferenz in Johannesburg drehten sich viele Diskussionen in der deutschen NGO- und Bewegungsszene auf unzähligen Veranstaltungen um die Frage des Erfolges der Konferenz, der Perspektiven für den Rio-Prozeß und die Bewertungen einer konstatierten Zerfaserung in den Zivilgesellschaften weltweit. Je nachdem, von welchem Standpunkt aus diese Fragen diskutiert werden, sind die Antworten sehr unterschiedlich. Da wird von der Alternativlosigkeit des Multilateralismus gerade in der heutigen Zeit unilateraler Interessensdurchsetzung durch die USA geredet, von einer Kooptierung der NGO ohne nennenswerten Erfolg, vom Ende der Agenda-Bewegung und der neuen Kraft der Globalisierungskritiker, vom Hauptfeind WTO, aber auch von Erfolgen beim Klimaschutz. Selten gelingt es, zwischen unterschiedlichen Akteuren und Handlungsebenen eine gemeinsame Sprache zu finden. Ein produktiver Streit um eine Analyse oder gar um Strategien ist damit schwer möglich. Insofern reflektiert der Diskussionsprozeß nach Johannesburg nur das Problem des Rio-Prozesses selbst: Alle sind sich einig in der Kritik, nur darüber, was eigentlich die Kritik ist, läßt sich trefflich streiten. Bezeichnenderweise beginnt der Streit über Kritik genau dann, wenn es um die Benennung positiver Aspekte und Erfolge geht. Die Umweltbewegung hält »bei aller Kritik« die Fahne des Kyoto-Protokolls oder einer beabsichtigten Stärkung der regenerativen Energien hoch. Die Entwicklungspolitische Szene setzt »bei aller Kritik« auf die formulierten Entwicklungsziele bis 2015. Die Globalisierungskritiker haben mit Rio abgeschlossen und es ja »schon immer gewußt« – und außerdem ist für sie die WTO das eigentliche Problem.

Zivilgesellschaftliche Institutionen, zu der auch die politischen Stiftungen gehören, versuchen sich den unterschiedlichen Problemstellungen dieser Akteure wissenschaftlich und analytisch zu nähern und die sich ausschließenden Positionen in eigenen Veröffentlichungen zusammenzubringen, ohne dabei einen Schwerpunkt in der Bearbeitung des Problems selbst zu setzen. Und die Politik? Da kämpfen Umweltpolitiker und Agenda-Beauftragte schlicht um ihre Daseinsberechtigung.

Der gegenwärtigen kontroversen Debatte fehlt eine gemeinsam verabredete Grundlage, nämlich ein erstrittenes Verständnis davon, was Rio eigentlich für die einzelnen Akteure ist, welche Ziele sie daraus ableiten und welche Erfolgskriterien.¹ Dieses Ringen ist sicherlich ein schmerzliches und wurde in den vergangenen zehn Jahren aus Gründen des breiten Schulterchlusses oft vermieden und

Ronald Höhner – Jg. 1970, Diplomvolkswirt; Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin; Koordinator des Konferenz-Arbeitskreises »Umwelt und Entwicklung in der EINen Welt«.

1 Um sich diesem neuen und möglichst breit getragenen Verständnis von Nachhaltigkeit zu nähern, ist die hintergründige Frage danach, was den Stempel von Rio ausmacht, den die Konferenz und der Folgeprozeß der Welt aufgedrückt haben.

verschoben. Aber am Ende der zehn Jahre ist die Agenda-Bewegung in Deutschland kaum mehr relevant. Nachhaltigkeit ist zur Phrase verkommen, zwar im *mainstream* der Gesellschaft präsent, jedoch durch inflationäre Bezugnahmen wirkungslos geworden. Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß sich die Notwendigkeit des Nachhaltigkeitsdiskurses erledigt hat, denn das zu Grunde liegende Problem ist noch vorhanden und hat sich dramatisch zugespitzt. Die Zeit ist überfällig, ein neues Verständnis von Nachhaltigkeit zu entwickeln und den Rio-Prozeß durch einen anderen abzulösen. Ob dieser mit Attac oder der Sozialforumidee bereits entsteht, ist eine spannende und hoffnungsvolle Frage. Die Sehnsucht und Notwendigkeit nach neuer sozialer Bewegung in der Welt darf jedoch den Blick für eine objektive Analyse nicht vernebeln. Beide, Attac und das WSF, sind den Beweis noch schuldig, daß sie soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Entwicklung tatsächlich zusammendenken.

Die Positivliste

- Seit 1992 ist die Krise in ökologischer und entwicklungspolitischer Hinsicht in der öffentlichen Diskussion und auch im Bewußtsein der Menschheit. Es wurde der Versuch gestartet, die Probleme mit weitgehenden internationalen Kooperationen anzugehen und multilaterale Abkommen beschließen. Dazu zählen das Klimarahmenabkommen, das Abkommen zu Biodiversität, und natürlich die Agenda 21 selbst.

- In den letzten zehn Jahren sind neue Akteure entstanden, die vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene zu einer Politisierung in ökologischen Fragen beigetragen haben. In vielen Gemeinden und Städten gibt es eine Lokale Agenda, Agenda-Beauftragte und innovative Umweltprojekte.

- Diese Politisierung hat gleichzeitig zu einem anderen »Politikverständnis« geführt. Es geht um neue, um globale Probleme, die ein hohes Maß an Komplexität aufweisen und deshalb wird die Wissenskomponente bedeutsamer und Bildung betont. Viele NGOs machen schulische und außerschulische Bildungsarbeit, das globale Lernen wurde als Konzept und Antwort auf globale Herausforderungen entwickelt, globale Probleme sind als Lernziel Teil der Rahmenlehrpläne in den Schulen geworden.

- Die Lösung der globalen Probleme erfordert Kooperation. Diese Einsicht schlägt sich in einer Vielzahl von Netzwerken, Bündnissen und der Zusammenarbeit verschiedener Akteure nieder. Die politische Auseinandersetzung und konkreter Widerstand auch auf anderen Politikfeldern ist heute selbstverständlich mit der Suche nach Bündnispartner/innen verbunden.

2 Es besteht eine gewisse Analogie zu einem traditionellen linken »Alarmismus«. Obwohl heute die Warnungen vor autoritärem Staat und Imperialismus in der Bush-Ära berechtigter denn je sind, haben sie kaum noch Wirkung.

Die Negativliste

- Das Szenario der »5 Minuten vor 12« hat zu einem »postkatastrophischen Bewußtsein« (Ulrich Brand) geführt. Indem die beschworenen Horrorszenarien nicht eintreten, stumpfen die Menschen gegenüber der ökologischen und Entwicklungskrise immer mehr ab. »So viele Katastrophen, selbst der Gau von Tschernobyl, und es ist immer weiter gegangen.«²

- In den Nachhaltigkeitsdiskussionen sind wesentliche Aspekte und Ursachen weitgehend ausgeblendet worden. Dazu zählen die neoliberale Globalisierung³ und das damit verbundene ideologische Konzept, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sowie die beständige Militarisierung der Politik seit dem Fall der Mauer, die nun »große« Kriege der Atomkräfte als legitime Konfliktlösungen ermöglichen.

- Die ausgeblendeten Diskurse haben in der Friedensfrage die Friedensbewegung als Partner faktisch ausgeschlossen und in sozialen Fragen die Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen. In der mangelnden theoretischen Auseinandersetzung liegt eine Ursache, wieso sich die traditionelle Linke nicht oder nur distanziert in den Rio-Prozeß eingebracht hat und sicher auch darin, daß sich gegenwärtig eine globalisierungskritische Bewegung formiert, die ihre Wurzeln nicht im Rio-Prozeß hat. Der neuen Bewegung wie auch der traditionellen Linken fehlt so ein moderner »Nachhaltigkeits-Blick«. Auf der anderen Seite hat die Agenda-Bewegung nicht nur kein theoretisches Fundament, sondern auch keine Basis dafür, ein solches zu formulieren.

- Diese Reibungsverluste innerhalb der überschaubar gebliebenen politisierten Bevölkerungsschicht sind immens und schwächen die Linke als Ganzes. Derzeit gibt es ein Ringen, ähnlich schmerzliche Spaltungen wenigstens mit den developmentpolitischen Gruppen und NGOs zu verhindern. Dies gestaltet sich aus anderen Gründen schwierig. Eine moderne These im Nord-Süd-Konflikt ist es, daß zwischen Nord und Süd gar keine rechte Unterscheidung mehr möglich und sinnvoll sei, sondern nur noch zwischen Arm und Reich, Unten und Oben ... Indem dieser Ansatz an Bedeutung gewinnt, verlieren zwei Milliarden Menschen⁴ Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas, die schon in den Kapitalflüssen der Welt nicht mehr vorkommen, auch in unseren Überlegungen ihren expliziten Platz. Ihr Recht aufs pure Überleben wird implizit mit der Forderung nach globaler Umverteilung »abgedeckt« und damit ein spezifisches developmentpolitisches Engagement ein Stück weit überflüssig. Der Kampf gegen Neoliberalismus löst das Problem schon.⁵

- Die zu späte und mangelnde Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus im Rio-Prozeß hat auch dazu geführt, daß die Rio-Institutionen inzwischen selbst zur neoliberalen Transformation beitragen. Das Tragische daran ist nicht die Tatsache an sich, die ja auch Erfolge hervorbringt, sondern ihre fehlende Bewußtmachung. Kritische und »unbequeme« Kräfte haben die Bewegung verlassen. An Klima und Biodiversität wird dies besonders deutlich und verheerend. Die Privatisierung von Verschmutzungsrechten und deren weltweiter Handel als Lösungsmodell wurden aus dem Rio-Prozesses heraus formuliert und sind sicherlich ohne weiteres mit WTO-Regeln kompatibel: Und die Privatisierung großer Naturreservate in Mittelamerika, wenn auch an Öko-NGOs, paßt ebenfalls ins neoliberale Konzept. Beiden Beispielen liegt die gewichtige Konsequenz zugrunde, daß Ökologie höher bewertet ist als Gerechtigkeit oder Rechte indigener Bevölkerung auf ihren Lebensraum, also als das Soziale. Mit anderen Worten nehmen sich die »Starken« der Welt damit das Recht, nun im Namen von Umweltschutz ihre Interessen

3 Auf eine umfassende Diskussion des Begriffes wird an dieser Stelle verzichtet, da dies nicht Gegenstand des Artikels ist. Ich meine damit neben seiner ökonomischen Dimension von Deregulierung, Privatisierung, Angebotsorientierung und Abbau kollektiver sozialer Sicherungen, insbesondere auch die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen, die ich an einer weitreichenden Individualisierung des Lebens, einem allgemeinen mikroökonomischen Verständnis von Wirtschaft oder auch der weitverbreiteten Verwertungslogik festmache.

4 Damit sind die zwei Milliarden Menschen gemeint, die heute schon unter 2 \$ Tageseinkommen haben und damit je nach Definition in absoluter Armut leben. Mit diesem Betrag kommen sie im Weltsozialprodukt faktisch nicht vor und sind als Konsumenten nicht relevant. Allerdings sind sie unter wachsendem existentiellen Druck die künftigen Billigst-Arbeitskräfte und das bedeutet neben der Standortdiskussion hier vor allem eine immense soziale Herausforderung dort.

5 Ähnliche Berührungsschwierigkeiten gibt es auch in feministischen und anderen Frauen- sowie migrantischen Zusammenhängen.

weiterhin hemmungslos gegen die »Schwachen« durchzusetzen. Damit besteht das Primat der Ökonomie mit nunmehr ökodiktatorischen Zügen fort.

- Mit der Akzeptanz von Privatisierungen als Folge des Rio-Prozesses sind die Unternehmen als neue und wichtige Akteure ins Bewußtsein gerückt. Die public private partnerships sind spätestens seit Monterrey 2002 zukunftsweisende Strategie geworden. Die vor allem global agierenden NGOs wurden gleichzeitig in den Prozeß kooptiert und dienen als Legitimitäts- und Wissensressource, ohne daß dies zu einer signifikanten Beeinflussung des Prozesses geführt hat. Dies trägt zu einer wachsenden Zersplitterung der NGOs bei, wofür wiederum die neue mächtige Bewegung der Globalisierungskritiker jenseits und unabhängig dieser NGOs ein Indiz ist.

- Damit eng verbunden ist eine zu konstatierende allgemeine Müdigkeit, die Probleme auf Großkonferenzen weiter zu analysieren. Es herrscht die Stimmung, Konzepte und Vorstellungen gibt es nach zehn Jahren genug, jetzt muß es an die konkrete Umsetzung gehen und die können aus pragmatischem Sachzwang heraus nur im Schulterchluß mit den Konzernen und privater Wirtschaft erfolgen. An dieser Stelle sei auf den Vorschlag Deutschlands verwiesen, die regenerative Energie weltweit zu befördern und dafür unter Beteiligung der Industrie 2004 eine Konferenz zu veranstalten. Ein grundsätzliches Hinterfragen des gesamten Prozesses findet nicht statt. Was aber, wenn Nachhaltigkeit inzwischen nicht mehr Systemkritik bedeutet, sondern Nachhaltigkeit zum Instrument für den System- und Machterhalt geworden ist? Dann ist diese Umsetzungsfixierung nicht nur sozial und ökologisch kontraproduktiv, sondern bindet auch viele Widerstandskräfte.

- Das neue Politikverständnis von Rio mit der Vorstellung vielschichtiger globaler Probleme und damit komplexer Lösungsansätze hat Globale Runde Tische hervorgebracht, die suggerieren, daß mit Expertisen in Kooperation vieler die Probleme von oben lösbar seien. Dieses »Oben« meint dann auch noch Konzepte des Nordens und die »weißer Männer«. Damit verlieren alte Widersprüche an Bedeutung. Die Nord-Süd-Frage wurde zum Untergebiet von Außen- oder Finanzpolitik, die Klassenfrage stellt sich gar nicht mehr und die Wiederentdeckung des Sozialen als Widerstandsfeld äußert sich in nationalen und eurozentristischen Orientierungen.

- Die Ideologie der Ideologielosigkeit vom »Wir sitzen alle im selben Boot« führte zur Durchsetzung einer Realpolitik im Menschheitsinteresse, die kaum angreifbar scheint und die in diesem Sinne zu einer Entpolitisierung vieler Themenfelder geführt hat. »Die werden es schon machen, für mich ist das alles so kompliziert!«

- Der Politikbegriff ist dadurch stark auf den Staat und suprastaatliche Institutionen sowie Groß-NGOs und Unternehmen eingegrenzt worden. Dies führt dazu, daß zwei Milliarden Menschen in diesem Politikbegriff nicht mehr erfaßt sind, weil staatliches Handeln ihre Existenz nicht berührt, da sie am Geldkreislauf gar nicht teilnehmen (können).⁶

Fazit

Die Aufgabe für die Weltgemeinschaft ist immer noch die gleiche wie vor zehn Jahren, nur daß die Dramatik zugenommen hat. Neben

6 Das heißt nicht, daß die Tobin-Tax als *ein* Mittel nicht eine progressive Forderung wäre, aber es muß darüber hinaus auch an der Frage gearbeitet werden, was für zwei Milliarden Menschen in Schwarzafrika, die indigene Bevölkerung Lateinamerikas oder Asiens eine progressive Forderung ist, die nämlich selbst bei erfolgreicher finanzieller Umverteilung von Nord nach Süd am Geldkreislauf nicht teilnehmen werden.

den ökologischen Problemen und sich weiter verschärfenden Entwicklungsunterschieden und fortschreitender Einkommenspolarisierung sieht die Welt sich inzwischen mit einer erheblichen und permanenten Kriegsgefahr konfrontiert, und es wächst auf diesem Planeten die Zahl derer unaufhörlich, die in unseren Köpfen immer weniger präsent sind. Es geht also um nicht weniger als die Durchsetzung des Rechtes auf ein würdiges Leben für bald 7, 8 oder 9 Milliarden Menschen, ohne dabei den Planeten ökologisch überstrapazieren. Damit dies gelingen kann, müssen wir uns der »Augenbinde« (Andrés Barreda) bewußt werden und realisieren, daß unser, wenn auch wohlüberlegter und kritischer Nordblick nur einen Bruchteil der Menschheit repräsentiert, daß wir selbst zu den reichsten zehn Prozent gehören, mit Zugang zum Internet, des Lesens und Schreibens kundig und mit einer gewissen Sicherheit über den morgigen Tag. Die Bedeutsamkeit und das Gewicht unserer globalen Überlegungen ist also nicht demokratisch legitimiert, sondern ökonomisch. Indem wir diese »zusätzliche« Sichtweise, neben denen aus Frauen-, Umwelt- oder Migrant/innenperspektive bewußt entwickeln, haben wir eine Chance, zu neuartigen, widerspruchsfreien und damit möglicherweise unterschiedliche Spektren verbindendere Lösungen zu kommen.

Das Verhältnis von lokalem und globalem Kampf muß neu definiert werden. Es darf dabei aber nicht darum gehen, die lokalen Kämpfe gegen globale aufzuwiegen, den Kampf für Existenzgeld wichtiger oder unwichtiger gegenüber dem Kampf für die Umverteilung von Nord nach Süd zu nehmen. Es geht darum, die fehlende Verbindung zwischen beidem produktiv zu erstreiten, die im Spannungsfeld zwischen der Selbsteingliederung in ein Heer der Unterdrückten sowie der faktischen Akzeptanz des Nebeneinanders beider Wirkungsebenen zu suchen ist.⁷

7 Vielleicht ist diese Aufgabe, nämlich die Verknüpfung zwischen Akteuren und Handlungsebenen in Theorie und Praxis die große Herausforderung und Aufgabe für eine traditionelle theorieorientierte Linke am Beginn des neuen Jahrtausends. Ich sehe jedenfalls keine Akteure sonst, die das leisten können.

GERHARD BANSE

Integrative nachhaltige Entwicklung und Technikfolgenabschätzung

Problemstellung

Die weitere Ausarbeitung und Umsetzung des Leitbildes »Nachhaltigkeit« erfolgt durch zahlreiche Akteure, z. B. Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, NGOs. Ein weiterer Akteur ist die Wissenschaft, deren Stärke im Konzeptionell-inhaltlichen und im Methodisch-prozeduralen liegt. Es ist deutlich geworden, daß dafür ein multi- oder interdisziplinäres wissenschaftliches Vorgehen erforderlich ist.

Nachhaltigkeitsüberlegungen sind Überlegungen, die in eine »offene«, durch die Gegenwart nicht vollständig determinierte Zukunft gerichtet sind. Das bedingt Zielvorstellungen, Visionen und Handlungsoptionen, aber auch Operationalisierungen und Nachhaltigkeits-Indikatoren sowie Abwägungen (z. B. zwischen differierenden Zielen oder zwischen Kurzfrist- und Langfristperspektiven). Dazu kann die Wissenschaft gewichtige Beiträge leisten. Zu einigen Facetten dieses »Aufgabenbündels« werden im folgenden einige Überlegungen vorgestellt.

Ein integratives Nachhaltigkeitskonzept

Nachhaltigkeit¹ ist als wissenschaftliches Thema gegenwärtig »in«². Publikationen und Konferenzen zu diesem Thema häufen sich. Durch einen inflationären Wortgebrauch als auch durch den unkritischen Umgang mit dem konzeptionellen Anliegen besteht die Gefahr, daß der mit »Nachhaltigkeit« ursprünglich verbundene oder erwartete Anspruch zerredet oder aus dem Blick verloren wird. Zugleich ist diese Thematik aber auch zeitgemäß: Angesichts der offensichtlichen Diskrepanz zwischen der gegenwärtigen, auf enormer Natursausbeutung und Umweltbelastung basierenden Lebensart eines Teils der Menschheit einerseits und den bereits heute absehbaren Erfordernissen für die Sicherung der Existenz- und Entwicklungsbedingungen künftiger Generationen andererseits sind Konzepte notwendig, die sowohl politisches wie wissenschaftliches, sowohl individuelles wie gesellschaftliches Handeln in seiner »Zukunftsfähigkeit« orientieren und befördern können. Das wird mit dem Konzept der Nachhaltigkeit versprochen.³

Bei der Konkretisierung dieses in zahlreichen nationalen und internationalen Dokumenten verankerten Leitbildes in die verschiedenen Politikfelder und bei der Frage nach konkreten Zielen, Strategien oder Handlungsprioritäten gehen jedoch die Vorstellungen der an dem Diskurs Beteiligten nach wie vor auseinander. Der Konsens

Gerhard Banse – Jg. 1946, Prof. Dr. sc. phil., Philosoph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Karlsruhe GmbH Technik und Umwelt, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Honorarprofessor für Allgemeine Technikwissenschaft an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V.; zirka 190 Publikation in Büchern und Zeitschriften im In- und im Ausland.
E-Mail: banse@itas.fzk.de

Überarbeiteter Beitrag, der im Rahmen der Podiumsdiskussion »Nachhaltigkeit in Ländern und Kommunen« am 16. November 2002 gehalten wurde.

in bezug auf das allgemeine Leitbild der Nachhaltigkeit weicht sofort der kontroversen Diskussion, wenn es um Operationalisierungen und Konkretisierungen geht. Das betrifft bereits die Frage, in welchen »Dimensionen« (vor allem ökologisch, ökonomisch, sozial und institutionell-politisch) Nachhaltigkeit konkret zu fassen und wie das Verhältnis dieser Dimensionen untereinander zu verstehen sein soll.

Angesichts dieser Situation wurde im Rahmen des HGF-Projekts »Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland«⁴ ein integratives Konzept entfaltet und zur Diskussion gestellt, das seinen Ausgangspunkt in einer gleichrangigen Betrachtung inter- und intragenerativer Gerechtigkeit nimmt: Die Rechte nachfolgender Generationen und die Rechte der heute Lebenden in den verschieden entwickelten Gebieten der Erde müssen in Einklang gebracht werden. Der Unteilbarkeit des Gerechtigkeitsprinzips auf dieser allgemeinen Ebene entspricht die Notwendigkeit einer integrativen Betrachtung der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit. Und in der Tat, über Zukunftsfähigkeit wird nicht nur in einer dieser Dimensionen entschieden, sondern in einer komplexen Verknüpfung zwischen diesen. Hierbei ergibt sich auch die Notwendigkeit der expliziten Berücksichtigung der institutionell-politischen Dimension.

Ausgangsprämisse ist somit, daß die ökologische, ökonomische, soziale und institutionell-politische Dimension nachhaltiger Entwicklung prinzipiell gleichrangig und integriert zu behandeln sind. Ziel eines solchen Nachhaltigkeitskonzepts ist es, die Erhaltung bzw. Verbesserung ökonomischer und sozialer Lebensbedingungen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen und nach hierfür geeigneten institutionell-politischen Voraussetzungen zu suchen.

Im Unterschied zu bisherigen integrativen Ansätzen wird in diesem Konzept die Integration nicht auf der Basis von »Säulen« oder »Dimensionen« der Nachhaltigkeit betrieben. Statt dessen wird, ausgehend vom Gerechtigkeitspostulat, nach Mindestbedingungen für Nachhaltigkeit gefragt. Statt einer Sortierung nach den üblichen Dimensionen werden substantielle (»Was-Regeln«) und instrumentelle (»Wie-Regeln«) Orientierungen für Nachhaltigkeit eingeführt.

Im Hinblick auf die zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erforderlichen Handlungsstrategien wird davon ausgegangen, daß es einer angemessenen Kombination aus den drei, bislang vorwiegend auf die ökologische Dimension bezogenen Ansätzen bedarf (vgl. Huber 1995): Effizienz (d. h. die Reduzierung des Stoff- und Energieverbrauchs je Einheit hergestellter Güter oder Dienstleistungen), Suffizienz (Reduzierung der hergestellten Menge und Nutzung von Gütern/Dienstleistungen) und Konsistenz (Erhöhung der Vereinbarkeit anthropogener mit natürlichen Stoffströmen).

Im Gegensatz zu dem von vornherein auf Deutschland beschränkten Operationalisierungsansatz der Enquête-Kommission wird im HGF-Projekt versucht, Mindestvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung zu formulieren, die unabhängig vom nationalen Kontext sind. Da diese Mindestbedingungen globalisierbar sein sollen, müssen sie konsequenterweise beiden Zielsetzungen des Leit-

1 Im folgenden werden die Worte »Nachhaltigkeit«, »Nachhaltige Entwicklung«, »Zukunftsfähigkeit«, »Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung« und »Sustainability« bzw. »Sustainable Development« trotz möglicher Unterschiede als synonym betrachtet.

2 Das »Sustainable-Development«-Konzept wurde bekanntlich erstmals 1987 mit dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung »Our Common Future« (»Brundtland-Bericht«) ins Gespräch gebracht.

3 Die folgenden Überlegungen stützen sich weitgehend auf Kopfmüller et al. 2001; Einzelheiten und Beispiele finden sich dort.

4 Generelle Zielsetzung dieses Vorhabens ist es, Orientierungs- und Handlungswissen für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung in Deutschland zu erarbeiten und damit einen wissenschaftlichen Beitrag zur Debatte zu leisten. Es werden zum einen verschiedene Handlungsoptionen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene und für verschiedene Aktivitätsfelder (z. B. Bauen und Wohnen, Information und Kommunikation, Mobilität, Freizeit und Tourismus) entwickelt und analysiert. Zum anderen werden Grundlagen und Kriterien für eine am Nachhaltigkeitsleitbild orientierte künftige Prioritätensetzung für die Forschungs- und Technologiepolitik im allgemeinen und die der HGF im besonderen erarbeitet.

bilds, also sowohl der Bestandserhaltungs- wie der Entwicklungsperspektive Rechnung tragen.

Dazu wird von folgenden generellen konstitutiven Elementen des Nachhaltigkeits-Leitbildes ausgegangen (vgl. näher dazu Kopfmüller et al. 2001, S. 129 ff.):

1. intra- und intergenerative Gerechtigkeit;
2. globale Orientierung;
3. anthropozentrischer Ansatz.

Aus diesen drei Prämissen (»konstitutive Elemente«) ergeben sich in einem ersten Operationalisierungsschritt folgende drei generelle Ziele nachhaltiger Entwicklung (vgl. näher dazu Kopfmüller et al. 2001, S. 163 ff.):

1. Sicherung der menschlichen Existenz;
2. Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotentials;
3. Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Diese werden sodann durch die Angabe von Mindestvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in Form von Regeln präzisiert.

Als substantielle Mindestanforderungen ergeben sich folgende »Was-Regeln« der Nachhaltigkeit (vgl. näher dazu Kopfmüller et al. 2001, S. 172, 189 ff.):

Zu 1. Sicherung der menschlichen Existenz:

- Schutz der menschlichen Gesundheit;
- Gewährleistung der Grundversorgung;
- selbständige Existenzsicherung;
- gerechte Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten;
- Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede.

Zu 2. Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotentials:

- nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen;
- nachhaltige Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen;
- nachhaltige Nutzung der Umwelt als Senke;
- Vermeidung unvertretbarer technischer Risiken;
- nachhaltige Entwicklung des Sach-, Human- und Wissenskapitals.

Zu 3. Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten:

- Chancengleichheit im Hinblick auf Bildung, Beruf, Information;
- Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen;
- Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt;
- Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur;
- Erhaltung der sozialen Ressourcen.

In instrumenteller Hinsicht ergeben sich folgende Nachhaltigkeitsregeln (»Wie-Regeln« – vgl. näher dazu Kopfmüller et al. 2001, S. 174, 273ff.):

- Internalisierung der ökologischen und sozialen Folgekosten;
- angemessene Diskontierung;
- Begrenzung der Verschuldung;
- faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen;
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- Resonanzfähigkeit der Gesellschaft;
- Reflexivität;
- Steuerungsfähigkeit;
- Selbstorganisation;
- Machtausgleich.

Das Gerechtigkeitsverständnis des Brundtland-Berichts⁵

Das Gerechtigkeitsverständnis des Brundtland-Berichts ist ein institutionelles, politisch-soziales Verständnis, Gerechtigkeit ist *soziale Gerechtigkeit* (iustitia socialis). Diese wird im Brundtland-Bericht im Unterschied zu einem engen ökonomischen Verteilungsbegriff, in erster Linie daran gemessen, nach welchen Kriterien Rechte und Pflichten, Naturressourcen, Wirtschaftsgüter und soziale Positionen *verteilt* werden (distributive Gerechtigkeit).⁶ Das Gerechtigkeitsprinzip des »Brundtland-Berichts« ist somit das Verteilungskriterium, das Gerechtigkeitsverständnis ist vorrangig das einer Verteilungsgerechtigkeit.⁷ Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der politischen Auseinandersetzung soziale Gerechtigkeit in dreifacher Gestalt auftritt: als Bedürfnisgerechtigkeit (»Jedem gemäß seinen Bedürfnissen«), als Leistungsgerechtigkeit (»Jedem nach seinen Leistungen«) und als Besitzstandsgerechtigkeit (»Jedem nach seinem Besitzstand«).⁸ Ein Teil der Nachhaltigkeitsüberlegungen geht von einem »Mix« von Bedürfnis- und Leistungsgerechtigkeit aus. Unterhalb eines gewissen Levels sollte nach Bedürfnissen (»Grundbedürfnisse«, »basic needs«), oberhalb dieses Levels vor allem nach Leistung verteilt werden: »Jenseits der Reichweite einer nach dem Kriterium des Bedarfs vorzunehmenden Gleichverteilung eines Anspruchs oder der Zugangsmöglichkeit zu einem Gut, die jedem Menschen unbeschadet einer Leistung zuerkannt wird, können Leistung, erworbene Rechte etc. geltend gemacht werden« (Acker-Widmaier 1999, S. 70).

Vor diesem Hintergrund wird im Brundtland-Bericht einerseits (ein Mehr an) Gerechtigkeit (d. h. eine gerechtere Verteilung oder auch gerechtere »Um«verteilung) als Ziel gegenwärtiger und zukünftiger nationaler wie internationaler Entwicklung charakterisiert, andererseits Ungerechtigkeit (ungerechte Verteilung wie ungerichtete »Besitzstände«) als Ursache für globale Problemlagen und Konflikte identifiziert.

Dieses generelle Gerechtigkeitsverständnis kann mit Blick auf »Operationalisierbarkeit« konkretisiert werden, und zwar hinsichtlich des zugrunde zu legenden Gleichheitsprinzips, der Einbeziehung eines Kriterien-Sets sowie der Einheit von Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit.

Zunächst ist die Einsicht zu berücksichtigen, daß die wichtigste Kategorie zur Beschreibung eines verteilungsgerechten sozialen Gefüges der Grad von Gleichheit/Ungleichheit ist. Denkt man über Verteilungsgerechtigkeit nach, dann kommt man ohne diese Kategorie nicht aus: »Alle moderneren Theorien, die sich mit dieser Frage befassen, postulieren die Gleichheit einer bestimmten Variablen. ... In allen Gerechtigkeitsvorstellungen oder -theorien gibt es einen zentralen, besonders wichtigen Bereich, für den Gleichheit erlangt wird. ... Es ist wichtig zu erkennen, daß die Gleichheit der einen Variable häufig die Gleichheit der anderen ausschließt. ... Im Rahmen von Gerechtigkeitstheorien wird ein Bereich abgegrenzt, in dem aus ethischen Gründen eine Gleichverteilung von bestimmten Ansprüchen oder Möglichkeiten zur Realisierung von Werten erfolgen sollte. Die Verteilung soll gemäß einem ethisch legitimen Kriterium erfolgen. Die verschiedenen Theorien können sich in der

5 Vgl. Kopfmüller et al. 2001, S. 135 ff.

6 Dabei tendieren die diesbezüglichen Überlegungen zu zwei Verteilungskriterien: einerseits zu einer Gleichbehandlung aller Menschen hinsichtlich des insgesamt zu Verteilenden, andererseits zu einer Gleichbehandlung aller Menschen lediglich hinsichtlich der (Grund-)Bedürfnisse. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Huber hinsichtlich des Programms »Sustainable Netherlands«: »Dem Programm wurde das Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit in radikalegalitärer Ausprägung zugrunde gelegt, während Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und der Besitzstandsgerechtigkeit in Gänze negiert blieben« (Huber 1995, S. 37 f.).

7 In diesem Sinne formuliert Kirchgässner: »Die Frage einer nachhaltigen Entwicklung ist vor allem eine Verteilungsfrage zwischen den Generationen und damit eine Frage der Gerechtigkeit« (Kirchgässner 1997, S. 20).

8 Diese unterschiedlichen Verteilungskriterien bzw. -prinzipien im Rahmen sozialer Gerechtigkeit finden ihren Niederschlag auch in der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte, indem der Liberalismus einen weitgehend individualistischen Personenbegriff unterstellt, während der Kommunitarismus die Gemeinschaft in den Vordergrund rückt: Während liberale Gerechtigkeitskonzepte die Trennung von »privat« und »öffentlich« im modernen Rechtsstaat (als Interpretation neuzeitlicher Vertragstheorien) nicht nur

als »sinnvoll«, sondern auch als »richtig« ansehen, wird vom Kommunitarismus genau diese Trennung (nicht Unterscheidung) als verhängnisvoll angesehen, da sie die Grundlagen des Gemeinwesens untergrabe (vgl. Hastedt 1994, S. 200 f.; siehe auch Wischermann 1998).

9 Hinsichtlich dieser »einen Variablen«, von der Acker-Widmaier hier spricht, unterscheiden sich auch verschiedene Ansätze der Nachhaltigkeit.

10 »Equality-of-Welfare meint hier nicht nur, daß die Wohlfahrt, die ein Mensch während seiner gesamten Lebenszeit erfahren hat, jener seiner Mitmenschen gleichen muß, sondern in einem strengeren Sinne, daß diese Wohlfahrt in jeder Periode (wie kurz auch immer) gleich sein soll« (Acker-Widmaier 1999, S. 135, FN 232).

11 Dabei handele es sich um »Dinge, von denen man annehmen kann, daß sie jeder vernünftige Mensch haben will« (Rawls 1994, S. 83).

12 Im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsüberlegungen wird das traditionelle ethische Thema des »guten«, »gelingenden« bzw. »gelungenen« Lebens von M. Seel aufgegriffen (vgl. Seel 1995, 1997). Diese Überlegungen werden von Acker-Widmaier wie folgt zusammengefaßt: »Seels Ziel ist nicht zu zeigen, was ein Mensch im Interesse an seinem Wohlergehen tun sollte, sondern wie, in welcher Form ein Mensch mit den Gegebenheiten seiner individuellen Existenz umgehen sollte.

Beurteilung unterscheiden, was ein legitimes Kriterium konstruiert, welche Güter zu verteilen sind und wie die Verteilung beim Vorliegen bestimmter Merkmale zu erfolgen hat« (Acker-Widmaier 1999, S. 68 ff.).⁹ Eine »Kandidatenliste« für das jeweils normativ gleich starke Gleichheitskriterium umfaßt mindestens die Einträge Wohlfahrt, Rechte und Grundgüter, Ressourcen, Fähigkeiten und Möglichkeiten sowie Wahlmöglichkeiten (vgl. Weikard 1996, S. 165).

Die »klassischen Egalitaristen« bewerteten eine Gesellschaft auf der Grundlage von »Wohlfahrt« (*welfare*) und bezeichneten sie als gerecht, wenn für alle Menschen – auch die zukünftigen! – die Möglichkeit vorhanden ist, dasselbe Wohlfahrtsniveau zu realisieren, wenn also niemand bevorzugt wird.¹⁰ Den Anspruch auf eine Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen nach dem Gleichheitsprinzip, die eine Chancengleichheit garantiert, verteidigt z. B. Ronald Dworkin (vgl. Dworkin 1981, 1985). Er vertritt ein Konzept, das allen Menschen das grundlegende moralische Recht auf gleiche Beachtung und Achtung sowie das Prinzip der Gleichheit hinsichtlich der Ressourcen zuerkennt (vgl. Forst 1994, S. 95). Bezogen auf zukünftige Generationen bedeutet das vor allem, ihnen durch die gegenwärtige Generation einen adäquaten Zugang zu den Ressourcen zu sichern.

Für John Rawls sind die Verteilung von bzw. Versorgung mit Grundgütern sowie die Berücksichtigung individueller Rechte die Kriterien für die Beurteilung gesellschaftlicher Zustände. Grundgüter faßt er als diejenigen »Güter«, auf die jeder Mensch einen Anspruch habe, da sie für die Verwirklichung der meisten Lebenspläne notwendig seien¹¹, vor allem sind es Freiheiten, Chancen, Einkommen und Bedingungen der Selbstachtung (vgl. Rawls 1994). In den Überlegungen von Amartya Sen wiederum sind es die menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten (*capabilities*), an denen Gerechtigkeit gemessen werden kann, d. h. die Erreichbarkeit bestimmter (objektivierbarer) Zustände (etwa »gesund leben zu können«). Damit wird der individuellen Verfaßtheit der Menschen Rechnung getragen (vgl. z. B. Sen 1993). Acker-Widmaier hat darauf verwiesen, daß mit dem »Capability-Konzept« einerseits die Möglichkeit gegeben ist, *Naturfunktionen* in eine Liste von Grundgütern aufzunehmen. Andererseits ist damit die Notwendigkeit verbunden, das individuell Erstrebenswerte im Rahmen von Vorstellungen eines »guten Lebens« zu thematisieren (vgl. Acker-Widmaier 1999, S. 203).¹²

Weikard schließlich zieht aus einer Analyse des Suchens nach objektiven Wohlfahrtskriterien und unter Berücksichtigung »einer unsicheren Zukunft, unserer begrenzten Informationen über Wünsche und Interessen sowie über Möglichkeiten und Bedingungen des Lebens zukünftiger Generationen« (Weikard 1996, S. 168) den Schluß, daß die meisten der genannten Kriterien nicht operationalisierbar sind und schlägt deshalb eine Konzentration auf den Erhalt der Wahlmöglichkeiten der zukünftigen Generationen vor (Ebenda, S. 169).

Sodann zeigt sich, daß die vielfältigen Diskussionen um das Kriterium distributiver Gerechtigkeit auch im Nachhaltigkeits-Konzept in der Konsequenz ein Verständnis von Gerechtigkeit nahe legen,

das nicht allein auf einem einzelnen Kriterium, sondern auf einem Kriterien-Set basiert: Komplexe Verteilungsfragen können nicht durch ein einziges Kriterium entschieden werden (vgl. Young 1993, S. 41). Ähnlich schlägt auch Tammalo in diesem Zusammenhang vor, Gerechtigkeit nicht nur auf nur einen Grundsatz (z. B. den Gleichheitsgrundsatz oder den Grundsatz »Jedem das Seine«) zurück zu führen, sondern ein Prinzipiengefüge zu nutzen, dessen Funktion es sei, Ordnung zu stiften und ein Gleichgewicht herzustellen oder aufrechtzuerhalten, vornehmlich im Verhältnis der Menschen untereinander (vgl. Tammalo 1977, S. 25; siehe auch Irrgang 1996, S. 250). In diesem »Gefüge« können bzw. sollten die Gerechtigkeitsgrundsätze unterschiedlich gewichtet sein, sie können graduelle Abstufungen aufweisen. Auch deshalb sind in ein Gerechtigkeits-Konzept diskursive Momente einzubinden, durch die wohlbegründete Urteile und einsichtige Zustimmungen bezüglich der im Hinblick auf Gerechtigkeit strittigen Punkte erzielt werden können (vgl. Tammalo 1997, S. 20).

Schließlich umfaßt nachhaltige Entwicklung im Sinne des Brundtland-Berichts hinsichtlich Gerechtigkeit neben der *Verteilung* von Gütern (Verteilungsgerechtigkeit) einen *fairen Ausgleich* zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen jetzt und zukünftig lebender Menschen und zwischen verschiedenen Ländern (Verfahrensgerechtigkeit). Handelt es sich bei der Verteilungsgerechtigkeit um ein materiales, »substantielles« Konzept, für das Verteilungskriterien vorgängig sind, so stellt die Verfahrensgerechtigkeit einen formalen, insonderheit einen prozeduralen Ansatz dar, für den Regeln vorgegeben sein müssen.¹³ Der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit verpflichtet zur Folgenabschätzung, zur Güter-abwägung und zur Berücksichtigung möglichst aller Betroffener (sowohl heute wie zukünftig Lebende). Vor- und Nachteile, Chancen und Gefahren sowie Kosten und Nutzen sind abzuschätzen und dann vor allem angemessen zu verteilen. Dieser Grundsatz fordert Gleichberechtigung in vergleichbaren Umständen bzw. Berücksichtigung der Betroffenen nach Gesichtspunkten formaler Gerechtigkeit (vgl. Irrgang 1996, S. 250).

Nachhaltigkeit und Technikentwicklung

Es fällt auf, daß Technik in diesem Zusammenhang keine Erwähnung findet, daß ökonomische, ökologische und soziale Zusammenhänge als relevant angesehen werden, nicht jedoch technische. Ist das ein Zufall oder eine bewußte konzeptionelle Prämisse? Ist Technik für das »Leitbild Nachhaltigkeit« eine vernachlässigbare oder gegenüber dem Sozialen, dem Ökologischen und dem Ökonomischen nur eine abgeleitete bzw. abhängige Größe? Zur letzten Frage meine ich nein, denn das wäre m. E. eine ungerechtfertigte Simplifizierung, wäre die gedankliche »Ausblendung« eines wirkmächtigen Bereichs, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Für eine Einbeziehung des Technischen in Überlegungen zu Sustainability sprechen auch folgende Erkenntnisse:

(a) Die Geschichte der Technik belegt, daß Rückstände (»Exkrement«) der Produktion und Konsumtion – ganz sicherlich ein nicht unbedeutender Beitrag zur Umweltbelastung – in nennenswertem

Mit dem Begriff der Selbstbestimmung wird eine bestimmte *Form* der Lebensführung in den Mittelpunkt gestellt. Einer Person kommt es darauf an, sich zu ihrem Dasein im Modus der Selbstbestimmung zu verhalten, also ein Leben zu führen, das es ihr erlaubt, ihr personales Leben als Selbstzweck zu erfahren. Gelingende Welterschließung heißt bei Seel, daß ein Individuum für sich selbst einen Spielraum oder einen Alternativenraum eines guten Lebens gewinnt, d. h. einen Raum, der die Erfüllung verschiedenster eigener Wünsche zulässt« (Acker-Widmaier 1999, S. 262).

13 Wie die Gerechtigkeitsdiskussion vor allem der letzten Jahre deutlich gemacht hat, kann Gerechtigkeit weder rein *substanzontologisch* noch rein *funktionalistisch* gefaßt werden, oder positiv ausgedrückt, Gerechtigkeitsbestimmungen müssen »*seinshaft* und *prozeßhaft zugleich*« (vgl. Kaufmann 1989, S. 140), »substantiell« und »prozeduralisiert« sein (wobei das »geeignete Maß« auf den – theoretisch unlösbaren – Zirkel oder – theo-retisch unendlichen – Regress in der Begründung und damit auf *lebenspraktische* Erwägungen verweist).

Umfang erst mit Beginn der Industrialisierung auftreten; vorher gab es eine möglichst vollständige Verwertung sowohl der Roh- und Ausgangsmaterialien als auch der aus dem Verwendungszusammenhang ausscheidenden Artefakte. Industrialisierung hieß (und heißt noch heute) vor allem vermehrter (»exzessiver«) Technikeinsatz. Dieser erst ermöglichte mit das heute bekannte Ausmaß des Eingriffes in die Natur (egal, ob in Form von massiver Umweltveränderung oder als gentechnisch realisierte Modifikationen von Bestehendem).

(b) Im gegebenen Zusammenhang, nämlich bei der Belastung der natürlichen Umwelt, kommt der Technik und ihrer Entwicklung eine zentrale Rolle zu.

Stärker zu thematisieren ist deshalb die Nutzung des Humankapitals für Nachhaltigkeit. Eines ist deutlich: Hier muß ein gesellschaftliches Umdenken einsetzen, um »Nachhaltigkeit« stärker als bisher zum Bewertungskriterium und zur Anforderungsstrategie für die Förderung von Forschungs- und Bildungsprogrammen werden zu lassen (vgl. Hennen, Krings 1998).

Ein wichtiges Feld bieten etwa jene Technologien, die die technische Basis für das bilden, was – sehr unscharf – als Informationsgesellschaft bezeichnet wird, in erster Linie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT – vgl. auch Banse 2003). Viele Protagonisten der IKT vertreten die These, daß gerade die IKT als nachhaltig bezeichnet werden müssen. Sie begründen dies vor allem mit den Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung in der Steuerung stofflicher Prozesse der Produktion und Konsumtion sowie vor allem mit dem wachsenden Beitrag der (immateriellen) Information und des Wissens zur Wertschöpfung (d. h. zur Erzeugung von Gütern als auch von Dienstleistungen). Demgegenüber wird auch die These vertreten, gerade die IKT würden das Nachhaltigkeitsproblem massiv weiter verschärfen. Begründet wird dies durch die durch diese Techniken möglich werdende Beschleunigung wirtschaftlichen Handelns in Produktion und Konsumtion, denn das Resultat sind auch wachsende Stoffströme und Energieflüsse, zunehmende personale Mobilität etc. Varianten beider Thesen finden sich etwa in dem Sammelband »Informationsgesellschaft und Nachhaltige Entwicklung« (vgl. Radermacher 2000).

Vor dem Hintergrund dieser These bzw. Antithese gewinnt die Einsicht, daß Technologien per se weder nachhaltig noch nicht nachhaltig sind, eine erweiterte Bedeutung. Wichtig ist deshalb, die genannte Debatte konstruktiv zu wenden: Für nachhaltige Effekte von Technik sind zwar die (internen) technischen Leistungsparameter bedeutsam, entscheidender ist zunächst jedoch die Art und Weise, wie Technik in der Gesellschaft eingesetzt und genutzt wird, in welche Kontexte sie integriert und welchen Zwecksetzungen sie untergeordnet ist. Über die individuelle Verwirklichung der Nachhaltigkeitspotentiale von Technik entscheidet sodann zusätzlich eine Kombination aus Technikgebrauch, Lebensstil und Konsumverhalten. Somit schließt nachhaltige Entwicklung auch den breiten Dialog über Gestaltungsziele, über Visionen einer zukünftigen Gesellschaft, über Wünschbarkeit, Akzeptabilität und Zumutbarkeit technischer Entwicklungen ein. Das aber setzt auch Wissen voraus, vor allem Wissen über Ursache-Wirkungs- und Zweck-Mittel-Beziehungen,

über Folgen technisch instrumentierten Verhaltens sowie über ökologische, soziale u. a. Effekte der Techniknutzung.

Generell ist in diesem Zusammenhang die Frage zu stellen, wie Technik so gestaltet werden kann (bzw. muß), daß ein Mehr an nachhaltiger Entwicklung möglich wird (vgl. Banse 1997). Das setzt u. a. zunächst voraus, die Fragen zu beantworten, was »nachhaltige« Technik ist und wie beurteilt werden kann, inwieweit ein konkreter Technikeinsatz zu mehr oder zu weniger nachhaltiger Entwicklung führt. Damit stellen sich vorrangig folgende drei Probleme (vgl. Grunwald 2002, S. 106; siehe auch Banse 2002, S. 68 f.):

- das Wissensproblem (Wissen über politische, rechtliche, ökonomische, soziale u. a. Rahmenbedingungen; über Konsumentenverhalten, Techniknutzung und -folgen);
- das Bewertungsproblem (multikriterielle, dimensionenübergreifende Bewertung; Konsens und Dissens über Kriterien und deren Hierarchie);
- das Umsetzungsproblem (Akzeptanz und Realisierung von neuen Technologien, die eine nachhaltige Entwicklung befördern können).

Auch infolge möglicher »Bumerang-Effekte« (negative Effekte bzw. Problemlagen von Technologien, Strategien, Entscheidungen usw., die die Überwindung früherer negativer Effekte bzw. Problemlagen zum Ziel hatten) gilt es zunächst, die Reflexivität der Gesellschaft zu erhöhen, wie es die siebente der Instrumentellen Nachhaltigkeitsregeln des integrativen Ansatzes fordert (vgl. Kopfmüller et al., S. 174, 305), denn Reflexivität ist eine Zentralkategorie in der gegenwärtigen Debatte um das »Wie« der Ermöglichung von Nachhaltigkeit: »Unter dem Begriff »Reflexivität« versteht man die Wahrnehmung, Erfassung und Artikulation von Problemlagen sowie die Fähigkeiten des wissenden bzw. adäquaten Handelns im Rahmen sich verändernder Bedingungen« (Enquête-Kommission 1998, S. 385). Sodann gilt es weitergehend, Nachhaltigkeitsziele und -vorstellungen einem wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Lernprozeß zu überantworten, der hinsichtlich des zu generierenden, des zu vermittelnden wie des anzueignenden Wissens weitgehend, aber nicht vollständig offen ist, denn »die Verpflichtung auf das Nachhaltigkeitspostulat schränkt die Offenheit ein.« (Kopfmüller et al., S. 367) Dieser Lernprozeß kann und sollte sich auf unterschiedlichen Ebenen vollziehen: kognitives Wissen, normative Orientierung, Konflikterkennung und -bewältigung, Relevanzeinschätzung, Monitoring der Folgen von Maßnahmen (vgl. Kopfmüller et al., S. 367 f.).

Erforderlich ist eine politische Kultur, die auf »Prozeduralisierung«, »Aushandlung« und Transparenz von Entscheidungen und ihrer Vorbereitung basiert.¹⁴

Derartige technikbezogene Konzepte und Verfahrensweisen müssen deshalb

- wissenschaftlich kompetent sein (d. h. den Anforderungen an eine Diagnose von Problemen, Ursachen, Maßnahmen und deren jeweiligen Folgen kognitiv und methodisch gewachsen),
- legitimationsfähig sein (d. h. mit geltenden Grundnormen kompatibel und in der Lage, die aus der Entscheidungskonstellation sich ergebende Pluralität betroffener gesellschaftlicher Werte und Interessen zu berücksichtigen),

14 Vgl. zum Folgenden ausführlicher und mit weiteren Beispielen Baron 1995, S. 167 ff.; Bechmann et al. 1994; Breisig 1999; Brennecke 1996; Daele, Neidhardt 1996; Diemel 1991; Gloede 1994, 2001; Hartwich 1996; Jörissen 1997; Köberle et al. 1997.

- praktikabel sein (d. h. in der Lage, die mit der Entscheidungskonstellation einhergehenden Durchsetzungsbedingungen möglicher Entscheidungen berücksichtigen).

Es wird einsichtig, daß infolge dieser vielfältigen Anforderungen und Vermittlungen sowie differierender Interessen und Wertvorstellungen keine »einfache« Lösungskonzeption für technikbezogene Entscheidungen möglich (oder zumindest nicht in Sicht) ist. Deshalb gilt es, solche Verfahren (weiter) zu entwickeln, die geeignet sind, durch ihre Prozeduralität die wissenschaftliche Kompetenz, die normative Legitimität und die machtbezogene Praktikabilität gleichermaßen zu gewährleisten.

In der gegenwärtigen Diskussion lassen sich folgende drei Verfahrenssysteme unterscheiden:

- Diskursverfahren, deren Stärke in themenzentrierter Kommunikation und Argumentation liegt,
- partizipative Verfahren, deren Stärke in der Berücksichtigung gesellschaftlicher Werte liegt,¹⁵
- Mediations(Vermittlungs-)verfahren, deren Stärke im Machtberücksichtigungspotential und der situativen Konfliktregulierung liegt.

Generell ist bei aller Verfahrensrationalität zu berücksichtigen, daß technikbezogene Entscheidungen Prozesse sind, die für Revisionen im Zeitablauf offen sein müssen, um neuen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen zu können. Insofern muß langfristig immer wieder mit aufbrechendem Dissens und Konflikten gerechnet werden. Und um das »ertragen« zu können, ist Toleranz erforderlich.

Als generelle Konsequenz ergibt sich, daß das »Terrain« einer beteiligungs- und konsensorientierten politischen Kultur so zu gestalten ist, daß dafür die notwendigen Voraussetzungen vorhanden sind. Da gleichermaßen problemadäquate wissenschaftliche wie gesellschaftlich-politische Strukturen gefordert sind, ergeben sich auch Schlußfolgerungen für beide Richtungen.

Warum Technikfolgenabschätzung?

Es existieren unterschiedliche Auffassungen über Aufgaben, Ziele, methodische Vorgehensweisen, Möglichkeiten usw. von Technikfolgenabschätzung. Das zeigt sich aktuell u. a. in differierenden Begriffsbildungen: Technikfolgen-Abschätzung, Technikbewertung, Technikbegleitforschung, Technikfolgenforschung, Technikfolgenbeurteilung, Technikwirkungsforschung u. a. werden (häufig unreflektiert) verwendet, um unterschiedlichste Aktivitäten im Zusammenhang mit Voraussetzungen und Wirkungen technischer Hervorbringungen und technisch instrumentierten Handelns zu konzeptualisieren.

Im folgenden wird – als Verständigungsbasis – davon ausgegangen, daß Technikfolgenabschätzung

- das mehr oder weniger systematische und weitgehend umfassende Erfassen (Beschreiben) und Beurteilen (Bewerten) der Einführungsbedingungen (Voraussetzungen) sowie der Nutzungs- und Folgedimensionen (Wirkungen) technischen Handelns
- unter gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen, technischen, wissenschaftlichen (militärischen) und humanen (ein-

15 Dabei gilt es immer auch, die »Grenzen« der einzelnen Verfahren zu bedenken, auch, um sinnvolle Verfahrenskombinationen zu »installieren« (etwa im Verhältnis von basisdemokratischen und repräsentativ-demokratischen Elementen).

schließlich ethischen) Aspekten

- in praktischer Absicht und
- in nachvollziehbarer Weise

bedeutet (vgl. zum Folgenden auch Banse 2002).¹⁶

Dadurch versucht Technikfolgenabschätzung, zwei miteinander verbundenen (weil aufeinander bezogenen) Anliegen gerecht zu werden: *erstens* die entscheidungsbezogene Erstellung einer »Zusammenschau« sowohl des aktuellen technischen Entwicklungsstandes, der vorhandenen Handlungsoptionen und ihrer mutmaßlichen Effekte sowie deren »Bilanzierung« als auch möglicher (gesellschafts-)politischer Aus- und Rückwirkungen – »politisches Rahmenkonzept« –, der nur entsprochen werden kann, wenn *zweitens* sowohl die Komplexität moderner Technik (einschließlich ihrer Folgen) und deren »Umgebung« als auch beider Wechselbeziehungen und abseh- bzw. abschätzbarer zukünftiger Veränderung in einer problemangemessenen Weise Rechnung getragen wird – »systemanalytischer Anspruch« (vgl. auch Gethmann, Grunwald 1996, S. 12 ff.).

Ein Nutzen aus der Technikfolgenabschätzung wurde und wird erwartet infolge

- erkennbarer zunehmender Bedrohung vieler Bereiche der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt durch unvorhergesehene Neben- und Spätwirkungen von Techniken mit beachtlichen »Primäreffekten«;
- wachsender Komplexität und Größenordnung neuer Technologien mit immer schwerer durchschaubaren und möglicherweise irreversiblen »Auswirkungsketten«;
- unabweisbarer Notwendigkeit der Schonung knapper werdender natürlicher und finanzieller Ressourcen (»Prioritätensetzung«);
- steigender Geschwindigkeit des technischen Wandels (vor allem in globaler Dimension und in den »high-tech«-Bereichen) sowie
- der Infragestellung der Legitimität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts angesichts zunehmender offenkundiger negativer Effekte.

Erforderlich ist deshalb in inhaltlicher Hinsicht¹⁷

- eine in die Zukunft gerichtete Analyse, die über die *systematische* Identifikation und Bewertung von möglichen Auswirkungen technischer Entwicklungen *rechtzeitig* entscheidungsrelevante Informationen liefert;
- die Identifikation und Bewertung alternativer Handlungswege (Optionen) zur Erreichung *definierter* Ziele;
- die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit über *wahrscheinliche* Konsequenzen *möglicher* zukünftiger technologiepolitischer Entscheidungen.

In methodischer Hinsicht ist zusätzlich erforderlich

- die *transparente, nachvollziehbare* und *nachprüfbar*e Gestaltung aller Schritte von Technikfolgenabschätzung infolge der Vielzahl zu treffender *Annahmen* und zu fällender *Werturteile*;
- die Sicherstellung der *aktiven* Teilnahme (»Partizipation«) der durch die Technikanwendung betroffenen Gruppen, da das Fehlen *echter* Beteiligungsmöglichkeiten für diese Gruppen das Risiko der Manipulation und der Bevorzugung bestimmter Interessen erhöht.

16 In der VDI-Richtlinie 3780 »Technikbewertung – Begriffe und Grundlagen« vom März 1991 heißt es: »Technikbewertung bedeutet das planmäßige, systematische, organisierte Vorgehen, das den Stand der Technik und ihre Entwicklungsmöglichkeiten analysiert, unmittelbare und mittelbare technische, wirtschaftliche, gesundheitliche, ökologische, humane, soziale und andere Folgen dieser Technik und möglicher Alternativen abschätzt, aufgrund definierter Ziele und Werte diese Folgen beurteilt oder auch weitere wünschenswerten Entwicklungen fordert, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten daraus herleitet und ausarbeitet, so daß begründete Entscheidungen ermöglicht und gegebenenfalls durch geeignete Institutionen getroffen und verwirklicht werden können.«

17 Im folgenden werden die entscheidenden bzw. weiter zu problematisierenden Anforderungen *kursiv* hervorgehoben.

18 Ich folge dabei weitgehend Überlegungen von Herbert Paschen und Thomas Petermann, vgl. Paschen, Petermann 1992.

Auf dieser Grundlage lassen sich jetzt als Prämissen einer idealen Technikfolgenabschätzung folgende Anforderungen formulieren:¹⁸

- das *verfügbare* Wissen über Realisierungsbedingungen und potentielle Folgewirkungen technischer Entwicklungen ist (unter Nachweis der Wissenslücken) zu *antizipieren* (mit Blick auf Früherkennung/Früherwarnung vor bzw. Vermeidung/Einschränkung von negativen Folgen sich noch in der Planung, Entwicklung oder Erprobung befindlicher technischer Lösungen);
- das Spektrum möglicher (»positiver« wie »negativer«) Auswirkungen ist *umfassend* zu identifizieren, abzuschätzen und zu bewerten (mit Blick vor allem auf nichtbeabsichtigte Nebeneffekte, indirekte, kumulative und synergetische Effekte, institutionelle Voraussetzungen und soziale Folgen, Rückwirkungen und Interdependenzen);
- die Analysen sind *entscheidungsorientiert* anzulegen (mit Blick z. B. auf die Erhöhung des Reflexions- und Rationalitätsniveaus von Entscheidungsträgern; Aufzeigen von Handlungsoptionen, z. B. hinsichtlich »Monitoring«, Evaluation, gesetzlicher Regelungen, steuerlicher Anreize, institutioneller Strukturen);
- die Ergebnisse kommen *partizipatorisch*, nicht »elitistisch« zustande (d. h. eine breite Beteiligung der von den technischen Entwicklungen sowie ihren Voraussetzungen und Wirkungen Betroffenen ist trotz des damit verbundenen hohen Organisations- und Kommunikationsaufwandes anzustreben);
- die einzelnen Schritte einer Technikfolgenabschätzung sind *nachvollziehbar* und die Annahmen und Werturteile sowie deren Begründungen werden *offengelegt* (mit Blick auf die Einschränkung bzw. Sichtbarmachung der – nichteliminierbaren – subjektiven Einschätzungen und Beurteilungsbasen der Projektbearbeiter bzw. ihrer Auftraggeber);
- Technikfolgenabschätzungen werden rechtzeitig in Gang gesetzt und abgeschlossen (d. h. der Zeithorizont von Technikfolgenabschätzungen ist sowohl hinsichtlich Zeitumfang als auch hinsichtlich des »Start-« und Endtermins angemessen zu berücksichtigen).

Literatur

- Acker-Widmaier, G. (1999): Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Zur normativen Begründung eines Leitbildes. Marburg.
- Banse, G. (1997): Nachhaltigkeit ohne Technik? Drei Thesen zu einem aktuellen Thema, in: *technica didactica*, H. 1/1997, S. 5-29.
- Banse, G. (2002): Risiko – Technikfolgenabschätzung – Entscheidung. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Hrsg.): Entscheidungen im Spannungsfeld von Naturprozessen und humaner Lebensgestaltung. Kolloquium am 21. April 2001 in Dresden. Leipzig (Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.), S. 53-74.
- Banse, G. (2003): Themenkreis Humankapital, Bildung – Einführung. In: Kopfmüller, J. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung und Globaler Wandel – Bestandsaufnahme, Bewertungen und Handlungsbedarf, Berlin (in Vorbereitung).
- Baron, W. (1995): Technikfolgenabschätzung. Ansätze zur Institutionalisierung und Chancen der Partizipation, Opladen.
- Bechmann, G.; Coenen, R.; Gloede, F. (1994): Umweltpolitische Prioritätensetzung. Verständigungsprozesse zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Stuttgart.
- Breisig, Th. (1999): Mitbestimmung. Gesellschaftlicher Auftrag und ökonomische Ressource, München.
- Brennecke, V. M. (1996): Normsetzung durch private Verbände. Zur Verschränkung von staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Selbstregulierung im Umweltschutz, Düsseldorf.
- Daele, W. van den; Neidhardt, F. (Hrsg.) (1996): Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren, Berlin.
- Dienel, P. C. (1991): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen.
- Dworkin, R. (1981): What is Equality? Part 2: Equality of Resources, in: *Philosophy and Public Affairs*, no. 4/1981, pp. 283-345.
- Dworkin, R. (1985): *Liberalism*, Cambridge, Mass.

- Enquête-Kommission des 13. Deutschen Bundestages »Schutz des Menschen und der Umwelt« (1998): Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht. Bundestagsdrucksache Nr. 13/11200 vom 26. 06. 1998, Bonn.
- Forst, R. (1994): Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus, Frankfurt a.M.
- Gethmann, C. F.; Grunwald, A. (1996): Technikfolgenabschätzung: Konzeptionen im Überblick. Bad Neuenahr-Ahrweiler (Europäische Akademie).
- Gloede, F. (1994): Technikpolitik, Technikfolgenabschätzung und Partizipation, in: Bechmann, G.; Petermann, Th. (Hrsg.): Interdisziplinäre Technikforschung. Genese, Folgen, Diskurs. Frankfurt a. M., New York, S. 147-182.
- Gloede, F. (2001): Partizipative Technikfolgenabschätzung in Europa, in: Grunwald, A. (Hrsg.): Jahrbuch des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) 1999/2000, Karlsruhe, S. 186-192.
- Grunwald, A. (2002): Technik nachhaltig gestalten – Herausforderung für die Technikfolgenabschätzung, in: Berg, Chr.; Tülbure, I.; Charbonnier, R. (Hrsg.): Folgenabschätzungen – Resonanzen zum 65. Geburtstag von Michael F. Jischa. Clausthal (Forum Clausthal), S. 101-113.
- Hartwich, H.-H. (Hrsg.) (1996): Entscheidungsprozesse im Spannungsverhältnis Technik – Gesellschaft – Politik. Wege zu einem Dialog-Management., Düsseldorf (VDI Report 25).
- Hastedt, H. (1994): Gerechtigkeit, in: Hastedt, H.; Martens, E. (Hrsg.): Ethik. Ein Grundkurs. Reinbek b. Hamburg, S. 198-214.
- Hennen, L.; Krings, B. (1998): TA-Projekt »Forschungs- und Technologiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung«. Zwischenbericht., Bonn (TAB), (TAB-Arbeitsbericht Nr. 58).
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz, in: Fritz, P.; Huber, J.; Levi, H. W. (Hrsg.): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart, S. 31-46.
- Iglhaut, S. (2000): Wie inszeniert man »Nachhaltigkeit«? Wissen, Information, Kommunikation im Themenpark der EXPO 2000. In: Radermacher, F. J. (Hrsg.): Informationsgesellschaft und Nachhaltige Entwicklung. Ergebnisband der Stuttgart-Konferenz, 2. Juli 1998, Ulm, S. 121-134.
- Irgang, B. (1996): Die ethische Dimension des Nachhaltigkeitskonzeptes in der Umweltpolitik, in: ETHICA, H. 3/1996, S. 245-264.
- Jörissen, J. (1997): Produktbezogener Umweltschutz und technische Normen, Köln u.a.
- Kaufmann, A. (1989): Prozedurale Theorien der Gerechtigkeit, in: Kaufmann, A.; Hassemer, W. (Hrsg.): Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart. 5. Aufl., Heidelberg, S. 131-142.
- Kirchgässner, G. (1997): Nachhaltigkeit in der Umweltnutzung: Einige Bemerkungen, in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht. Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, H. 1/1997, S. 1-34.
- Köberle, S.; Gloede, F.; Hennen, L. (Hrsg.) (1997): Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen, Baden-Baden.
- Kopfmüller, J.; Brandl, V.; Jörissen, J.; Paetau, M.; Banse, G.; Coenen, R.; Grunwald, A. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin.
- Paschen, H.; Petermann, Th. (1992): Technikfolgen-Abschätzung: Ein strategisches Rahmenkonzept für die Analyse und Bewertung von Techniken, in: Petermann, Th. (Hrsg.): Technikfolgen-Abschätzung als Technikforschung und Politikberatung, Frankfurt a. M., New York, S. 19-41.
- Radermacher, F. J. (Hrsg.) (2000): Informationsgesellschaft und Nachhaltige Entwicklung. Ergebnisband der Stuttgart-Konferenz, 2. Juli 1998, Ulm.
- Rawls, J. (1994): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Seel, M. (1995): Versuch über die Form des Glücks. Frankfurt a. M.
- Seel, M. (1997): Ästhetische und moralische Anerkennung der Natur, in: Krebs, A. (Hrsg.): Naturethik, Frankfurt a. M. 1997, S. 307-330.
- Sen, A. (1993): Capability and Well-Being, in: Nussbaum, M.; Sen, A. (eds.): The Quality of Life, Oxford 1993, pp. 30-53.
- Tammalo, I. (1977): Theorie der Gerechtigkeit. Freiburg, München.
- Weikard, H.-P. (1996): Soziale Diskonrate, intergenerationelle Gerechtigkeit und Wahlmöglichkeiten für zukünftige Generationen, in: Nutzinger, H. G. (Hrsg.): Naturschutz – Ethik – Ökonomie. Theoretische Begründungen und praktische Konsequenzen, Marburg, S. 155-170.
- Wischermann, M. (1998): Individuum und Gemeinschaft, Mensch und Natur – Argumentationsstrukturen aus Liberalismus und Kommunitarismus als Bausteine einer Ökologischen Ethik. Dissertation, Düsseldorf.
- Young, H. P. (1993): Equity, New Jersey 1993.

EDGAR GÖLL

Nachhaltigkeitspolitik — Beispiele aus Europa

Zehn Jahre nach dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro galt es, Bilanz zu ziehen, ob und inwiefern die 1992 unterzeichnete *Agenda 21* sowohl von den Regierungen, die das Dokument unterschrieben, als auch von den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen beachtet und als Handlungsanleitung verwendet wird. Dabei ist nicht nur nach den konkreten inhaltlichen Politiken (policies), sondern auch nach den Institutionen und organisatorischen Mitteln zu fragen, mit denen dies alles bewerkstelligt wird (polities). Natürlich kann es hier nicht um eine Gesamtbilanz gehen. Statt dessen soll eine kritische Würdigung institutioneller Neuerungen versucht werden, die in einigen Ländern der EU im Zusammenhang mit den nationalstaatlichen Aktivitäten für eine Nachhaltige Entwicklung stehen.

Edgar Göll – Jg. 1957, Dr., Mitarbeiter am Institut für Zukunftsstudien und Technikbewertung (IZT), Berlin. Überarbeiteter Beitrag, der im Rahmen der Podiumsdiskussion »Europäische Integration auf dem Weg zu einem »nachhaltigen Europa:?<« am 16. November 2002 gehalten wurde.

Nach dem Erdgipfel in Rio wurde von den meisten Regierungen, die die *Agenda 21* unterzeichnet hatten, erschreckend wenig für Nachhaltigkeit unternommen. Doch es gab auch Ausnahmen. Eine Studie aus dem Jahr 2000 über ausgewählte spätkapitalistische Gesellschaften und deren nationale Engagements kommt zu folgender Einschätzung: Bewertet man das Regierungengagement für Nachhaltigkeit, dann zählen die Niederlande, Norwegen und Schweden zu den »Enthusiasten«, hingegen die EU als Ganzes und Deutschland, Frankreich sowie Großbritannien im besonderen zu den »Zurückhaltenden« und die USA schließlich zu den »Desinteressierten« (Lafferty/Meadowcroft 2000).

Die gute Nachricht ist, daß im Vorfeld des UN-Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg im Sommer 2002 (»Rio + 10«) in vielen EU-Ländern auf der nationalen Ebene Institutionen zur Unterstützung von Nachhaltigkeitspolitik eingerichtet wurden (die allerdings unterschiedlich angelegt sind). Es war geradezu ein Boom zu verzeichnen.

Natürlich sagt die bloße Existenz eines Gremiums noch nicht viel über dessen Relevanz und vor allem über dessen Wirksamkeit in bezug auf eine nachhaltige Entwicklung. Für die Bewertung ist es deshalb sinnvoll, Kriterien zu formulieren und diese aus den Nachhaltigkeitsprinzipien abzuleiten:

1. Der Integrations- und Querschnittscharakter von Nachhaltigkeit sollte berücksichtigt,
2. eine Politik mit einer langfristigen Perspektive formuliert,
3. innovative und effektive Formen von Kommunikation und Partizipation entwickelt und gefördert,

Auswahl an Nachhaltigkeitsgremien in europäischen Staaten:
Belgien: Federal Council on Sustainable Development
Deutschland: Rat für Nachhaltige Entwicklung
Finnland: National Commission on Sustainable Development
Großbritannien: Sustainable Development Commission

4. *praxis- und ergebnisorientierte* Strategien entwickelt und umgesetzt und

5. Aktivitäten in ihren *globalen und internationalen Bezügen* reflektiert und entsprechend gestaltet werden.

Da viele der Nachhaltigkeitsinstitutionen erst seit kurzer Zeit tätig sind, bestehen bei allen diesen Gremien noch Verbesserungsmöglichkeiten. Anhand zweier Beispiele soll skizziert werden, was diese Gremien derzeit zu leisten in der Lage sind.

Kurzbilanz für die Bundesrepublik Deutschland und den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Die Nachhaltigkeitspolitik wurde in Deutschland nach der Unterzeichnung der *Agenda 21* in geradezu unverantwortlicher Weise langsam, oberflächlich und ohne Energie betrieben. In der Ära Kohl wurden unter Umweltministerin Merkel zwar ein erstes grobes Konzept erarbeitet und Einzelmaßnahmen in Gang gebracht; beide Schritte entsprachen aber in keiner Weise dem, was Kanzler Kohl unterzeichnet und wozu er sich mit seiner Regierung verpflichtet hatte. Auch aufgrund dieses ignoranten Agierens wurde Nachhaltigkeitspolitik auf den unteren politisch-administrativen Ebenen (Bundesländer, regionale und Lokale Agenda 21) erst zögernd und nur vereinzelt verfolgt.

Demgegenüber sind auf parlamentarischer Ebene die Leistungen der beiden Enquetekommissionen des Bundestages positiv hervorzuheben, die wichtige konzeptionelle und programmatische Papiere und Empfehlungen vorlegten. Zu letzteren gehörte auch die Forderung nach Einrichtung eines Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE) bei der Bundesregierung. Bis diese Institutionalisierung allerdings Wirklichkeit wurde, bedurfte es nicht nur zahlreicher Bemühungen einzelner, hochmotivierter Personen und Organisationen, sondern zäher Kämpfe. Zu erwähnen sind besonders unzählige Aktivitäten vieler umwelt- und entwicklungspolitischer Verbände und Organisationen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. In diesen Zusammenhang gehört auch die Herausgabe des vom Wuppertal-Institut erarbeiteten Buches *Zukunftsfähiges Deutschland* durch BUND und Misereor und die damit angestoßene, vergleichsweise breite (fach-)öffentliche Debatte in Deutschland. Dieses Beispiel zeigt, daß ein fruchtbares Zusammenwirken von Wissenschaft und NGOs möglich ist.

Nach dem Antritt der ersten rot-grünen Bundesregierung verbesserten sich – wenn auch zäh und langsam – die Rahmenbedingungen für nachhaltigkeitspolitische Aktivitäten. So erfolgte im April 2001 endlich die Konstituierung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Kurz zuvor hatte auch der Staatssekretärsausschuß für Nachhaltige Entwicklung mit seiner Arbeit begonnen. Inzwischen sind von beiden Gremien vielfältige Aktivitäten unternommen worden, die in erstaunlich kurzer Zeit positive Ergebnisse erbracht haben. Zu erwähnen sind das Diskussionspapier des RNE vom Dezember 2001, die Nachhaltigkeitsstrategie »Perspektiven für Deutschland« der Bundesregierung vom Juni 2002, öffentliche, gut besuchte Veranstaltungen, Internetdiskussionen, das Jugendprojekt »Jugend schreibt Zukunft« und schließlich die auf Anregung des

Österreich: Roundtable Nachhaltiges Österreich
 Polen: Minister's Council's Committee on Regional Policy and Sustainable Development
 Schweden: National Committee on Agenda 21 and Habitat
 Schweiz: Interdepartementaler Ausschuss Rio

RNE produzierten und ausgestrahlten Sendungen im deutschen Fernsehen (z. B. ZDF, 3sat). Der RNE kann inzwischen – trotz seines nicht abgesicherten Status als Beratungs- und Unterstützungsgremium beim Bundeskanzleramt – als eine Art »Kraftzentrum« für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland angesehen werden. Damit ist die Bundesregierung, wenn auch äußerst spät, der im Kapitel 8.7 der Agenda 21 formulierten Aufgabe, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwerfen und umzusetzen, nachgekommen. Besonders hervorzuheben ist die vom Bundestag beschlossene und mit Bundesmitteln ermöglichte Einrichtung einer bundesweiten Servicestelle für Lokale-Agenda-21-Aktivitäten (»Agenda-Transfer«) und Eine-Welt-Initiativen. Auf seiten der Exekutive existieren somit arbeitsfähige Kapazitäten, die – nicht zuletzt angesichts des Problemdrucks – auszubauen, weiter zu entwickeln und zu ergänzen sind.

Kritische Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge liegen von mehreren Institutionen und Organisationen vor. Siehe z. B. SRU 2002, www.wbgu.de; www.forumue.de bzw. www.rio-10.de und die Homepage des RNE: www.nachhaltigkeit.de.

Kurzgefaßt kann zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik gesagt werden, daß »das Glas halb leer« ist, weil sie sehr spät, mit viel zu wenig öffentlicher Debatte und zu geringem zivilgesellschaftlichen Input angelaufen, und insbesondere die Wirtschaft noch viel zu inaktiv ist. Beispiel Berlin: Von den zirka 40 000 zertifizierungsfähigen Unternehmen sind erst knapp 80 mit ÖkoAudit oder nach ISO 14 000 zertifiziert! Zugleich aber ist »das Glas halb voll«, weil der Prozeß der Nachhaltigkeit sowohl auf Bundes-, auf Landes- als auch vor allem auf kommunaler Ebene unübersehbar in Gang gekommen ist und immer mehr Versuche gemacht werden – wenn auch zum Teil unter anderem Label –, ökologische, ökonomische und soziale Ansätze partizipativ zu entwerfen und durchzusetzen. Beispiel Lokale Agenda 21: Inzwischen beteiligen sich etwa 15 Prozent der zirka 16 000 deutschen Gemeinden an diesem Prozeß – Tendenz steigend.

Beispiel Nachhaltigkeitskommission in Finnland

Von den eingangs erwähnten Beispielen soll hier noch die Finnish National Commission on Sustainable Development (FNCSO) vorgestellt werden. Sie wurde 1993 eingerichtet und gehört zu den ältesten und am weitesten entwickelten und anerkanntesten nationalen Nachhaltigkeitsgremien. Die FNCSO unterstützt und koordiniert die Nachhaltigkeitsaktivitäten in Finnland und treibt sie durch eigene Impulse voran. Sie setzt sich aus etwa 45 zumeist hochrangigen Vertretern aus allen relevanten Bereichen der finnischen Gesellschaft zusammen. Hierzu gehören neben einigen Ministerien auch Parlamentsabgeordnete, die öffentliche Verwaltung inklusive Lokalbehörden, Unternehmen aus Industrie und Dienstleistung, Gewerkschaften, Wissenschaften, NGOs, allgemeine Interessengruppen und Medien, aber auch ethnische Minderheiten.

Das Plenum des FNCSO tritt im Jahr zwei- bis viermal zusammen und wird – in vielen anderen Staaten undenkbar – vom Ministerpräsidenten geleitet. Hier geht es meist um die Abgabe von Statements, die Klärung der Arbeitsschwerpunkte und die Aufsicht über die Umsetzung der Regierungsprogramme (Evaluation). Das Plenum wird von einem Operationssekretariat unterstützt, dem etwa zwanzig Personen angehören und das sich als »Netzwerk-Sekretariat« versteht. Hier kommen neben dem Sekretär und Generalsekretär des FNCSO

die Verantwortlichen der Arbeitsgruppen und die Vertreter der wichtigsten Ministerien zusammen.

Die konkrete Arbeit erledigen etwa zehn Arbeitsgruppen, die sich wichtigen Handlungsfeldern widmen. In diesen Arbeitsgruppen erfolgt der Austausch über in der Praxis gesammelte Erfahrungen; zum Teil werden auch Projekte konzipiert, die verschiedene Akteure gemeinsam realisieren. Arbeitsgruppen gab und gibt es zum Beispiel zu den Bereichen »Produktion und Konsumtion«, »lokale Nachhaltigkeit«, »Nachhaltigkeitsprogramme«, »sozial gerechte Entwicklung«, »UN-Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg (WSSD)«, »Assessment«. Sie werden von mindestens einer Person aus einer der Mitgliedsorganisationen koordiniert. Eine besondere finanzielle Unterstützung erfahren all diese Aktivitäten nicht.

Fazit

Inwiefern die in den vorigen Jahren geschaffenen Institutionen, mit denen auf nationaler Ebene versucht wird, Nachhaltigkeitspolitik zu betreiben, erfolgreich sind, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend eingeschätzt werden. In all diesen Staaten gibt es gesellschaftliche und politische Akteure, denen die bloße Existenz solcher Institutionen bereits als Ermutigung für ihr Engagement im Sinne der Agenda 21 dient (»symbolische Politik«). Die Zukunft hängt ganz entscheidend von engagierten und progressiven gesellschaftlichen Akteuren ab und davon, ob sie Nachdruck auf reale und praktische Fortschritte für Nachhaltigkeit legen. Im Augenblick deutet sich an, daß sowohl innerhalb der Gremien als auch in deren Umfeld Bewegungen und Persönlichkeiten engagiert sind, die mit hohem Innovations- und Veränderungswillen arbeiten und immer wieder Impulse für eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik geben und die immer wieder versuchen, die neue Qualität gesellschaftlicher Entwicklung, die im Kern des Nachhaltigkeitsleitbildes steckt, Wirklichkeit werden zu lassen. In diesem Sinne bieten und eröffnen die meisten Nachhaltigkeitsinstitutionen – wie hier für Deutschland und Finnland gezeigt – immer mehr und bessere Chancen für eine nachhaltige Entwicklung. Eine ernsthafte Alternative dazu gibt es nach Erfahrung ohnehin nicht.

Die ersten Schritte sind – wenn auch viel zu langsam und zu zaghaft – gemacht worden. Es liegt an uns allen, daß es schneller weitergeht mit der Überwindung der bisherigen schädlichen (Fehl-) Entwicklung in unseren kapitalistischen, auf Kosten anderer Völker und Generationen produzierenden und konsumierenden Ländern.

ELISABETH VOSS

Wie nachhaltig ist die aktuelle Arbeitsmarktpolitik?

Das wichtigste Potential, sowohl eines Unternehmens, als auch einer Volkswirtschaft, ist die Motivation der Beschäftigten. Die nachfordistische Wirtschaft benötigt nicht maschinenähnliches Funktionieren, sondern Mitdenken und Engagement der im Produktionsprozeß oder in Dienstleistungsbereichen Arbeitenden. Nachhaltiges Wirtschaften braucht Menschen, die auf unterschiedlichste Art bereit und fähig sind, Verantwortung zu übernehmen für ihre Tätigkeiten, die mit Sachkenntnis und Motivation als Freiberufler/innen, Kleinunternehmer/innen oder mit anderen im Kollektiv ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte. Das erfordert ein gesellschaftliches Klima der Unterstützung von Selbstverwirklichung und Eigenverantwortlichkeit, beginnend mit der Erziehung und Bildung junger Menschen.

Elisabeth Voß – Jg. 1955; Diplom-Betriebswirtin (FH) und Publizistin, engagiert in der Finanzverwaltung und Projektleitung bei verschiedenen Berliner Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Betriebsberatung und Projektentwicklung. Veröffentlichungen zur alternativen Ökonomie, Mitherausgeberin des Jahrbuchs Nachhaltiges Wirtschaften, Neu-Ulm 2001.

Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik (JobAQTIV-Gesetz, Hartz usw.) geht stattdessen in die Richtung, Motivation durch Repression zu zerstören. Wem das Recht auf freie Berufswahl, freie Wahl des Wohnortes und des sozialen Lebenszusammenhangs bei Strafe der Zerstörung der ökonomischen Existenz (sprich: Entzug von Lohnersatzleistungen) genommen wird, wer Erwerbsarbeit um jeden Preis annehmen soll, ohne Mitbestimmung und Perspektive im Betrieb, die/der wird sich kaum engagiert und verantwortlich am Arbeitsplatz einbringen, sondern eher eine Mentalität von Dienst nach Vorschrift bis Sabotageeignung entwickeln – und das mit gutem Recht.

Wir verfügen heute über mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung in alternativer, kollektiver Ökonomie. Am Beispiel genossenschaftlich organisierter Unternehmen in verschiedensten Rechtsformen haben wir gesehen, daß kollektive Unternehmensgründungen eine bessere Tragfähigkeit haben als herkömmliche Gründungen, daß das Engagement der Gründer/innen gerade über die schwere Anfangszeit eines Betriebes hinweghilft. Es kann in Genossenschaften zu Reibungsverlusten durch die Besonderheiten der Selbstverwaltung kommen, es gibt aber auch einen Zuwachs an Produktivität durch Partizipation. Letztlich kennen nur die Beschäftigten selbst die Feinheiten und Erfordernisse ihres Arbeitsplatzes im Detail, und sie werden dieses Wissen nur einbringen und umsetzen, wenn sie ihre Tätigkeit als ihr eigenes Anliegen begreifen – zum Nutzen des Betriebes und der Volkswirtschaft.

In selbstverwalteten Betrieben haben sich viele Beschäftigte für die herkömmliche Wirtschaft qualifiziert – ein Beispiel dafür ist die *taz*, die vielen Redakteur/innen als Sprungbrett dient für eine Karriere bei *Zeit*, *Spiegel* usw. Mit diesem »DDR-Effekt« – daß Menschen kollektiv

Es droht ein flächen-deckender volkswirtschaftlicher Schaden, der mit Nachhaltigkeit nichts zu tun hat. Stattdessen wären angesichts der Unmöglichkeit, existenzsichernde Erwerbsarbeit dauerhaft für alle bereitzustellen, neue Formen von Beschäftigung und eine partielle Entkoppelung von Lohn und Leistung (z.B. mit

tive Unternehmen mit eigenen, gerechteren Lohnsystemen verlassen, wenn sie anderswo besser bezahlte Arbeitsplätze angeboten bekommen – werden wir leben müssen. Unter kapitalistischen Weltwirtschaftsbedingungen wird es nicht möglich sein, weder in einem einzelnen Betrieb noch in einem ganzen Land, nachhaltig ein anderes Wirtschaftssystem zu etablieren. Schon Oppenheimer formulierte in seinem Transformationsgesetz, daß Genossenschaften sich auf lange Sicht entweder in hierarchische Unternehmen umwandeln oder untergehen.

Trotz dieser Schwierigkeiten sollten gerade heute modellhaft kollektive Unternehmen aufgebaut werden. Genossenschaften können und sollen die Welt nicht retten, den Kapitalismus schon gar nicht. Sie können aber als Keimformen eines anderen Wirtschaftens gelebte Beispiele geben für nachhaltiges, solidarisches Wirtschaften und damit Mut machen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken. Im Unterschied zu den Alternativbetrieben der 70er und 80er Jahre, die aus einer relativ elitären Situation überwiegend politisch inspiriert waren, geht es heute darum, Erwerbsarbeit für verschiedenste von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt Betroffene zu organisieren, auch jenseits der alternativen Zusammenhänge. Dafür sind lebbare selbstverwaltete Wirtschaftsformen erforderlich, die weder einzelne überfordern (wie mitunter in den Kollektivbetrieben der Alternativszene), noch unter dem Deckmäntelchen der Selbstverwirklichung neue Ausbeutungsformen schaffen (wie teilweise in der New Economy).

Die Gestaltung der Bedingungen, unter denen Waren und Dienstleistungen produziert werden, ist Ausdruck des herrschenden Menschen- und Gesellschaftsbildes. Wie wollen wir leben? Sollen die Arbeitenden ihre Arbeitskraft im wahrsten Sinne des Wortes zu Markte tragen (vielleicht wie in Hongkong, wo sie teilweise sogar in den Fabriken wohnen müssen, mit kaum mehr Eigenem als dem, was sie auf dem Leib tragen)? Oder gibt es Visionen einer befreiten Gesellschaft, in der die einzelnen selbstbestimmt ihre Potentiale entfalten können und die dadurch gesteigerte Produktivität allen zugute kommt?

Der Umbau der Sozialsysteme, der mit der Riester-Rente als Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Altersvorsorge begann und mit der Einführung von JobAQTIV-Gesetz und Kombilohn als gesellschaftlichen Meilensteinen im Abbau von Arbeitnehmer/innenrechten diese Entsolidarisierung logisch fortsetzte, ist mit den Hartz-Modulen zur Durchsetzung eines bedingungslosen Arbeitszwangs noch längst nicht vollendet. Nun ist das Gesundheitssystem an der Reihe, weitere Deregulierungen sind zu erwarten. Nur sie hat das Befriedigungspotential zur fast kampflosen Durchsetzung solch tiefgreifender Einschnitte. Statt der kurzfristigen, höchstens bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode reichenden Standortpolitik, unter dem Vorwand angeblicher Sachzwänge und auf Kosten des größten Teils der Bevölkerung, steht aus meiner Sicht eine breite gesellschaftliche Debatte an darüber, wie Nachhaltigkeit in diesem Land definiert werden soll. Nach 68 war es üblich, solche Debatten nicht nur unter fachlichen Aspekten, sondern immer in Verbindung mit der Frage nach den Interessen, die hinter den unterschiedlichen Positionen stehen, zu führen. Es ist an der Zeit, diese fast verloren gegangene Frage wieder zu beleben, und den Nachhaltigkeitsdiskurs nicht allein den Expert/innen zu überlassen.

der Einführung eines bedingungslosen Existenzgeldes für alle) gefragt.

Dieser neoliberale Gesellschaftsumbau kann (neben der nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals aktiven Beteiligung Deutschlands an einem Krieg) als historische Aufgabe der rot-grünen Bundesregierung betrachtet werden.

Mehr dazu in: Waldemar Schindowski, Elisabeth Voß (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften, AG SPAK Verlag, Neu Ulm 2001, www.leibi.de/jahrbuch

VOLKER CAYSA

Bloch – (k)ein toter Hund

I. Kontext

Betrachtet man den akademischen Philosophiebetrieb hinsichtlich der Bloch-Rezeption, scheint eines klar zu sein: Blochs Philosophie wird wie ein toter Hund behandelt. Wenn ihr ein historisches Interesse entgegengebracht wird, dann muß sie als Beleg für eine utopische Ideologie des 20. Jahrhunderts dienen, die mit den Wendeereignissen von 1989 endgültig ihre Legitimität verloren hat. Auf jeden Fall gilt Bloch nicht als moderner Denker. Bestenfalls gilt er als Prophet des Übergangs von der Vormoderne zur Moderne und allzuoft als unaufgeklärter Mythopoet. Die Konsequenzen sind deutlich erkennbar: Verdrängung der Philosophie Ernst Blochs aus der akademischen Philosophie Deutschlands, indem sie als antiquiert, unaktuell, unmodern bewertet wird.

Der Ansatz aber, der der Bloch-Interpretation des Buches »Hoffnung kann enttäuscht werden« zugrunde liegt, ist ein anderer. In ihm wird nämlich davon ausgegangen, daß Bloch der Vordenker einer noch nicht realisierten, reflexiven Modernierung in Ost und West und nicht nur des vermeintlichen Real-Sozialismus, sondern auch des Realkapitalismus ist.¹ Bloch wird von uns also nicht vor- oder postmodern begriffen, sondern als Denker einer noch nicht seienden Moderne, einer reflexiven Moderne, einer Moderne, die sich in der Gestalt des Marxismus und Nietzscheanismus selbst zum Problem wird und deren erste vorläufige Gestalten dieser Selbstproblematisierung der Moderne Denker der Postmoderne sind. In Blochs Denken kommt eine andere Moderne zur Sprache, die sich selbst reformiert, indem sie sich zum Problem macht und mit dem gewonnenen Problembewußtsein sich Korrekturpotential und auch Möglichkeitssinn, der heute überall und insbesondere in der Berufspolitik fehlt, zurückgewinnt. Denn wir können zwar stolz darauf sein, daß wir uns nicht mehr als »Volk ohne Raum« verstehen, aber der damit verbundene Skeptizismus der Deutschen sich gegenüber hat zu einer »Unterproduktion von Transzendenz«² geführt, so daß wir nun ein Volk ohne Traum sind.

Bloch ist in diesem Kontext als Denker einer anderen, reflexiven Moderne zu verstehen, als einer Moderne, die in das »Nach« der Postmoderne, das noch nicht ist, das aber auch nicht vormodern ist, verweist.³ Insofern ist Bloch tatsächlich ein unzeitgemäßer Denker. In dem man aber das Denken dieses Unzeitgemäßen, anders Modernen und anders Postmodernen verdrängt, zeigt man auch an, daß man das mit diesem Denken verbundene Modernisierungskonzept nicht

Volker Caysa – Jg. 1956, Dr., Philosoph und freier Publizist, Mainz. Vorsitzender der Nietzsche-Gesellschaft; Publikationen u. a.: »Hoffnung kann enttäuscht werden«. Ernst Bloch in Leipzig (gemeinsam mit P. Caysa, K.-D. Eichler, E. Uhl), Frankfurt/M. 1992; Wunde Bloch, in: Ernst Blochs Leipziger Jahre. Beiträge des fünften Walter-Markov-Kolloquiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2001.

Beitrag auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 25. Todestag von Ernst Bloch »Hoffnung muß gelernt werden« am 2. November 2002.

will, daß man sich ihm verweigert. Bloch gehört also zu jener ungewollten Moderne, die nach 1990 im Osten und Westen Deutschlands ausgegrenzt wird, der man sich verweigert, weil es um die Wahrung der eigenen Besitzstände geht und die man deshalb so gern mit den Kampfbegriffen »vor« oder »postmodern« diffamiert.

Zu beachten ist nun, daß Bloch als Vordenker einer reflexiven Modernisierung diese Modernisierung nicht jenseits von Marxismus und Christentum, Aufklärung und Romantik, nicht jenseits von links und rechts denkt, sondern integrativ – Marxismus und Christentum, Aufklärung und Romantik, links und rechts einbeziehend. Dies aber ist nur möglich, weil seine Philosophie sich grundlegend im Spannungsfeld von Nietzsche und Marx bewegt. Es ist daher verfehlt, Bloch entweder als Marxisten oder als Nietzscheaner »einzustufen«. Ein solche Disjunktion verfehlt selbst Blochs dialektischen Umgang mit der philosophischen Tradition. Wie das Problem des Marxismus in Blochs Philosophie bewältigt wurde, ist nicht zu begreifen, versteht man nicht, wie das Problem Nietzsche in Blochs Philosophie bewältigt wird. Dabei ist davon auszugehen, daß Bloch nicht nur vom Nietzscheaner zum Marxisten wurde, sondern auch, daß der nietzscheanische Impuls in seinem Denken immer anwesend blieb, wenn auch in unterschiedlichen Interpretationen, und daß auch der marxistische Bloch immer ein nietzscheanischer Marxist und marxistischer Nietzsche war. Blochs Marxismus ist Marxo-Nietzscheanismus und insofern ist Blochs Marxismus ein anderer als der von Georg Lukács, dessen Marxismus wesentlich durch die Verdrängung des Problems Nietzsche in Form einer negativistischen und finalistischen Ideologiekritik gekennzeichnet ist, die dann von Wolfgang Harich dogmatisiert wurde, der bekanntlich Nietzsches Denken nicht nur verdrängen, sondern verbieten wollte. Nur, man bewältigt ein philosophisches Problem nicht, indem man das Denken darüber verbietet.

Der andere Marxismus⁴, wie wir ihn in Blochs Philosophie finden, ist einer, der in der Bejahung der Marxschen Philosophie die Kritik der marxistischen Vernunft einschließt; es ist ein reflexiver Marxismus, der die Konsequenzen der Kritik Nietzsches an einer dogmatischen Aufklärung, an einer Aufklärung, die sich selbst gegenüber nicht aufgeklärt ist, die sich nicht selbst auf ihre Unkritik hin hinterfragt, anknüpft; es ist ein solcher Marxismus, der von Nietzsches Aufklärung – einer Aufklärung, die nicht reflexiv kritisch ist, ausgeht. Analog zu Nietzsches Idee einer »neuen Aufklärung« kann man deshalb Blochs Philosophie als eine Aufklärung »zweiten Grades« oder als Philosophie der zweiten Aufklärung verstehen. Der damit verbundene reflexive, selbstaufgeklärte Marxismus öffnet sich aber für das Noch-Nicht-Seiende und für das Noch-Nicht-Bewußte, das Zukunft verspricht, indem eine dogmatische Verstandesrationalität aufgehoben wird in einer reflexiven Vernunft, die für eine offene Rationalität steht, weil in ihr der vorrationale Grund von Rationalität zur Sprache kommt und nicht verdrängt, sondern integriert wird. Der reflexive Marxismus Blochs ist also einer, der durch Reflexion der Unreflektiertheit der Aufklärung, die mit Nietzsche begann, hindurch gegangen ist. Deshalb ist ihm eine reflexive Aufklärung eigen, die die Leerstellen einer dogmatischen Aufklärung reflektiert, um

1 So schreibt Bloch 1965: »Wir haben im Westen eine gönnerische pluralistische Langeweile, und wir haben im Osten eine befohlene, verordnete, gedrückte, monolithische Langeweile. Beides ist Ausdruck dafür, daß sozusagen die Hormonproduktion nicht stimmt.« Ernst Bloch: Der Mensch des utopischen Realismus, in: Bloch-Almanach 17/1998, S. 27.

2 Ebenda.

3 Siehe Andreas Steffens (Hg.): Nach der Postmoderne, Düsseldorf / Bensheim 1992.

4 Volker Caysa: Der andere Bloch – Bloch contra Lenin. Blochs »Vademecum für heutige Demokraten« und die Russische Revolution 1917, in: Willi Beitz u. a. (Hg.): Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, Leipzig 1998.

5 Vgl. Ernst Bloch: Über das Problem Nietzsches, in: Ders.: *Viele Kammern im Welthaus*. Ein Auswahl aus dem Werk. Hrsg. von Friedrich Dieckmann und Jürgen Teller, Frankfurt am Main 1994, S. 590.

6 Dies zu zeigen, war wesentlicher Ansatz des Aufsatzes: Hegel im Bann des anamnestischen Materialismus; contra Ernst Blochs materialistische Anamnesis des Hegelschen Philosophie, in: Volker Caysa u. a.: »*Hoffnung kann enttäuscht werden*.« Ernst Bloch in Leipzig, Frankfurt am Main 1992. Erwähnt werden soll, daß Blochs Ontologie des Noch-Nicht in diesem Aufsatz nicht im Sinne einer realistischen Verstandesontologie und auch nicht im Sinne einer negativen Ontologie, wie sie beim späten Heidegger zu finden ist, begriffen wird. Blochs Ontologie ist, soweit sie diese Entgegensetzung positiv zu überwinden versucht, als transontologisch zu kennzeichnen. Die mit ihr verknüpfte Anthropologie wäre daher als Transanthropologie zu bezeichnen. Man könnte also Blochs Ontologie und Anthropologie, sofern sie vom möglichen Sein und Menschsein ausgeht, als Transontologie und Transanthropologie charakterisieren, deren Entwurf sich im antimetaphysischen Denken Nietzsches gründet. Vgl. Volker Caysa: *Körperutopien*. Eine philosophische Anthropologie des Sports, Frankfurt am Main 2003, S. 36 ff.

dort nach Möglichkeiten für Zukünftiges zu suchen. Diese Aufklärung nahm für den jungen Bloch nicht nur ihren Ausgang bei Nietzsche, sondern Nietzsche tritt für Bloch da nur das Erbe von Kant an, der für Bloch als »Vollender« der Aufklärung zugleich deren »Überwinder« ist⁵, insofern seine Kritik der Vernunft eine Kritik der dogmatischen, unkritischen Vernunft immer zur Voraussetzung und Bedingung hat.

Eine solche reflexive Aufklärung negiert nicht nur Bestimmtes, sie ist nicht nur (abstrakte) bestimmte Negation, sondern insofern sie das Negierte in sich neu thematisiert und aufnimmt, wird die bestimmte Negation reflexiv und konkret. Bloch erweitert aber damit das Nietzscheanische Konzept der reflexiven Aufklärung, indem er den Hegelschen Begriff der reflexivbestimmten Negation in sein Konzept der reflexiven Aufklärung systematisch einbaut.⁶ Dadurch bestimmt sich nun aber sein marxistisches Aufklärungskonzept selbst reflexiv-negativ und das heißt, es muß sich nicht nur gegen eine dogmatische Aufklärung, sondern auch gegen einen orthodoxen Marxismus wie den der »Zerstörung der Vernunft« wenden – vor allem, wenn er sich entgegen den Intentionen seines Schöpfers zu einem Staatsmarxismus verfestigt, mit dem dann auch noch Wissenschafts-, und Verlagspolitik gemacht wird. Aufklärung ist für Bloch daher immer »Kritik des Aufklärer« und Marxismus ist daher für ihn immer Kritik des Schmalspurmarxismus, der einen abstrakten Gegensatz von Marx und Nietzsche behauptet.

Indem Bloch Moderne, Aufklärung, Nietzscheanismus und Marxismus reflexiv begreift, kommt er nicht nur zu einem reflexiven Vernunftbegriff, der an die Komplexität des Hegelschen Vernunftbegriffes wieder heranreicht, sondern er erweitert die traditionelle Vernunftphilosophie Kants und Hegels hin zu einer Kulturphilosophie im Sinne Nietzsches. Bloch sucht also nicht nur die Vernunft in der Kultur, wie dies Lukács tut, sondern ihm geht es um eine andere Kultur der Vernunft, um eine Vernunft, in der das Andere der Vernunft zu Sprache kommt und zur Durchsetzung des Vernünftigen genutzt wird und nicht wie in Lukács' »Zerstörung der Vernunft« das Andere der Vernunft verdrängt und geächtet wird. Das aber hat zur Voraussetzung, die dionysischen Wurzeln der apollinischen Vernunft positiv zu reflektieren.

II. Das Problem Blochs

Das Problem der Vernunft ist nicht zu trennen von dem der Kultur der Reflexion des scheinbar Unvernünftigen, Rauschhaften, Ekstatischen. Diese neue Reflexionskultur ist aber für Bloch mit dem Übergang von der Naturphilosophie zur Kulturphilosophie verbunden⁷, in deren Spannungsfeld Blochs eigene Vernunftphilosophie sich bewegt. Der Philosophiehistoriker Ernst Bloch ist daher grundlegend als Kulturphilosoph zu begreifen, dessen Gegenstand nicht einfach die Kritik der Vernunft in der Geschichte und die Geschichte der Vernunft ist, sondern diese begreift er von Anfang an auf dem Grund einer Kritik der Kultur, die bekanntlich bei ihm keine spießhafte Scheu vor Menschlich-Allzumenschlichem kennt, der nichts Menschliches fremd ist. (Was man von der heutigen philosophischen Kulturkritik wohl nicht sagen kann, wo doch allzuoft erschrockene

Spieß- und Bildungsbürger Phänomene einer Jugend- und Körperlichkeitskultur abkanzeln, die sie oftmals noch nicht einmal bei ihren exakten Namen benennen können). Für Blochs Denken gilt: Kulturphilosophie ohne Philosophiegeschichte ist blind, Philosophiegeschichte ohne Kulturphilosophie leer. Daher ist das »Prinzip Hoffnung« nicht nur als systematisch nacherzählte Philosophiegeschichte zu verstehen, sondern vor allem als Kulturphilosophie, mit der Bloch auf der Suche nach einem Wert ist, für den es sich lohnt zu leben. Kulturphilosophie ist die Perspektive der Blochschen Philosophie, Kulturphilosophie ist die Philosophie der Zukunft und auch die Zukunft der Blochschen Philosophie.

Dies aber verweist zurück auf Blochs ursprüngliches Problem, das er mit Nietzsche teilt: »das Problem der Kultur«. Das Problem der Kultur liegt »in dem Widerstreit des geistigen Lebens und den Werten des geistigen Lebens mit der Sinnlichkeit«, in »dem Widerspruch zwischen Arbeiten und Genießen, zwischen dem Männlichen und Weiblichen, zwischen dem stillen Erfassen der Kulturgüter und dem brennenden Verlangen nach leidenschaftlichem Leben.« Es geht Bloch um die Versöhnung der Gegensätze von Werktag und Sonntag, von »sauren Wochen und frohen Festen«, es geht ihm um eine Vermittlung »zwischen dem Glück der Sinne und dem Frieden der Seele«.⁸

Nietzsche faßte diese widerstreitenden Mächte »unter dem Namen des Dionysischen und Apollinischen. Im Dionysischen liegt der Geist des Morgenlandes, die Stimmung, die in Farben, Freude, Tanz, Rausch lebt. Dionysos ist der mystische Gott dieses Rausches, der narkotischen Verschmelzung des einzelnen Menschen mit den Dingen. Er zerstört die Individualität, indem er sie in die Welt auflöst. Apollo dagegen ist der Gott des Abendlandes. Er drängt auf Ordnung, Maß, Arbeit, Zucht hin. Er nimmt die Welt in das Individuum herein, unterwirft dem Subjekt die Dinge und bringt dadurch die höchste Steigerung des persönlichen Lebens. Im Dionysischen liegt jene morgenländische Stimmung, die vom Weibe nur den Leib verlangt: Persien schloß das Weib zum Genuß des Gebieters in den Harem ein. Im Apollinischen lebt der abendländische Wunsch nach der geistigen Bedeutung der Frau: Athen ließ die Frau zur freien Freundin geistig bedeutender Männer werden.«⁹

Das Problem der Kultur, das Problem Nietzsches, liegt für Bloch »in diesem Gegensatz zwischen Fleisch und Geist, zwischen dem faustischen und mephistophelischen Moment« begründet. Aus diesen Entgegensetzungen ergibt sich die für Blochs Philosophie grundlegende Fragestellung: »Ist die Geburt des Apollinischen aus dem Dionysischen, die Überwindung des Dämonischen in der Kultur möglich? Kann das menschliche Leben auf eine Höhe geführt werden, wo Seele und Sinne eins werden?«¹⁰

Die anzustrebende Aufhebung der Entgegensetzung von Dionysischem und Apollinischem wäre für Bloch die »Vergoldung der Begierde«. Das aber ist nietzschekritisch zu lesen, denn es ist klar gegen die systematische Aufwertung bis hin zur Verabsolutierung des Dionysischen und gegen die systematische Abwertung des Apollinischen im Spätwerk Nietzsches gerichtet, wodurch es zu dem Schein der Verherrlichung des Antiapollinischen und der ungehemmten

7 Vgl. Ernst Bloch: Über das Problem Nietzsches, a. a. O., S. 590-91. Blochs Philosophie hat also schon sehr früh den »cultural turn« vorgedacht, bevor dieser zum Zentralthema der Philosophie des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts wurde. Mit diesem »cultural turn« in Blochs Philosophie, deren Modernisierungspotential in Verbindung mit seiner Ungleichzeitigkeitstheorie überhaupt noch nicht erschlossen ist, ist bei Bloch, übrigens analog zu Gadamer, das Problem des Verstehens der Kulturen verknüpft als einem Zukunftsproblem ersten Ranges. Siehe auch Volker Caysa: Der andere Gadamer und sein Leipziger Rektorat, in: Gerhardt, V., Rauh, H.-C. (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, Berlin 2001.

8 Ernst Bloch: Über das Problem Nietzsches, a. a. O., S. 592.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

Gewalt des Dionysischen im Spätwerk Nietzsches kommt. Bloch schlägt dagegen eine eher hegelianische, dialektische Vermittlung von Dionysischem und Apollinischem unter Umkehrung der nietzscheanischen Verhältnisbestimmung von Dionysischem und Apollinischem vor, die dann im »Prinzip Hoffnung« voll zur Geltung kommt, das als Blochs Apollinik, als apollinische Stilisierung seines dionysischen Denkens zu verstehen ist.

III. Der Impuls Blochs

Doch die neue Apollinik des »Prinzips Hoffnung« kann nur werden auf dem Grund des Dionysischen, ja hat den dionysischen Aufbruch zur Voraussetzung. Denn den »Impuls Nietzsches« erkennt Bloch in seinem antibürgerlichen Affekt. In Nietzsches Philosophie greift nicht nur das bürgerliche Ich, sondern auch das schlecht lebende Ich sich selbst an. Dionysos ist demzufolge nicht mit der Verherrlichung der eiskalten, blonden Bestie zu verwechseln, das MenschTier ist kein Raubtier, der Übermensch ist nicht der imperialistische Herrenmensch. Die erstzunehmende Gewalt und Faszination des Dionysos besteht vielmehr in der »abstrakt-phantastischen Flucht« in die Anarchie, einer Flucht, die gegen die kalte und verdinglichte Bürgerwelt gerichtet ist. Dionysos, wird er zügellos, läuft Amok gegen Apollo, Sokrates, Jesus, gegen die Zivilisation, gegen jede Art von Objektivierung und Verdinglichung, gegen jede Art von Domestizierung. Deshalb hat es den Anschein, als blühen in seinen Namen neue Formen der Rebarbarisierung wie Sport, Tanz, Kriegsfurie, Jugendbünde, Glaube an Urdämonen, Naturromantik, Archaismus auf. Darin zeigt sich aber für Bloch nicht nur, daß Dionysos eben »nicht bloß der hemmungslose Reflex des Kapitals« ist, »das Zucht, Maß, Recht, Bürgertugend beizeiten abbauen läßt, sondern es ist formale Ausschweifung in ein unbestimmtes Außer-sich-sein, Außer-der-Zeit-Sein schlechthin.«¹¹ Dionysos, daran hält Bloch selbst dann noch fest, als die Macht der Nationalsozialisten übermächtig wurde und es zu entschuldigen gewesen wäre, deren blutigen Machtrausch mit der Gewalt des Dionysischen bei Nietzsche zu verwechseln. »Dionysos steht für ein sehr allgemeines ortloses Subjekt, das in den bisherigen Bestimmungen durch Moral und Intellekt nicht satt wurde, in den bürgerlichen am wenigsten; doch wie dunkel bleibt er im bloß archaischen, scheinbewegten Protest.«¹²

Dionysos ist für Bloch nicht bloß ein Gott, mit dem sich eine imperialistische Herrenmoral verklärt, sondern gerade der »Sklavenmoral« ist Dionysos »ein nicht unbekannter, ein fröhlicher, vor allem ein sprengender Gott.«¹³ Die Feste der antiken Sklaven, der mittelalterliche Karneval, die Bauernkriege beweisen für Bloch, daß Dionysos »eines der kräftigsten, wenn nicht das kräftigste Zeichen des Menschen« ist, »der noch außer sich ist und falsche Formen zerbricht: und er ist es nicht an einem großkapitalistisch visierten Anfang der Geschichte, sondern immer nur in ihr darin, an ihren neuen Einsatz- und Wendepunkten.«¹⁴ In Dionysos zeigt sich für Bloch der Wille zu leben, anders zu leben, indem man auf sich selbst, »nämlich aufs Wilde«, auf den »vorlogischen Anfang« zurückgeht, in dem sich alle Logik gründet. Dionysos ist daher »der mythologische Name für das historisch verdrängte, unterschlagene, geschwächte, mindestens abgelenkte ›Subjekt‹.«¹⁵

11 Ernst Bloch: Erbschaft dieser Zeit, in: Ders.: Werk-
ausgabe. Band 4, Frankfurt
am Main 1985, S. 359.

12 Ebenda, S. 360.

13 Ebenda, S. 362.

14 Ebenda.

15 Ebenda, S. 364.

Kritisch gegen Nietzsche bemerkt Bloch nun völlig zutreffend, daß das »Subjekt« des Dionysos im Menschen [...] gewiß nicht klassenmäßig völlig faßbar ist« – weder in bezug auf die »jeweils revolutionäre Klasse«, womit Bloch hier das Proletariat meint, aber auch nicht in bezug auf die jeweils herrschende Klasse. Gegen die Entschärfung des Protest-, Widerstands- und Revolutionspotentials in Dionysos durch Alfred Baeumler hält Bloch am »feuerhaft-revolutionären Element« in Dionysos fest: »Dionysos kann aber nur schaffen als Krieg gegen jede Entäußerung, als das feuerhaft-revolutionäre Element jeder Erhebung gegen ›Zeus‹«. ¹⁶

16 Ebenda, S. 365.

Dionysos steht also gegen Zeus für Bloch und das heißt, er steht gegen jede Form von Herrschaft, Unterwerfung und Ausbeutung, er ist der »Wendegott«, der »Aufbruchsgott« all der geschichtlichen Augenblicke, in denen sich Menschen, in welcher Form auch immer, gegen ihre Unfreiheit, gegen ihre Kolonialisierung, Unterdrückung und Ausbeutung wenden. Bloch sieht also vor allem das gegen jede Entfremdung Rebellierende, alle Herrschaft Sprengende, jede Obrigkeit Bekämpfende in Dionysos. Dionysos wird so zu einer idealtypischen Gestalt utopischer Rebellion, die sich als Extremsport, als sexuelle Revolution, als »Zurück in die Berge«, als Love Parade maskiert. Immer geht es in diesem Dunkel des gelebten Augenblicks um einen Protest gegen die Welt der Spießer, immer geht es um eine Rebellion gegen die Mittelmäßigkeit, die die Lebenswelt der Individuen in der Verwaltung derselben entsorgt und dadurch kolonialisiert, immer geht es um die unstillbare Sehnsucht nach dem erfüllten Augenblick, immer geht es um den unstillbaren Hunger nach einem bejahenswerten, »sättigendem« Leben.

Das Dionysische ist in seiner Negativität für Bloch das Nichts, aus dem Alles werden kann. Das Dionysische zerstört nicht nur, es erschließt uns durch seine Negativität neue Perspektiven, indem es neue Möglichkeiten des Menschseins in den Abgründen des Menschseins offenbart. Aus diesem offenen Möglichkeitsfeld aber kann sich für Bloch nur ein neuer Möglichkeitssinn ergeben, wenn es ein »Wir«, eine »Klasse der Zukunft« gibt, die in der Lage ist, das Dionysische in Vergangenheit und Gegenwart derart zu gebrauchen, daß aus dem Rausch kein todbringender Zusammenbruch, kein kollektiver Selbstmord, sondern ein allen neues Leben ermöglichender Aufbruch wird. ¹⁷

17 Vgl. ebenda, S. 336.

IV. Die Zukunft Blochs

Dionysos, daran hält Bloch in »Erbschaft dieser Zeit« fest, ist wesentlich als Rebell gegen Zeus zu verstehen. Im »Prinzip Hoffnung« tritt uns dieser Dionysos nun in einer neuen Maske entgegen: in der des Prometheus. Prometheus ist ein »abgründiger Haß, ja Verachtung gegen die Herren der Welt« eigen. ¹⁸ Zwar fehle ihm, wie Dionysos, der »soziale Auftrag«, aber aus dem »ursprünglichen Kämpfer gegen den Weltherrn« wird nun der Weltschöpfer und Weltherr selbst, indem der Selbsthelfer den Menschen lehrt, sich selbst zu helfen, sich selbst zu erschaffen und sich selbst zu regieren.

18 Vgl. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, in: Ders.: Werkausgabe Band 5, Frankfurt am Main 1985, S. 1428.

Hier werden nun aber Nietzsches Ideen aus der »Geburt der Tragödie« mit Marx erweitert, denn bekanntlich ist für Marx in seiner Doktordissertation Prometheus »der vornehmste Heilige und Märty-

19 Vgl. ebenda, S. 1431.

rer im philosophischen Kalender«.¹⁹ In der Maske des Prometheus wird nun Dionysos zum Kulturstifter für Bloch, indem Prometheus durch seine Tat es ermöglicht, daß die bedrängten, abhängigen Kreaturen frei werden von den Göttern und von den Zwängen der Natur. Dieser Prometheus ist ein Aufklärer, denn mit dem Feuer bringt er den Menschen natürlich auch das Licht, aber er kann dies Gute nicht tun, ohne Böses zu tun und das heißt, er kann nicht Aufklärer sein, ohne Dieb zu sein: Bevor er die bisher nur den Göttern vorbehaltenen Gaben den Menschen bringen kann, muß er sie den Göttern entwenden. Die Erhabenheit seiner Tat wird also notwendigerweise von der Durchtriebenheit seines Tuns getragen. Der Held ist ein Frevler, der neue Heilige ist ein Häretiker. Denn Prometheus ist Bloch der Gott, der den Unglauben an Gott bezeichnet, er ist selbst der Halbgott, der durch seinen Atheismus den Menschen ermöglicht, sich selbst zu schaffen, selbst göttlich zu werden, sich selbst zu überwinden und dadurch erst wirklich Mensch zu werden.

Nicht erst in Nietzsches »Geburt der Tragödie«, sondern schon in Goethes Prometheus-Dichtung ist Prometheus der titanische Künstler, der den Menschen nicht nur ermöglicht, selbst Werke herzustellen, es ist nicht nur der übermütige Künstler, der Menschen schafft, sondern in dem er sie nach seinem Bilde formen will, sollen sie lernen, Schöpfer ihres eigenen Lebens zu werden. Prometheus ist hier demzufolge der Künstlerphilosoph, der das Leben als Kunstwerk gestalten will und der den Menschen helfen will, ihr Leben selbst als Kunstwerk zu formen. Bloch ordnet sich durch diese, von Goethe und Nietzsche inspirierte Prometheusinterpretation selbst in die Artistenmetaphysik ein, die nun nicht mehr nur, wie bei Kant, die Moral, oder wie beim frühen Nietzsche, die Kunst, sondern die Erschaffung des Lebens selbst als eigentlich metaphysische Tätigkeit begreift. Artistenmetaphysik nach dem Tode Gottes ist demzufolge nur noch als philosophische Lebenskunst möglich.²⁰

Was aber steht nach Bloch im Mittelpunkt einer solchen Philosophie der Lebenskunst? Die Antwort des jungen Bloch ist ganz klar und sie durchzieht sein gesamtes Denken: Freiheit im Sinne von Selbstbewußtwerden, Selbstbestimmung, Selbstregierung; Freiheit im Sinne von Autonomie, die grundlegend vom Individuum auszugehen hat. Nur auf diesem Grund kommt es zum Erschaffen unseres Selbst, ohne das Sinnliche und Dämonische bloß zu verdrängen, nur so wird die »Fähigkeit sich in den Dingen und Menschen zu entdecken, zu erleben und zu genießen« entwickelt, nur so werden Werte möglich, »worin wir uns finden, zu uns selbst kommen, uns mit uns selbst zusammenschließen. [...] Von hier aus geht der Weg zu einer neuen Philosophie der Kultur: zu einem durch genaue Erforschung und Vertiefung des Selbst ermöglichten und eroberten Standpunkt der vollkommenen Autonomie.«²¹

Die Kulturphilosophie Nietzsches wird von Bloch also von Anfang an als Philosophie der Befreiung, des Selbständigwerdens, der Emanzipation begriffen und diese leitende Idee führt ihn nicht entgegen seinem Nietzscheanismus zu Marx, sondern konsequenterweise. Wie für Kant Aufklärung mit Selbstdenken anhebt, so wird für Bloch, anknüpfend an Nietzsche, diese Aufklärung weitergeführt und radikalisiert, indem man lernt, auf der Basis von Selbst-

20 Blochs Marxismus erweist sich also nicht nur als eine Philosophie des Selbsthelfertums, sondern als aufgeklärte Philosophie ist sie ein lebenskünstlerischer Marxismus, eine mögliche Philosophie der Lebenskunst, die explizite an die vergessene Philosophie der Lebenskunst in der Aufklärung erinnert. Blochs Denken ist hier also nicht nur im Spannungsfeld von Nietzsche und Marx zu sehen, sondern auch in der Linie von Christian Thomasius bis Rosa Luxemburg. Vgl. Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, in: Ders.: Werkausgabe Band 6, Frankfurt am Main 1985, S. 315 ff. sowie Volker Caysa: Rosa Luxemburg – das Leben als Werk, in: Kinner, K., Seidel, H. (Hg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002.

21 Ernst Bloch: Über das Problem Nietzsches a. a. O., S. 593.

denken sich selbst zu regieren. Nicht nur wer nicht selbst denken kann, sondern auch wer sich nicht selbst zu regieren vermag, wird immer ein Knecht bleiben. Freiheit als Autonomie hat zur Voraussetzung Freiheit nicht nur als Freiheit zur Selbstbestimmung, sondern auch als Freiheit zur selbstbestimmten Ordnung, in der man leben will, zu begreifen. Freiheit und Ordnung sind daher für Bloch nur möglich, wenn man nicht alle Formen von Macht, Herrschaft und Regierung ablehnt, sondern selbstbewußt sich für bestimmte Macht- und Regierungsformen entscheidet, die man sich als Alternative zu den bestehenden Herrschaftsformen wählt. Autonomie meint demzufolge auch nicht für Bloch den Willen, überhaupt nicht regiert zu werden, sondern sie meint bei Bloch den Willen, nicht dermaßen, nicht auf diese Art und Weise, nicht von denen da und nicht um diesen Preis (z. B. den der Selbstdemütigung) regiert zu werden oder sich regieren zu lassen. Das Freiheitsideal Blochs entzieht sich also nicht jeder Form von Regierungsentfaltung, sondern es stiftet sich in der Fähigkeit der Selbstregierung, durch die auch die Ordnung möglich wird, die wir selbst gewählt haben. Blochs kritische Philosophie gründet sich nicht nur in der Kritik der Macht, die herrscht, sondern auch in einem positiven und nicht nur negativistischen Machtbegriff. Bloch knüpft hier nicht nur an Nietzsche an, sondern durch Nietzsche vermittelt an Goethe, der im Aphorismus 99 seiner »Maximen und Reflexionen« auf die Frage »Welche Regierung die beste sei?« antwortet: »Diejenige, die uns lehrt uns, uns selbst zu regieren.«²²

Politik hebt in diesem Verständnis nicht erst auf der Ebene der in Parteien, Staaten- und Wirtschaftsverbänden organisierten Subjekte an, sondern bei den Individuen selbst, indem sie die Führung ihres eigenen Lebens durch eine selbstbewußte Wahl in die Hand nehmen. In diesem Sinn stiftet sich große Politik in der Selbstpolitik, in der Selbstregierungsfähigkeit und Selbstentscheidungsfähigkeit der Individuen. Indem Bloch in diesem Punkt eher Goethe denn Nietzsche folgt, entschärft er die in Nietzsches Philosophie anzutreffende Ablehnung jeder Realpolitik, jenen politischen Konservatismus, der sich hinter der Haltung des Unpolitischen versteckt und den Thomas Mann auch in seinem Nietzscheanismus zurücknahm.

In diesem Kontext ist der »Geist der Utopie« als Utopie unserer Selbstgestaltung zu verstehen, deren Verwirklichung nicht nur Selbstbegegnung in der Selbsterkenntnis, sondern vor allem die Praktiken der Selbstregierung zur Voraussetzung hat. Die Blochsche Utopie wird an dieser Stelle sogar das, was sie in bezug auf die neue gesellschaftliche Totalität, die er sich vorstellt, bestimmt nicht ist: nämlich pragmatisch. Sie ist hier auf das Naheliegende, auf das für das Individuum Machbare und auch Nützliche orientiert und gerade dieser durchaus auch bei Bloch vorhandene Sinn für das Pragmatische scheint mir dasjenige zu sein, das den »Geist der Utopie« auch wieder zu einem Sinn für uns machen könnte. In einer solchen Pionierexistenz scheint ein neues Wir auf, das zugleich Nietzsches Experimentalphilosophie wie auch Blochs Hoffungsphilosophie säkularisiert und zugleich heute lebbar erscheinen läßt, indem radikaler Individualismus und utopische WirGemeinschaft durch das Ethos der Selbstregierung miteinander verbunden werden.

22 Vgl. Johann Wolfgang Goethe: Maximen und Reflexionen, in: Goethes Werke. Hamburger Ausgabe. Band XII, Hamburg 1963, S. 378.

Eine solche Säkularisierung des Geistes der Utopie bedeutet aber, Utopien nicht mehr nur auf ein abstraktes Gattungstelos zu beziehen, sondern diese konkret von den Möglichkeiten der existentiellen Praktiken der Individuen her zu begreifen, sie bedeutet eine Verbindung von revolutionärer Praxis und nüchternem Pragmatismus in den lebensweltlichen Praktiken des einzelnen, um seine Lebensform selbst umgestalten zu können. Utopien erweisen sich dann als Existenzialutopien²³, in denen sowohl Nietzsches Geist der Kritik und Blochs Geist der Utopie modern lebbar werden.

Die Idee der Selbstregierung, die im Geist der Utopie Blochs enthalten ist, geht aber nicht nur von einer nietzscheanischen Rehabilitation des Individualismus aus, sondern sie ist verbunden mit einem sozialen Sinn, der in dem kategorischen Imperativ besteht, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«²⁴

So ist denn der Geist der Blochschen Utopie getragen von der Vermittlung der nietzscheanischen Idee der kulturellen Autonomie und dem Marxschen kategorischen Imperativ, von dem Vermittlungsversuch zwischen der Selbstregierung der Individuen und einer sozialen Regierung der Gesellschaft. In diesem Spannungsfeld bleibt die Hoffnung, die natürlich immer wieder enttäuscht werden kann, am Leben, wenn man es lernt, mit dieser Spannung zu leben, von hier aus wird der marxistische Perspektivismus in der nietzscheanischen Hoffnungsphilosophie Blochs gestaltbar, der doch in nichts anderem besteht als darin, daß an »die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen [...] eine Assoziation« tritt, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«²⁵

Durch die in diesem Ideal enthaltene Verknüpfung von selbstgewählter Freiheit und Gerechtigkeit für alle, von egoistischem Individualismus und altruistischer Solidargemeinschaft, von Sorge um sich und Sorge um den anderen im Lebensstil der Individuen, wird nicht nur die Utopie eines sozialen und gemäßigten Egoismus, der doch die Grundlage für wirklichen Individualismus ist, ohne den es keine freie und gerechte Gesellschaft und Gemeinschaft geben kann, konkret, sondern es entsteht auch die Möglichkeit, mit der notwendigen Utopie einer neuen WirGemeinschaft in der nachindustriellen Gesellschaft ernst zu machen. Das aber hat zur Voraussetzung, die Selbständigkeit und das Eigeninteresse der Individuen nicht nur als Solidarität zerstörend zu verstehen, sondern auch als Chance, Solidarität zu begründen. Die Sorge um den anderen, gemeinsames Handeln gegen Ungerechtigkeit kommt doch erst auf der Basis eines wohl begründeten Eigeninteresses zustande und nicht durch altruistische Forderungen, die nichts mit den Interessen der Individuen zu tun haben. Wer also für Solidarität und soziale Gerechtigkeit eintritt, der muß im Blochschen und Marxschen Sinne wollen, daß die Individuen endlich lernen, selbstbewußt egoistisch zu handeln. Nur dadurch lernen sie nämlich, die Ideale als ihre Interessen wahrzunehmen, die ihnen eine angeblich altruistische Moral der selbstgerechten Gutmenschen und Gemeinschaftsapostel so warm ans Herz legt.

23 Siehe: Volker Caysa: Kritik als existenzielle Praktik. Leipzig 2001.

24 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Band 1, Berlin 1981, S. 385.

25 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 4, Berlin 1977, S. 482.

ROGER BEHRENS

Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozeßlogik einer mehrschichtigen Dialektik

Kritische Theorie stellt die moderne, spätkapitalistische Gesellschaft als Kulturindustrie dar; alle Kultur ist zur Ware geworden, Aufklärung zum Massenbetrug; die ökonomische Verwertungslogik durchzieht alle sozialen Bereiche, verfestigt die bestehenden Zustände als verwaltete Welt. Zugleich sind diese Verhältnisse allerdings nicht stabil, sondern von einer fortschreitenden Krise gekennzeichnet. Die Wertvergesellschaftung gelingt nur in Widersprüchen; die Phantasmagorien der Warenwelt bringen das, was wir zeitgemäß, aktuell oder modern nennen, nur als ungleichzeitigen Zusammenschluß von höchster Fortschrittlichkeit und urgeschichtlichen Motiven hervor: Mit den neuesten Techniken der Computeranimation werden Dinosaurier wiederbelebt, im Science Fiction gelingt es der Menschheit, weit in die Zukunft vorzudringen, um dann doch auf die Ursprünge zu stoßen, die Traumhöhle am ›Event Horizon‹. – Dieser kollektive Traum einer Gesellschaft, die, wie es Walter Benjamin in seinem dialektischen Bild faßt, träumt, daß sie erwacht sei, um so von den bedrohlichen Weckreizen nicht in ihrem Schlaf gestört zu werden, wird doch individuell in je verschiedenen, verzerrten und verborgenen Wunschbildern geträumt: Es ist das Unabgegoltene, das sich als Utopisches im Vorbewußtsein ebenso manifestiert wie Regressives, Reaktionäres im Unbewußten und falschen Bewußtsein. Ernst Bloch akzentuiert als Hoffnungsphilosoph, ohne die Kritik an den gegenwärtigen Zuständen zu schmälern, diese Aspekte des subjektiven Faktors. Dafür entwickelt er in ›Erbschaft dieser Zeit‹ das Konzept der Ungleichzeitigkeit, um so die »Hohlräume« auszu-leuchten, in denen eine mehrschichtige Dialektik zugleich den Kitt bildet, der zusammenhält, was im selben Augenblick von ihr gesprengt zu werden vermag.

Die alte Neue Mitte

Das Buch ›Erbschaft dieser Zeit‹ von 1935 ist, in seiner kritisch-philosophischen Essayform, Blochs erster und umfassender Beitrag zu einer Analyse des deutschen Faschismus; es ist zugleich keine gesellschaftstheoretische Analyse des nationalsozialistischen Systems, Staatskritik oder Kritik der Geschichtslogik, die in der planmäßigen Massenvernichtung dann kulminierte; das ist in den späteren Schriften wie Franz Neumanns ›Behemoth‹ (1942) oder Theodor W. Adornos und Max Horkheimers ›Dialektik der Aufklärung‹ (1944/47) entwickelt worden. Es ist auch keine Kritik der politischen Ökonomie Nazideutschlands, wenn freilich der Marxsche Blick auf den

Roger Behrens – Jg. 1967, Kulturwissenschaftler, Hamburg. Wissenschaftlicher Assistent an der Bauhaus-Universität Weimar. Promoviert zur Zeit an der GH Kassel; Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung bis April 2003. Arbeitsschwerpunkte: Kritische Theorie, Massen- und Popkultur. Veröffentlichungen u. a.: Symbolisches Flanieren. Kulturphilosophische Streifzüge, 2001 (zusammen mit Kai Kresse und Ronnie M. Peplow); Kritische Theorie, 2002; Adorno-Abc, 2003.

Beitrag auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 25. Todestag von Ernst Bloch »Hoffnung muß gelernt werden« am 2. November 2002.

Kapitalismus und seine geschichtliche Formation auch Blochs Perspektive bestimmt. Mehr hat Blochs Buch gemein mit den sozialempirischen Erhebungsstudien, wie die von Erich Fromm mitbetreute über ›Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches‹ (1932) oder die späteren, von Horkheimer geleiteten über ›Autorität und Familie‹ (1936), schließlich den ›Studies in Prejudice‹ aus den frühen fünfziger Jahren; es ist eine philosophische Untersuchung über das, was die kritische Theorie den Gesellschaftscharakter nennt, nämlich die breit ansetzende Frage nach den sozialpsychologischen, kulturellen wie individuellen, schließlich politisch-klassenspezifischen Bedingungen und Ursachen, welche die nationalsozialistische Gesellschaft überhaupt möglich gemacht haben. Bloch hatte zuvor als größere Arbeit bereits seinen ›Geist der Utopie‹ (zweite Fassung 1923) veröffentlicht, auch schon die Sammlung ›Spuren‹ (1930), kommt also im Kern als Hoffnungsphilosoph an die Problematik heran (also durch Utopiebegriff oder »Dunkel des gelebten Augenblick«), in die er als politischer Essayist längst eingespielt ist durch regelmäßige Veröffentlichungen gegen Krieg, Militarismus und deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik.

»Hier wird breit gesehen. Die Zeit fault und kreißt zugleich. Der Zustand ist elend oder niederträchtig, der Weg heraus krumm. Kein Zweifel aber, sein Ende wird nicht bürgerlich sein.«¹ Mit diesen Worten beginnt Bloch sein Vorwort zur Ausgabe 1935; es geht um die Gesellschaft im Übergang, das untergehende Bürgertum und die Gefahr für die Welt, die es mitreißt; es geht auch um die Frage, die damals in der Kontroverse mit Georg Lukács im kulturpolitischen Raum stand, inwiefern und ob die bürgerliche Gesellschaft beerbt werden kann; zur Disposition stehen ihre humanistischen Reste, die sie selbst in den braunen Sumpf gerissen hatte. Der Übergang ist geschichtlich in der Gestalt des nationalsozialistischen Terrors keineswegs Fortschritt, sondern dessen Gegenteil: Regression, Abkehr von jeder emanzipatorischen Möglichkeit, die bestehenden Verhältnisse in menschliche zu verändern, wie Bloch es damals noch hoffnungsvoll in der Sowjetunion als Experiment aufscheinen sah. Bei solcher Talfahrt des Übergangs bleibt Dreck im Bewußtsein hängen. »Der Staub« heißt der den drei großen Teilen des Buches vorgeordnete Abschnitt. Seine Themen zum Beispiel: »Muff« und »Klatsch«, die Gefahr, die droht, wenn der Spießbürger sich ungerecht behandelt fühlt und versucht, die Welt zu seinen Gunsten zu erneuern. Im Spießbürger sieht Bloch die Schicht des Übergangs in der muffigen wie auch schrecklichen, von Ressentiments geladenen Reinform; die Kleinbürger und Angestellten – seinen Blick hat er hier mit Siegfried Kracauer geschärft – sind die Zwischenklasse, die sich nach Blochs (in damaligen Faschismusanalysen gängiger) Ansicht nun im Faschismus als eigentliche Trägerschicht der Nazis breit machten – zumindest in einem Teil der Angestellten sieht Bloch »eine Art Stammgruppe des heutigen so genannten Nationalsozialisten«.² Der erste Teil heißt »Angestellte und Zerstreuung«. Es geht um Kulturkritik als kritische Gesellschaftstheorie; und wieder mit Kracauer, dem ersten Kinotheoretiker, und seinem Freund Walter Benjamin beschäftigt sich Bloch mit den veränderten Wahrnehmungsweisen der neuen

1 Ernst Bloch: Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt am Main 1981, S. 15.

2 Ebenda, S. 34.

Kulturtechniken Film, Rundfunk, Unterhaltung, Kolportage und Groschenroman als Formen der Zerstreung, die auch das Klassenbewußtsein buchstäblich zerstreuen. In diesem Zusammenhang richtet Bloch übrigens seine Aufmerksamkeit höchst aktuell auf die »künstliche Mitte« und meint damit »die neue Mitte«; sie »spart nicht, denkt nicht an Morgen, zerstreut sich und bald alles«. ³ In antizipierender Aktualität beschreibt Bloch etwas von dem fetischistischen Verhältnis, daß auch in der postfaschistischen Gesellschaft (oder gerade hier) die Menschen zu ihrer Freizeitbeschäftigung haben, zur Reproduktion, um von den Arbeitsverhältnissen, von der Produktion, in die sie eingespannt sind, nichts wissen zu müssen, wie es heute die volksgemeinschaftliche Ideologie der Popkultur anempfiehlt, die sich symbolisch nicht nur auf der Love Parade ausdrückt: »... Duldende Ablenkung aus dem wirklichen Leben. Sie staut das Leben auf nichts als Jugend zurück, auf übersteigerte Anfänge, damit die Frage nach dem Wohin gar nicht aufkomme. Sie fördert den Sport und den Abendglanz der Straße, den exotischen Film oder den sonstwie glitzernden ...«. ⁴ »Der Herr der Ringe« und »Harry Potter« sind eben gerade als Mythen auch ein Labour Issue der Neuen Mitte. Die ideologische Funktion, die heute Sport und Fitneß haben, liegt blank. Schon bei Kracauer und Bloch ist sie anschaulich beschrieben. Über die schon alte Maßgabe Fit-for-Fun bemerkt Kracauer: »Die Angestellten müssen mittun, ob sie wollen oder nicht. Der Andrang zu den vielen Schönheitssalons entspricht auch Existenzsorgen, der Gebrauch kosmetischer Erzeugnisse ist nicht immer ein Luxus. Aus Angst, als Altware aus dem Gebrauch zurückgezogen zu werden, färben sich Damen und Herren die Haare, und Vierziger treiben Sport, um sich schlank zu erhalten. »Wie werde ich schön?« lautet der Titel eines jüngst auf den Markt geworfenen Heftes ...«. ⁵ Und mit aktueller Vergleichbarkeit zu etwa Phänomenen der Love-Parades und Techno-Raves schreibt Bloch in »Erbschaft dieser Zeit« über eine Marathon-Tanzveranstaltung: »Das Leben ist hart, das Volk braucht Reize. Neu solche, die man aus dem Leben derer zieht, welche es noch schlechter haben. Schön ist bereits, arme Hunde so zu hetzen, wie es die reichen mit einem selber tun. Rohe, auch lachlustige Wut tobt sich dann aus. Gibt die Tritte von oben nach unten weiter ... Die Tänzer haben sich freiwillig dazu verstanden. So freiwillig, wie heute Erwerbslose sind, die vor anderen ihrer Art dies Schauspiel geben. Erwerbslose, Kleinbürger und Proleten füllen zu drei Vierteln den Raum, lassen sich die Marter dort unten (auf der Tanzfläche, Anm. R. B.) als Sport vormachen. Als Sport, der kein anderes Ziel hat als den am längsten hinausgeschobenen Zusammenbruch, keinen anderen Lorbeer als den fürs längste Leiden.« ⁶

3 Ebenda, S. 33 ff., hier S. 35.

4 Ebenda, S. 34.

5 Siegfried Kracauer: Die Angestellten, Frankfurt am Main 1974, S. 25.

6 Bloch: Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 46 u. 48.

Im Wetterwinkel der Reaktion

»Nicht alle spielen hier mit. Der Bauer gewiss nicht, der Handwerker und Kleinhändler wenig. Desto mehr die neue Mitte, sie sucht ein Leben, das sie meint und nicht führen kann, im Ersatz.« ⁷ Dieser Ersatz wird als Zerstreung zur Berauschung, in Rassenideologie und deutschem Nationalismus. Davon handelt der zweite Teil der »Erbschaft dieser Zeit« unter dem Titel: »Ungleichzeitigkeit und Be-

7 Ebenda, S. 41.

- 8 Ebenda, S. 68. rauschung«, womit wir beim Thema wären. Die Rede ist vom »Wetterwinkel möglicher Reaktion«,⁸ und gemeint ist, daß der Marxismus auch offen sein müßte für das Phantastische und Ungereimte, nicht immer glatt in der Vernunft aufgehende, bei aller Pflicht zur Rationalität. Nämlich vermochten Nazis diesem menschlichen Bedürfnis nach Märchen und Erzählung beizukommen, wie Bloch herausstellt, freilich durch Verdrehung in deutsche Phantasielosigkeit schlechthin, nämlich mit reaktionärer Wendung in Volksmythos und Blut und Boden. »In Russland kommt man den Bauern mit Erntefesten und Lenin-Grab entgegen, ersetzt ihnen die Kirche durch Kollektiv und junge Symbole; in Deutschland überläßt der Marxismus all diese Anschlüsse der Reaktion.«⁹ Und das betrifft nicht nur das pervertierte Wort vom Sozialismus, oder die Straße und rote Fahne, sondern auch den Entwurf des Dritten Reiches selbst, nachgerade als Utopie: »Der Terminus ›Drittes Reich‹ hat fast alle Aufstände des Mittelalters begleitet oder wie man es damals nannte: das ›Reich des dritten Evangeliums‹ – es war ein leidenschaftliches Fernbild und führte ebensoviel Judentum wie Gnosis mit sich, ebensoviel Revolte der Bauernkreatur wie vornehmste Spekulation«, schreibt Bloch mit Verweis auf Joachim von Fiore und den Chiliasmus.¹⁰ Hierbei geht es Bloch nicht einfach um Unzeitgemäßes, sondern um geschichtlich Vermitteltes, nämlich in der Geschichte noch Unabgegoltene, versteckt in eben den Wetterwinkeln ruhendes. »Die Geschichte ist kein einlinig vorschreitendes Wesen, worin der Kapitalismus etwa, als letzte Stufe, alle früheren aufgehoben hätte; sondern sie ist ein vielerhythmischer und vieleräumiger, mit genug unbewältigten und noch keineswegs ausgehobenen, aufgehobenen Winkeln. Heute sind nicht einmal die ökonomischen Unterbauten in diesen Winkeln, das ist: die veralteten Produktions- und Austauschformen vergangener, geschweige ihre ideologischen Überbauten, geschweige die echten Inhalte noch nicht bestimmter Irratio.«¹¹ Das verweist auf das, was Bloch als Ungleichzeitigkeit begriff.
- 9 Ebenda, S. 68.
- 10 Ebenda, S. 63.
- 11 Ebenda, S. 69.

Subjekt und Objekt, Bewußtsein und Sein, die Pole des dialektischen Prozeßdenkens kritischer Theorie, problematisiert Bloch angesichts der nazideutschen Gesellschaftsverhältnisse als Spannungswiderspruch von – Geschichte und Klassenbewußtsein (wie Lukács berühmte Aufsatzsammlung von 1923 heißt). Bloch geht mit Hegelscher Geschichtstheorie bewaffnet materialistisch vor. Der Begriff der Aufhebung markiert, daß er in Kategorien Hegelscher Prozeßlogik denkt, aber eben nicht in der Linearität des geschlossenen Systems, sondern in der Widerspruchslogik des offenen Systems, das noch voller Möglichkeiten steckt, in dem Fortschritt der Geschichte einzig in dem Herausprozessieren dieser Möglichkeiten, vor allem der verpaßten, denkbar wäre. Die Wirklichkeit der Geschichte, zumal der unter kapitalistischen Vorzeichen waltenden, ist eben keine fortschreitende, und eigentlich – nach dem Marxschen Wort – nicht einmal Geschichte als vom Menschen gemachte, sondern Vorgeschiedene, die bisher den Menschen machte, und ihn dabei nicht einmal besonders menschlich aussehen ließ. Dann gibt es von Marx das Bild, wonach die Gegenwart mit der Zukunft schwanger geht (ein Bild, das auch Leibniz verwendete); Bloch spricht hier das Phänomen an, daß Gegenwart nicht nur mit schon Zukünftigem durchsetzt

ist, sondern auch mit Verganzenem, oder eben noch nicht Verganzenem. Und so denkt sich Bloch Geschichte als plurales, eben vielmächtigtes Nebeneinander. Die Frage bleibt, wie diese Geschichte beim Menschen ankommt, insbesondere in den Köpfen; hatte Hegel geschichtsphilosophisch und dialektisch-logisch den subjektiven Geist und objektiven Geist vermitteln wollen, verweist Bloch nun auf das Nichtvermittelte, Unmittelbare, das nicht in der Vernunft – die Hegel mit der Perspektive auf den Weltgeist als Universalkraft konstatierte – Aufgehobene. Marx hatte schon die Kritik der politischen Ökonomie aus der Kritik der Religion gewonnen – siehe ›Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung‹; nun führt Bloch noch einmal auf diesen Aspekt der Religionskritik zurück, weil die Geschichte ihrer Selbstkritik nicht hinterherkam.¹² Gerade der Kapitalismus vermochte nicht über sich selbst aufzuklären. So muß die Religionskritik noch mal in der Kritik des politischen Bewußtseins aufgehoben werden. »Der Kapitalismus konnte das Irrationale so wenig austrocknen, dass es gerade als ›Widerspruch‹ zu seiner Sachlichkeit und Rationalisierung immer stärker geworden ist.«¹³

Mit dem Begriff Ungleichzeitigkeit notiert Bloch also das bewußtseinsmäßige, bewußtseinsgemäße wie -ungemäße Geschichtsproblem, das im groben Schema Marx als das Verhältnis von Basis und Überbau beschrieben hatte: zuzüglich des Problems, wie der Überbau von der ökonomischen Basis abhängt und mit ihr und Politik, Kultur, Religion, Recht etc. zugleich rückwirkend, dialektisch vermittelt ist. Walter Benjamin beginnt 1936 seinen berühmten Aufsatz ›Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit‹: »Die Umwälzung des Überbaus, die langsamer als die des Unterbaus vor sich geht, hat mehr als ein halbes Jahrhundert gebraucht, um auf allen Kulturgebieten die Veränderung der Produktionsbedingungen zur Geltung zu bringen.«¹⁴ Der marxistische Kulturtheoretiker Max Raphael hatte eine ähnliche, allerdings umgekehrt laufende Ungleichzeitigkeit im Basis-Überbau-Verhältnis für die Gotik festgestellt, nämlich im technisch viel weiter fortgeschrittenen Kirchenbau, im Verhältnis zum Elend des Lebens in diesen dunklen Zeiten. Für Bloch ist mit dieser einholenden Entwicklung kultureller Produktivkräfte – Film, Rundfunk, Schallplatten etc. – aber noch gar nicht sicher, ob auch das kulturelle wie soziale Bewußtsein, das Klassenbewußtsein dem schon hinterher entwickelt ist: es gibt die Möglichkeit der Zerstreung und Unterhaltung; es fehlt aber der Erkenntnischarakter, der in der kontemplativen Rezeption und der Hochkultur der Bürgerklasse zurück blieb. Darauf verweist Bertolt Brecht, wenn er über den ›Rundfunk als Kommunikationsapparat‹ 1932 schreibt: »Unsere Gesellschaftsordnung, welche eine anarchische ist ... ermöglicht es, dass Erfindungen gemacht und ausgebaut werden, die sich ihren Markt erst erobern, ihre Daseinsberechtigung erst beweisen müssen, kurz Erfindungen, die nicht bestellt sind. So konnte die Technik zu einer Zeit soweit sein, den Rundfunk herauszubringen, wo die Gesellschaft noch nicht soweit war, ihn aufzunehmen ... Man hatte plötzlich die Möglichkeit, allen alles zu sagen, aber man hatte, wenn man es sich überlegte, nichts zu sagen.«¹⁵

12 Siehe dazu auch Bloch: Atheismus im Christentum, Frankfurt am Main 1985, passim und S. 87 ff.

13 Bloch: Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 69.

14 Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Gesammelte Schriften Bd. I-2, Frankfurt am Main 1991, S. 435.

15 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in: Gesammelte Werke Bd. 18, Frankfurt am Main 1967, S. 127 f.

Und gleichzeitig wissen wir, daß ja gerade die Nazis über den Rundfunk einiges zu sagen hatten, ihre ganze Propaganda, auch die scheinheilige, von Politik befreite Unterhaltung, über den Volksempfänger an die Volksgemeinschaft lieferten. Aber für Bloch ist Ungleichzeitigkeit nicht einfach Konservatismus, sondern falsche Aktualität, bloße Ideologie, sich zeitgemäß zu glauben – falsches Bewußtsein von der Gegenwärtigkeit. Zu dieser Ideologie des Ungleichzeitigen gehört wesentlich die Scheinrevolution, zu glauben, alles verändert zu haben, wobei doch nicht mehr passierte, als die längst gegebenen Verhältnisse verfestigt zu haben. Die Nazis und ihre Pseudokritik am Kapitalismus, die sich ja bekanntlich auf jüdisches Finanzkapital beschränkte und vom redlich schaffenden Kapital bezahlt wurde, haben schließlich bis in die Verwertungsfabriken der Vernichtungslager den Kapitalismus bestätigt, wo es nur ging. Bloch schreibt: »Die Lust des Angestellten, nicht proletarisch zu sein, steigert sich in orgiastische Lust der Unterordnung ... Die Unwissenheit des Angestellten, wie sie vergangene Bewusstseinstufen, Transzendenz in der Vergangenheit sucht, steigert sich in einem orgiastischen Hass gegen die Vernunft.«¹⁶ In Nazideutschland sah das dann so aus: »Der Übermensch, die blonde Bestie, der biografische Schrei nach dem großen Mann, die Witterung nach Hexenküche, nach einer längst vergangenen Zeit – all diese Fluchtzeichen aus Relativismus und Nihilismus, woraus im Salon der Oberschicht gebildete Diskussion geworden war, wurde in der Katastrophe der Mittelschicht echtes politisches Land.«¹⁷ Wie und ob heute solche Ungleichzeitigkeiten andauern oder sich durchaus modernisieren, vermag man sich vorerst selbst mit einem aktuellen medienkritischen Blick auf die Bewußtseinsindustrie ausmalen: Die massive Bilderproduktion der Popkultur hat ja durchaus zum Grund, sich wenigstens kein Bild von den zugrundeliegenden ökonomischen Verhältnissen machen zu müssen, oder lieber ein falsches. Auch inmitten der Proletarisierung der Kulturindustrie, die in ihrer Zerfallsform als New Economy auftritt, will man sich lieber als modischen oder kreativen Halbbildungsbürger mit leicht rebellischer Geste verstanden wissen, weniger als Kulturarbeiter mit stumpfer oder gar keiner Beschäftigung; die rebellische Geste ist die konformistische Anpassungsleistung, die sich als Nonkonformismus geriert.

16 Bloch: Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 109 f.

17 Ebenda, S. 110.

Mehrschichtige Dialektik

Jedenfalls ist die Kategorie der Ungleichzeitigkeit von »der bloßen ›Zurückgebliebenheit‹, womit man sie bisher in Bausch und Bogen verwechselte, ökonomisch-ideologisch abzugrenzen«: »Die Ungleichzeitigkeit macht, dass das Verhältnis Sein : Bewusstsein kein direktes, adäquates, mechanisch-promptes ist ... Es bildet sich vielmehr ein falsches Bewusstsein eigener Art, ein Innenraum, der an die proletarisch-großkapitalistische Wirklichkeit und ihre Dialektik nicht direkt angrenzt, der folglich den sozialistischen Wahrheiten über die Wirklichkeit gar keine oder nur verzerrte Resonanz gibt.«¹⁸ Die Ungleichzeitigkeiten gilt es nicht bloß festzustellen und zu beschreiben, sondern sie müssen als Kategorie in die kritische Theorie und schließlich Praxis aufgenommen werden. Deshalb unterscheidet

18 Bloch: Sokrates und die Propaganda, in: Ders., Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze aus den Jahren 1934-1939, Frankfurt/M. 1972, S. 107.

Bloch in der »logischen Beschaffenheit der ungleichzeitigen Widersprüche« das subjektiv Ungleichzeitige und das objektiv Ungleichzeitige; diese Widersprüche sind allerdings mit den – wie Bloch sagt – gleichzeitigen Widersprüchen vermittelt. »Niemals aber wäre der subjektiv ungleichzeitige Widerspruch so scharf, der objektiv ungleichzeitige so sichtbar, bestünde kein objektiv gleichzeitiger, nämlich der in und mit dem heutigen Kapitalismus selbst gesetzte und wachsende. Die anachronistische Verwilderung wie Erinnerung wird erst durch die Krise freigesetzt und antwortet auf deren objektiv revolutionären Widerspruch mit einem subjektiv wie objektiv reaktionären, nämlich eben ungleichzeitig ... Das Kapital gebraucht das ungleichzeitig Konträre, wo nicht Disparate zur Ablenkung von seinen streng gegenwärtigen Widersprüchen; es gebraucht den Antagonismus einer noch lebenden Vergangenheit als Trennungs- und Kampfmittel gegen die in den kapitalistischen Antagonismen sich dialektisch gebärende Zukunft.«¹⁹ Und derart geht es um die Spannung zwischen der »unaufgearbeiteten Vergangenheit« und der »verhinderten Zukunft«. Und durchaus gibt es in den »Hohlräumen des ›Ding-an-sich-Problems‹ und andere(r) Betrugsbilder, Vexierbilder, Schatzkammern einer nicht ganz aufgearbeiteten Vergangenheit« eine Erinnerung der »Ganzheit und Lebendigkeit ... , woraus der Kommunismus echte Materie gegen die Entäußerung zieht.«²⁰ So stellt sich das »Problem einer mehrschichtigen Dialektik«: »Der subjektiv ungleichzeitige Widerspruch ist gestaute Wut, der objektiv ungleichzeitige unerledigte Vergangenheit; der subjektiv gleichzeitige die freie revolutionäre Tat des Proletariats, der objektiv gleichzeitige die verhinderte, im Jetzt enthaltene Zukunft, die verhinderte technische Wohltat, die verhinderte neue Gesellschaft, womit die alte in ihren Produktivkräften schwanger geht.«²¹ Man muß diese Textpassage im Kontext ihrer Zeit lesen, um sie nicht selbst ungleichzeitig falsch zu aktualisieren: Auf das Proletariat möchte man sich derzeit wenig verlassen; zumal eben die mehrschichtige Dialektik die Widerspruchsverhältnisse derart fortgeschrieben hat, daß im Zuge einer – freilich merkwürdig unerfüllt bleibenden – Individualisierung jedes Kollektiv, auch die Arbeiterklasse, zurückgestaut wurde auf den Konkurrenzkampf der einzelnen, auf die Leistungs-ideologie und den Egoismus, daß jeder seines Glückes Schmied sei, also ideologisch zurückgestaut auf das, was real-humanistisch unerfüllt bleibt: Individualität. Aber in diesem Sinne läßt sich weiter bei Bloch lesen: »Grundmoment des objektiv gleichzeitigen Widerspruchs ist der Konflikt zwischen dem kollektiven Charakter der kapitalistisch entfalteten Produktivkräfte und dem privaten Charakter ihrer Aneignung.«²² Solche Ungleichzeitigkeit hat dann ihr ökonomisches Profitmotiv gefunden, samt ideologischem Apparat, in der von Adorno und Horkheimer beschriebenen Kulturindustrie. So werden die Klassen kulturell scheinbar neu verteilt, werden die Konsumenten neu gruppiert. So wird der einzelne nicht über die Produktion zum Individuum, sondern in der Reproduktion, in der sich das Individuelle als Oberflächenschein manifestiert; so wird im falschen Selbstbewußtsein, eben das zu sein, als was man erscheint, was man kauft und konsumiert, das Individuum zugleich annulliert. »Noch gehören sich die Menschen nicht selbst«, schreibt Hermann Schwep-

19 Bloch: Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 117 f.

20 Ebenda, S. 121.

21 Ebenda, S. 122.

22 Ebenda, S. 122.

penhäuser. »Zu gleicher Zeit leben sie ungleichzeitig: wie auf disparaten Ebenen, die Picassos Ingenium zu kubistischer Irregularität komponierte, das Dekomponierte zum paradox-einen Bild zusammenbringend, dessen verfremdete Scheinplastizität das Kontinuum des Zerrissenen als das scheinhafte denunziert, das es ist. Heraus kommt, dass es den Menschen als ganzen nie gab.«²³

23 Hermann Schweppen-
häuser: Tractanda. Beiträge
zur kritischen Theorie der
Kultur und Gesellschaft,
Frankfurt/M. 1972, S. 89 f.

24 Vgl. Bloch: Das Prinzip
Hoffnung, Bd. 1, Frankfurt
am Main 1973, S. 258 ff.

25 Benjamin: Das Pas-
sagen-Werk, GS Bd. V-1,
S. 527 und 286.

26 Benjamin: Paris, Haupt-
stadt des XIX. Jahrhunderts,
in: GS Bd. V-1, S. 55.

27 Benjamin: Über den
Begriff der Geschichte, in:
Schriften, Bd. I.2., a. a. O.,
S. 701.

28 Benjamin, Das Passa-
gen-Werk, a. a. O., S. 55.

Einschub: Ungleichzeitigkeit als Stillstand im Multiversum

Bloch hat die Prozeßlogik des Ungleichzeitigen im »Prinzip Hoffnung« später mit der Kategorie der Möglichkeit präzisiert.²⁴ Als materialistische Geschichtstheorie kann Blochs mehrschichtige Dialektik der Ungleichzeitigkeit mit Benjamins Entwurf einer Dialektik des Stillstands und Theorie der Jetztzeit ergänzt oder erweitert werden. Benjamin hat zudem auf die Räume der Ungleichzeitigkeit aufmerksam gemacht, nämlich die Stadt als Ort mehrschichtiger Dialektik – aber eben im Stillstand begriffen. In diesem Sinne ging es um das Kolportagephänomen des Raumes, um Ungleichzeitigkeit, indem sich die Räume verkleiden.²⁵ Mehrschichtigkeit, auch, nach Benjamin, »Zweideutigkeit ist die bildliche Erscheinung der Dialektik«, denn »immer zitiert gerade die Moderne die Urgeschichte«, wie Benjamin im Exposé des »Passagen-Werks« formuliert. Es geschieht zum Beispiel »durch die Zweideutigkeit, die den gesellschaftlichen Verhältnissen und Erzeugnissen dieser Epoche eignet ... Dieser Stillstand ist Utopie und das dialektische Bild als Traumbild. Ein solches Bild stellt die Ware schlechthin: als Fetisch.«²⁶

Auch wenn bei Benjamin die Kategorie Ungleichzeitigkeit nicht vorkommt, steht seine Geschichtstheorie doch an derselben materialistischen Frontlinie wie Blochs, nur daß Bloch mehr vom antizipierenden Zukunftsblick hat, den Benjamin, mit jüdischem Bilder-
verbot zwar, aber doch messianisch-revolutionärem Impuls, gerade auf das Unabgegoldene der Vergangenheit richtet: Auch hier haben die überkommenen Vorstellungen linearen Fortschritts oder eines zeitlichen Kontinuums keinen Platz. Die Geschichte, die zum gegenwärtigen Zustand geführt hat, ist keine von Chronologie, Linearität und Kontinuum. »Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit sondern die von Jetztzeit erfüllte ist.«²⁷ Sie ist durchsetzt von Brüchen und kristallisiert sich als Jetztzeit, in der sich die unabgegoldene Vergangenheit mit den heraufdrängenden Bildern der Zukunft sammelt. Auch bei Benjamin ist die Geschichtstheorie nicht abstrakt, sondern konkret auf den gegenwärtigen Kapitalismus bezogen: »Aber immer zitiert gerade die Moderne die Urgeschichte. Hier geschieht das durch die Zweideutigkeit, die den gesellschaftlichen Verhältnissen und Erzeugnissen dieser Epoche eignet. Zweideutigkeit ist die bildliche Erscheinung der Dialektik, das Gesetz der Dialektik im Stillstand.«²⁸

Es geht, philosophisch gesprochen, um Kritik der Universalgeschichte als Fortschrittskritik, ohne die universale Utopie eines Humanum preiszugeben. Hier gibt es für Blochs Geschichtstheorie zwei – über Benjamin vermittelbare – Anknüpfungspunkte in bezug auf die historische Prozeßlogik der Ungleichzeitigkeit: Bloch faßt dies einmal in der späteren »Tübinger Einleitung in die Philosophie«

mit dem Konzept Multiversum, der Vielräumigkeit, beziehungsweise in Anlehnung an moderne Physik als Vielzeitigkeit, gegen den bloßen Multikulturalismus, gegen Fortschrittslinearität. Bloch faßt zweitens dies mit dem Begriff des Teppichs in Hinblick auf Kunstentwicklungen und ihre geschichtliche Bedeutungsstellung in der frühen Schrift ›Geist der Utopie‹. – Erstens zum Multiversum: »Der Fortschrittsbegriff duldet keine ›Kulturkreise‹, worin die Zeit reaktionär auf den Raum genagelt ist, aber er braucht statt der Einlinigkeit ein breites, elastisches, völlig dynamisches Multiversum, einen währenden und oft verschlungenen Kontrapunkt der historischen Stimmen. So läßt sich, um dem riesigen außereuropäischen Material gerecht zu werden, nicht mehr einlinig arbeiten, nicht mehr ohne Ausbuchtungen der Reihe, nicht mehr ohne komplizierte neue Zeit-Mannigfaltigkeit (Problem einer ›Riemannschen‹ Zeit).«²⁹ Was die vielen Stimmen angeht, hat Benjamin ein ähnliches Bild notiert: »Die Vielheit der Historien ist der Vielheit der Sprachen ähnlich. Universalgeschichte im heutigen Sinne kann immer nur eine Art von Esperanto sein. Die Idee der Universalgeschichte ist eine messianische.«³⁰ – Zweitens zum Begriff Teppich: Messianismus ist bei Benjamin materialistisch vermittelt, bei Bloch ist der Materialismus mit konkreter Utopie vermittelt; das Multiversum webt den roten Läufer der menschlichen Geschichte; sein Stoff ist der rote Faden, sein Muster ästhetischer Vor-Schein des realen Humanismus. Das Bild des Teppichs nimmt Bloch von Lukács und gebraucht es, um den Grundklang der Geschichte zu begreifen, gegen kunstgeschichtliches, chronologisches Abfolgedenken.³¹

Exkurs, als notwendiger, entscheidender, nämlich sachlicher Umweg: Ungleichzeitigkeit in der Kunst

»Wenn du in Eile bist, mache einen Umweg.« Aus dem Buddhismus. Der gleichzeitige Widerspruch, nämlich der fundamentaler kapitalistischer Produktionsverhältnisse, wird nicht nur überlagert von Ungleichzeitigkeiten, sondern wird gewissermaßen selbst zum ungleichzeitigen Widerspruch, als mittlerweile veraltete gesellschaftliche Produktionsweise (Spätkapitalismus ist nicht nur der späte Krisenkapitalismus, sondern die Krise des Kapitalismus ist auch, daß diese Produktionsverhältnisse gewissermaßen selbst zu spät sind). Wenn es nicht die Auseinandersetzungen um die Produktionsverhältnisse selbst sind, die diesen Widerspruch sprengen, ist es die Kunst, das kulturelle Feld im Weitesten, wo diese Ungleichzeitigkeit und ihre Antagonismen aufbrechen. Geschichtstheoretisch ist Kunst sowieso von ungleichzeitigen Widersprüchen gekennzeichnet.³² In der Kunst finden Blütezeiten anders statt als in der Wissenschaft: Von naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Formeln, die sich im Zuge des Erkenntnisfortschritts als falsch erwiesen haben, bleibt nur die interessante Frage, welche gesellschaftliche Funktion solche falschen Erkenntnisse hatten. Man rechnet nicht mehr mit ihnen. Anders in der Kunst: Beethoven ersetzt nicht Bach, Brahms nicht Beethoven, Berg nicht Brahms und die Beatles erst recht nicht bürgerliche Kunstmusik. Kunst wird in diesem Sinne nicht falsch – kann aber sehr wohl immer schon falsch sein, als Ideologie. Geschichte setzt sich in der Kunst anders ab, von vornherein nicht

29 Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, Frankfurt am Main 1986, S. 161.

30 Benjamin: Verworfenе Aufzeichnung über den Begriff der Geschichte, GS Bd. I-3, S. 1238.

31 Bloch: Geist der Utopie, Frankfurt am Main 1976, S. 64 f. Vgl. meine Ausführungen ›Hören im Dunkel des gelebten Augenblicks‹, in: Roger Behrens, Ton Klang Gewalt. Texte zu Musik, Gesellschaft und Subkultur, Mainz 1998, S. 174 ff.

32 Das ist das Thema der Blochschen Ästhetik des Vor-Scheins.

linear; Vergangenheit und Gegenwart sind hier vor allem ästhetische Begriffe, die zu tun haben mit Ewigkeit, Original und Authentizität, auch mit Utopie. Eine Passage aus Marx' »Grundrissen« mag das verdeutlichen: »Bei der Kunst bekannt, daß bestimmte Blütezeiten derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation, stehn. Z. B. die Griechen verglichen mit den Modernen oder auch Shakespeare. Von gewissen Formen der Kunst, z. B. dem Epos, sogar anerkannt, daß sie, in ihrer weltepochemachenden, klassischen Gestalt nie produziert werden können, sobald die Kunstproduktion als solche eintritt; also daß innerhalb des Berings der Kunst selbst gewisse bedeutende Gestaltungen derselben nur auf einer unentwickelten Stufe der Kunstentwicklung möglich sind.«³³ – Zunächst ist die antike Kunst an ihre gesellschaftliche Entwicklungsstufe geknüpft, stellt also als Überbau in bezug auf die griechische Gesellschaft und ihre ökonomische Basis keine Ungleichzeitigkeit dar. »Aber die Schwierigkeit liegt nicht darin, zu verstehn, daß griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, dass sie für uns noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten.«³⁴ Die Formation der antiken Gesellschaft wird abgelöst von anderen, die Produktionsverhältnisse entwickeln sich mit dem technischen und sozialen Fortschritt der Produktivkräfte; aber die Kunst überdauert die sie bedingenden Verhältnisse. Ihr »Reiz ... für uns«, schreibt Marx über die antike-griechische Kunst, »steht nicht im Widerspruch zu der unentwickelten Gesellschaftsstufe, worauf sie wuchs. Ist vielmehr ihr Resultat und hängt vielmehr unzertrennlich damit zusammen, daß die unreifen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entstand und allein entstehen konnte, nie wiederkehren können.«³⁵ Die Ungleichzeitigkeit entfaltet sich erst im Zuge der Freisetzung der geschichtlichen Kräfte und gerinnt schließlich im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus zum gleichzeitigen Widerspruch von Kultur und Gesellschaft.

33 Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42, S. 44.

34 Ebenda, S. 45.

35 Ebenda,

Ungleichzeitigkeit und Kulturrevolution (Marcuse)

Also, gemeint ist hier als Anschlußversuch an Bloch, Ungleichzeitigkeit im gleichzeitigen Widerspruch zu entfalten, Gleichzeitigkeit im ungleichzeitigen Widerspruch. Mit der Dialektik im Stillstand hat Benjamin dies schon nahegelegt, indem er auf die vielfältige, sich selbst blockierende Verstrickung der unterschiedlichsten kulturellen und gesellschaftlichen Kräfte aufmerksam machte: Technische Entwicklungen, die als Techniken verspätet kommen, als ästhetische Innovationen allerdings zu früh oder zu ungereimt; technische Entwicklungen, die sich in einem gesellschaftlichen Bereich der Kultur vollziehen, in dem eigentlich keine Entwicklung mehr absehbar ist. Und das wäre grundsätzlich für die Kunst und die Künste zu prüfen, die Hegelsche These vom Ende der Kunst ernst nehmend und mit dem Entwicklungsprozeß der Massenkultur seit Mitte des 19. Jahrhunderts abgleichend. Ungleichzeitigkeit wird aufgestaut in Gleichzeitigkeit; das ist die Wiederkehr der musikalischen Formen von Klassik bis Spätromantik als Schematismus der Musikproduktion in

der Kulturindustrie. Aber anders als Adorno etwa, der in eben diesen gleichzeitigen Stereotypen der Ungleichzeitigkeit den Massenbetrug der Kulturindustrie entschlüsselte, daß nämlich das Publikum genau um das ihnen versprochene Glück gebracht werde, hat Herbert Marcuse diese Aktualisierung der Ungleichzeitigkeit anders verstanden: »Der traditionelle Stoff der Kunst (Bilder, Harmonien, Farben) kehrt nun wieder in ›Zitaten‹, Überbleibseln eines vergangenen Sinnes in einem Zusammenhang von Verweigerung.«³⁶

Das läßt sich zusammen lesen mit Blochs Problem- und Aufgabenstellung für eine kritische Theorie des Ungleichzeitigen: »Mehrräumige Dialektik erweist sich vor allem an der Dialektisierung noch ›irrationaler‹ Inhalte; sie sind, nach ihrem kritisch bleibenden Positivum, die ›Nebelflecken‹ der ungleichzeitigen Widersprüche.«³⁷ Das heißt, mit Marcuse gesprochen, daß in neuerer Kultur durchaus auch Elemente zu finden sind, die solche Dialektisierung irrationaler Inhalte mit ästhetischen Mitteln darstellbar machen, im notwendigen Bewußtsein, daß diese ästhetischen Mittel selbst irrationale Form sind. Und dieses Bewußtsein auszudrücken, nämlich zu vermitteln, bedeutet den Wahrheitsgehalt dieser Kunst, ihren Erkenntnischarakter.

In ›Erbschaft dieser Zeit‹ hat Bloch diese Dialektisierung des Ungleichzeitigen für surrealistische Kolportage und Montage beschrieben (im dritten Teil, umfangreichsten des Buches); und wenn Bloch dafür ist, Richard Wagner durch surrealistische Kolportage zu retten, mit Jahrmarkt und Karl May. Mit ganz anderer Terminologie, aber ähnlicher Intention, hat Marcuse diese Möglichkeit künstlerischer Praxis als Kulturrevolution beschrieben.³⁸ Im Sinne Blochscher »Hieroglyphen im Hohlraum«³⁹ liest man bei Marcuse: von der »Alchemie des Wortes: das Bild, der Klang, die Schaffung einer anderen Wirklichkeit aus der bestehenden – die permanente imaginäre Revolution, das Auftauchen einer ›zweiten Geschichte‹ innerhalb des geschichtlichen Kontinuums.«⁴⁰ Und weiter: »Permanenter ästhetischer Umsturz – das ist die Aufgabe der Kunst. Die Abschaffung der ästhetischen Form, die Vorstellung, Kunst könne zu einem Bestandteil der revolutionären (und vorrevolutionären) Praxis werden, bis sie, unter einem voll entwickelten Sozialismus, adäquat in die Wirklichkeit umgesetzt ... werde – diese Vorstellung ist falsch und repressiv: das würde das Ende der Kunst bedeuten ... Aber es handelt sich hier um ein permanentes Ziel – Kunst kann, gleichgültig, in welcher Form sie auftritt, die Spannung zwischen Kunst und Wirklichkeit niemals beseitigen.«⁴¹ Genau diese Spannung ist das objektiv Gleichzeitige am objektiv ungleichzeitigen Widerspruch der Kunst, aber auch und gerade eingebettet in den Derivaten der Kunst, in den Waren der Kulturindustrie. Gerade sie appellieren an mythische Reste, nicht nur inhaltlich, sondern auch formal, nämlich verdinglicht in ihrer Warenform. Was Marx mit den metaphysischen Grillen und theologischen Mucken der Ware meinte, gilt für die Kulturware, ihren Fetischcharakter allemal und insbesondere.⁴²

Zwischenresümee: Politisierung des Ungleichzeitigen

Bloch entwickelt den Begriff der Ungleichzeitigkeit ausgehend von Klassenverhältnissen der zwanziger und dreißiger Jahre; insofern

36 Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt und Neuwied 1979, S. 89.

37 Bloch, Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 126.

38 Marcuse: Konterrevolution und Revolte, Frankfurt am Main 1973, S. 95 ff.

39 Vgl. Bloch: Erbschaft dieser Zeit, a. a. O., S. 381 ff., S. 374.

40 Marcuse: Konterrevolution und Revolte, a. a. O., S. 126.

41 Ebenda, S. 126 f.

42 Vgl. Behrens: Tragische Zeichen. Zum Materialismus der symbolischen Formen, in: Behrens, Kai Kresse und Ronnie M. Peplow (Hg.), Symbolisches Flanieren. Kulturphilosophische Streifzüge, Hannover 2001, S. 26 ff.

43 Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: GS I-2, S. 469.

44 So Oskar Negt und Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1972, S. 9, über den Begriff »proletarisch«.

45 Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, a. a. O., S. 103 ff. Vgl. dazu auch: Bloch: Experimentum Mundi. Frage, Kategorie des Herausbringens, Praxis, Frankfurt am Main 1985, S. 87.

46 Das wäre etwa – nur um ein kurzes Beispiel zu geben – für die neuere Kontext- und Konzeptkunst zu diskutieren. Anders als die Konzeptkunst, mit der Marcuse es in den späten Sechzigern und frühen Siebzigern zu tun hatte – Living Theater, Fluxus und Situationisten, aber auch subversive Umgestaltung und sozusagen Verfremdung der Popkultur; Marcuse nennt Soul und Black music exemplarisch – was er durch seine Schülerin Angela Davis kennengelernt haben dürfte –, die innerhalb einer linksoppositionellen Bewegung agierten, ist die Kontextkunst der neunziger Jahre gerade als Surrogatform fehlender oder zusammengebrochener politischer Strukturen der Linken angetreten, und hat so auch das Diskursfeld der sogenannten Pop- oder Kulturlinken mit bewirt-

ausgehend von der ökonomischen Stellung der Menschen. Es geht um die Frage, wie ihre Klassenstellung sich im kollektiven Alltagsbewußtsein bemerkbar macht, sich ideologisch im Alltagsleben verdichtet. Dazu gehören dann die Beobachtungen des Angestellten, wenn er klatscht und tratscht, wenn er tanzen geht oder ins Kino; dazu gehört also wesentlich die Beobachtung der Ungleichzeitigkeiten im kulturellen Leben. Und zwar mit herausgearbeiteter reaktionärer und regressiver Tendenz beim Kleinbürger, die Richtung Faschismus geht oder da auch schon angekommen ist. Benjamin hat diese Ungleichzeitigkeit als eine zwischen Basis und Überbau beschrieben. Sie ist Ausgangspunkt seines Aufsatzes über das »Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit«; es geht um die Veränderungen von Kunst, Ästhetik, Rezeption im Zuge dieser ungleichzeitigen Entwicklung von Basis und Überbau, hinsichtlich der Entfaltung neuer Techniken. Diese Veränderungen sind relevant als politische; auch für Benjamin steht freilich die faschistische Bedrohung im Mittelpunkt. Und er beendet seinen Aufsatz mit dem berühmt gewordenen Satz: »So steht es um die Ästhetisierung der Politik, welche der Faschismus betreibt. Der Kommunismus antwortet ihm mit der Politisierung der Kunst.«⁴³ Die Ästhetisierung der Politik, oder Ästhetisierung des Alltagslebens, mit der wir es auch heute zu tun haben, ist Ausdruck genau der Ungleichzeitigkeit, die Bloch beschreibt. Aber, und das soll das Problem benennen, das sich einer Aktualität des Blochschen Konzeptes stellt, die Kunst, die nun darauf politisierend einwirkt, ist selbst geprägt von unabgegoltenen Resten des Ungleichzeitigen. Und dieses historisch noch Offene, das sich in der Kunst findet, ist unvermittelt, rein ideologisch inhaltlich und formal die Substanz, aus der die Kulturwaren mit all ihren gespeicherten Wunschversprechen und Illusionen produziert sind (Benjamins Schlußthese, darauf sei nur kurz hingewiesen, ist ja so zu lesen, daß die Ästhetisierung der Politik erst einmal das factum brutum ist; und die emanzipatorische Kunst betreibt eine Politisierung der Kunst, die sich eben auf Politik stützt, die diese Tatsache auch nicht umgehen kann; es ist eben keine Entästhetisierung gemeint und keine Politisierung der Ästhetik). Insofern gewinnt das Konzept der Ungleichzeitigkeit seine Aktualität einmal in der kritischen Theorie der Unterhaltungskultur, in der von Bloch benannten Zerstreung; andererseits aber auch in der Kritik der Kunst, die versucht, politisch oder politisierend dem etwas entgegen zu setzen.

Rückblick auf die Aktualität des Ungleichzeitigen zum Schluß

Die Kategorie Ungleichzeitigkeit ist bei Bloch eingebettet in die »Erbschaft dieser Zeit«, steht dort im Zusammenhang mit der kritischen Theorie des Faschismus, die er entwickelt; Ungleichzeitigkeit markiert das falsche Bewußtsein des Kleinbürgers und Angestellten. Die Terminologie Blochs, das insistieren auf Klassenbewußtsein, scheint veraltet, anachronistisch, eben selbst eine Ungleichzeitigkeit falschen Bewußtseins geworden zu sein. »Die wirklichen Verhältnisse«, die damit bezeichnet werden, »sind aber gegenwärtig und besitzen keinen anderen Ausdruck. Wir sind der Auffassung, daß es ein falsches Verhältnis zur Sprache ist, das die Worte schneller veralten läßt, als sich die Gegenstände verändern, die von den Worten be-

nannt werden.«⁴⁴ – Bloch hat später noch einmal den Begriff der Ungleichzeitigkeit aufgegriffen. So ist in der ›Tübinger Einleitung in die Philosophie‹ von den ungleichzeitigen Menschen die Rede, zum Beispiel Kleinstädter, kleinbürgerliche Menschen, Provinzielle, bei denen Arbeit und Leben Züge früherer Zeiten tragen. Hier kontrastiert Bloch das Übergleichzeitige, das schwärmerische Überschlagen und Hinausschießen.⁴⁵ Auch dieses Phänomen hat seine Aktualität in der gegenwärtigen Popkultur, und kritisch sind daraufhin die zitierten Passagen Marcuses zu lesen⁴⁶; insbesondere die Cultural Studies haben in den Rezeptions- und Umgangsweisen der (jugendlichen) Konsumenten mit Kulturwaren aller Art Emanzipation und Ermächtigung herausgedeutet und damit übergleichzeitig die Warenlogik des Kapitalismus nachgerade überholt. Hier wird nicht Politisierung der Kunst betrieben, sondern die Ästhetisierung der Politik als Kunst deklariert, und zudem als Widerstand.⁴⁷

In einem Gespräch von 1974 hat Bloch dann noch einmal im Rückblick auf die ›Erbschaft dieser Zeit‹ deutlich gemacht, worauf die Kritik der Ungleichzeitigkeit auch zielte: »Was die Partei, nämlich die KP, vor dem Hitlersieg getan hat, war vollkommen richtig, nur das, was sie nicht getan hat, das war falsch.«⁴⁸ Das wäre also an heutigen kritischen Theorieansätzen ebenfalls zu kritisieren, auch wenn sich freilich die Bedrohungslage ganz anders stellt: zur Kritik der Übergleichzeitigkeit kommt die Kritik der Ungleichzeitigkeit als Unterlassungskritik. »Wir können nicht nur Bundestagsreden und die Parteiprogramme und die Leitartikel allein als das betrachten, was satt macht, oder was einen Zustand als unerträglich schief und unmenschlich empfinden lässt. Sondern es muss komponiert werden. Die Instrumente haben wir ja, nur die Musikstücke fehlen noch.«⁴⁹ Manche meinen, auch die Musikstücke sind schon da, man müsse sie nur hören. Jedenfalls steckt auch darin, ungleichzeitig, die Aktualität des Ungleichzeitigen; sie ist mit einem Merksatz vielleicht überhaupt zu aktualisieren: ›Wir müssen wieder Phantasie in den Marxismus bringen. Die Verschmelzung von Phantasie und Marxismus ist etwas, das gerade angesichts der globalen Gesellschaft und ihres kulturellen Ausdruckszusammenhangs besonders viel Material gefunden hat, und beinahe täglich immer wieder findet.«⁵⁰

schaftet. Ausgeblendet wird die alles entscheidende Frage materialistischer Kunstproduktion nach den Produktionsbedingungen. Sie erscheint genauso antikiert wie die Reflexion auf die Stellung im Produktionsprozeß, hier: Stellung im Kulturbetrieb.

47 Vgl. meinen Band: Die Diktatur der Angepassten. Texte zur kritischen Theorie der Popkultur, Bielefeld 2003 (im Erscheinen).

48 Bloch: Über Ungleichzeitigkeit, Provinz und Propaganda, in: Tendenz – Latenz – Utopie, Frankfurt am Main 1985, S. 211.

49 Ebenda, S. 217.

50 Ich habe den Satz, den Bloch auf deutsche Romantik und deutsche Musik bezog, etwas internationalisiert: »Wir müssen also wieder deutsche Phantasie in den Marxismus bringen. Die Verschmelzung von Phantasie und Marxismus ist etwas, das in Deutschland besonders viel Material gefunden hat, aber beinahe täglich immer wieder findet.« Bloch: Über Ungleichzeitigkeit, Provinz und Propaganda, a. a. O., S. 219.

MICHAEL BRIE

Zwischen Wärmestrom und Kälteschock*

»Jedes Volk wird nur diejenige Art und Höhe sozialer Revolution haben und gewinnen, zu der es auf Grund erlangter und behaltener Menschenrechte bereit ist.« Ernst Bloch¹

Ernst Blochs Werk, so Gerhard Zwerenz, sei kein System, und sicherlich wird der, der Bloch an Kant, Fichte oder Hegel, an den großen deutschen Systembauern, mißt, derartiges nicht finden – keine bürgerliche Stadt, wohl geordnet und arbeitsteilig sich um Markt, Rathaus und Kirche erstreckend; auch keine gotische Kathedrale, die sich aus einem einzigen sich immer weiter selbst überbietenden Willen hinauf türmt; und auch kein barockes Schloß, das, mitten in riesigen Parks und Gärten, Fontänen, Skulpturen gelegen, seinen Mittelpunkt im Schlafzimmer des Königs findet, wo der Geist der Herrschaft und die Fortpflanzung der Herrschaft zusammenfallen. Aber wenn Blochs Werk von fast achtzig schöpferischen Jahren² auch kein künstlich geordnetes System ist, so ist es dennoch kein wilder Urwald, in dessen Dickicht man frei herumstromend sich damit bescheiden kann, willkürlich diese oder jene Frucht als Aperçu zu pflücken.

Blochs Werke bilden Wege in dem Gebirge natürlich-historisch-menschlicher Existenz, erwandert, um die größte nur mögliche humane Vision, das Werden der Welt zur Heimat, zu erschauen und davon zu erzählen in einer Zeit, da fast alles dagegen sprach. Bloch würde nie für sich in Anspruch genommen haben, diese Gebirge geschaffen zu haben. Aber er hat mit größter Mühe und Beharrlichkeit neue Wege geschlagen in diesem Gebirge. Niemand hat vor ihm dieses Gebirge so sehen können, wie es seine Wege möglich werden ließen. Es gibt Täler und Berggipfel, Kämme und wunderschöne Bergwiesen, die niemand vor ihm erschaute noch betrat. Es gibt Landschaften, die von seinen Wegen aus ein anderes Licht erhielten, ein Morgenlicht zumeist, ein Licht, das verlockte, hinzugehen in der Hoffnung auf neues, in noch größere Weiten strahlendes Licht und mit dem Wunsch, heimzukommen bei sich – dort im Hier, dann im Jetzt, in der Fremde zu Hause. Und vielleicht gibt es tatsächlich manche dieser Welten nur, weil Bloch sie selbst schuf.

In der Tübinger Einleitung in die Philosophie, am Abend seines Lebens, spricht Ernst Bloch vom »Reiseplan des Wissens«: »Ein Mensch nimmt sich mit, wenn er wandert. Doch ebenso geht er hierbei aus sich heraus, wird um Flur, Wald, Berg reicher... Schlecht wandern, das heißt, als Mensch dabei unverändert bleiben. Ein solcher eben wechselt nur die Gegend, nicht auch sich selber an und mit

Michael Brie – Jg. 1954, Prof. Dr., Philosoph, Berlin. Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Leiter der Projektgruppe Politikanalyse. Zahlreiche Publikationen, u. a.: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997; Reform-Alternativen. Sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000; Sozialismus als Tagesaufgabe (Hrsg.), Manuskripte 36 der RLS, 2003.

*»Blochs befreiende Spurenlese und die Befreiung der sozialistischen Visionen aus dem Gefängnis stalinistischer Hörigkeit« – Beitrag zum Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 25. Todestag von Ernst Bloch unter dem Titel »Hoffnung muß gelernt werden« am 2. 11. 2002.

ihr. Je bedürftiger aber ein Mensch ist, sich erfahrend zu bestimmen, desto tiefer (nicht nur breiter) wird er durch äußeres Erfahren berichtigt werden... Und wie selber auf jeder Fahrtstufe sich erneuert und berichtigt, so geht in wechselseitiger Subjekt-Objekt-Beziehung Er-fahrenes als ferner oder näher antwortendes Gegenbild des Inneren auf.³

Wo, so sei gefragt, nimmt diese Wanderung des Ernst Bloch ihren Ausgangspunkt? – Sie beginnt im »Zu wenig«⁴ von dort ausgehend, wo man noch nicht bei sich ist und daran leidet. Denn: »Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst.«⁵ Und wo will der Wanderer Bloch hin? – Hin zu jenem Ort, der uns allen in der Kindheit schien, dorthin, »worin noch niemand war: Heimat«⁶. Was aber sind seine Wege? – Es sind die Wege der Spurensuche nach Wegen hin zu sich, zu uns, in die Heimat. Breiter hat selten jemand gesucht, mehr haben nur wenige beigebracht. Der Wanderer Bloch ist Kompaß geworden und hat Tiefe gefunden in seinem, unserem Land der Hoffnung. Hin zu sich und uns, ist er anders werdend bei sich geblieben.⁷

Ich lade ein, Ernst Bloch auf einem der vielen Wege zu folgen, die er gegangen ist, auf dem schwersten, widersprüchlichsten, verführerischsten, folgenreichsten und fruchtbarsten – dem eines Sozialisten und Marxisten. Es war wohl sein wichtigster Weg. Er ist ihn anders gegangen als viele andere in diesem 20. Jahrhundert, die sich ihm ähnlich als Marxisten und Sozialisten verstanden. Und so wurde es sein eigener Weg. Er ist fast vergessen worden – auch, weil es kein einfacher ist. Nicht wenige, die Bloch schätzen, meinen, ihn für diesen Weg eines Marxisten und Sozialisten entschuldigen zu müssen. So billig aber sollte man es weder Bloch, sich selbst, der wir doch dabei gewesen, noch dem 20. Jahrhundert machen.

Da ich es bin, der für mich diesen Weg Blochs zu Marxismus und Sozialismus nachzugehen suche, um ihn anderen kenntlich zu machen, ist auch diese Spurensuche ein eigener Weg, und ich bin unsicher, ob Bloch diesen seinen Weg in meiner Wanderung noch erkennen würde und erkennen wollen würde. Auch ist es ja nur ein Abstecher von eigenen Wegen dorthin, wo ein anderer sein ganzes Leben auf Wanderschaft war, unangemessen und touristisch eher, mit zu leichten Schuhen für zu hohe Berge. Aber ich habe mich dabei verändert. Damit zumindest wäre Ernst Bloch zufrieden gewesen.

Der Ausgangspunkt: »Wo leide ich aber, noch wenig zu sein?«

Viele Wege führten im 20. Jahrhundert zu Marxismus und sowjetischem Kommunismus. Über Ernst Blochs Weg dahin wird noch zu sprechen sein. Zunächst aber muß das Woher verstanden sein. Und dieses Woher ist ungewöhnlich und deshalb besonders ernst zu nehmen. Nicht das Auffinden des immer Gleichen, sondern die Entdeckung dessen, was Bloch von so vielen anderen auf den Wegen von Marxismus und Sozialismus unterscheidet, wird ihm gerecht.

Ernst Blochs Ausgangspunkt ist nicht das Elend der Anderen, ist nicht die Ungerechtigkeit von Arm und Reich, ist nicht die Entmachtung von Menschen durch Militarismus, Kapitalismus, Bürokratie, so sehr er sein Leben lang dagegen ankämpfen wird. Sein Ausgangspunkt ist das Ungenügen mit sich selbst, jenes zu wenig

1 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. GA, Bd. 6, S. 81.

2 Mit 13 Jahren, 1898, schreibt Ernst Bloch seine erste philosophische Abhandlung »Das Weltall im Lichte des Atheismus«. 79 Jahre später erliegt er im Alter von 92 Jahren am Morgen des 4. August 1977 einer Herzschwäche.

3 Ernst Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, GA, Bd. 13, S. 49 f.

4 So beginnt Ernst Blochs 1930 erschienenes Werk »Spuren«: »ZU WENIG. Man ist mit sich allein. Mit den anderen zusammen sind es die meisten auch ohne sich. Aus beidem muss man heraus.« Ernst Bloch: Spuren. GA, Bd. 1, S. 11. Und so beginnt der Teil V seines Hauptwerks »Das Prinzip Hoffnung«: »NICHT IM REINEN MIT SICH. Von früh auf will man zu sich. Aber wir wissen nicht, wer wir sind. Nur dass keiner ist, was er sein möchte oder könnte, scheint klar.« Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, GA, Bd. 5, S. 1089.

5 Motto des Werkes Spuren, S. 1.

6 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, S. 1628. Sehr dringlich dazu in der erweiterten Vorrede zum »Geist der Utopie« von 1919: »Wir wollen gut werden, wieder einfach wie Kinder, uns lieben, uns helfen, uns trauen, wir Freunde. Aber gewiss: dabei wollen wir auch den Traum der Kindheit, den uneingelösten, nicht verlieren. Denn erst recht von diesem fällt nun aller Bombast der Rohheit und der ›Werke‹, des Erwachsenseins und Kompliziertseins in einer

Welt ab... Gutes, Echtes, Heimkehrendes allein hat sich von hier ab zu bewähren.« Ernst Bloch: Absicht. Erweiterte Vorrede zum »Geist der Utopie«, in: Viele Kammern im Welthaus. Eine Auswahl aus dem Werk. Hrsg. von Friedrich Dieckmann und Jürgen Teller, Leipzig 1994, S. 61 f.

7 So kann der 84jährige einer Schrift des 17jährigen als Motto entnehmen: »... das Wesen der Welt ist heiterer Geist und Drang zum schaffenden Gestalten; das Ding an sich ist die objektive Phantasie«. Ernst Bloch: Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie. GA, Bd. 10, Ffm. 1969, S. 5.

8 Ernst Bloch: Geist der Utopie, 2. Auflage, GA, Bd. 3, S. 209.

9 Ernst Bloch: Spuren, S. 61 – 72.

10 Ebenda, S. 64.

11 Ebenda.

12 Bloch zitiert ein altes persisches Märchen, wo ein Jüngling ein Mädchen aus ihrer Gefangenschaft zu erlösen sucht und – erschlagen durch ihren Vater – sterbend sagt: »Ich wollte dich nach Hause führen, wo du noch niemals warst.« Ebenda, S. 81.

13 Ebenda, S. 71 f.

14 Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW, Bd. 3, S. 6.

»Ich-selbst-Sein«, »Wir-selbst-Sein«, denn: »Ich bin an mir. Damit ist auch zuletzt zu beginnen. Wo leide ich aber, noch wenig zu sein? Wo schleudre ich und bin verderbt? Wo bin ich gehalten und echt? Doch freilich, wir sind weder dieses noch jenes, sondern schlammig, lau und ausspeisenswert anzusehen.«⁸

Der radikale Anspruch Ernst Blochs richtet sich im Unterschied zu vielen anderen nicht zunächst an »die Welt« oder an »die anderen«, sondern er ist zuallererst eine Infragestellung des eigenen Seins als »Zu wenig«, als »ausspeisenswert« mangelhaft gegenüber jenen Möglichkeiten, die ihm in seiner Kindheit, seiner Jugend aufgeschienen waren, erzählt von ihm selbst unter der Überschrift »Geist, der sich erst bildet«⁹. Fast zugleich spürte er mit acht Jahren sich selbst, so erzählt er, und wurde durch ein Bild der Sehnsucht, gesehen auf einer billigen Nährollenschachtel industriellen Kitsches, durchdringend getroffen: »Eine Hütte war zu sehen, viel Schnee, der Mond stand hoch und gelb am blauen Winterhimmel, in den Fenstern der Hütte brannte ein rotes Licht.«¹⁰ Das »Icherlebnis« kam im gleichen Jahr: »... ich spürte ›mich‹ als den, der sich spürte, der herausah, von dem man nie mehr loskommt, so schrecklich wie wunderbar, der ewig in der eigenen Bude mit Globus sitzt. Den man immer vorrätig hat, selbst wenn er sich unter Kameraden aufhebt, und der zuletzt einsam stirbt, aber freilich das rote Fenster hat, ewig dahinter ist.«¹¹

Dieses doppelte Erlebnis des begrenzten Ichs, immer schon gesehen wird, umreißt die Spannung: Das individuelle »Zu wenig«, das den jungen Bloch quält, kann, so scheint ihm, nur überwunden werden, wenn die Welt zu einem »Zu Hause« wird.¹² Am Ausgang seiner Jugend, so Bloch über sich selbst, vertrieb das »rote Fenster« ein »scheinende(s) All-Leben« mit Traumteppichen und Weltmädchen: »Etwas Menschhaftes oder der Traum von einer noch nicht gekommenen menschlichen Sache setzte sich in der Welt ein, worin der Traum als Tendenz und nur manchmal als Zeugnis ist. Das heimliche Fenster machte also gegebenenfalls weltfeindlich (grade weil es das ›Leben‹ bejaht, aber unsres), es ist die Sammellinse für die utopischen Stoffe, aus denen die Erde besteht.«¹³

Von dieser Ausgangsspannung zwischen der aufeinander bezogenen Unvollkommenheit des Ich und der Welt lebt Ernst Blochs Lebenswerk: Man kann nur dann werden, was man sein könnte, sein möchte, sein muß, wenn zugleich auch die Welt wird, was sie sein kann, sein sollte, sein muß: Uns eine Heimat. Das Leiden am eigenen »Zu wenig« stellt sich zugleich als ein Leiden am »Noch nicht« der Welt dar, in der wir leben. Wir können nur dann, so Bloch, zu »unsrem Leben« kommen, können unserem Leben nur dadurch Sinn geben, indem wir dazu beitragen, daß die unbehaute Welt zu wahrhaft menschlicher Welt-Häuslichkeit wird. Nur der kann das eigene Sein und Bewußtsein hin zu einem echten Bei-sich-selbst-Sein verändern, der dabei auch die Welt verändert hin zu dem, wozu sie angelegt ist, zu unserem Heim in weiter, auch kosmischer Flur. Die Möglichkeit der Berührung mit Marx war schon durch diesen sehr eigenen Ausgangspunkt des Denkens, Schreibens, Lebens von Ernst Bloch gegeben: »Das Zusammenfallen des Ändern(s) der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung«, so hatte jener 1845 geschrieben, »kann nur als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.«¹⁴

Der Zielpunkt: »Worin noch niemand war: Heimat«

Auf der Wanderung zu sich selbst, Philosophie, Musik und Physik studierend in München und Würzburg, machte Ernst Bloch eine sein gesamtes Werk prägende Entdeckung – die des Zusammenfallens des subjektiven Erkenntnisprozesses vom Noch-Nicht-Bewußten zum Bewußten einerseits und der Verwandlung des objektiv Möglichen, des »Latenten in der Welt« zum objektiv Wirklichen andererseits. Beide Prozesse seien ihrem Inhalt nach verwandt und gleichgerichtet: Das schöpferische Werden der Menschen zu sich selbst, ihre Heimkehr, und das Werden der Welt zur Heimat der Menschen fallen zusammen. Es ist eine Koinzidenz der Gegensätze. Diese Entdeckung faßte der junge Bloch in die Worte: »Besonders in der schöpferischen Arbeit wird eine eindrucksvolle Grenze überschritten, die ich als Übergangsstelle zum noch nicht Bewußten bezeichne. Mühe, Dunkel, krachendes Eis, Meeresstille und glückliche Fahrt liegen um diese Stelle. An ihr hebt sich, bei gelingendem Durchbruch, das Land, wo noch niemand war, ja das selber noch niemals war. Das den Menschen braucht, Wanderer, Kompaß, Tiefe im Land zugleich.«¹⁵

Man muß sich der Bedeutung dieser Grundannahme des jungen Blochs bewußt werden, bevor sie überhaupt der Analyse und eventuellen Kritik unterzogen werden kann: Er behauptete, daß jeder und jede einzelne die unaufgebbare Sehnsucht habe, in der Welt zu Hause zu sein. Es gäbe also einen gemeinsamen Zielpunkt individueller Existenz jedes Menschen. Und er behauptete zudem, daß die natürliche und soziale Welt darauf angelegt sei, zur Heimat der Menschen zu werden. Was bei Immanuel Kant noch nebeneinander stand – der »bestirnte Himmel über uns« und »das moralische Gesetz« in uns¹⁶ – streben für Bloch einem gemeinsamen Punkt entgegen. Bloch wollte eine utopische Identitätsphilosophie begründen und dazu auch eine eigene Logik und Ontologie.¹⁷

Bloch hat das jüdisch-alttestamentarische, das christlich-ketzerische, das utopische Erbe dieser Vision nicht verschwiegen und verdrängt. Er hat den großen Propheten, Ketzern und Denkern neuen Raum bereitet und ihren unbedingten messianischen Anspruch ernst genommen.¹⁸ Und zugleich hat er Musik, Kunst, Literatur, die neuen Wissenschaften der Psychologie und Psychoanalyse, die Philosophie, unzählige Phänomene des Alltags und der Technik durchforscht, um »Zeugnisse« zu finden für den Wärmestrom der Geschichte, für eine Tendenz alles Menschlichen hin zu einer »echten« Existenz und alles Natürlichen und Sozialen hin zur »Heimat«. Es war immer ein Schreiben gegen allzu viele und fast übermächtige Zeugnisse der Entwicklung hin zu modernster Barbarei, Fremdheit, eisiger Kälte und Lüge.

Die Vorstellung, Menschen und Welt hätten einen gemeinsamen Fluchtpunkt möglicher und wahrer Existenz, zu dem sie hinstreben, ist eine im 20. Jahrhundert selten gewordene Vision. Es ist eine Vision, die auf einer Hoffnung aufbaut – einer Hoffnung, die sich als Gewißheit fühlt. Es ist eine Hoffnung, die am Ende des frühen Werks »Geist der Utopie«, inmitten des furchtbaren Krieges 1915/16, in die Worte gefaßt ist: »denn daß ein Fluß zufriedener kann, ist möglich, bedingt möglich, oder daß die Pflanzen empfinden kön-

15 Ernst Bloch: Über Eigenes selber, in: Morgenblatt des Suhrkampverlages, Nr. 14, 2. November 1959, S. 1 f. (zit. in Silvia Markun, 1977: Ernst Bloch. Reinbek bei Hamburg, S. 19.).

16 »Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir«. Immanuel Kant: Kritik der praktischen Vernunft, in: Ders.: Sämtliche Werke, Bd. 1, S. 642.

17 Vgl. aus dem Nachlass: Ernst Bloch, 2000: Der Logos der Materie. Frankfurt am Main.

18 Was er als die drei Wesenszüge des »jüdischen Weltgefühls« bezeichnete, sind vor allem auch Züge und Stufen seines Denkens: »Zuerst das eifernde, völlig willensmäßige Verhalten gegen die Welt; danach der Drang auf die Verwandlung des Lebens zur Reinheit, Geistigkeit und Einheitlichkeit, womit der Gerechte die Schlüsselgewalt über das Obere erlangt; und schließlich – mit überweltgroßen Visionen – das ebenso wohl motorische als prägnant historische, unbildliche, unnaturhafte Gerichtetsein auf ein noch nicht daseiendes messianisches Ziel über der Welt.« Ernst Bloch: Symbol: Die Juden (entstanden 1912/13), in: Viele Kammern im Welthaus, S. 49.

nen, ist hypothetisch bedingt möglich, unter der Voraussetzung gewisser noch nicht bestätigter Vordersätze, ...; aber daß wir selig werden, daß es das Himmelreich geben kann, daß sich der evident eingesehene Trauminhalt der menschlichen Seele auch setzt, daß ihm eine Sphäre wie auch immer bestimmter Realität korrelativ gegenübersteht, das ist nicht nur denkbar, das heißt formal möglich, sondern schlechterdings notwendig, weit entfernt von allen formalen oder realen Belegen, Beweisen, Erlaubnissen, Prämissen seines Daseins, aus der Natur der Sache a priori postuliert und demnach auch von utopischer, intensiver Neigung genau gegebener, essentieller Realität.«¹⁹ Die Natur der Sache also soll die Seinsmöglichkeit der größten denkmöglichen aller Visionen verbürgen. Und wenn der Ausgangspunkt Blochschen Denkens zu Marx führen konnte, so war der Zielpunkt seines Denkens offen für die Begegnung mit dem großen historischen Experiment Oktoberrevolution und Sowjetunion, einer geschichtlichen Tatsache, die das 20. Jahrhundert wesentlich prägen sollte.

19 Ernst Bloch: Geist der Utopie, 2. Auflage, S. 343 f.

Das Zeugnis von der Denkmöglichkeit der Vision: Marx

Wer mit der größtmöglichen aller Visionen antritt – dem Werden der Welt zur Heimat, zu dem, was sie noch nie war, und der Heimkehr der Menschen zu sich, dorthin, wo sie noch niemals angekommen waren, hat es schwer, will er es sich nicht leicht machen und sich nicht im Bereich des bloß subjektiv Gewünschten, des individuell Imaginierten, der haltlosen Phantasiewelt einrichten. Viele Jahrzehnte hat Bloch nichts anderes getan als zu versuchen, dieser Falle zu entgehen – intellektuell wie politisch. Intellektuell hat er sich deshalb dem Marxismus zugewandt und politisch ist er ein Bündnis mit Kommunismus und Sowjetunion eingegangen, das erste auf Dauer, das zweite auf lange Zeit.

Ernst Bloch brauchte Marxens geniale Verschmelzung von radikalstem Emanzipationsanspruch, nüchternster und unvoreingenommener wissenschaftlicher Analyse, und der Sicherheit, in der Arbeiterbewegung jenes historische Subjekt gefunden zu haben, daß genauso unvermeidlich, notwendig wie willentlich weltgeschichtlicher Akteur dieser Emanzipation ist. Er wollte glauben, daß die kälteste Untersuchung die heißeste Vision begründen kann. So kritisch Bloch im einzelnen Marx gegenüberstehen mochte, so konsequent hat er letztlich dessen geschichtsphilosophisches Paradigma übernommen.²⁰ Marxens originäre Verbindung von radikalstem Humanismus, strengster Wissenschaft und konsequenter Parteilichkeit schien auf moderne Weise zu einem Ganzen zu verbinden, was in der Geistesgeschichte seit Aristoteles die Quadratur des Kreises schien – höchste Vision, größte Nüchternheit und das praktisch-eigeninteressierte Handeln von Menschen, immer wieder versucht, nie eingelöst.

Bloch eignete sich Marx an als intellektuellen Garanten seiner eigenen Vision. Marxens Werk wird gelesen als ein Zeichen, das das unmöglich Scheinende denkmöglich werden läßt, als brennender Dornbusch, der nicht verbrennt und aus dem eine Mission verkündet wird und Verheißung spricht. Bloch brauchte Marx, er gebrauchte ihn und er mißbrauchte ihn als Zeugnis der Denkmöglichkeit einer völlig immanenten gesellschaftlichen Veränderung, die als unaufhaltsamer Wärmestrom aus der Geschichte drängt, einer Verände-

20 Zur Analyse und Auseinandersetzung des Autors mit diesem Paradigma vgl. u. a.: Michael Brie: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion, in: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein, 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe, S.34 ff.; Ders.: Sozialismus: Ein Blick zurück in die Zukunft. Eigene Positionen für einen sozialistisch-christlichen Dialog, in: UTOPIE kreativ, Heft 129/130 (Juli/August 2001).

rung, die die Grundstrukturen einer Welt, die noch keine Heimat ist, transzendiert, einer Veränderung, die aus der Not und Bedürftigkeit realer historischer Subjekte erwächst und Gewalten freisetzt, die alle »alle Verhältnisse« umwerfen, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«²¹

Diese Aneignung und Verwandlung des Marxschen Werks durch Bloch in den intellektuellen Garanten der Denkmöglichkeit seiner Vision war ein langer Prozeß. Er war von Faszination und Abwehr zugleich geprägt. Nur schrittweise verwandelte Bloch Marxens geschichtsphilosophisches Paradigma in die tragende Säule seiner eigenen Weltsicht. Gerade die Spuren der ursprünglichen Widersetzlichkeit Blochs gegenüber dem Marxismus sind von Bedeutung, weil sie zugleich die ungeheure Anziehungskraft des Marxschen Denkens wie Blochs eigenen Ausgangspunkt und eigenen Zielpunkt um so deutlicher erscheinen lassen. Diese Spuren seien kurz näher betrachtet.

Bloch erkannte, daß das gesamte Gebäude des Marxismus auf einer zentralen Annahme beruht – das Proletariat sei auf Grund seiner objektiven Stellung in der Lage, und bedingt durch die davon determinierten konkreten ökonomischen Interessen letztendlich dazu gezwungen, »gewillt« zu sein, sich selber und alle Klassenherrschaft und letztlich alle Ausbeutung, Unterdrückung, Entfremdung aufzuheben. Das Proletariat sei als objektiv gegründetes Subjekt zu einer revolutionären Praxis berufen, die Welt und Menschen gleichermaßen umwälzt und von Naturwüchsigkeit, Borniertheit und Knechtschaft wie Unmündigkeit befreit.

Mit dem Proletariat, so Bloch in Nachfolge von Marx²², trete als neue Klasse »das soziale Nichts, die Emanzipiertheit überhaupt« hervor: »Und gerade dieser Klasse, ihrem a priori wirtschaftsrevolutionären Klassenkampf, übergibt Marx, in großartig paradoxer Verbindung, das Erbe aller Freiheit, den Beginn der Weltgeschichte nach der Vorgeschichte, die allererst echte Gesamtrevolution, das Ende aller Klassenkämpfe, die Befreiung vom Materialismus der Klasseninteressen überhaupt.«²³ Dieses Paradoxon des originären Marxismus mit seiner strikten Berufung auf die ökonomischen Interessen des Proletariats einerseits und andererseits der Annahme, daß aus dem Kampf der Arbeiterklasse eine Bewegung resultieren würde, die in eine »freie Assoziation« mündet, in der die »freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller« wird, nimmt Bloch als Marxens wichtigste Entdeckung auf. Er nimmt sie auf, weil er – wie schon Marx selber – diese Annahme braucht, um seiner Vision den Gehalt einer realen historischen Möglichkeit, objektiv wie subjektiv, zuerkennen zu können.²⁴

Bloch erkennt die Spuren von Pantheismus, ja Mystizismus und der Hegelschen Idee in Marxens Fassung der Rolle der Produktivkräfte, aber außer Frage ist für ihn, daß das Proletariat tatsächlich zu einer Revolution berufen ist und die Wirtschaftsordnung als »genossenschaftliche Sozietät« organisieren wird. Dies ist für ihn auch der Prius der Geschichte, denn: »Es ist so, wie der Baalschem²⁵ sagt, daß erst dann der Messias kommen kann, wenn sich alle Gäste an den Tisch gesetzt haben; dieser ist zunächst der Tisch der Arbeit, jenseits der Arbeit, dann aber sogleich der Tisch des Herrn ...«²⁶

21 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

22 Beispielhaft in der »Heiligen Familie«, MEW, Bd. 2, S. 38.

23 Ernst Bloch: Der Geist der Utopie, 2. Auflage, S. 299 f.

24 Marxens Auffassung von der historischen Mission, so Friedrich Dieckmann, dieses »mit viel analytisch-empirischer Rationalität befestigte und ausgefüllte Grundgerüst des Marxschen Denkens mußte für Blochs nach dem Archimedischen Punkt suchende Identitätsphilosophie etwas Unwiderstehliches haben«. Friedrich Dieckmann: Rettung durch Vermittlung. Der Philosoph auf der Brücke. In: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 15.

25 Chassidischer Meister, Lehrer.

26 Ernst Bloch: Der Geist der Utopie, 2. Auflage, S. 307.

Bloch nimmt Marxens Annahme von der (wirtschafts-)revolutionären Rolle des Proletariats unhinterfragt für richtig. Er übernimmt auch die These, daß das Proletariat als unterste ökonomische Klasse des Kapitalismus zugleich jene Klasse sei, die zur emanzipativen Überwindung des Kapitalismus fähig und letztlich auch bereit sei (aus strikt ökonomischen Interessen), aber er wendet sich gegen die Reduktion dieser Emanzipation auf eine neue Wirtschaftsordnung, wie sie in der II. und auch III. Internationale verbreitet war. Wo deren Theoretiker den eigentlichen Kern des Sozialismus sahen – in der planmäßigen Wirtschaftsorganisation als Lösung aller sozialen Probleme und Überwindung von Herrschaft überhaupt – da formuliert Bloch abwertend: »Mag er auch noch, bolschewistisch, eine Zeitlang als überleitend notwendiges Übel funktionieren, so ist doch die Wahrheit des Staates, unter jedem sozialistischen Aspekt: er stirbt ab, er verwandelt sich in eine internationale Verbrauchs- und Produktionsregelung, in eine große apparatliche Organisation zur Beherrschung des Unwesentlichen«.²⁷

27 Ebenda, S. 299.

Gesellschaftliches Eigentum und bewußte Organisation der Wirtschaft nach einem einheitlichen Plan sind für Bloch notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingungen des Sozialismus. Die eigentlich sozialistische Ordnung – so schreibt er in dieser revolutions- wie konterrevolutionsgeschüttelten Zeit – sei die einer neuen Kirche, die auf dem Unterbau einer planmäßig organisierten Ökonomie aufbaue, aber in ihr weder Zielpunkt noch Sinngrundlage habe. Die »wirtschaftstheoretische Ordnung und Nüchternheit« nehme »alles erbärmlich Störende hinweg, um es unter der Aufhebung der wirtschaftlichen Privatsphäre einer genossenschaftlichen Sozietät zu übergeben; aber sie läßt dafür die wirkliche Privatheit und die ganze sozial unaufhebbare Problematik der Seele stärker als jemals hervortreten, um sie – in der erst sozialistisch ehrlich und reinlich gewordenen Höhe des Bauwerks – der Kirche, einer notwendig und a priori nach dem Sozialismus gesetzten, neuem Offenbarungsgehalt zugewandten Kirche zu verbinden«.²⁸

28 Ebenda, S. 306.

Jahrzehnte später in »Das Prinzip Hoffnung« hat sich Blochs Marxrezeption »rationalisiert«, ist weit stärker unmittelbar angeschlossen an Marxens eigenes Denken, soweit es dessen geschichtsphilosophisches Paradigma betrifft. In knapper und orthodoxer Form wird vermerkt, daß das »von Marx entdeckte Muß« von »dem der herangebrachten moralischen Forderung ganz verschieden« sei und »in den ökonomisch-immanenten Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft« begründet sei: Der subjektive Faktor des Untergangs des Kapitalismus »steckt im Proletariat, das von der kapitalistischen Gesellschaft als ihr Widerspruch mitproduziert ist und sich als Widerspruch bewußt wird. Der objektive Faktor ihres Untergangs steckt in der Akkumulation und Konzentration des Kapitals, in der Monopolisierung, in der Überflußkrise, die dem Widerspruch zwischen erlangter kollektiver Herstellungsweise und beibehaltener privater Aneignungsform entstammt«²⁹.

29 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, S. 724.

Die Bedeutung von Marx für Bloch war und blieb die intellektuelle Sicherheit, daß – was auch geschehe – in der Wirklichkeit die reale Möglichkeit des Werdens der Welt zur Heimat angelegt sei. Marxens Entdeckung der »paradoxen« Stellung des Proletariats schien dies zu

garantieren: »Der Nullpunkt äußerster Entfremdung, wie das Proletariat ihn darstellt, wird nun zur dialektischen Umschlagstelle letztlich; gerade im Nichts dieses Nullpunkts lehrt Marx unser All zu finden.«³⁰ Unübersehbar das Vorbild für diese Denkfigur: Jesus' erbärmlicher Tod am Kreuze und seine Auferstehung.

30 Ebenda, S. 1606 f.

Die Leidenschaft der Blochschen Argumentation gilt aber auch in diesem späteren Werk nicht der nüchternen Analyse der realen Widersprüche des realen Kapitalismus. Er versucht auch nicht zu überprüfen, ob die geschichtsphilosophischen Grundannahmen von Marx über das Proletariat wissenschaftlich und empirisch haltbar sind. Die reale Überlebtheit des Kapitalismus war ihm mehr als offensichtlich und bedurfte keiner näheren Begründung. Es reichen ihm die schon zitierten und bekannten Formeln. Blochs Emphase richtet sich darauf zu begründen, daß »Marxens ganzes Werk der Zukunft dient, ja überhaupt nur im Horizont der Zukunft begriffen und getan werden kann«³¹. Bloch kämpfte als Marxist dagegen, »daß mit der Wolke auch die Feuersäule der Utopie liquidiert«³² werden könnte und faßt sein aus dem eigenen System hervorgehendes Verständnis von Marxismus als Utopie und Utopie auf der Höhe der Zeit als Marxismus nun in die knappen Worte: »Marxismus ist nicht keine Antizipation (utopische Funktion), sondern das Novum einer prozeßhaft-konkreten *Antizipation*.«³³ In dieser Chiffre ist Blochs eigene Re-Vision des Marxschen Erbes zusammengefaßt.

31 Ebenda, S. 725.

32 Ebenda, S. 726.

33 Ebenda.

Marxismus zeige, so Bloch, die reale Möglichkeit, das »In-Möglichkeit-Seiende« (Latenz) eines Reichs der Freiheit auf, weise nach, daß es eine materiell bedingte und im Proletariat Subjekt gewordene oder werdende Tendenz gäbe, diese Möglichkeit in Wirklichkeit zu verwandeln. Marxismus müsse sich an der Front bewähren, im »vorderste(n) Abschnitt der Zeit, wo die nächste entschieden wird«³⁴, und dadurch als Novum wirken: »das ist die reale Möglichkeit des Noch-Nicht-Bewußten, Noch-Nicht-Gewordenen, mit dem Akzent des guten Novum (des Reichs der Freiheit), wenn die Tendenz daraufhin aktiviert wird«³⁵. Aktivierung der realen Tendenz zum Novum, zum Reich der Freiheit hin, der Feuersäule der Utopie nach, dies ist für Bloch die eigentliche Funktion des Marxismus. Er ist neben der wissenschaftlichen Analyse und durch die Art dieser Analyse – für Bloch vor allem – konkrete Utopie: »realistische Antizipation des Guten«³⁶.

34 Ebenda, S. 1623.

35 Ebenda.

36 Ebenda, S. 727.

Blochs Aneignung des Marxismus hat etwas instrumentelles. Er braucht ihn als Zeugnis dafür, daß die Vision denkmöglich ist. Er gebraucht ihn als Sicherheit auf schwankendstem Grund und in Zeiten, wo so vieles gegen die Tendenz zum Reich der Freiheit hin zu sprechen schien und intellektuelle Garantien reale Fundierungen immer wieder ersetzen mußten. Er mißbrauchte ihn, da er ihn so lückenlos und widerspruchsfrei verwandelte in die stählerne und scheinbar unzerstörbare tragende Säule seines eigenen Hoffnungs-Systems.

Ohne sein Bündnis mit dem Marxismus hätte Bloch für seine Visionen wohl keinen intellektuellen Halt gefunden. Ohne Bloch aber wäre der Marxismus im 20. Jahrhundert um vieles ärmer gewesen. Bloch hat dazu beigetragen, im Marxismus die Utopie, die mensch-

liche Vision, den Horizont der Befreiung zu bewahren und hat ihm damit neuen Gehalt verliehen. Er hat darum gekämpft, daß der Marxismus weder als erledigt ad acta gelegt wird noch zur Legitimationsideologie stalinistischer Herrschaft verkommt. Er hat im Bewußtsein gehalten, »daß echter Marxismus seinem Antrieb wie Klassenkampf, wie Zielinhalt nach nichts anderes ist, sein kann, sein wird als Beförderung der Menschlichkeit«³⁷.

37 Ebenda, S. 1607.

Das Zeugnis vom historischen Werden der Vision: Die Sowjetunion Blochs Zuwendung zum Marxismus folgte mit biographischem Abstand ein Bündnis mit der kommunistischen Bewegung. Das Wort Bündnis wird gewählt, weil es zumindest von seiten Blochs darauf aufmerksam macht, daß er nie zum Parteikommunisten wurde, nie sich in einen Menschen verwandelte, dessen Lebensraum, Lebensinhalt, Bezugssystem die Organisation einer zentralistisch-ideologischen Partei wurde. Seine Person und seine Sache waren nicht auf die Partei und ihre Führer gestellt, sondern blieben in der Tiefe jener visionär-humanistischen Welt gegründet, die er sich selbst erschuf und erwarderte.

Als Bloch 1949, zurückgekehrt aus der amerikanischen Emigration, seine Antrittsvorlesung an der Leipziger Universität hielt, da konnte er noch sagen: »Vor uns liegt offene Fahrt, eine zu besserem Leben: sie ist so fällig und deutlich wie nirgends in der bisherigen Geschichte.«³⁸ 1955 mahnte er, belehrter schon und mit Wissen um die Grenzen einer staatsparteilichen Diktatur, daß ohne »Vor-Bild«, ohne kommunistisch-konkrete Utopie der »alltägliche Bauplatz« des Sozialismus im Osten in die Gefahr gebracht wird, »als bloßes graues, mindestens nicht mehr enthusiastisches Nachbild von Revolution zu erscheinen«³⁹

38 Ernst Bloch: Über Karl Marx, S. 126

39 Ernst Bloch: Universität, Wahrheit, Freiheit, in: Viele Kammern im Welt- haus, a. a. O., S. 484.

Bloch war und blieb ein kritischer, ein selbstbewußter Denker und ein autonomer Bündnispartner des politischen Kommunismus und der Sowjetunion. Deshalb konnte er auch gehen, konnte die nach dem Zweiten Weltkrieg gewählte politische Heimat verlassen und doch dabei bei sich selbst bleiben und weiter zu sich kommen. Er konnte das sowjetische Weltsystem westwärts hinter sich bringen und zugleich Schritte auf seiner Wanderung heimwärts tun. Er tat es, als die Bedingungen des Bündnisses mit dem sowjetischen Kommunismus nach seiner Auffassung nicht mehr gegeben waren – mit dem Bau der Mauer im August 1961. Um eine große Hoffnung enttäuscht schrieb Bloch aus Westdeutschland an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR: »Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrecht erhalten, auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.«⁴⁰ Ihm und anderen seien, so Bloch, die »Rechte rücksichtslos sachlicher, praktisch eingreifender Kritik zum Zweck des sozialistischen Aufbaus, im Zielrahmen der Solidarität«⁴¹ genommen worden.

40 Zitiert in: Silvia Markun, 1996: Ernst Bloch. a. a. O., S. 102.

41 Ernst Bloch: Naturrecht und Menschenwürde, a. a. O., S. 204.

Blochs Bekenntnis zur Sowjetunion, die in den dreißiger bis fünfziger Jahren stets wiederholte Abwehr grundlegender Kritik an ihr,

dieses Bekenntnis ist keinesfalls nur aus Blochs Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus und aus einem allgemeinen antifaschistischen Bündnis zu erklären. Eine solche Begründung für Blochs Verhältnis zu Sowjetunion wäre verharmlosend und würde weder seiner eigenen Größe, noch dem Epochenereignis Oktoberrevolution gerecht. Es war keinesfalls nur ein taktisches Bündnis, daß Bloch mit dem sowjetischen Kommunismus eingegangen war.

Der zweiunddreißigjährige Bloch wurde 1917 keinesfalls von blinder Begeisterung für die Oktoberrevolution ergriffen. Dem Geiste Luxemburgs nahe, schreibt er den Bolschewiki im Februar 1918 ins Stammbuch: »Zwar, es ist nicht zu zweifeln, aller Inhalt hat sich dabei (mit dem Wirken der Roten Garden – M. B.) geändert. Aber die Gewalt, die Form der Gewalt ist dieselbe geblieben und die neue Seele hat sich dieses Mal nicht einen neuen Körper gebaut.«⁴² Im November des gleichen Jahres wird er noch schärfer und hatte doch den Stalinschen Terror noch nicht kennen gelernt: »Niemand hätte man es als Sozialist, bei aller Verehrung Wilson (dem damaligen Präsidenten der USA – M. B.) gegenüber, für möglich gehalten, daß die Sonne Washingtons derart die einst erwartete Sonne Moskaus übersteigt; daß aus dem noch kapitalistischen Amerika die Freiheit und Reinheit, aus dem Rußland der sozialistischen Revolution aber nichts als Gestank, Verrottung, neuer Dschingis-Khan mit den Gebräuden des Völkerbefreiers, mit den mißbrauchten Insignien des Sozialismus kommt.«⁴³

Aber auch den deutschen Sozialisten gegenüber ist Bloch zutiefst kritisch und wendet sich gegen die Verkürzung des Sozialismus auf die staatssozialistische Verwaltung von Produktion und Gesellschaft. Der Drang nach der alten und »urdeutschen« Gemeinfreiheit sei verloren gegangen, schreibt er im Januar 1919: »Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß das deutsche sozialistische Ideal selbst in den kühnsten Träumen seiner Verwirklichung nicht von freien Menschen, von der Entbindung unterdrückter, unbekannter, rätselvoller Volkskräfte, sondern nur von einer systematisch geordneten Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft als staatssozialistischem Selbstzweck spricht.«⁴⁴ Und zehn Monate später fügt er hinzu: »Marxens Diktatur des Proletariats und auch die genossenschaftliche Verewigung des Fabriksystems werden kaum die Formen und Ziele des Weltsozialismus sein.«⁴⁵

Für Bloch ist Sozialismus immer mehr als eine Zentralverwaltungswirtschaft im gesellschaftlichen Interesse. Die Abschaffung der materiellen Not, die er wie so viele von dieser Wirtschaftsform ganz selbstverständlich erwartete, war ihm 1917/18 wie auch später nicht unwichtig, aber keinesfalls das eigentlich Wesentliche und Sozialistische. Er wollte die wirkliche Emanzipation und eine Assoziation, in der freie und solidarische Entwicklung zur endlichen Heimkehr der Menschen zu sich selbst werden kann. Dies aber sei unvereinbar mit der Zerstörung von Demokratie und Liberalität: »Die Proletarier der Welt haben nicht viereinhalb Jahre lang, immer gründlicher begreifend, gegen Preußen, für die Weltdemokratie gekämpft, um bei der kommenden Erringung ökonomisch-sozialer Demokratie die Freiheit preiszugeben und die demokratische Linie, den Stolz der westlichen Kulturen, plötzlich zu verlassen.«⁴⁶

42 Ernst Bloch: Lenin, der »rote Zar«, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 101.

43 Ernst Bloch: Erkrankter Sozialismus, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 104.

44 Ernst Bloch: Revolutionshindernisse in Deutschland, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 95.

45 Ernst Bloch: Erkrankter Sozialismus, S. 104 f.

46 Ebenda, S. 105.

Will man verstehen, warum Bloch ein Bündnis mit dem sowjetischen Kommunismus einging, warum er in dem neuen Staat ein Zeugnis für das reale Werden seiner Vision erblicken wollte, dann muß man sich in Blochs Welt versenken nach dem Scheitern der deutschen Revolution, nach der Erfahrung einer Teilrestauration der militärischen, ökonomischen, juristischen, intellektuellen und auch politischen Eliten des Kaiserreichs innerhalb der Hülle der Weimarer Republik – ausgehend von der verhängnisvollen Vereinbarung zwischen Ebert und der Heeresleitung im Herbst 1918 –, nach der Revitalisierung des Kapitalismus und seiner Weltkrise von 1929, die alle Hoffnung auf etwas soziale Stabilität und bürgerliche Normalität zerstörte, nach dem Aufstieg des europäischen Faschismus und Nationalsozialismus.

Es war 1930, als Bloch schrieb: »So roh es hergeht, so wirre Männer tauchen auf... Das griffeste Messer wandert vom Land in die Stadt, von der Kirchweih in die Saalschlacht, und diese sticht trüb, blutunterlaufen. Hier wirken Triebe, die die Not und das falsche Bewußtsein von ihr nur freilegen, die aber nicht von heute sind.«⁴⁷ Nur im Osten, so schien es Bloch, schien es vielen, war neues Land, war Zukunft gewonnen worden. Von außen konnte die Industrialisierung als unglaublicher Erfolg und großes Versprechen erscheinen, daß dort, jenseits des Kapitalismus eine andere moderne Gesellschaft und neue freie Gemeinschaftlichkeit gegründet würde.

Wo sonst als in der Sowjetunion waren für Bloch in dieser Zeit Zeugnisse zu finden der realen Tendenz hin zu seiner großen Vision? Woher konnte noch reale Bürgschaft erbracht werden dafür, daß die Vision mehr war als eine bloße Schimäre, die an der Wirklichkeit zerbrach? Was sprach in seiner Gegenwart außer dem »Aufbau des Sozialismus« in einem Land noch dafür, daß da mehr am Wirken war als ein seelenloser Kapitalismus und das Versinken in eine moderne Barbarei, die die Judenverfolgung des Mittelalters in die maschinelle Judenvernichtung verwandeln und die Sklavenarbeit von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und in den Konzentrationslagern auf eine industrielle Grundlage stellen würde?

Wer mit der größtmöglichen aller Visionen antritt, der hat es schwer. Er braucht mehr als ein intellektuelles Versprechen. Gegen den Zweifel ist mehr nötig als das bloße Wort. Und wenn Bloch mit dem Marxismus die Denkmöglichkeit seiner Vision für gesichert halten wollte, so konnte, so wollte ihm dies nicht genug sein in solcher, sich jeder humanen Vision widersetzenen Wirklichkeit. Es bedurfte ihm mehr als nur einer geistigen Versicherung, mehr als nur des »sozialistischen Gedankens«⁴⁸. Es bedurfte eines realen Zeichens des stattfindenden historischen Bruchs, des Werdens eines neuen anderen Zeitalters. Deshalb brauchte Bloch die Sowjetunion und hat sie, hat ihren Bruch mit der Vergangenheit, hat ihr Werden und ihr Sein als dieses so wichtige Zeichen gelesen und gelehrt, so schwer es oft war, so sehr in vielem die Realität der Sowjetunion dagegen sprechen mochte. Lange galt für ihn: »Ubi Lenin, ibi Jerusalem«⁴⁹. Von diesem Verständnis der Sowjetunion als Werden einer neuen Welt aus erschloß sich Bloch auch der Sinn jenes Geständnisses, das Bucharin vor den sowjetischen Richtern ablegte – nämlich der, dem Tod durch die sowjetisch-stalinistische Macht einen Sinn zu geben,

47 Ernst Bloch: Amusement Co., Grauen, Drittes Reich, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welt- haus, S. 348.

48 Ernst Bloch: Geist der Utopie. Erste Fassung, Werke Bd. 16, S. 9.

49 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, S. 711.

den Sinn, für diese Sowjetunion gestorben zu sein. Denn ohne diesen Sinn, so hatte Bucharin in seiner Rede gesagt, ergäbe »sich plötzlich mit erschütternder Deutlichkeit eine absolut schwarze Leere«. Diese Leere zu füllen, war der letzte Dienst, den Bucharin sich und seiner Sache, mit der er eins war, leisten wollte und konnte. Für Bloch liest sich dieses Zeichen so: »Vor dem Gericht der eigenen Klasse ... ist das Geständnis ... das Ende der Isolierung. Es ist mitsamt dem Tod, der nachfolgt ..., die Rückkehr in die Sowjetunion. ›Wofür stirbst du?‹ – für die Sowjetunion, und mit dem letzten Bekenntnis zu ihr; sie ist, vom Ende des individuellen Lebens aus gesehen, das Jenseits kommunistischer Atheisten«. ⁵⁰

Man kann von hier aus die eigentliche Macht Stalins über die Kommunisten und viele Anhänger des Kommunismus besser verstehen: Er hatte sich »die Sache«, »den Kommunismus«, »die Sowjetunion«, »die Zukunft« angeeignet als eigene persönliche Macht und Macht seines Apparats. Indem Stalin es geschafft hatte, zum Führer aufzusteigen, war alles, waren alle Hoffnung, alles Streben, alle Sicherheit und alle Gewalt nur noch in ihm verkörpert. Er hatte es geschafft, zur personifizierten Idee zu werden und hatte damit die Idee in eine totalitäre Macht verwandelt.

Freiwillig und bekennd den Tod durch Stalin zu erleiden, war die einzige, letzte, hoffnungsloseste Form, an der Idee, der Sache, der Hoffnung festzuhalten. Indem man der Fahne die Treue hielt, auch wenn unter diesem Banner der Terror gegen die eigene Bevölkerung und die eigene Partei begangen, Verrat an ganzen Völkern begangen, ihre blutige Umsiedlung betrieben, gigantische Sklavenarmeen und eine neue staatliche Leibeigenschaft durchgesetzt wurden, blieb man sich selbst treu und treu der Vision. ⁵¹ Blind war Bloch dafür nicht, und er stellte – nach Stalins Tod – einen Trost bereit, der gleiche Erscheinungen aus ungleichem Wesen erklären wollte: »Vertrauen zur Sache ist notwendig; der Reif, der gefallen, er fiel immerhin in eine Frühlingsnacht, und die Schwere unserer Geburt ist immerhin eine der Geburt und kein westlicher Lebensabend.« ⁵²

Wieso aber konnte die Sowjetunion überhaupt von Bloch als Zeugnis eines historischen Bruchs, warum überhaupt als Werden einer neuen Welt verstanden werden? Die Antwort dafür ist schon in Blochs Kritik am Bolschewismus und nicht erst in seinem späteren Bekenntnis zu ihr angelegt. Es schien in alter widerwärtiger Form ein neuer Inhalt am Wirken. Das in der Sowjetunion mit der Kollektivierung und Industrialisierung nach 1928 staatlich durchgesetzte Gemeineigentum, die Verwandlung der Gesellschaft in eine einzige Produktions- und Konsumtionsgenossenschaft schienen für Bloch zwar keinesfalls das eigentliche Ziel, aber doch einen wichtigen, epochalen Schritt zu bedeuten. Er wurde als »ökonomischer Prius« verstanden, der dem »humanistischen Primat«, so die Lesart, den Weg bereiten würde. ⁵³

Bloch stand in einem Diskurszusammenhang, der – merkwürdig genug – mit Verweis auf den Übergangscharakter dieses sowjetischen Sozialismus die marxistischen Kategorien auseinander riß. Die sowjetische Ordnung erschien geprägt durch eine sozialistische ökonomische Basis, die ihrerseits durch einen dem Inhalt nach halbsozialistischen, der Form nach diktatorischen Überbau kontrol-

50 Ernst Bloch: Bucharins Schlusswort, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 363 f.

51 Kritik, Affirmation, aber auch Apologie werden geübt, wenn Bloch nach dem 20. Parteitag der KPdSU schreibt: »Den Abtrünnigen ist der Parteitag besonders bitter und verschlägt ihnen den Atem, obwohl sie in einigem doch Recht bekommen zu haben scheinen. Aber sie, die ihr eh schon Gesagtes so unbeschwert, ja so gern und erfolgreich an ihre angeblichen Feinde, wie Dulles (John Foster Dulles, US-Außenminister unter Präsident Eisenhower von 1953 bis 1959 – M. B.) oder Conant (James Bryant Conant, Hoher Kommissar und Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland von 1953 bis 1956 – M. B.), verkauft haben, merken zugleich, daß sie nicht einmal das Recht haben, recht gehabt zu haben.« Denjenigen, die sich vom Kommunismus abgewandt hatten, wird böse vorgeworfen: »Sie blieben nicht im Schiff, um hier die Fahne hoch oben zu halten, sie gegebenenfalls an den Mast zu nageln, sondern verrietten und hetzten; alles Falsche, gar Blutige kam ihnen zu paß.« Ernst Bloch: Über die Bedeutung des 20. Parteitages, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 494.

52 Ernst Bloch: Universität, Wahrheit, Freiheit, in: Ernst Bloch: Viele Kammern im Welthaus, S. 486.

53 »... daß weder menschliche Würde ohne ökonomische Befreiung möglich ist noch diese, jenseits von Unternehmern und Unter-

nommenen jeder Art, ohne die Sache der Menschenrechte. Beides geschieht nicht automatisch im selben Akt, sondern ist wechselseitig aufeinander angewiesen, bei ökonomischen Prius, humanistischem Primat.» Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. GA, Bd. 6, S. 13.

54 Bei Trotzki wird dies durch eine Art »thermidorische Restauration« erklärt, die langfristig durch eine neue revolutionäre Wandlung zum wirklichen Sozialismus oder durch eine Reaktion, ausgelöst durch die herrschende Staatsbürokratie selbst, zurück zum Kapitalismus führt.

55 Siehe auch: Von der Unmöglichkeit, Befreiung als Freiheit zu denken. Bertolt Brechts politische Philosophie einer entfremdeten Emanzipation, in: Sebastian Kleinschmidt; Therese Hörnigk: Brechts Glaube. Brecht Dialog 2002. Religionskritik – Wissenschaftsfrömmigkeit – Politische Theologie. Berlin: Theater der Zeit 2002. Literaturforum im Brecht-Haus. Recherchen 11, S. 205 – 221.

56 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, S. 1056.

57 Ebenda, S. 1058.

58 Ebenda, S. 1060. Die Partei, die wichtigste Organisation des sowjetischen Sozialismus wird nicht einmal erwähnt.

59 Ebenda, S. 1061.

liert wurde.⁵⁴ Diese Interpretation war die wohl wirksamste Denkform der Linken mit Blick auf die im Ergebnis von Oktoberrevolution und Stalinscher Kollektivierung wie Industrialisierung entstandene Gesellschaft.

Die linke Kritik an der Sowjetunion richtete sich nicht auf das Eigentum, sondern auf die Politik, nicht auf den Inhalt, sondern (»nur«) auf die Form, nicht auf das (ökonomische) Wesen, sondern auf die (politische) Erscheinung. Weil derart verstanden die Oktoberrevolution und die Stalinsche Zwangskollektivierung und Industrialisierung der späten zwanziger Jahre als Schritte verstanden werden konnten, die den Bruch mit dem Kapitalismus und der Ausbeutung vollzogen, Schritte der Emanzipation seien, wenn auch in entfremdeter Gestalt⁵⁵, war für Bloch auch lange die alte messianische Erwartung selbstverständlich: Ex oriente lux.

1955 erschienen der zweite Band des Werkes »Das Prinzip Hoffnung« im Aufbau-Verlag in Ostberlin. In dem so umfangreichen Werk wird der sowjetische Sozialismus auf knappen neun Seiten berührt unter der Überschrift: »Technische Reife, Staatskapitalismus und Staatssozialismus«. Bloch greift implizit seine dreißig Jahre alte Kritik am Bolschewismus und dem sozialdemokratischen deutschen Staatssozialismus auf. Aber er gibt ihr eine neue, eine affirmative Wende, auch wenn sie die Perspektive der radikalen Überwindung jeder Herrschaft bewahrt. Durch die Revolution schien ihm der Bruch mit den alten Ausbeutergesellschaften gesichert⁵⁶, der »Diktatur des Proletariats« sei ein »Freiheitsziel« eigen – »des einzig und wirklich totalen«⁵⁷, der sowjetische Sozialismus wäre nicht nur Staat, sondern auch Sowjet⁵⁸.

Es mutet heute merkwürdig an, wie herausragender Theoretiker des 20. Jahrhunderts, die sich dem Marxismus verpflichtet fühlten, bezogen auf den sowjetischen Sozialismus jede marxistische Analyse aufgaben. Nicht die Verhältnisse, sondern die bloßen Verkündigungen wurden als Garanten einer diesem Sozialismus zugeschriebenen historischen Tendenz hin zur Freiheit genommen. Das Hoffen brauchte Verzicht auf die sonst immer wieder gerühmt vorurteilsfreie marxistische Analyse. Diese Hoffnung wollte mit verbundenen Augen sehen, was sonst vielleicht nicht erblickt werden konnte. Dies gilt auch für Bloch. Ohne auch nur den Anschein einer Begründung zu suchen, behauptet er: »... der Staatssozialismus, sofern er erscheint, ist im Akt begriffen, folglich temporär und auf Abbruch; denn das im Akt arbeitende Ziel ist Absterben des Staats. Die Oktoberrevolution von 1917 setzte zu diesem Ziel die proletarische Diktatur, die Epoche nach Lenins Tod hat als Sicherung die kräftigste Staats- und Militärmacht errichtet: trotzdem ist Ende der Gewalt in dieser Art Gewalt unausweichbar immanent.«⁵⁹

Wie groß diese Erwartung war, wie sehr Blochs Vision sich mit dem sowjetischen Sozialismus und Kommunismus verbunden hatte, wird dort am deutlichsten, wo er fast zum letzten Mal hoffen konnte, daß diese Verbindung nicht nur eine bloße Täuschung gewesen war, in den Zeiten des Tauwetters nach Stalins Tod. Wie andere auch nutzte er dieses kurze Zeitfenster fast freien Redens der undogmatischen Marxisten in der DDR und wurde dadurch zum intellektuellen Sprecher einer demokratisch-sozialistischen Kritik und zum öffent-

lichen kommunistischen Visionär. Seine Kritik richtet sich nicht gegen das Zuviel an Sozialismus, sondern das Zuwenig an Demokratie und kommunistischer Vorwärtsbewegung über die alte Gesellschaft hinaus.

Die Hoffnung, die Bloch mit dem 20. Parteitag verband, war die, daß unter der erneuerten Fahne der ökonomisch überfällige Sozialismus auch »moralisch unaufhaltsam« werde und sich Freiheit und Glück nun verbinden würden: »So steht dem Arbeiter, der jetzt herrschenden Klasse, die aber auch spürt und nicht nur weiß, daß sie die herrschende ist, die Demokratie ins Haus.«⁶⁰ Der ökonomischen Revolution sollte endlich, so die Hoffnung, die Demokratisierung folgen. Als diese Erwartung sich zerschlug – in Ungarn, Polen, der DDR und der UdSSR selbst –, als der sowjetische Sozialismus die Berliner Mauer brauchte, um sein Bestehen zu sichern, da kehrte Ernst Bloch nicht mehr heim in den Osten. Von dort, so war ihm bewußt geworden, kam kein utopisches Licht mehr.⁶¹ Dort war etwas entstanden, so sah er es jetzt, was er früher eine *contradictio in adjecto* genannt hatte, ein »autoritärer Sozialismus«, »indes doch die Internationale das Menschenrecht erkämpft: organisierte Mündigkeit«⁶².

Doch Mitte der fünfziger Jahre versuchte Bloch noch einmal zusammenzudenken, was nach seiner tiefen Überzeugung zusammengehört; noch einmal wollte er glauben, daß der epochale Aufbruch von Oktoberrevolution und sowjetischem Aufbau, von Sieg über den Hitlerfaschismus vor allem auch unter der roten Fahne und dem roten Stern zu seinem »roten Fenster« führe, Wege vorwärts, Wege der Heimkehr seien. Noch einmal wollte er hoffend wissen, daß der sowjetische Kommunismus für seine Vision ein historisches Zeugnis mit Weltgeltung ablegt. Noch einmal wollte er glauben, daß der Wärmestrom des Roten Oktobers, der mehr als dreißig Jahre für ihn eine Tatsache gewesen war, über den Kälteschock des Stalinschen Terrors siegen könne. Vor den Studentinnen und Studenten der Leipziger Universität beschließt er am 29. November 1955 eine seiner großen Vorlesungen mit den Sätzen: »Will doch der Kommunismus die Welt nicht nur verändern – das tat auch der Kapitalismus –, sondern bis zu unserer Kenntlichkeit darin verbessern, zur Sonne, zur Freiheit empor, bis zur Heimat ohne Fremde in ihr. Das ist gewiß ein Grenzbegriff, ein fast noch ungeschichtlich zukünftiger, ja in seinem Erreichtwerdenkönnen und vermittelbaren Inhalt noch unbestimmter. Doch leuchtet das mit solchem Grenzbegriff Intendierte in den alltäglichen Sozialismus genau herein, wenn (!!! – M. B.) dieser einer ist; so wie das Ziel im Weg ist, wenn dieser einer ist. Eine der Kenntlichkeiten dieses Ziels ... hat daher gelautet: Universitas aller in Wahrheit und Freiheit.«⁶³

Eine ungelöste Aufgabe: Freiheit und Sozialismus

Mitten in den Wirren eines sich erschöpfenden Krieges, konfrontiert mit der Verwandlung der russischen Revolution, wie sie im Februar 1917 eingesetzt hatte, in ein neues System der Hörigkeit – die Bolschewiki hatten die Verfassungegebende Versammlung gerade auseinander gejagt und einen Bürgerkrieg damit auch ihrerseits unvermeidlich gemacht –, mit skeptischem Blick die linken Kräfte in

60 Ernst Bloch: Über die Bedeutung des 20. Parteitags, a. a. O., S. 505.

61 Es ist bedenkenswert, daß der Staatssozialismus anders als andere Herrschaftsordnungen vor ihm geistig (auch) durch seine eigene Utopie zugrunde gerichtet wurde. Vgl. dazu: Michael Brie: Michail Gorbatschow: heroische Illusionen und naive Selbstdemontage der Macht. Eine soziotypologische Analyse, in: Theodor Bergmann/ Mario Keßler: Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993.

62 Ernst Bloch: Naturrecht und Menschenwürde, S. 204.

63 Ernst Bloch: Universität, Wahrheit, Freiheit, a. a. O., S. 486.

64 Ernst Bloch: Lenin, , der »rote Zar«, a. a. O., S. 102.

65 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Werke, Bd. 6, S. 91.

66 Vgl. dazu Meyer, Thomas, 2002: Soziale Demokratie und Globalisierung, S. 7 – 24.

67 »Das Problem eines Erbes am klassischen Naturrecht ist suo modo ebenso dringend, wie es dasjenige an den sozialen Utopien war. Soziale Utopien und Naturrecht hatten ein sich ergänzendes Anliegen im gleichen humanen Raum: getrennt marschierend, leider nicht vereint schlagend. Obgleich beide in dem Entscheidenden einig waren, das menschlichere Gesellschaft heißt, so bestanden doch zwischen Sozialutopien und Naturrechtslehren lange wichtige Unterschiede. Sie sind, sehr abgekürzt, so formulierbar: Die Sozialutopie ging auf menschliches Glück, das Naturrecht auf menschliche Würde. Die Sozialutopie malte Verhältnis voraus, in denen die Mühseligen und Beladenen aufhören, das Naturrecht konstruierte Verhältnisse, in denen die Erniedrigten und Beleidigten aufhören.« Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, S. 13.

68 Ebenda, S. 213.

Deutschland beobachtend, schrieb Ernst Bloch im Februar 1918: »Jedes Volk ... hat nur denjenigen Sozialismus zu erwarten, den es nach Maßgabe seiner bürgerlichen Freiheit, seines Liberalismus verdient.«⁶⁴ Und viele Jahre später heißt es verallgemeinernd: »Jedes Volk wird nur diejenige Art und Höhe sozialer Revolution haben und gewinnen, zu der es auf Grund erlangter und behaltener Menschenrechte bereit ist.«⁶⁵ Und gemeint sind Menschenrechte nicht etwa als Geschenk eines sozialpaternalistischen Staates, sondern als individuelle Freiheitsrechte.

Wenn diese These Ernst Blochs richtig ist, und wenn die Freiheitsrechte der einzelnen in den Staaten des sowjetischen Staatssozialismus gegenüber den USA und Westeuropa weder rechtlich bindend gesichert, noch individuell durchsetzbar gewesen waren, wenn der sowjetische Staatssozialismus den kapitalistischen Demokratien mit Bezug auf die Menschenrechte als Freiheitsrechte prinzipiell unterlegen war, dann war die Oktoberrevolution auch keine soziale Revolution, die der amerikanischen Revolution oder der Großen Französischen Revolution gegenüber eine höhere Epoche eröffnet hat. Und die Umwälzungen des Jahres 1989 waren dann tatsächlich »nachholende Revolutionen« (Jürgen Habermas). Der Versuch der staatlich organisierten »Lösung der sozialen Frage« und der Kampf um Menschen- als Freiheitsrechte wären dann im 20. Jahrhundert, sieht man ab von den wichtigen Erfahrungen mit einer Politik der sozialen Demokratie⁶⁶, weitgehend verschiedene Wege gegangen.

Mit seinem Werk »Naturrecht und menschliche Würde« hat Bloch in der amerikanischen Emigration eine Geschichte emanzipatorischen Denkens geschrieben, die meines Erachtens von zentraler Bedeutung für jede Erneuerung des Sozialismus als Bewegung wie als geistige Strömung ist. Nicht ohne Grund, aber zu Unrecht ist sie gegenüber seinem Rückblick auf die Utopien fast vergessen. Die Geschichte naturrechtlichen Denkens, die Bloch in »Naturrecht und menschliche Würde« schreibt, stellt eine Komplementärgeschichte zu seinem Abriß der Geschichte der Sozialutopien im zweiten Band von »Das Prinzip Hoffnung« dar. Naturrecht und Utopien bilden für ihn die beiden wichtigsten Stränge emanzipativen Denkens.⁶⁷ Und er will sie gemeinsam in einen untrennbar auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Marxismus und Sozialismus münden sehen, will ein Bündnis von Sozialutopie und Menschenrechtsanspruch gründen. Er will ein Erbe aufnehmen, das die Herrschaftsideologie des Marxismus-Leninismus bewußt ausgeschlagen hatte.

In einer Zeit, da der sowjetische Parteikommunismus aus dem Marxismus jede Spur von individueller Freiheit auszutreiben suchte als »bürgerlichen Individualismus«, da der Stalinismus neue Obrigkeit und Führerkult geschaffen hatte, schrieb Bloch: »An der Wiege des Marxismus stand also nicht nur die ökonomische Parteilichkeit für die Mühseligen und Beladenen, sondern doch auch die naturrechtliche für die Erniedrigten und Beleidigten – als Parteilichkeit, die sich auf den Kampf menschlicher Würde, auf solch konstitutives Erbe aus dem klassischen Naturrecht, versteht und keiner Obrigkeit, sofern überhaupt noch eine nötig ist, den angestammten oder neu reproduzierten Kamm schwellen ließ.«⁶⁸ Und während er, wie schon

zitiert, mit Blick auf die Sowjetunion bereit ist, der Abschaffung des kapitalistischen Eigentums das »ökonomische Prius« zuzuerkennen, betont er zugleich das »humanistische Primat« der Menschenrechte.

Die von Bloch erhoffte Verbindung aber von Überwindung von Kapitalismus, von Profitdominanz über die Gesellschaft, einerseits und von Primat der Menschenrechte andererseits steht auch heute noch aus. Diese Verbindung historisch zu verwirklichen, könnte als Kern eines Sozialismus bezeichnet werden, der die sozialutopische wie die naturrechtliche Tradition in sich aufgenommen hat, der Freiheit wie Gleichheit verpflichtet ist. Der »Stoß der Gerechtigkeit von unten«⁶⁹ würde sich dann zugleich als Stoß der Freiheit wie der Gleichheit erweisen.

69 Ebenda, S. 231.

Die sozialistische Verbindung des Erbes von Sozialutopie und Naturrechtstradition ist nicht als bloße Addition zu haben. Sie verlangt es, sich der inneren Widersprüchlichkeit dieses doppelten Erbes zu stellen, das keinesfalls zufällig fast immer getrennt marschierte und deren Vertreter sich oftmals wechselseitig blutige Köpfe schlugen. Dies liegt in der Natur der beiden Denktraditionen selbst begründet. Allzu oft kam Gleichheit als Projekt unterdrückender Gleichmachung im Namen des Citoyen, des staatsbürgerlichen Gemeininteresses daher. Und noch öfter trug die Freiheit die Handschrift des Bourgeois, des privaten Monopols an menschlichen Existenzbedingungen, und wurde so zum Projekt privilegierter Entwicklung der Wenigen auf Kosten der Vielen.

Einen Ansatz für die uneingelöste Verbindung des Erbes von Sozialutopie und Naturrecht formulierte Bloch, als er schrieb: »Was aber Glück und Würde angeht ..., mit einem Prius menschlicher Versorgung, einem Primat menschlicher Würde: so ist mehr als je neben dem konkreten Erbe am Sozialutopischen ein ebenso Konkretes am Programm Citoyen fällig. Item: mehr als je ist es an der Zeit, auch die Unterschiede in den sozialutopischen und den naturrechtlichen Intentionenfeldern funktionell endlich verbunden zu sehen und praktisch aufgehoben. Kraft der Gewißheit: es gibt keine menschliche Würde ohne Ende der Not, aber auch kein menschengemäßes Glück ohne Ende alter oder neuer Untertänigkeit.«⁷⁰

70 Ebenda, S. 237.

Blochs eigener Versuch der Verbindung beider Traditionslinien emanzipativen Denkens verblieb – und dies soll im weiteren kritisch befragt werden – in der bekannten Formel, die auf Rosa Luxemburg zurückgeht: »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«⁷¹ Es ist die Formel von der Verbindung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln mit Rechtsstaatlichkeit und sozialer wie politischer Demokratie, eine Formel, die in der Linken auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus noch fortwirkt. Die Frage ist nur, ob sie wirklich nach 1917, 1968, 1989 noch Bestand haben sollte.

71 Ebenda, S. 232.

Ausgangspunkt, darüber nachzudenken, ob nicht eine neue Verbindung der beiden Linien emanzipativer Traditionen gefunden werden muß, soll Blochs Verständnis des Verhältnisses von Bourgeois und Citoyen sein. Mit Blick auf die intellektuelle Vorgeschichte der

72 Ebenda, S. 81.

73 »Der freie Mann war nicht billiger als um den Preis des geschäftstüchtigen zu haben. Aber auch der Unternehmer und sein individuelles Geschäft waren gut und fortschrittlich, als sie entstanden. Als sie im Widerspruch gegen feudale Bindungen sich entwickelten und diese schließlich gesprengt wurden.« Ebenda, S. 68.

74 Ebenda, S. 206.

Großen Französischen Revolution und die Trikolore von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit über den Menschenrechten schreibt Bloch: »Es war die hohe Zeit des Naturrechts, als dergleichen blühte, sie war illusionär, denn aus dem Citoyen kam der Bourgeois, sie war antizipierend, denn der Bourgeois wird durch den Citoyen gerichtet.«⁷² Man möchte historisch belehrt befürchten – hingerichtet.

In einem solchen Verständnis des Verhältnisses von Bourgeois und Citoyen erscheint der Bourgeois als progressive Durchgangsform im Kampf gegen den Feudalismus⁷³, wird als eine soziale Formbestimmtheit der einzelnen begriffen, die über den Feudalismus hinaus jeder solidarischen Emanzipation im Wege stehe. Sozialismus könne, so Bloch, nur den Staatsbürger, nicht aber den Bourgeois erben, wird mit Verweis auf den Marx von 1843 betont: »Und der weiterlebende Fortschritt ist, daß genau das politisch-Citoyenhafte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in die ›forces propres‹ der lebenden Menschen eintrete... Wonach eben der Nebenmensch nicht mehr, wie im Egoismus der droits de l'homme, als Schranke der Freiheit, sondern als deren Kommunität lebt.«⁷⁴ Die Privatheit sei aufzuheben in der Allgemeinheit. Das Privateigentum sei in das Staatseigentum zu überführen. Der Wille der einzelnen müsse dem Gesamtwillen untergeordnet werden, um – so die Hoffnung oder Drohung – letztlich mit diesem zusammenzufallen.

Die emanzipative Bewegung geht in einer solchen (marxistischen) Denktradition nicht vom einzelnen in seiner Bürgerlichkeit aus, sondern ausschließlich vom Handeln als Staatsbürger, nicht von der Vertretung individueller Interessen, sondern von der Vertretung der allgemeinen Interessen. Sozialisierung beginnt als Entindividualisierung, versteht sich als Verwandlung der einzelnen in Repräsentanten des Allgemeinen. Das Einfallstor für die totale Subsumtion des einzelnen unter das Ganze, die Klasse, die Partei, den Staat, die »Sache« wurde weit geöffnet.

Die Heroisierung des Allgemeininteresses als Vertreter solidarischer Emanzipation und die Banalisierung des individuellen Interesses als bloß privates, als bloßes Geschäftsinteresse, seine Diffamierung als Keimzelle von Ausbeutung und kapitalistischer Herrschaft sind meines Erachtens ein verhängnisvolles Erbe. Der von der Französischen Revolution geerbte Kult des Citoyen und seine Verwandlung in einen Kult des »Parteisoldaten« und die damit ermöglichte Legitimation der Negation von Einzelinteressen als Interessen des Bourgeois und damit auch des Terrors gegen alle, die vom postulierten Allgemeininteresse »abweichendes Verhalten« zeigen könnten, ist jene Bresche, in die der Stalinismus einfallen konnte, um den humanen Anspruch des Marxismus auszuhebeln. Es ist aber eine Bresche, die der Marxismus selbst weit geöffnet hatte. Sie stellt Marxens Vision von einer Assoziation, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller« ist, auf den obrigkeitlichen Kopf.

Was aber, wenn Bourgeois und Citoyen nicht zwei Subjektformen sind, von denen nur die eine es wert ist, in der Aufhebung bewahrt zu werden?! Was wäre, wenn sie beide zwei miteinander verbundene, historisch konkrete und damit natürlich auch bornierte Formen ein und desselben Prozesses von Emanzipation darstellen würden,

einer Emanzipation gegenüber dem Feudalismus und zugleich damit der Neugründung eines neuen höheren Herrschaftsverhältnisses und sachlicher Abhängigkeit, aber eben auch mit Zügen größerer Freiheit und emanzipativer Vergesellschaftung?! Der Bourgeois wäre dann ähnlich mit Schritten von Emanzipation und neuen Formen von Unterdrückung verbunden wie der Citoyen.

Nicht zufällig entstehen im 16. Jahrhundert Elemente einer jesuitischen Theorie, nach der die Gewalt des Fürsten alleinig vom Volk ausgehe und dieses das Recht habe, sein Mandat zurückzunehmen (sogar Tyrannenmord sei erlaubt, wenn freie Willensäußerung unmöglich ist). Hat damit nicht der Citoyen gesprochen und zugleich die Legitimation für neue Herrschaft geliefert?! Und bilden sich nicht zeitgleich die Bedingungen der Freiheit der Bürger in der Wirtschaft, der Religion, des privaten Lebens heraus, wie es sie vorher nicht gegeben hat, Bedingungen, die mit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals und neuer Ausbeutung keinesfalls unvermutet Hand in Hand gingen?! Und gingen damals private Erwerbswelt und Patriarchat nicht eine neuartige Verbindung von Emanzipation und Unterdrückung ein?

Solche Überlegungen führen zu der Frage, was überhaupt Emanzipation ist. Ist sie entsprechend den kommunistisch verkürzten Traditionen der Sozialutopien mit der Verwandlung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen in gemeinschaftliches Eigentum identisch, eines Eigentums, das garantieren soll, daß jeder nach seinen Bedürfnissen konsumieren dürfe und nach seinen Fähigkeiten produzieren könne? Dann wäre die ganze bisherige Zivilisationsgeschichte nichts als die Abkehr vom Goldenen Zeitalter des Gemeineigentums gewesen. Dann hätten alle Kämpfe sozialer Bewegungen nur Rückschritte in den Eigentumsverhältnissen nach sich gezogen. Immer höhere Potentiale der Freiheit durch die Entwicklung der Produktivkräfte wären in immer schärfere Formen von Ausbeutung und Unterdrückung eingebunden gewesen. Dann würde die gewaltsame Durchsetzung von neuer Gemeinschaft auf der Grundlage von Staatseigentum Fortschritt von Emanzipation bedeuten.

Oder ist Emanzipation entsprechend den liberalistisch verengten Traditionen des Naturrechts identisch mit der Verwandlung der Individuen in freie Subjekte ihres eigenen Handelns – unabhängig von den ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen desselben? Und ist eine solche Freiheit durch die Freiheit der Märkte garantiert, so daß man die Fortschritte der Freiheit messen könne am Maß der Freiheit von Finanz-, Kapital-, Waren- und Arbeitsmärkten? Der entfesselte Kapitalismus wäre dann das wirkliche Reich der Freiheit. Und die weltweite gewaltsame Durchsetzung dieses Kapitalismus wäre dann tatsächlich ein Kampf für die Freiheit.

Die sozialutopische Tradition läuft Gefahr, die Freiheit der einzelnen aufzugeben mit der blinden Hoffnung darauf, daß neue Gemeinschaftlichkeit Freiheit spontan aus sich heraus gebären würde. Die neoliberalistisch verkürzte Tradition leistet dagegen der interessengeleiteten These Vorschub, auf die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen zu verzichten mit dem Verweis darauf, daß die Freiheit der Märkte auch die Gleichheit der Entwicklung aller und jeder und jedes einzelnen letztlich hervorbringen würde.⁷⁵

75 Wie schrieb aber schon Fichte: »Zu sagen, das wird sich alles schon von selbst geben, jeder wird immer Arbeit und Brot finden, und es nun auf dieses gute Glück ankommen zu lassen, ist einer durchaus rechtlichen Verfassung nicht anständig« Zit. in ebenda, S. 90.

Emanzipation, so sei behauptet, ist ein Doppelprozeß. Im Maße der Emanzipation werden zum einen die Individuen in den Ausgangs- und Zielpunkt aller Prozesse von Vergesellschaftung verwandelt. Zum anderen werden alle materiellen und kulturellen Produktions- und Lebensbedingungen in Bedingungen freier Entwicklung jeder und jedes einzelnen umgeformt. Emanzipation bedarf der institutionellen Vermittlung vor allem auch durch das Recht und den freien Zugang zu den sozialen Grundgütern einer Gesellschaft. Die rohkommunistische Vorstellung, daß auf Rechtsstaatlichkeit verzichtet werden könne zugunsten einer unmittelbaren Gemeinschaftlichkeit, muß bei Realisierung in den Verzicht auf Emanzipation münden. Die neoliberale Vorstellung der institutionellen Verwandlung jeder und jedes einzelnen in »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« bei gleichzeitiger Zerstörung des Sozialstaats muß bei ihrer Verwirklichung zu wachsender Ungleichheit und zur Zerstörung der wichtigsten Formen sozialer Integration, des gesellschaftlichen Bodens realer Emanzipation führen.

Das Projekt der Emanzipation ist, wenn es denn ein solches ist, weder ein primär staatliches, noch ein primär marktwirtschaftliches, sondern tatsächlich vor allem ein zivilgesellschaftliches Projekt, ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger. Es ist deshalb aber auch weder ein antistaatliches, noch ein marktfeindliches Projekt, sondern bedient sich aller historisch gewordenen Vergesellschaftungsformen, die ein emanzipatives Potenzial haben. Und es ordnet diese Vergesellschaftungsformen vor allem der Emanzipation des »Untens« der Gesellschaft, national wie global, unter, oder es wäre nur ein elitärer Schein, hinter dem sich Ausbeutung und Unterdrückung verbergen.

Als das Erbe des »bourgeois« ausgeschlagen wurde zugunsten des »citoyen«, wurde zugleich der Weg geebnet, die wirklichen Arbeiter, die realen Proletarier, wie schon zitiert, als »Nichts« zu verstehen, die »Alles« werden können. Sie sind in dieser Sichtweise »Nichts« in ihrer Existenz als Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen, als Individuen, die sich und ihre Kinder mittels der Erwerbsarbeit am Leben halten, eine zumeist eher kleinbürgerliche Existenz aufzubauen suchen, Angst haben, nach unten zu stürzen und Sicherheit für ihre Kinder in Bildung und Ausbildung suchen. Sie seien »Alles« nur, wenn sie sich als Klassenindividuen revolutionär organisieren, die bolschewistische Parteiform als höchste Weise solcher Organisation.

Die Fortschritte an Freiheit, die die Proletarier sich im Vergleich zu Leibeigenen erkämpften, keinesfalls ein Geschenk von Bourgeois und bürgerlichem Citoyen, ihre politischen und sozialen Rechte, die sie im Kapitalismus erstritten haben und die eine Bedingung für dessen Lebensfähigkeit wie für jede darüber hinaus reichende Emanzipation sind, konnten bei solcher Sichtweise und gegen Ernst Blochs Intentionen marxistisch-leninistisch klein geredet werden. Aber auch der Kampf um bessere Lebensbedingungen und soziale Gestaltung der Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft (Regulation der Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Sozialstaat usw.) erschien bestenfalls als Mittel auf dem Weg zur Herausbildung eines revolutionären Klassenbewußtseins und schlimmstenfalls als Verführung hin zu einer bürgerlichen Existenz. Diese Auffassung war die Grundlage einer avantgardistischen Verachtung der wirklichen Arbeiter im Namen

ihrer Klasse. Sie bereitete der Unterdrückung dieser Arbeiter durch eine Partokratie den Boden.

Wenn die obige These vom Doppelcharakter der Emanzipation richtig ist, dann reflektiert die Doppelgeschichte von sozialutopischem und natur- bzw. menschenrechtlichem Denken zwei Seiten ein und desselben emanzipativen Prozesses – die Anstrengungen zur gemeinsamen Schaffung der materiellen und kulturellen Bedingungen von Emanzipation und zur Frei-Setzung der Individuen als der eigentlichen Subjekte ihrer Emanzipation. Griechenland ist dann deshalb der Ausgangspunkt gleichermaßen von utopischem und menschenrechtlichem Denken, weil es die erste Zivilisation ist, in der die bewußte demokratische Gestaltung einer Gesellschaft auf der Basis individueller Freiheit als Ideal menschlichen Handelns gedacht werden kann.

Die These vom Doppelcharakter der Emanzipation erzwingt aber auch, diese nicht mehr wie im orthodox marxistischen Denken als Vergemeinschaftung der Ökonomie zu denken⁷⁶, sondern das freie Handeln jeder und jedes einzelnen als Ausgangspunkt des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handelns gleichermaßen zu respektieren. Unternehmertum verstanden mit Schumpeter als Fähigkeit zur innovativen Kombination von Ressourcen ist dann kein Hemmnis der Emanzipation, sondern ihr unverzichtbarer Teil. Im Zentrum steht die Fähigkeit, frei und selbstbestimmt sein Leben gestalten zu können und sich nicht in sachlicher Abhängigkeit der eigenen Vermarktung und Vermachtung unterordnen zu müssen. Wie Bloch wußte: »Freiheit ist der Modus des menschlichen Verhaltens gegenüber objektiv-realer Möglichkeit. Nur derart hat ihr Wozu Spielraum, auf dem Weg in den Inhalt der Freiheit: das unentfremdete Humanum.«⁷⁷

Dieses Humanum verlangt eine solche bewußte und solidarische Gestaltung der Bedingungen freien Handelns, durch die die Bedingungen der Freiheit aus einem exklusiven Gut weniger zu einem öffentlich zugänglichen Gut aller werden. Der Bourgeois würde sich dann in ein freies Individuum, der Citoyen in den solidarischen Bürger wandeln. Die Güter, die Menschen brauchen, um selbstbestimmt in Würde zu leben, müssen aus der Kontrolle der Kapitaleigentümer und der staatlichen Bürokratien in die freie Zugänglichkeit durch jede und jeden übergehen. Aus den Gütern der Abhängigkeit müssen Freiheitsgüter werden. Für Bloch bedeutete dies die Verwandlung des Rechts auf freien Erwerb in die »Freiheit vom Erwerb«⁷⁸, Freiheit von einer Erwerbsgesellschaft, in der die Bedingungen des Erwerbs durch andere kontrolliert werden. Wie dies nachhaltig geschehen kann, ist auch heute noch unbeantwortet.

Im zweiten Entwurf des Code civil der Großen Französischen Revolution, entstanden im Jahre 1794, hieß es: »Drei Dinge sind notwendig und genügen dem Menschen in der Gesellschaft: Herr über seine Person zu sein, Güter zu besitzen, um seine Bedürfnisse erfüllen zu können, und in seinem Interesse über seine Person und seine Güter verfügen zu können. Alle zivilen Rechte lassen sich daher auf das Recht auf Freiheit, Eigentum und Vertragsfähigkeit zurückführen.«⁷⁹ Würde man diese Formulierung von seiner privatbürgerlichen Beschränktheit befreien, würde die solidarische Pflicht aller durchgesetzt, dazu beizutragen, daß jede und jeder über diese »Dinge« real verfügt, wären die notwendigen sozialen Bedingungen aufgezeigt, die

76 Peter Ruben: Wiewiel Gemeineigentum brauchen wir? Initial, 1990, Heft 2, S. 115-126.

77 Naturrecht und menschliche Würde, S. 186.

78 »Wird von den vier alten Grundrechten die propriete' auf einen neuen Sinn geordnet, das heißt, statt Freiheit des Erwerbs entsteht Freiheit vom Erwerb, dann leben liberté, sûreté rechtens erst auf; und résistance à l'oppression? Gerade in revolutionärer Frische und zwecks ihrer bleibt der 14. Juli auflebend, sein menschliches Gesicht, auch nach und ohne Bastille.« Ebenda, S. 81.

79 Zitiert in: Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution. Herausgegeben von François Furet und Mona Ozouf. Zweiter Band. Frankfurt am Main 1996, S. 726.

dafür notwendig sind, dann wäre das Programm der Verwandlung des »Bourgeois« in ein freies und solidarisches Individuum aufgezeigt.

In der ein Jahr vor dem zitierten Entwurf zum Code civil verabschiedeten, aber niemals in Kraft getretenen Verfassung der Jakobiner vom 24. Juni 1793 erklärten die »Citoyen« der französischen Revolution für das Volk: Dieses mache »folgende Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers bekannt: Artikel 1. Der Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine Wohlfahrt. Die Regierung ist eingesetzt, um dem Menschen den Gebrauch seiner natürlichen und unverjähbaren Rechte zu verbürgen. Art. 2. Diese Rechte sind Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigentum.«⁸⁰ Würde man diese Formulierung von seiner Einschränkung auf eine weitgehend privatbürgerliche Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigentum befreien, ergäbe sich aus diesen Grundsätzen der Auftrag, jene sozialen Bedingungen zu schaffen, die die freie und gleiche Entwicklung einer und eines jeden als Bedingung der solidarischen Entwicklung aller ermöglichen, dann wäre auch das Programm der Verwandlung des »Citoyen« in solidarisch verantwortliche Repräsentanten des Gesamtinteresses aller an der freien Entwicklung einer und eines jeden skizziert.

Mehr als zweihundert Jahre nach der Großen Französischen Revolution ist dieses Erbe aktuell, wenn es zugleich die Ergebnisse der großen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts in sich aufnimmt, wenn die Fortschritte an Emanzipation und solidarischer Gestaltung, die trotz allem erreicht wurden, nicht ausgeschlagen, sondern aufgenommen, bewahrt und ausgebaut werden, um die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts, die Krise der Erwerbsgesellschaft, die Krise der sozialen Integration, die Gefahren, die mit den neuen Möglichkeiten der Veränderung der genetischen Grundlagen unseres Daseins so zu bestehen, daß dies nicht mit Rückschritten, sondern mit Fortschritten in Richtung von Freiheit und Solidarität einhergeht.

Freiheit und Sozialismus, so abschließend meine These, muß heute anders als bei Bloch, nicht mehr als Verbindung von gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und Demokratie verstanden werden, sondern als historisches Projekt der Verwandlung jeder und jedes einzelnen in die selbstbestimmten Subjekte ihres eigenen Lebens und der sozialen und demokratischen Schaffung jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die sichern, daß dafür jeder und jedem nachhaltig die Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Dies wäre das Projekt der Transformation hin zu einer Gesellschaft individueller Eigentümer an den Bedingungen ihres individuellen Lebens und der bewußten solidarischen Regulation der dafür notwendigen sozialen Reproduktionsprozesse.⁸¹

Blochs Schriften sind wie Erzählungen auf langen Wegen, Erzählungen in einer Herberge auf dem Wege bei Wein und Blochs geliebter Pfeife. Und die Wege selbst und die Herberge wurden geschaffen durch diese Erzählungen. Wer Bloch folgt, bei seinen Erzählungen verweilt, mit ihm erschaut, was ohne ihn niemals gesehen worden wäre, wird ein anderer. Und die wichtigste Botschaft für jene, die die Welt zur Heimat bilden und dabei zu sich selbst finden wollen, bleibt, was der mehr als Achtzigjährige schrieb: »Derart hat auch das Leben genau soviel Sinn, wie er sich in Unzufriedenheit, Arbeit, Verwerfung des uns Inadäquaten, Ahnung des Angemessenen erst bildet; übersteigend, nicht verstiegen.«⁸²

80 Zit in: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799, Leipzig 1982, S. 435.

81 Vgl. dazu Dieter Klein, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS, in: Michael Brie: Freiheit und Sozialismus. die Programmatik der PDS in der Diskussion, in: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein, 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe, a. a. O., S. 66-112.

82 Ernst Bloch: Atheismus im Christentum, GA, S. 334.

JÜRGEN JAHN

Geraubte Jahre. Der Lebensweg des Bernhard Steinberger

Vorbemerkung

Bernhard Steinberger (geboren am 17. September 1917 in München, gestorben am 16. Dezember 1990 in Berlin) wurde in der Öffentlichkeit der DDR kurzzeitig bekannt als Mitangeklagter und -verurteilter im Harich-Prozeß (1957). Über sein Leben vor und nach der Verurteilung war wenig oder fast gar nichts bekannt; er selbst hat darüber nichts veröffentlicht. Sein Name taucht marginal in zwei Publikationen der 70er Jahre¹ auf, 1988 dann ausführlicher bei Hodos². Auch Wolfgang Harich hat sich in seinen Büchern nicht immer die Mühe exakter und stimmiger Angaben gemacht.³ Verlässliche Angaben enthält der Artikel von Wilfriede Otto⁴. Für meine biographische Skizze konnte ich die in der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verwahrten Akten einsehen. Frau Ibolya Steinberger und ihr Sohn Bernhard stellten mir freundlicherweise Familienpapiere zur Verfügung, für deren Benutzung ich ihnen Dank schulde.⁵

Bernhard Steinberger, stammt aus einem assimilierten jüdischen Elternhaus. Sein Vater, Dr. Max Steinberger, war Staatsanwalt am Landesgericht in München; er stirbt zwei Wochen nach der Geburt des Sohnes. Die Mutter heiratet nach dem Ersten Weltkrieg ein zweites Mal, läßt sich aber in den dreißiger Jahren scheiden. Der Sohn besucht die Volksschule (1924-1928) und das Neue Realgymnasium (1928-1934) und geht – nach halbjährigem Volontariat in einer Autoreparaturwerkstatt – im Ertelwerk München in die Lehre als Feinmechaniker. Der Lehrling denkt an ein Ingenieurstudium; er ist ein begeisterter und geschickter Modellflugzeugbauer und möchte am liebsten Luftfahrttechniker oder Flugzeugkonstrukteur werden. Ein solcher Berufswunsch ist in Hitler-Deutschland illusionär: Als das Werk, das geodätische Instrumente herstellt, in die Regie der Wehrmacht übergeht und die Belegschaft vereidigt wird, muß Steinberger als Jude den Betrieb verlassen; immerhin erhält er ein gutes Abschlußzeugnis.

So emigriert der Achtzehnjährige im Juli 1936 nach Mailand; die Mutter und die fünf Jahre jüngere Schwester folgen nach. Im November findet er eine illegale, schlecht bezahlte Anstellung als Zeichner, dann als Konstrukteur in einer Fabrik für Hausbaumaschinen; zum Oktober 1937 tritt er mit behördlicher Genehmigung eine Stellung als Konstrukteur in einer Firma für Straßenbaumaschinen und Traktoren an, was den Unterhalt der kleinen Familie sichert. Als jedoch am 1. September 1938 auch in Italien antisemitische Gesetze erlassen

Jürgen Jahn – Jg. 1931; Diplomgermanist Berlin.

1 Hans Teubner: Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945. Berlin 1975; Werner Mittenzwei: Exil in der Schweiz. Leipzig 1978 mangelhaft recherchiert: Mittenzwei unterscheidet einen angeblichen »Schriftsteller« Steinberger von Bernd (Bernhard) Steinberger; es handelt sich aber in beiden Fällen um dieselbe Person.

2 Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Frankfurt am Main/New York 1988. Die Daten zu den Steinbergers sind sämtlich entstellt, oft sogar diskriminierend; auch in der Lizenzausgabe des LinksDruckVerlages (Berlin 1990) nicht korrigiert.

werden, emigriert Steinberger in die Schweiz, die noch keinen Visumzwang eingeführt hat.

Am 2. September 1938 langt er in Zürich an, Mitte des Monats kommen Mutter und Schwester nach. Sie werden von der Jüdischen Flüchtlingshilfe unterstützt, als sogenannten »tolerierten Emigranten« ist ihnen aber die Arbeitsuche und -aufnahme untersagt.

Steinberger nutzt die Zeit, um sich weiterzubilden, hört und experimentiert 1938/39 zwei Semester am Photographischen Institut der Eidgenössischen Technischen Hochschule, nimmt 1939/40 an einem Metallarbeiterkurs der Stadt Zürich teil und ist häufiger Besucher der Zentralstelle für soziale Literatur (Sozialarchiv). Dort lernt er seine erste Frau kennen, eine Bibliothekarin, die der illegalen schweizerischen KP angehört. (Die Ehe scheitert allerdings bereits nach einem halben Jahr.) Hier liest er auch die Wochenzeitschrift *Aufbau* der schweizerischen Religiösen Sozialisten, bei denen er sich etwa ein Jahr engagiert. Ihr Leiter, der bekannte Theologe Professor Leonhard Ragaz, ein überzeugter Pazifist, setzt sich in der Öffentlichkeit energisch für die Belange der Emigranten ein.

Nach Kriegsausbruch treffen harte Zwangsmaßnahmen der Berner Bundesregierung die Emigranten: Sie werden in Arbeitslagern interniert, in denen in den ersten Jahren recht krude Verhältnisse herrschen. Steinberger wird im Juli 1940 in das Emigrantenlager Tamins (Graubünden) eingewiesen – es ist das erste von sechs, die er bis Kriegsende durchläuft. Zweimal erhält er eine Arbeitsbewilligung für insgesamt 20 Monate als Konstrukteur. In den Lagerjahren gewinnt er engen Kontakt zu deutschen Kommunisten und betätigt sich engagiert an diversen Aktivitäten der KPD: so bei Bemühungen, die Situation der Exilanten in den Lagern zu verbessern, bei der Gründung der sehr erfolgreichen Kulturgemeinschaft der Emigranten in Zürich e.V., bei der Organisation von Parteizellen und später von Gruppen der Bewegung Freies Deutschland in den Lagern. Für diese vielseitige politische und kulturelle Arbeit wird er auf der Zürcher Delegiertenkonferenz der KPD im Februar 1945 rückwirkend (seit 1940) in die Partei aufgenommen.

Im September 1945 wird Steinberger nach München repatriert und übernimmt im Auftrag der KP Bayern bald die Leitung des Wirtschaftsamtes B im Landkreis Wasserburg/Inn, später (Mai 1946) wird er Kreissekretär der KP Wasserburg/Inn und leitet außerdem die Abteilung Wirtschaft und Kommunales in der Landesleitung der KP Bayern. Im darauffolgenden Jahr delegiert ihn die Landesleitung zum Studium der Wirtschaftswissenschaften an die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät (GewiFak) der Universität Leipzig; er soll nach Studienabschluß im Vorstand der KPD als Wirtschaftsfachmann tätig werden.

Im Mai 1947 zieht Steinberger mit seiner zweiten Frau Ibolya (Heirat 1946) und seinem kleinen Sohn nach Leipzig. Er studiert bei Professor Fritz Behrens, der ihn schätzt und fördert. Über die Leipziger Jahre schrieb er später: »Meine Zeit in Leipzig ... war zweifellos die schönste meines Lebens, so schwer auch hier die materielle Lage (Ernährung und Heizung) war.«⁶ Er bereitet sich zügig auf das Staatsexamen vor und arbeitet bereits an der Dissertation, als beide, Mann und Frau, als unschuldige Opfer in den Sog der Noel-H.-Field/László-Rajk-Affäre geraten.

Bernhard Steinberger

3 Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993; Derselbe: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Hrsg. von Thomas Grimm, Berlin 1999.

4 Wilfriede Otto: Dornreicher Weg eines Antifaschisten, in: Berliner Zeitung vom 6. April 1990, S. 13.

5 Der Erstdruck der Skizze erschien im »Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung«, Berlin 2002; er wurde für die neuerliche Publikation leicht verändert und ergänzt.

6 Bernhard Steinberger: Rechenschaftslegung über meine geistige Entwicklung bis heute. 4.-9. 1. 1957, in: Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik/Zentralarchiv (BStU/ZA), MfS AU (Archivierter Untersuchungsvorgang) 89/57, BA (Beiakte) Bd. 5, S. 292 (Seitenangaben stets nach BStU-Zählung).

Ibolya trifft es zuerst. Sie war 1940 in die Schweiz gegangen, um sich den zunehmend faschistoider werdenden Verhältnissen ihrer Heimat zu entziehen, hatte in einem Mangelberuf, als Haus- und Kindermädchen, Unterkommen gefunden und war 1943 Mitglied der illegalen KPU geworden. Im Jahre 1949 wird sie (nach einem dreimonatigen Aufenthalt bei ihrer Mutter in Felsőána, die ihren knapp zweieinhalbjährigen Enkel erstmals sieht und ihn quasi als Vollwaise dann sechs Jahre lang betreut) am 28. Mai 1949 vor der Ausreise in Budapest verhaftet und der Spionage verdächtigt. Ein Artikel von Georg Markos, den für sein Institut zu besorgen ihr Mann sie telegrafisch gebeten hat («Über die Wirkung der verstaatlichten Industrie im ungarischen Dreijahresplan») und den sie in ihrem Ausweis mit sich führt, wird ihr zum Verhängnis: Sie sei Kurier ihres Mannes, der seinerseits im Dienste der Amerikaner (Noel H. Field) stehe. Wie sich später herausstellt, ist der Artikel öffentlich zugänglich und enthält kein geheimes Datenmaterial. Aber das Konstrukt einer Spionageverbindung Ungarn-SBZ-Schweiz paßt den ungarischen Vernehmern sehr gut ins vorgegebene politische Konzept. In einem »Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit«⁷ unterschreibt Frau Steinberger ein falsches Geständnis, das sie zwei Wochen später vor sowjetischen Sicherheitsoffizieren widerruft. Das hat keinerlei Folgen. Im Gegenteil: Ende Oktober präsentieren ihr die Ungarn drei falsche Zeugen, unter ihnen István Stolte, den der MWD⁸ aus Westdeutschland in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gelockt, verhaftet und dann nach Ungarn überstellt hat (der widerruft 1954 seine Falschaussage). Man preßt Ibolya Steinberger unter massiven Drohungen – »Ob sie Mann und Kind jemals lebend wiedersehen wolle?« – ein zweites falsches Geständnis ab, das sie in dem Bewußtsein unterschreibt, niemanden außer sich selbst zu belasten, und »interniert« sie im April 1950 »für kurze Zeit«.⁹ Tatsächlich verbringt sie in Kistarcsa 3 3/4 Jahre, davon über ein Jahr in Einzelhaft. Erst am 21. August 1953 wird ihr die – drei oder vier Zeilen umfassende – Anklageschrift verlesen. Die Beschuldigung lautet: Spionage für die Amerikaner. Acht Tage später wird sie zu 8 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der bereits verbüßten 4 1/4 Jahre Untersuchungshaft und Internierung verurteilt. Im Frauengefängnis Kalocsa verbringt sie ein weiteres Jahr. Bei Geheimverhören im Juli/August 1954 sagt man ihr, daß sie unschuldig sei und demnächst freikomme. Noch im August wird sie nach Budapest übergeführt, aber die Revision läßt auf sich warten: Erst Ende Oktober verlegt man sie ins Budapester Sammelgefängnis, wo sie »ohne Verhör ein halbes Jahr in Einzelhaft unter beispiellos unwürdigen Bedingungen« zubringt: »Keine Schreiberlaubnis, ungeheizte Zelle, erfrorene Hände und Füße, offene schwärende Wunden und ... überdies magenkrank.«¹⁰

Am 4. Mai 1955 wird Ibolya Steinberger per Amnestie (!) nach Felsőána zu ihrer Mutter und ihrem inzwischen 8 1/2 Jahre alten Sohn entlassen; ihr Gewicht beträgt 35 kg. Bis zum Jahresende 1955 erfährt sie von amtlichen ungarischen Stellen, daß eine Revision ihrer Verurteilung vorbereitet wird – aber bis zu ihrer Abreise nach Berlin (2./3. März 1956) tut sich nichts. Erst am 4. Oktober 1956 spricht das Oberste Gericht der Volksrepublik Ungarn sie per Beschluß Nr. B. Eln. Tan. 001353/1956/2 von der Anklage »wegen Fehlens eines

7 Ibolya Steinberger, Schreiben an die Zentrale Parteikontrollkommission der SED, 27. 6. 1956, S. 3.

8 Ministerstwo Wnutrennich Djel (Innenministerium der Sowjetunion; 1946-1954 war ihm der Staatssicherheitsdienst unterstellt).

9 Ibolya Steinberger, Schreiben an die ZPKK der SED, 27. 6. 1956, S. 5.

10 Ebenda, S. 8.

Straftatbestandes« (»wegen Mangels an Delikt«) frei und rehabilitiert sie. Der schriftliche Beschluß wird ihr aber erst 1960 in der Botschaft der Ungarischen Volksrepublik in Berlin unterderhand ausgehändigt.

Ihr Mann wird wenige Tage nach ihr am 9. Juni 1949 von MWD-Leuten in Leipzig verhaftet und noch in der Nacht nach Berlin-Hohenschönhausen in die zentrale sowjetische U-Haftanstalt (das sogenannte U-Boot) gebracht. Über die Behandlung, die er dort erfährt, schrieb er im April 1989: »Nach meiner Einlieferung ... wurde ich ohne Pause verhört: ich solle meine Verbrechen gestehen, meine Frau habe schon gestanden. Ich wurde körperlich mißhandelt, einige Male geschlagen und getreten, aber selten und immer unterhalb der Widerstandsschwelle. Wesentlich schwerer wegen Schlafmangel und das Gezwungensein, Schreie Geschlagener in Nebenräumen mit anhören zu müssen.«¹¹

11 Bernhard Steinberger an den Verlag der Neuen Zürcher Zeitung, 19. 4. 1989, S. 3. In diesem Brief weist Steinberger auf die vielen falschen und verfälschenden Angaben bei Hodos hin.

Steinberger lernt begreifen, daß seine Verhaftung kein Versehen, kein Irrtum untergeordneter Chargen ist, sondern eiskalt berechnetes und geplantes Teilstück einer politischen Prozeßmaschinerie, die in den Volksdemokratien Dutzende von Leben kosten sollte. Die Anklageschrift von einer knappen halben Seite beschuldigt ihn, »Spionage und Sabotage zugunsten einer imperialistischen Macht, gerichtet gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Sowjetische Besatzungszone«, begangen zu haben. Der ebenso groteske wie absurde Vorwurf wird konstruiert aus der Bekanntschaft Steinbergers mit der ungarischen KP-Gruppe in Zürich (so mit Tibor Szönyi, für den Steinberger noch eine Ehrenerklärung abgibt, als dieser zusammen mit László Rajk in Budapest schon längst verurteilt und erhängt worden ist) und aus seinen Kontakten zum Unitarian Service Committee (Leiter: Noel H. Field¹²). Das USC hatte Steinberger die Übernahme der Kosten eines Ingenieurstudiums zugesichert, aber die Berner Regierung bewilligte es nicht, so daß sich die Unterstützung durch das USC auf drei bescheidene Zuschüsse beschränkte (für die Reise nach Bern 1943, für den Besuch eines Nachkriegskurses für ausländische Akademiker im Frühjahr 1945 und für die Ausreise nach Deutschland). Das USC aber wird von den Sowjets ohne die Spur eines Beweises als getarnte amerikanische Spionagezentrale verdächtigt, und damit ist der Angeklagte für die Untersuchungsführer überführt. So sehr sich Steinberger bemüht, durch genaue Darstellung seines Lebenslaufs und seiner Schweizer Kontakte die Anschuldigungen zu widerlegen, so wenig er je ein Geständnis ablegt – den schlimmen Gang der Dinge kann er nicht aufhalten. Im November 1950 – nach anderthalb Jahren U-Haft – wird er aus der Zelle geholt, und ein sowjetischer Offizier teilt ihm mit, daß das Ferntribunal Moskau auf 15 Jahre Arbeitslager erkannt habe – es ist ein Administrativbescheid wie viele: ohne Gerichtsverfahren, ohne Zeugen, ohne Beweise, ohne Verteidiger.

12 Field war nie ein amerikanischer Agent; er war als Informant für die SU tätig. Vgl. dazu: Bernd-Rainer Barth: Die Lebensbeichte eines Quäker-Kommunisten. Der Brief des geheimen Gefangenen Noel H. Field aus dem Staatssicherheitsgefängnis in Budapest an das Zentralkomitee der KPdSU vom März 1954, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, S. 199-285.

Während Frau Steinberger im »Internierungslager« Kistarcsa vergeblich auf eine Entscheidung wartet, tritt ihr Mann am 25. Dezember 1950 von Berlin aus die Fahrt in die SU an; der Transport trifft am 1. Februar 1951 in Workuta, ASSR¹³ der Komi, ein. Steinberger wird dem Lager 9, Schacht Nr. 8, für die Arbeit über Tage zugeteilt. »Entkräftung infolge Zellenhaft und Sprachunkennntnis ließen mich die erste Zeit nur unter Aufbietung aller Kräfte ertragen, dies um so mehr,

13 ASSR = Autonome Sozialistische Sowjetrepublik.

als die objektiven Verhältnisse im Lager damals noch wenig gut waren. Seelisch kam der ideologische und rassische Gegensatz (meine jüdische Herkunft) hinzu, ein Gegensatz, der allmählich an Schärfe verlor, ohne je zu verschwinden. Ich akklimatisierte mich, begann Russisch zu verstehen und lernte die physische Arbeit meistern. Mit Ausnahme des letzten halben Jahres (infolge Unfalls) habe ich immer schwerere körperliche Arbeiten bei jedem Wetter verrichtet und bin durch sie physisch und moralisch intakt geblieben.«¹⁴

Im Lager gewinnt Steinberger ein realistisches Bild vom inneren Zustand der Sowjetgesellschaft unter Stalin; um so mehr Hoffnung setzt er nach Stalins Tod auf eine grundlegende Erneuerung aller Lebensbereiche unter Chruschtschow, Bulganin und Malenkow. Am 1. April 1954 richtet er ein Gesuch um Neuaufnahme seines Verfahrens an das ZK der KPdSU, es wird von der Lagerleitung unterschlagen. Im Mai 1955 schreibt er eine Beschwerde an Nikita S. Chruschtschow persönlich und an die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der KPdSU. Noch ehe die von dort beauftragte Militärstaatsanwaltschaft ihre Tätigkeit aufnimmt, wird er Ende September 1955 im Gefolge der Adenauer-Initiative als »amnestierter Kriegsverbrecher« (!) entlassen und trifft am 10. Oktober in Fürstenwalde ein.

Bereits am 31. Oktober beantragt er bei der ZPKK der SED die vollständige Rehabilitierung, erreicht aber zunächst nur die berufliche Absicherung. Sein Antrag auf Aufnahme in die planmäßige Aspirantur beim Staatssekretär für das Hochschulwesen Gerhard Harig wird unterstützt, und mit Wirkung vom 1. April 1956 ist er Aspirant am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Sein Betreuer: Professor Fritz Behrens, stellvertretender Direktor des Instituts; sein Thema: »Planung und Arbeitsproduktivität« – ein zentraler, politökonomisch höchst brisanter (und bis zum Ende der DDR unbewältigter) Forschungsgegenstand.

Steinberger stürzt sich in die Arbeit, betreibt Fallstudien in volkseigenen Betrieben und entdeckt dabei gravierende Mißstände in der Produktionssphäre wie im Exporthandel. Die politische Rehabilitierung indes zieht sich hin, man begegnet dem Ehepaar mit kränkender Zurückhaltung, und erst am 14. Juli 1956 bestätigt ein Beschluß der ZPKK die Mitgliedschaft der Eheleute seit 1945, was sie als Demütigung empfinden. Noch am 7. Oktober protestieren sie bei der ZPKK gegen diese Festlegung; aber wenige Monate später werden beide aus der SED ausgeschlossen.

Am 29. November 1956, ein reichliches Jahr nach seiner Rückkehr, wird Steinberger als Angehöriger der sogenannten Harich-Gruppe (Wolfgang Harich, Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger und Irene Giersch) von der Staatssicherheit verhaftet und zum zweiten Mal in die U-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert. Das »Einverständnis« dazu hatte das SED-Politbüro bereits am 27. November erteilt.

Harichs gefährlich dilettantische Aktivitäten sind schon länger von der Staatssicherheit observiert worden, spätestens seit seinem Vortrag beim sowjetischen Botschafter Puschkin (24. 10.). Auch Steinberger geriet dabei ins Blickfeld. Ein Auskunftsbericht der Hauptabteilung (HA) V¹⁵ über ihn vom 28. November enthält Berichte eines Geheimen Informators (GI) »Walter« (vermutlich ein Teilnehmer des Aspi-

14 Bernhard Steinberger, Darstellung meines Falles. 31. 10. 1955, S. 8.

15 Die HA V (1964 in HA XX umbenannt) war zuständig für die Bereiche Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund.

rantenseminars) vom 31. Oktober und 16. November, aber auch den Hinweis, daß ihn die »Gruppe Harich« (d. h. also Hertwig und Harich) für geeignet halte, »das wirtschaftswissenschaftliche Programm auszuarbeiten«. Auch das Telefonat Steinbergers mit seiner Frau aus Harichs Wohnung (am 22. 11.), in dem er sie bittet, »an einer Besprechung teilzunehmen«, ist dokumentiert (Abhörmaßnahme der Abteilung »O«).¹⁶

16 HA V, Auskunftsbericht über Steinberger, Bernhard, 28. 11. 1956, in: BStU/ZA, MfS AU 89/57, BA Bd. 5, S. 2-3.

Steinberger ist Harich vor der Verhaftung nur zweimal begegnet. Hertwig, Redaktionssekretär der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*, hatte Harich auf den Politökonom aufmerksam gemacht und ihn zum 22. November zu Harich eingeladen. Im Verlauf des Nachmittags und Abends entwickelt Harich den beiden das Konzept seines politischen Reformprogramms und spricht auch über Varianten, es in die Öffentlichkeit zu bringen, falls das ZK (als erster Adressat) es ablehne, zu ihm Stellung zu nehmen. Steinberger erklärt sich auf Bitte Harichs bereit, den Entwurf des Grundsatzprogramms, den Harich in den nächsten Tagen fertigstellen wollte, »kritisch durcharbeiten und speziell den wirtschaftlichen Teil, soweit erforderlich, auszuarbeiten«, und besteht an diesem Abend auf Geheimhaltung gegenüber Dritten, besonders auch am Telefon, da Harich (mit Recht) vermutete, sein Telefon werde abgehört. Das Dringen auf Konspiration hat Steinberger im Prozeß schwer belastet.

Am 25. November kommt Harich in die Wohnung Steinbergers und übergibt ihm den Entwurf des Reformprogramms zur kritischen Überarbeitung. Tatsächlich hat Steinberger den Entwurf *nicht* überarbeitet und in den Tagen bis zur Verhaftung möglicherweise nicht einmal gelesen, da er auf eine Dienstreise nach Leipzig ging. Er war, beeinflusst durch seinen Freund Richard Wolf, auch schwankend geworden, ob er sich an Harichs »Abenteurerei« (so Wolf) überhaupt beteiligen solle. Für den Prozeß und das Urteil hat das alles keine Bedeutung: Er wird am 9. März 1957 vom Obersten Gericht der DDR nach Artikel 6 der Verfassung wegen »Boykotthetze« zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Dem Prozeß gehen zwischen dem 29. November 1956 und dem 14. Februar 1957 41 protokollierte Vernehmungen voraus (die erste dauert in der Nacht der Verhaftung von 20.30 bis 4.00 Uhr morgens); außerdem muß Steinberger nicht nur wie Hertwig einen Lebenslauf verfassen (1. 1. 1957), sondern auch eine »Rechenschaftslegung über meine geistige Entwicklung bis heute« (4.-9. 1. 1957); sie umfaßt 43 anderthalbzeilig geschriebene Maschinenseiten. Der psychische Druck, unter dem er die ganze Zeit steht, bewirkt, daß auch er die verlangte »Reue« zeigt – sie gehört seit Bucharin zum Ritual der Terrorprozesse –, aber sie bleibt ambivalent:

»Ich bin mir darüber im klaren, daß mich die Verhaftung davor bewahrt hat, durch politische Aktionen gegen die DDR zu handeln. Es steht fest, daß ich – auch wenn ich mit Harich gebrochen hätte, was eben nicht feststand – meine oppositionelle Haltung deshalb nicht aufgegeben hätte.«¹⁷ Diese Aussage kann man auch *gegen* den Strich lesen, und dann besagt sie: Ich habe nicht gegen die DDR gehandelt, und ich kann meine kritische Haltung gegenüber Partei und Staat nicht aufgeben.

Diese Ambivalenz hat Steinbergers weiteres Leben bestimmt: Er blieb der Sache des Sozialismus verbunden, auch wenn seine kritische

17 Bernhard Steinberger: Rechenschaftslegung..., a. a. O., S. 324.

Haltung gegenüber dem »realen Sozialismus« sich in späteren Jahren immer stärker ausprägte, bis er begriff, daß eine Partei, die einen Reformen als Revisionisten verketzerte, nichts von ihm wissen wollte.

In der Vernehmung vom 8. Dezember 1956 und in der ihm abgezwungenen »Rechenschaftslegung...« legt Steinberger im übrigen auch seine Grundgedanken zur Reform der Planwirtschaft dar: Mit der Kritik am bürokratisch-administrativen Planungssystem, dem Konzept einer Selbstverwaltung der Betriebe und der Orientierung auf das Wertgesetz stimmen sie weitgehend mit den Theorien seines Chefs Fritz Behrens überein, der 1957 ihretwegen als »wirtschaftstheoretischer Revisionist« gemäßregelt und aller Ämter enthoben wird. Man könnte meinen, daß mit der Verurteilung des Schülers auch der Lehrer getroffen werden sollte.

Steinberger wird in das Strafarbeitslager Berlin-Hohenschönhausen übergeführt (4. 4. 1957). Sein Strafvollzugs-Überwachungsheft enthält die Verfügung des Staatsanwalts Jahnke vom gleichen Tage: »Strafe muß verbüßt werden.«¹⁸ Eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung nach zwei Jahren, wie sonst bei Politischen üblich, wird also von vornherein ausgeschlossen. Während Steinbergers Haftjahren muß Ibolya Steinberger sich und den Sohn allein durchbringen. Von der Haftzeit noch entkräftet, erleidet sie bei der Arbeit in der Produktion (im Elektro-Apparate-Werk Friedrich Ebert in Berlin-Treptow) einen physischen Zusammenbruch; gegen großen Widerstand der ZPKK findet sie später eine leichtere Arbeitsstelle im medizinischen Bereich.

Steinberger erhält jedoch bald die Genehmigung zu wissenschaftlicher Tätigkeit und arbeitet Lektionen und Studien zur politischen Ökonomie für die Abteilung Wissenschaften beim ZK und für das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin aus. Er möchte auch sein Forschungs- und Dissertationsthema weiter bearbeiten und beantragt deshalb einen wissenschaftlichen Konsultanten (Erich Mielke handschriftlich am 4. 7. 1957: »einverstanden«¹⁹). Der Betreuer, Dr. Herbert Neumann aus der Abteilung Wissenschaften, lenkt Steinberger auf ein strikt theoretisches Thema (»Wachstumsgesetze der sozialistischen erweiterten Reproduktion«), das keinen Kontakt mit Betrieben erfordert.

Diese Sonderbedingungen erhält Steinberger nicht umsonst: Er wird von Dezember 1957 bis Oktober 1960 als Kammeragent (KA) tätig, d. h., er verfaßt als Kontaktperson unter seinem Namen insgesamt 24 Berichte für die Anstaltsleitung, in denen er vorwiegend über Diskussionen, Streitigkeiten und Unzufriedenheiten unter den Mithäftlingen informiert; er entwickelt auch gerechtere Arbeitsnormen für die Lagerinsassen. Damit gibt sich die Staatssicherheit aber nicht zufrieden. Die HA I/7/II (Spionageabwehr in der NVA) gewinnt ihn für eine spezielle Aktion: Er soll einen bereits als Spion verurteilten NVA-Offizier »aufklären« und »entlarven« helfen. Steinberger gibt am 3. Januar 1958 eine Verpflichtungserklärung²⁰ ab und wählt den Decknamen *Fritz Schwarz*. Aber bereits am 14. Januar teilt er dem Führungsoffizier (FO) mit, daß er nicht bereit sei, die »Rolle eines Achtgrotschenjungen zu spielen«²¹ und seine (sozialistische) Überzeugung zu verleugnen. Trotzdem wird er noch am 1. April zum Geheimen Informator (GI) umregistriert. Da er aber die »gestellten Forde-

18 Verfügung des Staatsanwalts Jahnke, 4. 4. 1957, in: BStU/ZA MfS AU 89/57, HA/GA (Handakte/Gerichtsakte) Bd. 10 (Strafvollzugs-Überwachungsheft), S. 1.

19 HA V/6 an HA IX, 4.6.1957, in: BStU/ZA, MfS AU 89/57, BA Bd. 5, S. 488.

20 BStU/ZA, MfS AIM (Archivierter inoffizieller Mitarbeiter) 1172/65 Teil I (Personalakte), Bd. 1, S. 14.

21 HA I/7/II, Bericht vom 15. 1. 1958, in: MfS AIM 1172/65 Teil I, Bd. 1, S. 24.

22 HA I/7/II, Abschlußbericht vom 23.7.1958, in: MfS AIM 1172/65 Teil I, Bd. 1, S. 29 und 30.

23 Bernhard Steinberger, Verpflichtung zum Gnadenerlaß, 26.11.1960, in: BStU/ZA MfS AU 89/57, HA/GA Bd. 10, S. 22.

24 BStU/ZA, MfS AIM 1172/65, Teil I, Bd. 1, S. 166.

25 HA V/2/II, Treffbericht vom 2. 11. 1960, in: BStU/ZA, MfS AIM 1172/65, Teil II (Arbeits- und Berichtsakte), Bd. 1, S. 79.

rungen« nicht erfüllt, beschließt die Hauptabteilung I am 23. Juli 1958 das »Abbrechen der Verbindung«.²²

Am 26. November 1960, *zwei Tage vor Haftende*, wird Steinberger per Gnadenerweis des Staatsrates der DDR aus der Haft entlassen. Für diese besondere »Gnade« muß er die übliche vorgedruckte »Verpflichtung« unterschreiben: »Ich werde mich des Gnadenerweises des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik durch ehrliche Arbeit würdig erweisen und verpflichte mich, die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik einzuhalten.«²³ Vier Wochen zuvor, am 24. Oktober 1960, gibt Steinberger eine zweite Verpflichtungserklärung ab: »Es erscheint mir als staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, und dies um so mehr, als ich mich gegen den Staat vergangen habe und dies, solange ich leben werde, bereuen werde. Die mit dieser Tätigkeit verbundene Pflicht, über alles und gegen Jedermann zu schweigen, werde ich unverbrüchlich wahren. Ich wähle den Decknamen *Fritz*. Bernhard Steinberger«²⁴

Der Werbung gehen vier lange Gespräche voraus, in denen der künftige FO, ein Leutnant Enderlein von der HA V/2/II, den GI informiert, er müsse nach seiner Entlassung damit rechnen, daß ihn Vertreter des Hamburger oppositionellen Zentrums »Der dritte Weg« aufsuchen, um ihn zur Mitarbeit zu gewinnen oder zur Republikflucht zu bewegen. Solche Annäherungen habe er zu melden. (Um sicherzugehen, läßt die Staatssicherheit im Januar/Februar 1961 Steinbergers Telefon abhören.) Aber die erwarteten direkten Kontakte, etwa von Manfred Hertwig, bleiben aus, und Steinberger weist in der Folgezeit nur unverfängliche private Grußpost von Hertwig vor. Im Jahre 1965 berichtet er zweimal über politische Gespräche mit einem Hamburger Journalisten, der Grüße von Hertwig bestellt. Im übrigen verhält er sich gegenüber dem Interesse des MfS an Personen sehr zurückhaltend: Er betont in zahlreichen Treffs immer wieder, daß er seine Überzeugungen weder verraten wolle noch könne (damit macht er sich für *operative Aufgaben* von vornherein un verwendbar) und daß er keine Charakteristiken über Personen abgebe, die er von früher kenne, weil er sie womöglich »in ein falsches Licht« setze, da sie ja »inzwischen ihre Meinung geändert haben könnten«.²⁵ Oder er gibt an, daß er selbst zu viele ideologische Unklarheiten habe, um über die anderer zu berichten.

Wenn Steinberger sich – in Ausnahmefällen – zu Personen seines Umfeldes äußert, dann nicht negativ oder gar denunziatorisch. So stellt er (1960) dem ihm gut bekannten (von der SED gemaßregelten und abgesetzten) Werkleiter des VEB Motorenwerk Zschopau ein hervorragendes charakterliches, berufliches und politisches Zeugnis aus; 1961 nimmt er den Kaderleiter der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst vor ungerechtfertigten Vorwürfen seiner Zentralen Parteiorganisation in Schutz. Im übrigen benutzt Steinberger die Treffs mit dem FO mehr und mehr dazu, persönliche Probleme zu diskutieren und in größter Offenheit über politische und ideologische Fragen zu sprechen, die ihn beschäftigen und beunruhigen. Natürlich kann ihm der FO keine überzeugenden Antworten geben. Das führt dazu, daß Steinberger in dessen routinemäßig angefertigten Auskunftsberichten und Einschätzungen sowie in den Berichten anderer

GI als hartnäckiger und unverbesserlicher »Revisionist« und Abwechler erscheint, der es freilich nach seinen harten Erfahrungen vermeiden werde, über eine oppositionelle Grundhaltung hinauszugehen.

Da der Einsatz in Richtung »Dritter Weg« keine Ergebnisse zeitigt, wird der GI »Fritz« vermutlich 1963 an die Abteilung XX/6 der Bezirksverwaltung (BV) Groß-Berlin (damals noch innerhalb des MfS) überstellt, als Sicherungs-GI an der Hochschule für Ökonomie. Auch hier funktioniert er nicht, da er personenbezogene Aufträge ablehnt. Am 3. April 1964 attestiert ihm der FO: »Der GI vertritt in vielen Positionen die Plattform von Havemann. In seiner Ideologie nähert er sich immer mehr dem Klassengegner. Er erkennt viele Dinge nicht. ... Mit dem GI müssen ständig ideologische Auseinandersetzungen geführt werden.«²⁶ Seit 1967 besteht nur noch ein »loser Kontakt«; er dient dazu, zu erfahren, wie Steinberger über bestimmte politische Ereignisse denkt. So erfährt das MfS 1968 auch seine ablehnende Haltung zur Invasion des Warschauer Paktes in der ČSSR. Am 17. Februar 1969 verfügt die Abteilung XX die Einstellung und Archivierung des IM-Vorganges.

Nach der Entlassung aus der Haft ist St. interimistisch im VEB Elektro-Mechanik Berlin als TAN-Bearbeiter²⁷, bald als TAN-Gruppenleiter tätig, bis über seine Berufswünsche entschieden worden ist.

Seine Arbeit über »Wachstumsgesetze der sozialistischen erweiterten Reproduktion« wird von dem Konsultanten wie vom Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen als Nachweis der Eignung für wissenschaftliche Arbeit anerkannt; ihm wird geraten, sich an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst zu bewerben. Mit Zustimmung der ZK-Abteilung Wissenschaften und des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen wird er zum 16. Juni 1961 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Volkswirtschaftsplanung eingestellt. Einer beruflichen Normalität steht allerdings das Urteil vom 9. März 1957 im Wege, nach dem Steinberger »weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellungen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein« darf. Daher bittet er am 2. September 1961 die Generalstaatsanwaltschaft der DDR um den »Erlaß der Sühnmaßnahmen«, den ihm die Gnadenkommission von Groß-Berlin am 13. September gewährt, das aktive und passive Wahlrecht eingeschlossen.

Zwei Jahre später, am 20. Januar 1963, wendet sich Steinberger an die Generalstaatsanwaltschaft mit der Bitte um Straftilgung. In einer ausführlichen Begründung geht er auch darauf ein, daß er im *Neuen Deutschland* am 1. Dezember 1957 öffentlich verleumdet worden ist (er sei wegen Vergehens gegen den Frieden bereits vorbestraft) – eine Demütigung, die er wohl nie verwunden hat. Erst am 16. Mai teilt ihm die Oberste Staatsanwaltschaft mit, daß die Verurteilung »am 9. Mai 1963 im Strafregister getilgt worden ist« – aber dazu muß erst die Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) des MfS ihr Einverständnis erteilen, und Mielke zeichnet deren Stellungnahme vom 2. Februar 1963 mit seinem »einverstanden« am 4. Februar persönlich ab.²⁸

Am gleichen Tag, an dem Steinberger um Straftilgung ersucht, richtet er ein Gesuch an den Staatsrat der DDR um »Wiedergutmachung wegen 6 1/3 Jahren unschuldig verbüßter Haft und Verlust sämtlicher Habe in Zusammenhang mit der Affäre Rajk in der VR Ungarn 1949«.

26 Abt. XX/6, Treffbericht vom 3. 4. 1964, in: BStU/ZA, MfS AIM 1172/65, Teil II, Bd. 2, S. 33.

27 TAN = Technisch begründete Arbeitsnorm.

28 BStU/ZA, MfS AU 523/90 (Effekten), S. 66 und 65.

29 HA V/2, Treffbericht vom 21. 7. 1961, in: BStU/ZA, MfS AIM 1172/65 Teil II, Bd. 1, S. 236.

Im März 1958 hatte Frau Steinberger über ihren Rechtsanwalt den Bescheid der Stadt Leipzig erhalten, daß die der Familie per Leihvertrag überlassenen Möbel zurückgenommen worden seien, über den Verbleib weiterer Gegenstände jedoch »nichts festzustellen« sei. Mit anderen Worten: Hausrat, Bücher, Kleidung, alle persönlichen Dokumente sind unauffindbar – als hätte es die Familie Steinberger in Leipzig nie gegeben. Das Gesuch reicht Steinberger ein, obwohl ihm der FO davon abrät: er habe jeden Anspruch auf Rehabilitation und Wiedergutmachung für die 1949-1955 unschuldig erlittene Haft durch seine »feindlichen Handlungen gegen die DDR«²⁹ verwirkt.

Als ihn am 18. April 1963 die Mitteilung des Staatssekretariats erreicht, daß es mit seinem »Einsatz in der Lehrtätigkeit einverstanden« ist, zieht Steinberger – nach einer Debatte in der Hochschule – am 24. April den Antrag definitiv zurück: »Ich will nicht verhehlen, daß mir der Entschluß, den Schlußstrich unter die Geschehnisse 1949-1955 auf diese Weise zu ziehen, schwer gefallen ist. Das Verlangen, mit der Partei, der ich mich zugehörig fühle, in Übereinstimmung zu stehen, gab jedoch den Ausschlag.« Eine solche Übereinstimmung erweist sich als doppelte Illusion: Steinbergers kritische Vorbehalte gegenüber der Parteiführung unter Ulbricht und Honecker erhalten in den Folgejahren grundsätzlichen Charakter; zum anderen läßt ihn die ZPKK Ende der 60er Jahre wissen, daß sein Ausschluß endgültig ist.

Weitere Demütigungen bleiben nicht aus: Steinberger stellt 1963 den ersten Antrag auf Wiederanerkennung als Verfolgter des Naziregimes, aber erst im Dezember 1967 wird sie ihm gewährt. Im Februar 1964 muß er eine Forschungsarbeit für die Staatliche Plankommission abbrechen; nach einer Beschwerde beim Staatsrat der DDR wird ihm ersatzweise eine zweijährige Vertragsforschung für das Ökonomische Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission zugewiesen: »Volkswirtschaftliche Bilanzierung und langfristige Planung der Arbeitskräfte«. Daraus entsteht zunächst ein Studienmaterial für das Fernstudium (1966), später gemeinsam mit Rolf Naumann die Dissertation »Grundlagen der prognostischen und perspektivischen zentralen Arbeitskräfte- und Bildungsplanung«, mit der er am 19. September 1967 summa cum laude zum Dr. rer. oec. promoviert, mit fünfzig Jahren. Unter dem Titel »Arbeitskräfte- und Bildungsplanung« erscheint die überarbeitete Gemeinschaftsarbeit 1969 im Verlag Die Wirtschaft.

Zum 1. Juni 1970 zum Hochschuldozenten für Sozialistische Volkswirtschaft berufen, konzentriert sich Steinberger in den Jahren bis zur Rente (1977) ganz auf die Lehrtätigkeit; dem Thema einer geplanten Habilitation (1974) wird nicht zugestimmt. In der Zeit der politischen Wende unterstützt er als Berater das Neue Forum Berlin.

Am 15. Januar 1990 beantragt er beim Obersten Gericht der DDR die »Revision der Urteile gegen Harich, Steinberger und Hertwig« und faßt noch einmal seine Reformvorstellungen des Jahres 1956 zusammen, deren Ziel eine entstalinisierte sozialistische Partei und ein demokratischer Staat waren.³⁰

Das Oberste Gericht der DDR kassiert am 28. März 1990 das Urteil von 1957. An der Kassationsverhandlung kann Steinberger, schwer erkrankt, nicht mehr teilnehmen. Die späte Wiedergutmachung ändert freilich nichts an den Verletzungen und Leiden, die Bernhard und Ibolya Steinberger im Laufe ihres Lebens erdulden mußten.

30 »Ablösung derjenigen Mitglieder der Parteiführungen und des Staatsapparates, die für die Übertragung des Stalinkurses auf die DDR hauptverantwortlich waren; Herstellung der innerparteilichen Demokratie; Umwandlung der Volkskammer in ein demokratisches Parlament; Wiederherstellung der Rechtssicherheit; Demokratisierung des kulturellen Lebens; Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung, Auflösung überflüssiger Ministerien, Übergang zu einer allgemeinen Perspektivplanung; Neuorientierung der Mittelstandspolitik; Einstellung jeder Zwangskollektivierung.« (B. Steinberger)

WOLFRAM ADOLPHI

Verweigertes Gedenken

Am 1. Februar 1991 liegt bei Hans Voelkner in Berlin-Pankow ein »Offener Brief« im Briefkasten. Geschrieben ist er am 21. Januar, Absender ist der Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e.V., und sein Inhalt ist dergestalt, daß er verdient, im vollständigen Wortlaut festgehalten zu werden:

»Hans Voelkner, wie wir einer Zeitungsveröffentlichung entnehmen mußten, hast Du Dich mit der Herausgabe einer Zusammenstellung politischer Häftlingsschicksale an die Öffentlichkeit gedrängt. Daß die tragischen Schicksale ehemaliger Regimegegner und politischer Häftlinge nun ausgerechnet von einem ehemaligen Kommunisten und hauptamtlichen Stasi-Agenten vermarktet werden, finden wir empörend und unerträglich. Wir warnen Dich, aus den Schicksalen unserer Freunde Profit zu schlagen und werden nicht scheuen, mit gezielten Aktionen die Verbreitung Deiner Publikation zu verhindern. Zur Mindestforderung an Dich erheben wir, den Erlös Deiner Veröffentlichung einem Fonds zur Unterstützung unserer hilfsbedürftigen Gefährten zu(r) Verfügung zu stellen.« Die Unterschriftenleiste lautet: »Für den Vorstand: Heinz Gerull, Hermann Kreutzer, Peter Bordihn als Vertreter von 400 ehemaligen politischen Häftlingen aus der ehem. DDR«.

Ein grober Brief. Ohne Anrede, ohne Gruß, voller Drohungen – ganz so, wie man ihn schlimmen Feinden zugedenkt. Ein »Offener Brief« zudem – und in diesem Duktus also ganz bewußt auf Bloßstellung und Verunglimpfung zielend.

Aber es ist ein Bruch in diesem Text, der aufmerken läßt: das vertrauliche Du. Sie müssen sich gekannt haben, die Unterzeichner und der von ihnen Gemeinte, oder einer Gemeinschaft zugehörig gewesen sein, in der dieses Du üblich ist. Bloß: Warum fehlt im Brief ein diesbezüglicher Hinweis? Was ist da nicht gesagt, was doch – wenn mit dem Offenen des Briefes wirklich Aufklärung der Öffentlichkeit bezweckt gewesen wäre und nicht nur Drohung – unbedingt hätte gesagt werden müssen?

Wer Antwort auf diese Frage in öffentlich zugänglichen Quellen finden wollte zu jener Zeit, mußte sich in eine Buchreihe begeben, in der er es vielleicht am wenigsten erwartete – auch wenn mit ihr in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten schon für manche Überraschung gesorgt worden war: in die Autobiographienreihe des Militärverlages der DDR. Sie war 1989 um das Buch »Salto mortale« bereichert worden. Sein Verfasser war niemand anderes als der im »Offenen Brief« attackierte Hans Voelkner.

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler; Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«; in der Zeitschrift Veröffentlichungen vorwiegend zur Geschichte und Gegenwart der internationalen Beziehungen und zur Entwicklung der PDS; zuletzt »Kriegsdiktatur« (Heft 151, Mai 2003).

Die im Text genannten Bücher sind: Hans Voelkner: Salto mortale. Vom Rampenlicht zur unsichtbaren Front, Militärverlag der DDR, Berlin 1989; Hans und Rosemarie Voelkner (Hrsg.): Unschuldige in Stalins Hand. Briefe – Berichte – Notizen, Brandenburgisches Verlagshaus, Berlin 1990, 202 S. – Die im Text zitierten Briefe gehören zum Nachlaß Hans Voelkners, der in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, bewahrt wird.

Durch Evakuierungsmaßnahmen waren wir in Pommern untergebracht. Die kämpfende Truppe verjagte uns in den Wald. Am 2. März kam der Vorschub der kämpfenden sowjetischen Truppen in den Ort und nahm uns sowie etliche Menschen gefangen. Abtransportiert in Güterzügen, fuhren wir nach den Lagern in den Ural. Nun folgte das Übliche, Krankheit, Hunger, Schwäche – und die einigermaßen arbeitsfähig waren, mußten schwerste Arbeiten leisten. Unsere Gefangenschaft war also vom März 1945 bis Oktober 1949. Ein Entlassungsschein liegt vor. Diesen Bericht habe ich nur kurz gefaßt. Ich bitte um Benachrichtigung, für uns ist es kaum faßbar, daß die Tragik in unserem Leben mit vielen Folgeerscheinungen von Menschen erkannt wurde. Mit Dank und Gruß, Erika B., Hildegard Sch. – In: Unschuldig in Stalins Hand, S. 12-13.

Der Untertitel »Vom Rampenlicht zur unsichtbaren Front« ließ keinen Zweifel daran, daß dieser Band in die Sparte »Kundschaftererinnerungen« gehörte. Dort waren zum Beispiel 1974 unter dem Titel »Dora meldet ...« die Aufzeichnungen des Ungarn Sándor Radó über die Arbeit der von ihm im Zweiten Weltkrieg geleiteten sowjetischen Aufklärergruppe in der Schweiz veröffentlicht worden – ein Buch, das bis 1980 eine Auflage von 90 000 Exemplaren erreichte. 1976 erschienen unter dem Titel »Kämpfer der lautlosen Front« die Memoiren des Bulgaren Iwan Winarow, der für die sowjetische Aufklärung in den dreißiger Jahren in China, später in Frankreich, Österreich und anderswo gearbeitet hatte. Und 1983 fanden unter dem Titel »Im Secret Service« die Erinnerungen des Engländers Kim Philby, der als »Meisterspion« legendär geworden ist, in der Reihe ihren Platz.

Und in der Tat: Auch Hans Voelkner hatte solche Kundschaftererinnerungen zu bieten. Von 1956 bis 1969 war er – die Autoren des »Offenen Briefes« beschrieben es richtig – »hauptamtlicher Stasi-Agent«. Und zwar vornehmlich in Frankreich, wo er für die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit auf eine Weise arbeitete, die er selbst wie folgt charakterisierte: »Meine Aufgabe war es, Kontakt zu Partnern zu halten, für die Reisen in sozialistische Länder ein Risiko gewesen wären. Von ihnen waren Informationen in Empfang zu nehmen, aufzubereiten, zu komprimieren und ihr sicherer Transport zu gewährleisten. Gemeinsam mit den Partnern mußten die Ergebnisse der Arbeit analysiert und neue Aufgaben festgelegt werden. Schließlich, und dies war steter Bestandteil unserer Arbeit, mußten die menschlichen Kontakte gepflegt werden. Da gab es persönliche Probleme, Fragen zur politischen Lage oder auch nur das Bedürfnis, wieder einmal mit einem Freund ganz offen zu reden.« (»Salto mortale«, S. 236).

Aber nicht das war das Spannende in Voelkners Buch. Natürlich nicht – denn wer schreibt schon offen, wenn der Geheimdienst, um den es geht, noch in voller Aktion ist und die Loyalitäten nicht aufgekündigt sind. Interessant ist hier nur, daß Voelkners MfS-Zugehörigkeit damit schon in der DDR kein Geheimnis mehr war – und also nicht erst mit dem »Offenen Brief« ans Tageslicht geriet. Mit völliger Selbstverständlichkeit konnte Voelkner darum in einem Antwortbrief an Hermann Kreutzer vom 1. Februar 1991 auch mitteilen, daß er in Veranstaltungen zum Thema der stalinistischen Verfolgungen »Veranstaltern und Journalisten gegenüber« stets auf seine »zeitweilige Tätigkeit als Kundschafter im Dienst der Hauptabteilung Aufklärung des MfS hingewiesen« habe. Nie aber sei er daraufhin etwa gebeten worden, »einer Veranstaltung fernzubleiben«, und niemand habe ihm aus diesem Grunde »das Recht abgesprochen«, seine »Meinung zum Thema ‚Opfer des Stalinismus‘ zu sagen.«

Das Spannende, Außergewöhnliche von »Salto mortale« jedenfalls liegt in ganz anderen Passagen. Zum Beispiel in jenem sehr ausführlichen Abschnitt, in dem Voelkner seine Verhaftung durch Beamte der französischen »Direction de la Surveillance du Territoire« (D.S.T. – Direktion zur Überwachung des Territoriums) im Mai 1969, seine Verurteilung zu zwölf Jahren Gefängnis in Frankreich sowie die Haftzeit beschreibt, die im September 1974 durch

Erlaß des französischen Präsidenten ein vorzeitiges Ende fand. Der Blick ins Buch bleibt an faksimilierten Zeitungsausschnitten hängen: »Hans Voelkner – Spion des Ostens in Paris verurteilt. Sein Vater und seine Mutter waren Helden der Roten Kapelle« schrieb »Paris Match« am 14. Februar 1970. Und auch »L'Aurore« beschäftigte sich – in der Ausgabe vom 13. Februar – mit der Herkunft Voelkners und der in diesem Zusammenhang in Frankreich ausgelösten Debatte. »Die Eltern Voelkners haben der Sache der Alliierten einen unermeßlichen Dienst erwiesen«, wird in »L'Aurore« mit Gilles Perault einer der wichtigsten Chronisten der im Zweiten Weltkrieg so bedeutenden antifaschistischen Kundschaftergruppe »Rote Kapelle« zitiert. Aber, meint der mit »Ph. B.« zeichnende Autor des Beitrages, »der Krieg der Geheimdienste ist ein Krieg ohne Pause und ohne Waffenstillstand«. Zu dieser Sicht auf die Dinge paßt auch die Überschrift des Artikels: »Das Waisenkind der ›Roten Kapelle‹ wird als Wechselgeld gebraucht.« Als Wechselgeld? »L'Aurore« erinnert an den Austausch des sowjetischen Top-Spions Rudolf Abel gegen den 1960 über der Sowjetunion abgeschossenen Spionageflieger Francis Gary Powers (»Salto mortale«, S. 274/275).

Die dramatische Kindheit des Hans Voelkner: Geboren 1928 in Danzig, gelangt er mit den aus dem faschistischen Deutschland emigrierenden Eltern, die beide Zirkuskünstler sind, nach Frankreich; tritt zeitig selbst in artistischen Vorführungen auf; geht in Paris zur Schule, später, nach Kriegsbeginn, in Auxerre; weiß nichts vom antifaschistischen Engagement der Eltern, spürt nur, daß Geheimnisse das Zusammenleben belasten; wird 1941 von der Auslandsorganisation der NSDAP »heim ins Reich« geholt und erst in Hohenelse bei Rheinsberg, später in Zernsdorf bei Königs Wusterhausen »umgeschult«; 1942 letzte Begegnung mit der Mutter in Danzig im Hause des Onkels, des Schriftstellers Benno Voelkner, Kommunist wie die Eltern auch; Ahnungen vom politischen Kampf der Eltern; Mai/Juni 1943 treffen Briefe ein, in der der Vater mitteilt, daß sie beide – Mutter und Vater – von einem Feldgericht in Paris zum Tode verurteilt wurden.

Die ebenso dramatischen Jugendjahre: 1944 unterstützt Hans Voelkner seinen Onkel bei dessen antifaschistischen Aktivitäten; im Januar 1945 von Danzig aus Einziehung in den Reichsarbeitsdienst; im Februar Versuch einer Flucht zur Roten Armee; Festnahme durch die SS, Inhaftierung, Todesmarsch von Danzig über Bützow in die Straf- und Hinrichtungsanstalt Dreieberg; Befreiung am 3. Mai 1945; gemeinsam mit ebenfalls befreiten französischen Gefangenen nach Paris; dort aber nicht Freiheit, sondern wieder Internierung – diesmal französische, dauernd bis zum 3. Mai 1946. So lange hatte es gebraucht, bis man festgestellt hatte, daß »die Familie Voelkner ein Opfer der Naziverfolgung wurde, und der Loyalismus des jungen Voelkner Jean nicht in Zweifel gezogen werden kann« (»Salto mortale«, S. 122).

1947 geht Voelkner in die französische Besatzungszone, im Juni 1949 schlägt er sich, weil er glaubt, man würde ihn brauchen können beim Aufbau einer antifaschistischen Ordnung, in der Rhön illegal in die sowjetische Besatzungszone durch. Am 1. Juli meldet er sich tandurstig und hoffnungsvoll in Leipzig bei der SED-Kreisleitung,

[...] bin ich bereits Anfang Oktober 1945 als Schüler verhaftet worden und habe auf dem Wege in das Schloßgefängnis Rochlitz 1 Nacht im Rathausgefängnis Penig und 1 Nacht in einem Gefängnis in Lunzenau zugebracht. In Rochlitz habe ich mit noch einem Mitgefangenen, der etwas älter war als ich, in einer Einmannzelle ca. 10 Tage zugebracht. [...] Auch ich bin abends aus der Zelle geholt und erst in der Nacht wieder zurückgebracht worden. Allerdings war ich so blutig geschlagen, daß ich trotz der bestehenden Kälte keine Kleidung anlegen konnte, die sonst durch das Blut am Körper festgeklebt wäre. Auch ich mußte ein mehrseitiges Protokoll unterschreiben, ohne dessen Inhalt zu kennen, da der Text in russisch verfaßt war. Aber selbst wenn er in deutsch geschrieben worden wäre, hätte keine Gelegenheit dazu bestanden, da eine sofortige Unterschrift verlangt wurde. [...] Werner G. – In: Unschuld in Stalins Hand, S. 33-36.

Habe mit großer innerer Anteilnahme Ihren Artikel »Im Wald von Fünfeichen bleiben Tote nicht stumm« (BZ vom 24./25.3.) gelesen, und muß feststellen, daß ich als ehemaliger Häftling (Gefangenschaft von 1945-1950) Ihnen bestätigen kann, daß ich mich inhaltlich voll mit Ihrer Darstellung identifiziere. Vor allen Dingen erleichtert es mich ein wenig, daß damit endlich nach 40 Jahren Stillschweigen die Öffentlichkeit erfährt, welche Vernichtung von überwiegend unschuldigen Menschen in der »Stalinära« auf unserem Boden in der DDR erfolgte. [...] Wolfgang G. – In: Unschuldig in Stalins Hand, S. 41-42.

Aber er hat die Lage völlig falsch eingeschätzt. Er kommt von den Franzosen – also wird er sofort wieder verhaftet. Mit allem, was er in den folgenden Wochen den Vernehmungsspezialisten bereitwillig und arglos erzählt über seine Kontakte mit Antifaschisten aus aller Welt in Frankreich und Mainz seit 1946, macht er sich nur immer mehr zum höchst verdächtigen »Feind«. Und bekommt, was für solcherart »Feinde« vorgesehen ist: eine lange Gefängnisstrafe, basierend auf nichts als Vermutungen und Denunziationen.

Nun also sechs Jahre Haft in Bautzen. Im sowjetischen Spezialgefängnis, das 1950 dem DDR-Strafvollzug übergeben wird. Sechs lange, bis 1955 dauernde Jahre, über die man ihm 1989 endlich, endlich zu schreiben erlaubt. Zwanzig Seiten umfaßt das Kapitel »Bautzen« in »Salto mortale« (S. 176-195). Mit viel zu viel Verständnis für seine Peiniger hat der Autor es verfaßt, viel zu zögerlich setzt er sich mit dem massenhaft geschehenen und an diesem Ort nicht Ausnahme, sondern Prinzip darstellenden Unrecht auseinander – aber das Kapitel ist trotzdem eine Sensation, denn es erscheint in der Vor-Wende-DDR und schlägt eine Bresche ins so lange verordnete Schweigen.

Die Bautzen-Zeit – das sind die Jahre, aus der das »Du« mit den Unterzeichnern des »Offenen Briefes« von 1991 stammt. Es ist das »Du« des gemeinsam erlittenen Unrechts und der Kraft, ihm widerstanden zu haben. Voller Verbitterung vermerkt Hans Voelkner in seiner Antwort an Hermann Kreutzer am 1. Februar 1991, daß genau diese Gemeinsamkeit im »Offenen Brief« nicht benannt worden ist. »Schließlich habe auch ich 6 Jahre in Bautzen verbracht«, schreibt er und fügt hinzu: »Abschließend möchte ich sagen, daß Euer Brief mich tief betroffen gemacht hat. Kommentarlos als hauptamtlicher Stasi-Agent eingestuft zu werden – mit allen negativen Assoziationen, die das heute bedeutet – von Menschen, für die man Achtung empfindet, das tut weh, weil es ungerecht ist.«

Und es schmerzt Voelkner um so mehr, als er sich 1989 natürlich der Halbherzigkeiten in seiner Bautzen-Darstellung sehr wohl bewußt gewesen ist. Denn sonst hätte er nicht in Angriff genommen, was ihm im »Offenen Brief« von 1991 so drohend zum Vorwurf gemacht wird: die »Herausgabe einer Zusammenstellung politischer Häftlingsschicksale.«

Davon, daß sich Voelkner mit diesem Vorhaben »an die Öffentlichkeit gedrängt« hätte, wie es im »Offenen Brief« heißt, kann freilich keine Rede sein. Es ist vielmehr umgekehrt: Die Öffentlichkeit drängt zu ihm – dankbar dafür, daß er im Januar 1990 die Initiative ergreift. Gewiß – es gibt in dieser Zeit an vielen Stellen einen Aufbruch, gibt viele Schritte, das Thema der politischen Gefangenschaft in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR aus der Tabuzone heraus zu holen. Aber Voelkner geht seine Schritte besonders zielstrebig und konsequent. Er bietet sich als Kontaktadresse für eine Gruppe ehemaliger Bautzener Häftlinge an, formuliert darüber eine kleine Meldung an die Nachrichtenagentur ADN, und als am 27. Februar 1990 ein Artikel über die Gruppe in der »Berliner Zeitung« erscheint, gehen innerhalb weniger Wochen einige Hundert Briefe von Betroffenen bei ihm ein.

Im Januar 1991 – unmittelbar, bevor der »Offene Brief« erscheint – berichtet Voelkner in einem Rundbrief an Frauen und Männer, die

ihm ihre Aufzeichnungen über ihre Haftzeit zugesandt hatten, über den Fortgang der Dinge seit Januar 1990: »Beim Lesen der eingegangenen Briefe zeigte sich, welch großen Umfang die unrechtmäßige Verfolgung durch sowjetische Organe angenommen hatte und in wie verschiedenen Formen sie sich zeigte. Es wurde klar, daß neben den zu Unrecht Verurteilten es auch zu Unrecht Internierte, Verschleppte und sonstwie Verfolgte gab. Gemeinsam mit anderen Gruppen von Betroffenen bemühte ich mich, die Aufmerksamkeit der Presse auf diese Probleme zu lenken, nahm Teil an der Ausarbeitung des Rehabilitierungsgesetzes, an öffentlichen Diskussionen und erarbeitete zu diesem Zweck eine erste Dokumentation über Umfang und Vielfalt der unrechtmäßigen Verfolgung, über die ich u. a. in der »evangelischen akademie westberlin« im März 1990 berichtete. Als ein Verlag Interesse zeigte, erklärte ich mich bereit, eine entsprechende Dokumentation in Buchform zusammenzustellen und zu verantworten. [...] Ich gehe davon aus, daß mit der Herausgabe der Dokumentation den Interessen aller Betroffenen gedient ist. Sicher werden Sie meine Meinung teilen, daß es vor allem darauf ankommt, die Leiden der unschuldig Verfolgten bewußt zu machen und dazu beizutragen, daß in angemessener Weise und möglichst rasch moralische Rehabilitierung und materielle Hilfe wirksam werden können.«

Der Verlag, von dem die Rede ist, war das Brandenburgische Verlagshaus – ein Institut, mit dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Militärverlages versucht hatten, auch weiterhin Bücher zu machen. Das Buch, das entstand und noch 1990 erscheint, trägt den Titel »Unschuldig in Stalins Hand. Briefe – Berichte – Notizen«. Als Herausgeber zeichnet Hans Voelkner nicht allein, sondern gemeinsam mit seiner Ehefrau Rosemarie. Auf knapp 200 Seiten versammelt der Band nach einer knappen Einleitung der Herausgeber einen Teil der Zuschriften an Hans Voelkner aus dem Frühjahr 1990.

Voelkner selbst nimmt sich in dem von den Verfassern des »Offenen Briefes« inkriminierten Buch völlig zurück. Nicht mit einem einzigen Wort ist sein eigenes Schicksal berührt. Sie wollen, erklären die Herausgeber, »Aussagen von Zeugen und Opfern des Stalinismus vorstellen« und nichts sonst, weil sie »eine wirkliche und vor allem auch nur annähernd vollständige Wertung« zu diesem Zeitpunkt »weder von der Materiallage her noch bei der derzeit vorrangig gefühlsbetonten Sicht auf diese Fragen« für möglich halten. Und doch treffen sie Wertungen, wie sie auch im Jahre 1990 noch längst nicht Allgemeingut waren. »Die Zahl der unrechtmäßig Verfolgten ist groß«, schreiben sie. »Das geht von den im Verlauf der letzten Kriegshandlungen verschleppten Menschen über die Internierten, die Verschleppten nach Ende des Krieges, die Vielzahl der durch Sowjetische-Militär-Tribunale (SMT) unschuldig Verurteilten oder ohne Urteil in Haft Gehaltenen bis zu den zur »Wiedergutmachung« in die Sowjetunion verbrachten Arbeitskräften mit ihren Familien.« Und an anderer Stelle: »Oft werden wir gefragt, ob denn erkennbar wäre, nach welchem System dies organisierte Unrecht wirkte. Bisher ist unsere Antwort immer noch, daß das einzige System in der Systemlosigkeit zu sehen sei. Eine Systemlosigkeit, die wohl vor allem dazu diene, die Einsicht in das System des Unrechts

Bezugnehmend auf Ihren Artikel in der Berliner Zeitung vom 27. 2. 1990 möchte ich mein persönliches Schicksal schildern. Am 18. Januar 1946 wurde ich in Rostock verhaftet und in das Gefängnis in der Schwaanschen Straße eingeliefert. Es wurden verschiedene Verhöre mit Dolmetscher vorgenommen. Der Vorwurf, den man mir und neun weiteren Inhaftierten machte, lautete: Werwolfverdacht. Es waren im März 1945 Lehrgänge durchgeführt, die uns u. a. mit der Handhabung einer Panzerfaust bekannt machten. An einem dieser Lehrgänge habe ich teilgenommen. Da in Rostock am 1. Mai 1945 die sowjetischen Truppen ohne Widerstand einmarschierten, bin ich in keiner Weise aktiv geworden. Ich war lediglich Mitglied des JM und später BDM. [...] Ich habe vom 18.1.1946 bis 1.3.1946 im Rostocker Gefängnis in Einzelhaft eingesperrt. [...] Am 2. 3. 1946 wurde ich in das Internierungslager »Fünfeichen« bei Neubrandenburg überstellt. Am 28. 7. 1948 wurde ich aufgrund eines SMAD-Befehls aus dem Internierungslager »Fünfeichen« freigelassen. Ich habe also 2 Jahre ohne Grund mein junges Leben hinter Stacheldraht verbracht. Eine Entschädigung für den Verdienstausfall ist nie erfolgt. [...] Irmgard S. – In: Unschuldig in Stalins Hand, S. 43-44.

zu verhindern, Unmenschlichkeit zu verstecken.« Und schließlich: »Das derzeit Wichtigste ist die Offenlegung der Wahrheit am Beispiel persönlichen Erlebens unschuldiger Opfer und des von ihnen erduldeten Leids. Wir sind es diesen Menschen schuldig. Nichts darf vergessen werden, wenn wir den Opfern helfen wollen, die Vergangenheit zu verwinden, wenn wir alle begreifen wollen, allen begreifbar machen wollen, was hier geschah.«

Das Buch »Unschuldig in Stalins Hand« hatte – so war von Voelkner im Januar 1991 in seinem Rundbrief zur Entstehungsgeschichte des Bandes mitgeteilt worden – eine Auflage von 4 000 Exemplaren. »Damit es zu keinem Mißverständnis kommt«, hatte Voelkner in diesem Rundbrief außerdem geschrieben, »möchte ich auch noch erklären, daß sich bisher aus der Veröffentlichung für mich nur Ausgaben ergaben. Sollte [sich] bei der Endabrechnung ein Überschuß ergeben, wird zu entscheiden sein, wem dieser Gewinn zusteht.«

Eine Auflagenhöhe, mit der das Buch »Unschuldig in Stalins Hand« die Gewinnzone hätte erreichen können, ist nicht zustande gekommen. Nicht zuletzt, weil mit einem »Offenen Brief« auf geradezu absurde Weise der Kalte Krieg fortgesetzt wurde.

Hans Voelkner, Kommunist, aus politischen Gründen hinter Gitter gebracht im faschistischen Deutschland, im Frankreich der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der sowjetischen Besatzungszone/DDR sowie im Ergebnis eines Spionageprozesses noch einmal in Frankreich, wäre am 21. August 2003 75 Jahre alt geworden.

Irritation Ostdeutschland? Geschlechterverhältnisse in Deutschland im 13. Jahr nach der Wende

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
vom 16.-18. Oktober 2003 in Berlin

Im 13. Jahr nach der Wende stellt sich Ostdeutschland als eine Gemengelage zwischen Anpassung an das sich wandelnde westliche Gesellschaftsmodell und eigenlogischer Aneignung dar. Diese ostdeutsche Spezifik könnte Folie und – möglicherweise irritierender – Ausgangspunkt für Fragen sein, die sich westlichen Gesellschaften heute überhaupt stellen. Dies interessiert auf der geplanten Tagung insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse. So müssen in Ostdeutschland Frauen und Männer, die Erwerbsarbeit als Kern ihrer Selbstdefinition begriffen, das Verhältnis von Arbeit und Leben neu gestalten.

Verantwortlich für die Tagung:
Dr. Eva Schäfer: schaef@rosaluxemburgstiftung.de
Referentin Geschlechterverhältnisse

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
Tel. 030/ 44310-163. Fax: 030/ 44310-222

Einladung zur Diskussion

Verrat?

Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts

Am 26. September 2003 führt die bundesweite Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung eine wissenschaftliche Tagung zum o. g. Thema durch. Sie soll zu einer auf Toleranz und gegenseitiger Achtung gründenden politischen Kultur linker, d. h. an sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden orientierter Kräfte beitragen. In diesem Sinne soll die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit einem zentralen, in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts vielfach mißbrauchten Begriff – seinen größtenteils fiktiven Inhalten und seinen für die Bewegung insgesamt und viele Tausende einzelner Menschenschicksale tragischen Folgen – geführt werden. Diskutiert werden sollen sowohl theoretische und ethische Aspekte der Verrats-These als auch diese These in Bezug auf Ereignisse, Organisationen und Biographien. Konzentriert auf die deutsche Bewegung, soll der Blick auch die internationale Sicht einschließen.

U. a. geht es um Ursprung und Auswirkungen des bei kommunistischen Linken populären Slogans »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!« Die damit verbundenen Feindbilder hatten auf beiden Seiten Langzeitwirkung, deren Ausläufer noch in mancher dogmatischen Position von heute zu erkennen sind. Aus dem historischen Studium der Verrats-These als politisches Kampfmittel können Erfahrungen für mehr Toleranz und sachliche Argumentationskultur in der Gegenwart gewonnen werden.

Zwei Grundsatzbeiträge, eine Reihe von Kurzvorträgen und ein Rund-Tisch-Gespräch sollen folgende Komplexe berücksichtigen:

- die zwei historischen Phasen 1914-1945 und 1945-1990 unter vorwiegend ereignis- und organisationsgeschichtlichen Fragestellungen und
- die theoretische und die kulturhistorische Dimension der »Verrats«-Geschichte, darunter Verrat als künstlerisches Motiv im 20. Jahrhundert.

Das Kolloquium wird publizistisch in einem Buch ausgewertet.

Die Tagung findet in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, in Berlin statt.

Für Auskünfte stehen zur Verfügung

für die *Rosa-Luxemburg-Stiftung*: Dr. Jörn Schütrumpf,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/44310123/172,
schuetrumpf@rosalux.de

Für den *Förderverein*: Dr. Simone Barck,
Große Hamburger Straße 31, 10115 Berlin,

Tel./Fax 030/28 57 881, barck@zzf-pdm.de und

Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin; Tel. 030/241 07 08;
nplener@web.de (achtung: nplener, nicht uplener!)

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Der Berichtszeitraum war wieder reich an Peinlichkeiten. Auch unser aller Kanzler wirkte in letzter Zeit bei vielen Gelegenheiten etwas derangiert. Selbst auf dem Parteitag, den ihm sein Obergehilfe Münterfering organisiert hatte und auf dem die nahezu hundertjährige Solidargemeinschaft zwischen deutscher Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie nachhaltig ramponiert wurde, wirkte er angeschlagen. Trotz seiner nach wie vor unverwüstlichen Rhetorik, die jeden Leiter von PR-Kursen in Begeisterung zu versetzen vermag. Aber irgendwie schien alles anders als früher. Nicht unschuldig an des Kanzlers Verfassung mochte der amerikanische Präsident Bush sein, der sich nach wie vor nicht zu erneuter Vertraulichkeit bereit findet – Strafe muß sein! Doch anstatt damit herzlich umzugehen, buhlen Schröder, Struck und wie unsere Steuerverbrater alle heißen mögen, weiter um Zuwendung. Und das wirkt nun so was von peinlich... Zumal sich ja gerade die Kriegsgegner in letzter Zeit immer öfter in ihrer Haltung bestätigt sehen könnten. Denn Richard Perle und Wolfowitz gaben ungeniert zur Kenntnis, daß die Öffentlichkeit über die Gründe für den Irak-Krieg belogen worden sei. Anstatt das nun propagandistisch auszuwerten und die deutsche Kriegsgegnerschaft noch einmal nachträglich zu bekräftigen und zu legitimieren, kriecht Kanzler Schröder um die Lügenboldconnection herum und tut so, als sei nichts gewesen. Erich Böhme dazu in der *Berliner Zeitung*: »Ist es neuerdings Wurscht, wer einen Krieg anzettelt und mit welcher Begründung? Die Hauptsache, man gewinnt den Krieg? Der Sieger sieht es dem Kriegsgegner nach, wenn der – aus berechtigten Gründen – nicht mittun wollte?« Böhme schließt seine Kolumne: »Wie soll man denen künftig glauben, wenn sie jetzt als nächsten Delinquenten den Iran ver-

dächtigen, an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten. Wer übrigens setzt uns davon in Kenntnis, wie viele Menschen im Irak-Feldzug zu Tode gekommen sind? Schweigt da des Rumfelds Höflichkeit?«

Wahrscheinlich wird demnächst wieder mal der amerikanische Botschafter in Deutschland bei *Sabine Christiansen* sitzen und uns Amerika samt Bush erklären.

Es ist eigentlich unerklärlich, daß Zeitungen, Magazine und Fernsehsender immer wieder darauf verfallen, im Amt befindliche Diplomaten zu befragen, zu interviewen. Denn schließlich ist es ihres Amtes, die jeweils aktuelle Lesart der Regierungspolitik ihrer Länder zu vertreten (Musterbeispiele in Deutschland für derartige antijournalistische Auftritte sind des USA-Botschafters und des Botschafters Israels). Und unter diesem Aspekt muß wirklich gefragt werden, welchem Impetus die einladenden Redaktionen und die Journalisten folgen. Wahrscheinlich hat das nichts mit Journalismus, sondern mit Presseball und ähnlichen polit-onanistischen Übungen zu tun.

Eine besonders aparte Kriegslügen-Argumentation ist einer Zeitung eingefallen, die in der Hauptstadt eines Landes der »willigen Acht« erscheint, der Budapester *Magyar Hirlap* (zitiert in der *Berliner Zeitung*). Die propagandistischen Hilfstruppen aus Budapest versteigen sich zu folgender Sicht der Dinge: » ... Und wenn weder Waffen noch Fabriken gefunden werden? Um so besser. Endlich kann gesagt werden, dass eine blutige Diktatur auch dann zu stürzen ist, wenn sie nicht die Welt bedroht und »nur« ihr eigenes Volk mordet. Sollten Washington und London gelogen haben, dann wäre dies eine innenpolitische Frage, über die Tony Blair – sollte er gelogen haben – mit Fug und Recht stolpern könnte. Doch die Richtigkeit des militärischen Eingreifens berührt das nicht ... «

Darauf muß erst mal gekommen werden!

Im Vorfeld der Abstimmung in Polen über den EU-Beitritt berichteten etliche Zeitungen und Fernsehsender über Leihindianer, die Polens derzeitiger Bestfreund Bush an die Ostgrenze delegierte, um polnischen Grenzern das Fährtenlesen beizubringen. Denn Polens Ostgrenze ist nun EU-Außengrenze, und das einst führende Land in Sachen Dissidenz gegen realsozialistische Eingesperrtheiten und Eingesperrtsein macht sich nun mit einem Eifer daran, sich gegen die Hungerleider aus der Ukraine und Belorußland abzuschotten, der befremdlich wirkt. Ab 1. Juli benötigen zum Beispiel Ukrainer ein Visum – was die Großschieber und Kopfetzen aus Kiew nicht an ihren grenzüberschreitenden Geschäften hindern wird, aber den Ärmsten der Armen die Chance auf einen kleinen Zuverdienst beträchtlich erschwert. Der *Tagesspiegel* veröffentlichte zu diesem Thema am Tag des Referendums eine sehr reale Reportage aus dem ostpolnischen Przemysl. Doch die Berliner Mauer kam auch in diesem Artikel nicht vor. Mauerbauer sind eben immer die anderen.

Zu den öffentlichen Peinlichkeiten gehörte auch das Verhalten von Politikern anlässlich des Falles Möllemann. Als die Westerwelles und die anderen Politiker kondolierten, was das Zeug hielt, und ein jeder im Lande wußte, daß ihre Reden von Anfang bis Ende verlogen waren, konnte man den Eindruck gewinnen, man sähe bei Dreharbeiten zu. Es waren Dreharbeiten zu einer Gesellschaftssatire – Wunderkinder anno 2003.

Siegfried Freick:
 Die Währungsreform 1948 in
 Westdeutschland. Weichenstellung
 für ein halbes Jahrhundert,
 Schkeuditzer Buchverlag
 Schkeuditz 2001, 148 S. (9 €)

2003 jährt sich zum 55. Mal die Währungsreform vom 20./21. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die trotz gegenteiligen Versprechens von General Clay am 23. Juni ebenfalls in Westberlin durchgeführt wurde, und die Sowjetische Militäradministration (SMAD) zwangen, am gleichen Tage durch den Befehl 111 einen entsprechenden Geldumtausch auch in der sowjetischen Zone und Ostberlin folgen zu lassen. Die acht Kapitel der zwei Teile *A. Zur Vorgeschichte der Währungsreform* und *B. Das System der Reformmaßnahmen* des Buches sind spannend und reich an Details, an die sich viele nicht mehr erinnern werden, die den später Geborenen unbekannt sein dürften.

Zeitzeugen von damals werden Aha-Erlebnisse haben, wenn sie die sorgfältig recherchierte Vorgeschichte zur Währungsreform lesen und Vergessenes auffrischen. Viele Einzelheiten belegen, wie die USA von ihrer ursprünglich harten Nachkriegskonzeption für Deutschland mit diversen Vorstellungen zur politischen Zerstückelung und wirtschaftlichen Entmachtung abgingen, was im Herbst 1944 zu einer Wende führte, die auf Erhaltung der Einheit der deutschen Wirtschaft hinwies und nach dem damaligen stellv. Außenminister Stettinus »Deutschland nicht derartig schwächen« sollte, »daß es sich nicht mehr erheben kann« (S. 25 ff.). In diese veränderte Kriegszielpolitik waren auch Überlegungen für die »Vorbereitung und Durchführung der Währungsreform in den Westzonen Deutschlands« eingebunden. (S. 26) Die dazu angeführten Aussagen von Churchill, Truman u. a. belegen nach Meinung des Autors, »...so kurios das heute auch erscheinen mag, daß es die im Kriege gewachsene Macht der UdSSR gewesen ist«, die »Deutschlands westliche Besatzungszonen vor den Bedingungen eines harten Friedens bewahrt« hat. Wirtschaftsrepressionen, Verdrängung vom Außenmarkt, Entmili-

tarisierung, Entnazifizierung hielten sich in Grenzen, damit man die darin vorhandenen Potentiale möglichst schnell wieder reaktivieren konnte. Nach Dokumenten jener Zeit »muß die Gefahr für die Existenz der kapitalistischen Ordnung, die von der Sowjetunion ausging, nicht nur für Deutschland, sondern auch in Europa doch wohl sehr viel größer angesehen worden sein, als wir uns das heute vorzustellen vermögen«. (S. 30)

Freick beschreibt die finanzpolitische Konstellation eines veränderten internationalen Kräfteverhältnisses am Ende des Zweiten Weltkrieges und nennt ca. 240 nachweisbare Pläne für eine Währungsreform (S. 37 ff.), die sich »jedoch den Augen der Öffentlichkeit« entzogen (S. 38). Übrig blieb schließlich der *Homburger Plan* der am 23. Juli 1947 gegründeten *Sonderstelle Geld und Finanzen*, die Ludwig Erhard leitete, der Mann des *Wirtschaftswunders* und spätere Bundeskanzler. Dieser Plan war »de facto das Aktionsprogramm der führenden Kräfte der deutschen Wirtschaft« (S. 41 ff.), deren strategische Zielsetzung in der »Restauration ihrer Macht durch die Spaltung Deutschlands durch eine separate Währungsreform« (S. 47) bestand, um jegliche Einflußmöglichkeiten aus der sowjetischen Zone betr. Entmachtung von Junkertum, Großkapital, Naziführungskräften, Entflechtung der Monopole sowie Entmilitarisierung auf die Westzonen auszuschalten.

Sehr aufschlußreich sind die Abschnitte über die Diskussion, ob und wie Geldvermögen und Sachvermögen in die Währungsreform einbezogen werden sollten. Die Homburger Planer und die anderen Kreise des Großkapitals waren sich nicht sicher, ob die Bevölkerung eine über die Geldreduzierung hinausgehende Geldabschöpfung stillschweigend hinnehmen würde. So verschanzten sie sich hinter den Besatzungsmächten und schoben ihnen die harten Restriktionen zu, die aus der Direktive JCS 1067/6 betr. der Hauptziele der USA-Militärregierung in Deutschland, »...Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt werden, sondern als eine besiegte feindliche Nation...«, (S. 56) leicht abzuleiten waren. Die Abschnitte »4. Politische Voraussetzungen für die Reform« und »5. Die Sicherung der Warendeckung des Neugeldes« behandeln ausführlich, wie die Währungsre-

form in den Westzonen auf die Organisation der Spaltung Deutschlands hinauslief. Das Problem für die Westmächte bestand darin, daß ihr Vorgehen eindeutig dem Potsdamer Abkommen widersprach, aber als solches verschleiert werden sollte. Wie sie das gemacht haben, beschreibt Freick auf S. 63 ff.

Im B-Teil »Das System der Reformmaßnahmen« werden die mit der Währungsreform verbundene Geldumstellung, die Umstellung der Aktien, die Sanierung der Banken, die Liquidierung der Staatsschulden, die Steuerreform und der fiktive Lastenausgleich mit ihren jeweiligen Besonderheiten behandelt. Auszüge aus Gesetzen und Statistiken belegen, wer dabei die Verlierer und wer die Gewinner waren. In der Konsequenz wurde das Geldvermögen der Bürger nicht 10 : 1 umgewertet, sondern 10 : 0,58, oder anders gerechnet: »von einem durchschnittlichem Wochenlohn von etwa 20 Reichsmark blieben also 1,16 DM in neuem Geld« (S. 93). Insgesamt hatte die Bevölkerung einen Verlust ihres Geldvermögens von 94,2 % zu tragen. Die Gesetzgebung zur Neufestsetzung des Aktienkapitals dagegen hatte zur Folge, daß sich für den »Durchschnitt aller Aktiengesellschaften ... ein bilanzierter Umstellungsverlust des Grundkapitals von 4,8 %« ergab (S. 109). Bei Eliminierung der enormen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden erreichten Aktiengesellschaften sogar eine Erhöhung ihres Eigenkapitals um 7,5 % (S. 113).

In seinem Fazit kommt Freick zu der Aussage, diese Währungsreform wurde »mit rigoroser Härte gegen die Bevölkerung realisiert und führte so zu Ergebnissen, die für das deutsche Großkapital kaum günstiger hätten sein können« (S. 136). Was er im Nachwort im Vergleich mit dem Rückgang der Kaufkraft der DM von 1950 bis 1999 auf weniger als 20 % – bei gleichgebliebenem Stolz auf die angeblich *harte* D-Mark – über die zu erwartende Entwicklung durch die Einführung des Euro schreibt, läßt wenig Hoffnung aufkommen. Im Juni 2003 ist mit jubelierenden Politikern und Medien über das Mysterium der Währungsreform von 1948 zu rechnen. Wer dem sachgerecht folgen will, sollte rechtzeitig das Buch von Freick lesen.

WOLFGANG TRIEBEL

Wolfgang Schivelbusch:
Die Kultur der Niederlage.
Der amerikanische Süden 1865 –
Frankreich 1871 –
Deutschland 1918,
Alexander Fest Verlag Berlin
2001, 464 S. (35,50 €)

Als die Vereinigten Staaten 1917 in den 1. Weltkrieg gegen die Militärmonarchien Mitteleuropas unter der Flagge der Demokratie eintraten, da stand mit Woodrow Wilson erstmals seit der Niederlage im Bürgerkrieg ein Südstaatler an der Spitze des Landes. Nun war man auf der moralisch besseren Seite, ohne seine eigene Südstaaten-Identität aufgeben zu müssen, hatte es geschafft (und die Schwarzen weiter unterdrückt). »Fünfundzwanzig Jahre nach der Niederlage bot sich die Gelegenheit, den moralischen Makel auf den nun aktuellen Weltsünder Deutschland zu übertragen. Seite an Seite mit dem damaligen Sieger gegen den neuen Menschheitsfeind zu Felde zu ziehen und so die schon lange angestrebte Aufnahme ins Siegerlager besiegeln. Ein Mechanismus, den nach dem Zusammenbruch von 1945 Deutschland selbst, das heißt das westliche Teildeutschland, mit seiner inbrünstigen West-Identifikation im kalten Krieg nachvollzog und nach 1989 gegenüber der DDR – dem letzten Verlierer – noch einmal genüßlich auskostete.« (S. 47)

Dieser Verweis auf die DDR ist wohl der einzige in Schivelbuschs Analyse dreier historischer Niederlageprozesse, in dem jener aktuelle Bezug durchscheint, den ein ostdeutscher Rezensent fast zwingend in dem ganzen Buch zu fassen glaubt. Denn die drei parallelen Studien und der recht bescheidene komparatistische Ansatz gehen auf abgeschlossene, erledigte Prozesse ein, deren Tragweite historischen Siegern doch eher weit hergeholt scheinen mag und sie nur bedingt zur Vorsicht mahnen läßt. Dabei wird die Verarbeitung der Niederlage der Südstaaten im US-amerikanischen Bürgerkrieg 1861-65 ebenso anregend untersucht wie die Situation Frankreichs 1870-71. Schließlich nimmt der Komplex von deutscher Kapitulation 1918, Revolution, Weimarer Republik und nationalsozialisti-

schem Aufstieg breiten Raum ein. Das sind jeweils kenntnisreiche, gelegentlich verblüffende politische und vor allem sozial-kulturelle Analysen von Prozessen, die für den Sachkenner sowieso, aber auch für den historisch wie politisch interessierten Zeitgenossen eigentlich so verschlüsselt nicht scheinen.

Aber etwas anderes und doch daraus Resultierendes läßt aufhorchen. Schivelbusch deutet in Anlehnung an eine entsprechende Metapher von Ernest Renan kurz nach der Kapitulation von Sedan in den genannten Fällen das *Vae Victis*, das »Wehe den Besiegten«, in ein *Vae Victoribus*, »Wehe den Siegern«, um. Er erinnert, daß nach Niederlagen zunächst eine spannende »Traumphase« die größten Hoffnungen der Verlierer in eine neue Ordnung, wenn auch die des Siegers, aufkeimen ließ, der man sich bereitwillig unterwerfen wollte. Sündenböcke in den eigenen Reihen, die Führer, die versagt haben, wurden bereitwillig dem Volkszorn geopfert. »In diesem Moment ist der äußere Feind nicht mehr der Gegner, sondern fast Verbündeter, mit dessen Hilfe der alte Machthaber und nunmehrige gestürzte Tyrann verjagt werden konnte.« (S. 21/22) Aber schon rasch stellte sich heraus, daß die unterstellte Großmut der Sieger, der Neuanfang nicht griff, daß es Bedrohung, Benachteiligung, Bevormundung, Ehrverletzung gab. Es kommt zum »Erwachen« und dem Begreifen der eigenen Lage, in der nun sehr wohl der Verlust mit dem gewonnenen Frieden aufgerechnet wird. Bestenfalls lautet nun die Einsicht: »Der Sieger hat uns vom Despotismus befreit, wofür wir ihm dankbar sind, aber jetzt kann er gehen.« (S. 25) Die Rettung in die These vom »unlauteren Sieg« der anderen, die mit überlegener Macht, unfairen und unritterlichen Mitteln gesiegt hätten, reaktiviert jene eigene Identität, die in der Niederlage angegriffen, ja aufgelöst war. Die »Helden-Cavaliers« des Südens contra den »Händler-Yankees« aus dem Norden, die Franzosen gegen die »preußischen Schulmeister« und im 1. Weltkrieg die deutschen »Helden« gegen die »Händler« des perfiden Albion, so das immer wiederkehrende, uns bis heute bekannte Muster.

Als Trost bleibt den Verlierern die Überzeugung von der moralischen Überlegenheit und ein Zusammenrücken jenseits sonst trennender Schranken, um sich für eine Revanche zu

wappnen. Sie können sich nach der Apokalypse einer Katharsis unterziehen, einer Läuterung, die ihre moralische Überlegenheit auch praktisch in neue Stärke ummünzt. Nicht als schlichte Rache kommt sie nach Schivelbuschs Überzeugung daher, sondern als eindeutiges Lernen der Besiegten von den Siegern. Sie bauen sich neue Identität wie Stärke auf und holen gegenüber dem Sieger jene Modernisierung nach, deren ursprüngliche Verweigerung oder Nichtmeisterung mitverantwortlich für ihre Niederlage war. Sie erweisen sich dabei als offen für Neuerungen und für einen Lernprozeß, der offensichtlich nicht unbedingt die Kernüberzeugungen und -identitäten preisgeben muß, aber neu untermauert. Die Südstaatler ersetzten Sklaverei durch den vehementen Kampf gegen die politische Gleichberechtigung der Schwarzen, den sie mindestens die folgenden 100 Jahre durchhielten. Frankreich erinnerte sich imperialer Ansprüche und setzte für seinen Wiederaufstieg auf die massive Ausweitung seiner Kolonien. Deutschland schließlich präsentierte sich nicht allein als »Bollwerk gegen die russisch-bolschewistische Flut«, sondern ebenso als Bastion gegen »amerikanische Verflachung« und »Vorkämpfer für die koloniale Welt«. »Die Rolle, die ihnen allen vorschwebte, war die der moralischen Macht, deren die Welt, einschließlich der Sieger, bedurfte, über die jedoch nur sie, die Verlierer, verfügten, weil sie allein durch die Passion gegangen und damit jenseits allen gewöhnlichen Machtgetriebes standen.« (S. 46) Nun sei dahingestellt, ob diese Überhöhung der geistig-moralischen Rolle angesichts der jeweiligen realen Stärke und Macht gerade Frankreichs vor 1914 und schließlich Deutschlands nach der faschistischen Machtergreifung allein ausreicht, aber die Rückkehr auf die politische, in beiden letzteren Fällen gar die weltpolitische Bühne, war evident.

Unter diesen Vorzeichen den Blick auf die Ostdeutschen oder gar die Osteuropäer und die Nachfolger der Sowjetunion zu werfen, läßt spannende und weitgehende Vermutungen aufkommen. Zweifelsohne sind sie ähnlich wie die Südstaaten und noch mehr Deutschland an der Erschöpfung und dem Zusammenfallen der inneren Widerstandskraft in ihren jeweiligen Kriegen gescheitert, nur daß diesmal offiziell nicht geschossen wurde. Die

»Traumphasen« sind sicher in all diesen Ländern längst erledigt. Offen bleibt, was von den Siegern gelernt werden wird, ob sich neue intellektuelle Eliten in dieser Funktion wiederfinden werden – gerade in Ostdeutschland nach dem radikalen Elitenaustausch und ihrer sozialen Liquidation. Werden sie es nur besser, radikaler machen wollen wie die westlichen Kapitalisten und ihre intellektuellen Klopffechter; die russischen Tycoons als die künftigen Superkapitalisten, die nie die Samthandschuhe angezogen hatten und sie also auch nicht ablegen müssen? Oder wird jene Rückerinnerung an zwar diktatorische, undemokratische Zeiten greifen, in denen aber doch sozialistische Ideale in der Gesellschaft eine Rolle spielten und ein menschliches Miteinander ermöglichten? Und wie kann für eine solche sozialistische Renovation jene auch notwendige wirtschaftliche und machtpolitische Stärke geschaffen werden, die utopische Träume erst zu Realitäten dieser Welt macht?

STEFAN BOLLINGER

Jörg Huffs Schmid:
Politische Ökonomie
der Finanzmärkte. Aktualisierte
& erweiterte Neuauflage,
VSA-Verlag Hamburg 2002,
286 S. (16,50 €)
Bernard Cassen, Susan George,
Horst Eberhard Richter,
Jean Ziegler u. a.:
Eine andere Welt ist möglich!
VSA-Verlag Hamburg 2002,
168 S. (8 €)

Die erste Auflage des Buches des Bremer Politökonomen Jörg Huffs Schmid ist bereits 1999 erschienen und war ein Riesenerfolg. Inzwischen ist viel passiert, so daß eine Neuauflage erforderlich wurde, worin sowohl der Börsencrash seit dem Frühjahr 2000, die Ereignisse des 11. September 2001 als auch die globale Finanzkrise Berücksichtigung finden. Dabei unterscheidet sich das Buch von anderen Titeln gleichen Genres durch seinen

marxistischen Erklärungsansatz sowie durch seine radikal-kritische Position, die es in die Nähe der Anti-Globalisierungsbewegung Attac rückt, ja, es gewissermaßen zu dessen Bibel macht. Das Buch ist verständlich geschrieben, übersichtlich aufgebaut und wenig formalisiert. Auch dies trägt dazu bei, es einem großen Leserkreis zu erschließen und für die politische Auseinandersetzung nutzbar zu machen.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert ist der Neoliberalismus in der Offensive und versucht, nicht ohne Erfolg, die seit 1945 zu verzeichnenden Errungenschaften des staatlich regulierten Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft wieder rückgängig zu machen. Obwohl inzwischen offenbar geworden ist, daß die meisten neoliberalen Theoreme praktisch nicht aufgehen und eine entsprechende Politik nur wenigen nützt, ist die neoliberale Offensive keineswegs am Ende. Ganz im Gegenteil: Der Umbau der Weltwirtschaft geht weiter, die Krise vertieft sich, die Polarisierung in der Welt nimmt zu, Konflikte drohen zu Kriegen zu eskalieren. Vor diesem Hintergrund wird klar: Der »finanzmarktgetriebene Kapitalismus« ist nicht nur ineffizient, unsozial und instabil, er ist zudem auch noch »verlogen, korrupt und verrottet« (S. 13). – Es wird also höchste Zeit, ernsthaft über Alternativen nachzudenken. Vor der Alternative steht jedoch die Analyse, wozu dieses Buch einen gewichtigen Beitrag leistet.

Die Hauptthese des Autors ist, daß wir es beim gegenwärtigen Kapitalismus mit einer Verschiebung der Kräfte dergestalt zu tun haben, daß nicht mehr die Produktion den entscheidenden Ausschlag gibt, sondern der Finanzmarkt, die Verteilungs- und Zirkulationssphäre also im Vordergrund steht. Die treibende Kraft dabei sei »der Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment«, die Folge »die Herrschaft der Finanzmärkte« (S. 38). Ausgehend von dieser These, die auch empirisch unterlegt wird, leitet Huffs Schmid dann Schlußfolgerungen ab, die für Bewegungen wie Attac programmatische Bedeutung besitzen. So zum Beispiel die These, daß sich im Verlaufe der letzten zehn Jahre die Rolle der Finanzmärkte von der Finanzierung des Welthandels zu einem reinen Instrument der Spekulation gewandelt habe

(S. 42). Dies belegen folgende Zahlen: Die Devisenumsätze pro Tag beliefen sich 1979 auf 120 Mrd. USD; 1998 aber waren dies 1,5 Billionen USD, also mehr als das Zwölfwache. Damit ist bewiesen, daß der Währungsmarkt heute nicht mehr in erster Linie »ein Hilfsmittel zur reibungslosen Abwicklung des Handels« ist, sondern vor allem ein Mittel der »massiven Währungsspekulation« (S. 51). – So richtig diese Einschätzung ist, der Schluß, den Attac daraus zieht, mit Hilfe einer Steuer, der sog. Tobin-Tax, Sand ins Getriebe der Weltwirtschaft zu streuen, um dadurch die Spekulation zu unterbinden, überzeugt nicht. Schließlich besitzt die Spekulation in der kapitalistischen Ökonomie eine Funktion! Huffschmid argumentiert hier deshalb auch vorsichtiger als seine Jünger. Er möchte die internationalen Finanzmärkte lediglich wieder stärker »unter internationale Kontrolle« bringen und die Währungsgeschäfte wieder stärker »an die Basisvorgänge des internationalen Austauschs von Gütern und Dienstleistungen« binden (S. 51).

Interessant ist die Einschätzung, daß es vor allem die veränderten Verteilungsrelationen infolge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft sind, welche die Finanzspekulationen möglich machen. Die Tatsache, daß immer mehr Volkseinkommen als Gewinn- und Vermögenseinkommen realisiert wird, welches dann weltweit eine rentierliche Anlage und Verwertung sucht, bildet die Basis für die Dominanz der Finanzmärkte und für die Spekulation. Die Akteure sind hier vor allem die großen Investmentfonds, Versicherungen und Banken, kurz: die institutionellen Anleger, die über gewaltige Kapitalmassen verfügen und damit weitreichend spekulieren (S. 66 ff.).

Recht anschaulich und plausibel beschreibt der Autor, wie die Weltwirtschaft unter der Vorherrschaft der USA in den letzten zwei Jahrzehnten funktionierte. Bezeichnend dafür waren die Stärke des US-Dollars und die stetige Zunahme des Leistungsbilanzdefizits der USA, wovon die Konjunktur im »Rest der Welt« abhing. Inzwischen wurde nun aber deutlich, daß diese »asymmetrische wirtschaftliche Konstellation« nicht ewig durchhaltbar ist. Es sei an der Zeit, so Huffschmid, sie durch »ein anderes politisches Arrangement zu ersetzen, das die Ungleichgewichte

schrittweise zurückführt« (S. 162). Gelingt es nicht, hier zu einvernehmlichen kooperativen wirtschaftspolitischen Lösungen zu kommen, so erfolgt die notwendige Korrektur eruptiv und unkontrolliert über den Markt, mit Hilfe der Spekulation und der Durchsetzungsmacht des Stärkeren. Dies gilt es zu verhindern, denn damit wäre die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise a la 1929/33 verbunden. Bei aller Plausibilität dieses Szenarios ist seine Herleitung doch nicht frei von Vereinfachungen und Schematisierungen, die einer ernsthaften theoretischen Prüfung nicht uneingeschränkt standhalten. Dies betrifft zum Beispiel den Geldbegriff des Autors (S. 165f.), der nicht klar zwischen Geschäftsbanken- und Zentralbankgeld unterscheidet, indem er letzteres mit dem Bargeld gleichsetzt und zwischen beiden Formen so etwas wie ein Deckungsverhältnis konstruiert. Auch bleibt offen, wie Geld außerhalb der Zirkulation existieren soll (S. 165) und was mit einer Flucht in »staatlich garantiertes Bargeld« heute gemeint ist (S. 167). Ob es für die heutigen Verhältnisse richtig ist, den »Kern jeder Finanzkrise« in einem »Mangel an Liquidität« auszumachen und dabei zwischen »echter« Liquidität und einer auf Buch- oder Kreditgeld bezogenen »Scheinliquidität« zu unterscheiden, darf bezweifelt werden. Hier stand offensichtlich noch das Goldgeld Pate, ein Geldsystem, das es aber seit fast einem Jahrhundert nicht mehr gibt und weshalb jeder Rekurs darauf die Gefahr von Fehlschlüssen impliziert.

Das Buch schließt mit Überlegungen zur Regulierung, Kontrolle und Demokratisierung der Finanzmärkte. Besonderen Stellenwert besitzt die im letzten Abschnitt vorgestellte »Europäische Reforminitiative« zur Stabilisierung und Reorganisation der Finanzmärkte (S. 246ff.). Es ist dies ein echter Baustein für eine neue Finanzarchitektur und Alternative zum neoliberalen Projekt einer immer weiteren Deregulierung und Destabilisierung der Weltwirtschaft.

Im Unterschied zu dieser Monographie handelt es sich bei dem zweiten Buch um einen Sammelband, womit sich die Bewegung *Attac Deutschland* den Lesern vorstellt und worin die Ergebnisse des Attac-Kongresses vom Oktober 2001 in Berlin dokumentiert sind. Mehr als 3000 Globalisierungsgegner

und -kritiker hatten an diesem Kongreß teilgenommen, vor allem junge Leute, und es wurde deutlich, daß sich hier eine ernst zu nehmende politische Kraft formiert. Attac ist inzwischen »zu einem Hoffnungsträger für all jene geworden, die sich mit der Zuschauerdemokratie nicht mehr zufrieden geben wollen, die die Nase voll haben, von immer wieder gebrochenen Wahlversprechen, gewendeten Parteien ... Attac artikuliert den Wunsch nach einem Politikwechsel« (S. 7 f.).

Der Band aber ist mehr als eine Dokumentation einer Konferenz. Er enthält nämlich eine Reihe von für das Verständnis der Attac-Bewegung ganz wesentlichen Beiträgen. Dazu gehört das *Manifest 2002*, das für das Selbstverständnis der Bewegung von großer Aussagekraft ist, ferner eine Reihe von Grundsatzreden, die 2001 in Berlin gehalten worden sind sowie zahlreiche Übersichten über die Akteure, deren Kontaktadressen und Quellen. Auffällig ist sofort, daß sich Attac von den etablierten Parteien, auch von den kleineren linken, durch eine Reihe von Besonderheiten unterscheidet. So zum Beispiel durch die Betonung ihres Charakters als Nicht-Partei und »Bewegung, die Aufklärung und Aktion nicht voneinander trennt« (S. 30). Das theoretische Konzept dieser Bewegung ist nicht immer klar erkennbar, in vielen Punkten bisher wohl auch gar nicht ausgearbeitet. Aber darauf kommt es den Aktivisten von Attac nicht an. Worum es ihnen geht, ist, sich offensiv dafür einzusetzen, »daß politisches Denken nach fast einem Vierteljahrhundert neoliberaler Gehirnwäsche sich wieder frei entfalten kann. Denn es sind die Ideen, die die Welt verändern.« (S. 31) Diese »Ideen« aber bedürfen, wenn sie mehr sein sollen als »Befindlichkeiten«, Unmutäußerungen und Ausdruck diffuser »Sozialromantik«, einer Struktur, eines in sich konsistenten Konzepts. Nur so können sie im Meinungsstreit bestehen. Das Eingeständnis der Autoren, daß niemand von ihnen »fertige Konzepte für eine grundlegende politische und gesellschaftliche Alternative in der Schublade bereithält« (S. 135), muß daher als Schwäche interpretiert werden – und als Aufforderung, diese Alternativkonzepte mit auszuarbeiten. Eine Berufung auf »ein Denken in Utopien« (S. 139) darf nicht als ein Verzicht auf *Theorie* mißverstanden werden.

Was macht Attac – trotz dieser Schwächen – schon heute so attraktiv? Erstens die Internationalität der Bewegung. Zweitens, daß Attac »keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis sucht« (so macht man aus der Not eine Tugend). Drittens der inhaltliche Grundkonsensus der Bewegung, welcher in der Ablehnung der Globalisierung in ihrer gegenwärtigen, neoliberal dominierten Form und im Einsatz für einen sozialen Ausgleich in der Welt besteht (S. 19ff.) Attac besitzt zweifelsohne das Potential, zu einem bedeutenden Faktor bei der humanen und demokratischen Regulierung der Globalisierung zu werden. Es darf mit Spannung verfolgt werden, welche Erfolge die »neuen Weltverbesserer«, wie die FAZ kürzlich gehässig kommentierte, als nächstes verbuchen werden.

ULRICH BUSCH

Rainer Rupp,
Burchard Brentjes,
Siegwart-Horst Günther:
Vor dem dritten Golfkrieg,
edition ost im Verlag Das neue
Berlin 2002, 239 S. (14,90 €)

»Lets go«. Mit diesen Worten eröffnete George W. Bush am 20. März den Angriffskrieg gegen den Irak. Im Namen des Weltfriedens und »zum Wohle und für die Freiheit des irakischen Volkes« gab er den Befehl. Um 3.34 Uhr MEZ schlug die erste Cruise Missiles in Bagdad ein. Als im Oktober letzten Jahres dieses Buch erschien, war bereits absehbar, welche Ziele die USA mit ihren Forderungen nach einer uneingeschränkten Waffeninspektion im Irak verfolgten. Die von Hans Blix vorgelegten Zwischenergebnisse konnten die aggressive Kriegsstimmung nicht besänftigen. Alle Verhandlungen der UNO blieben erfolglos. Mit dem Alleingang der USA, ohne UNO-Mandat einen Krieg gegen den Irak zu führen, sollte nicht nur die Entscheidungsgewalt der UNO und deren Rolle, über die Legitimität von Krieg oder Frieden zu entscheiden, beeinträchtigt werden. »Die Drohung gegen den Irak gilt aller Welt, und der Einsatz der teuren

Waffen wäre zum einen ein reicher Gewinn für die Kriegsindustrie und zum anderen eine Machtdemonstration von globaler Bedeutung.« Deshalb ist dieses Buch eine Konfliktanalyse, die jetzt nicht weniger aktuell ist. Die drei Autoren, mit der Geschichte und den Verhältnissen der Region im mittleren Osten vertraut, untersuchen die wirtschaftlichen, geopolitischen und strategischen Zusammenhänge.

Einleitend schreibt Rupp im Kapitel »Es gibt nur eine Region, für die es sich zu kämpfen lohnt« über den Alleinanspruch des Demokratiebegriffes und das während der Jahrzehnte gewachsene Gefühl der US-Amerikaner, »Vorbild für alle Staaten und Völker zu sein«. Dieser Alleinanspruch läßt sich jedoch weder mit der Entstehungsgeschichte des Landes, die durch Völkermord und Vertreibung geprägt war, noch durch deren Mitwirkung in der Antihitlerkoalition begründen. »Die USA waren (und sind) eben nicht nur eine Gemeinschaft von Erzdemokraten, nicht nur *melting pot* von Menschen vieler Kulturen und Hort von *freedom and democracy*, sondern ein imperialistischer Staat.« Insofern dienen die meisten Aktivitäten, die unter dem Vorwand der Vorbildwirkung nach den Richtlinien selbstgerechter Justiz und Weltgendarmerie durchgeführt werden, der Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Interessen. Wie auch im zweiten Golfkrieg, ist eines der wichtigsten strategischen Ziele die Sicherung der Erdölvorkommen, wobei dabei die Unabhängigkeit von anderen Erdöl fördernden Staaten wie Saudi-Arabien angestrebt wird. Mit einem Verbrauch von täglich 17 972 000 Barrel ÖL (die Menge entspricht dem Gesamtexport Saudi Arabiens und Rußlands zusammen an einem Tag) müssen die USA etwa die Hälfte des benötigten Öls importieren. Der Irak, der weltweit mit über die größten Erdölvorkommen verfügt, soll durch seine Besetzung und vollständige Kontrolle einen »denkbaren Ausfall« der saudischen Öllieferungen kompensieren. Dieses Ziel sollte bereits 1991 realisiert werden. Jedoch hätte eine Eliminierung Saddam Husseins auch zu einem Zerbrechen des zentralistischen Regimes und zu einem Aufkeimen separatistischer Strömungen führen können, die die Errichtung eines unabhängigen Kurdenstaates zur Folge gehabt hätten;

»ein Alptraum für die Regierung in Ankara«. Also setzten sich die Türkei, Saudi-Arabien und Kuwait für die Erhaltung des diktatorischen Regimes Saddams ein. Die ersten beiden Golfkriege und die 1991 von der UNO verhängten Sanktionen gegen den Irak, machten ihn zu einem der unterentwickeltesten Länder (das Pro-Kopf-Einkommen lag bis 1990 bei 2 800 USD) mit der höchsten Kindersterblichkeit. Geändert hatte sich seitdem jedoch lediglich, daß sich das Regime von Saddam festigen konnte. Unter dem Motto der weltweiten Terrorismusbekämpfung planen die Amerikaner seit Jahren einen erneuten Angriff auf den wirtschaftlich und militärisch stark geschwächten Irak, denn »die Existenz einer sicheren amerikanischen Basis mitten in der arabischen Welt wird Amerika befähigen, alle Arabischen Regierungen einzuschüchtern« und die »Herrschaft über die ganze Region« zu gewinnen.

Im zweiten Kapitel beschreibt Brentjes die Entwicklung der Golfregion als die Wiege der Menschheit bis zur Rolle des Öls während des ersten Golfkrieges. Die zusammenfassende Darstellung einer 4 000 Jahre währenden Entwicklung der Kultur gibt auch einen wertvollen Einblick in die Zusammenhänge historisch gewachsener Abhängigkeiten infolge von Kriegen und Kolonisationen. Im frühen 19. Jahrhundert begann die Neuzeit des Petroleums in Rumänien und Galizien. Das zuvor für Lampen genutzte Walöl wurde durch Erdöl ersetzt und in den 50er Jahren begann das Ölgeschäft in Galizien zu blühen. Dort grub man nach Öl und verkaufte es nach Wien. Die USA nahmen sich dieser Geschäftsidee der Ölvermarktung an und gründeten 1953 Kompanien, die in einem nunmehr einsetzenden Konkurrenzkampf mit der Gewinnung von Kerosin »für Beleuchtungszwecke« begannen. Während des amerikanischen Bürgerkrieges (1863-1865) wurden die Förderung und der Export von Öl im eigenen Land gesteigert. Bereits fünf Jahre später gründete John D. Rockefeller die erste internationale Ölkompagnie, die »Standard Oil«. Mit der Entdeckung des Öls am Golf begann eine bis heute anhaltende Aufteilung der Region, die seinerzeit durch Großbritannien und Frankreich, jetzt jedoch hauptsächlich durch die Vereinigten Staaten vorangetrieben wurde

bzw. wird. Und es ist nicht nur das Öl, das seit seiner Entdeckung zu Kriegen geführt hat, sondern es ist auch das Öl, das letztlich über den Ausgang von Kriegen zu entscheiden vermochte. Der 1. Weltkrieg wurde mangels Ölreserven der deutschen Armee entschieden. Russen und Engländer verteidigten Baku, woher die Deutschen das Öl für die Industrie und Luftwaffe beziehen wollten, erfolgreich und erzwangen damit am 11. November 1918 die deutsche Kapitulation. 1944 begannen die Anglo-Amerikaner mit der Bombardierung von Betrieben zur Ölsynthese und die Zerstörung von Kampfflugzeugen und Zerstörern führte zu einer Benzinknappheit, die zum Ende des Krieges in Europa führte.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges verdrängten amerikanische Firmen in wachsendem Maße ihre Verbündeten, indem sie sich mit den Königen, Emiren und Präsidenten verbündeten und sie an den Gewinnen beteiligten. Amerika gewann die Vorherrschaft am Golf und will diese bis heute um keinen Preis verlieren. Diese Entschlossenheit bewiesen die USA, indem sie 1991 den Irak, nachdem dieser einige Monate zuvor Kuwait überfallen hatte, angriffen. Günther, Professor für Pathophysiologie und Tropenmedizin, beschreibt im dritten Kapitel die Folgen dieses Krieges für die Zivilbevölkerung. Am 12. Juni 1960 wurde Günther an die Medizinische Fakultät der Universität Damaskus in Syrien berufen. Er sah sich selber zumeist als einen politisch naiven Menschen, der sich im wesentlichen auf seine wissenschaftliche Tätigkeit konzentrierte. Dennoch wurde er oftmals unfreiwillig in Situationen involviert, die durchaus von politischer Brisanz waren. Dazu gehörten Kontakte mit westdeutschen Geheimdienstlern, die am Zustandekommen der Chemiewaffenproduktion im Irak beteiligt waren und die ihn für ihre Arbeit gewinnen wollten. Diese Waffen wurden im zweiten Golfkrieg 1991 »gegen Soldaten der NATO-Partner der Bundesrepublik Deutschland« und schließlich sogar gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Vier Wochen nach dem zweiten Golfkrieg wurde Günther in Bagdad gebeten, für ärztliche Tätigkeiten in den Irak zu kommen. Im Irak wurde er mit einem bis dahin unbekanntem Krankheitsbild, verursacht durch uranhaltige Geschosse, konfrontiert.

Deren legitimer Einsatz hat bis heute für die irakische Bevölkerung und die seinerzeit eingesetzten Soldaten auf beiden Seiten schwerwiegende gesundheitliche Folgen. Günthers Erfahrungsbericht ist eindrücklich und zugleich erschütternd. »Ich sah die zerstörten Kraftwerke, in denen sonst Strom zum Leben erzeugt wurde, und die zerfetzten Trinkwasseranlagen. Menschen schöpften aus den Flüssen das Wasser und tranken es unabgekocht, ... der ›saubere Krieg‹ hatte ... Zehntausend(en) Zivilisten das Leben gekostet. Allein bei dem Angriff auf den Schutzbunker al-Amariya in Bagdad starben anderthalb Tausend Menschen, darunter viele Kinder. Die Gluthitze hatte sie als Schatten in die Betonwände gebrannt.« Dieses Buch konnte als Mahnmal den dritten Golfkrieg nicht verhindern, aber es kann helfen, die wirklichen Gründe und Ziele dieses Krieges zu verstehen.

ANJA LAABS

Gerhard Roth:
Fühlen, Denken, Handeln.
Wie das Gehirn
unser Verhalten steuert,
Suhrkamp-Verlag Frankfurt a. M.
2001, 489 S. (29,80 €)

Der renommierte Bremer Professor für Verhaltensphysiologie Gerhard Roth hat mit dem hier besprochenen Buch die Fortsetzung des an die interessierte Öffentlichkeit gerichteten und weniger für Fachkollegen bestimmten Bandes *Das Gehirn und seine Wirklichkeit*¹ (1994) vorgelegt. Im dem breit rezipierten ersten Buch widmete Roth sich der Frage, »wie Erkenntnis entsteht, d. h. um die biologischen, evolutionsbiologischen und neurobiologischen Grundlagen der Wahrnehmung.« (S.9) In dem zweiten Buch schließt er daran an und versucht die Frage zu beantworten, »wie aus neurobiologischer Sicht Handeln entsteht und wer oder was dieses Handeln bestimmt.« (S.9) Nun könnte man meinen, daß es das beste wäre, die Menschen zu fragen, warum sie so und nicht anders handeln, was also ihre *Gründe* für ihre Taten sind; zu untersuchen

wäre vielleicht auch, ob die Gründe vernünftig oder unvernünftig sind. Nicht so Roth: Er widmet sich bei der Frage, warum Menschen so handeln wie sie es tun, nicht deren Gründen, sondern dem Gehirn. Daß Roth das Gehirn und seine Funktionsweise untersucht, wenn er etwas über das Handeln der Menschen herausbekommen will, liegt darin begründet, daß er dem Menschen die Freiheit des Willens abspricht – indem er den freien Willen so konstruiert, daß er nicht existieren kann: »Ein freier Wille (müßte) die Gültigkeit der sonst überall herrschenden Naturgesetze sprengen.« (S.14) Das müßte der freie Wille aber nur dann, wenn er als gottähnlich, allmächtig gedacht wird.

Wenn der Wille nicht frei ist, wodurch wird das menschliche Handeln dann bestimmt? Eben: Es »wird [...] in den Basalganglien durch Hemmung und selektive Enthemmung diejenige Handlung festgelegt, die in diesem Augenblick und in dieser Weise den vorgegebenen Intentionen am besten entspricht« (S. 418). »Wir können uns dies so vorstellen, dass vom Cortex bestimmte Ausführungsbestimmungen erfolgen, die dann durch die Basalganglien »überprüft« und in weiteren Details festgelegt werden« (S. 421 f.). Als Argument führt Roth in verschiedenen Varianten, naturwissenschaftlich bebildert und an Affen untersucht, die Tautologie »post hoc, ergo propter hoc« an. Sie hat nur den Mangel, daß das Nacheinander zweier Prozesse eben kein Argument dafür ist, daß der eine Prozeß aus dem anderen folgt. Bei Roth klingt das Argument »post hoc, ergo propter hoc« wie folgt: »Bei Libets Experimenten zur Beziehung zwischen Bereitschaftspotential und Willensakt wurden Versuchspersonen darauf trainiert, innerhalb einer gegebenen Zeit von ca. 3 Sekunden spontan den Entschluß zu fassen, einen Finger der rechten Hand oder die rechte Hand zu beugen.« (S.437) »Es zeigte sich ..., dass das Bereitschaftspotential im Durchschnitt 550 - 350 Millisekunden ... dem Willensentschluss vorausgingen, niemals mit ihm zeitlich zusammenfiel oder ihm etwa folgte.« (S.438) »Dieser Willensakt tritt in der Tat auf, nachdem das Gehirn (!) bereits entschieden hat, welche Bewegung es ausführen wird.« (S.442) Davon ausgehend, untersucht Roth Gedächtnis und Erinnerung, Denken,

Intelligenz, Kreativität: »Das Bewußte und das Unbewusste« (S.188 ff.), Gefühle und »starke Gefühle« wie Streß, Furcht etc. (S.283 ff.), die »Bildung des Ich und der Persönlichkeit«, Sprache und Verstehen und menschliches Handeln, kurz: wie der Titel ankündigt, die verschiedenen Arten der geistigen Betätigung immer unter dem Gesichtspunkt, inwiefern im Hirn die geistigen Tätigkeiten determiniert sind.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß Roth sein Thema verfehlt, wenn er für die Untersuchung der Geistestätigkeiten des Menschen nicht die Gründe dieser, sondern ausschließlich das menschliche Gehirn untersucht.

ALJOSCHA JEGODKA

1) Vgl. hierzu: Freerk Huisken: Zur Kritik Bremer Hirnforschung: Hirn determiniert Geist – Fehler, Funktion und Folgen, AStA Universität Bremen, Bremen 2003.

Hans-Dieter Heumann: Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus und Realismus.

Mit einem Vorwort von
Hans-Dietrich Genscher,
Olzog Verlag München 2001,
156 S. (12,80 €)

Wenn ein Diplomat zur Außenpolitik seines Staates schreibt und seine weitere diplomatische Karriere im Auge behalten muß, dann kann wohl nicht mehr herauskommen als der vorliegende Band. Der Versuch, diesen Pudding an die Wand zu nageln, ist zum Scheitern verurteilt. Unschärfe der Begriffe, das Operieren mit scheinbar festgefügt Kategorien der »westlichen Wertgemeinschaft« lassen kaum erkennen, was deutsche Außenpolitik bewegt, was sie vermag und was ihre wünschenswerten – nicht nur rhetorischen europäischen und multilateralen – Ziele sein mögen. Ohne klar die Interessen seines Landes respektive dessen politischer Klasse oder der wirtschaftlich Mächtigen (oder alternativer Kräfte) zu bestimmen, wird jede Darstellung im Dunst der

rauchenden Köpfe und Zigarren der Politiker und alsbald auch im Pulverdampf der die Außenpolitik und ihrer heute wieder verstärkter militärisch-gewaltsamen Austragung schemenhaft bleiben.

Nicht nur aus Verehrung für den langjährigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem gelben Pullunder kreiert Heumann den Begriff der »Liberalen Außenpolitik«, die weder einem abstrakten Idealismus noch einem drängenden Realismus unterworfen sei. Idealismus wie Realismus sind für ihn »falsche Alternaiven«. »Liberaler Außenpolitik« in diesem Selbstverständnis ist also das bestimmende Element deutscher Politik. Es ist immerhin so leistungs- und zukunftsfähig, daß es auch heute die Grundlinien der Außenpolitik verkörpert. Bewußt stellt Heumann eine Verbindung zu Fukuyamas *Ende der Geschichte* her, indem er auf die Einzigartigkeit des Liberalismus als nicht allein einer Theorie politischer Systeme verweist. Entscheidend sei seine Offenheit, der Verzicht auf Gesamtkonzepte. Der von vernünftigen Interessen geleitete Bürger ist wie auch der gleichartig agierende Staat Grundlage von Politik. Dabei gehe es nicht um ein Primat der Ökonomie über die Politik. Für Heumann sind zwar nicht die liberalen Grundbegriffe »Freiheit, Vernunft und Recht« unmittelbar auf die Außenpolitik übertragbar, aber aus ihnen können die Grundbegriffe »Liberaler Außenpolitik« abgeleitet werden: »Demokratie, Verantwortung, Multilateralismus, Europa und Friedlicher Wandel« (S. 16). Entlang dieser Begriffe erfolgt eine knapp gehaltene Darstellung (west)deutscher Außenpolitik bis 1989 und die Entwicklung der Grundlinien gesamtdeutscher Politik in der Gegenwart und für die Zukunft.

Fast folgerichtig wird diese Darstellung zur Beschreibung einer Erfolgsgeschichte. Gerade die Zäsur 1989 belegt für den Autor die Lebensfähigkeit eines solchen Konzepts, weil hier die zentrale Fragestellung wirksam wurde: Friedlicher Wandel. Immer wieder, nicht nur im Blick auf die Überwindung des sowjetischen Systems, sondern auch für die Gestaltung des künftigen Europa und der Welt wird herausgestellt, daß die Verbreitung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft das eigentliche Motiv und Ziel deutscher Politik seien. Ob die Gestaltung der Europäischen

Union oder die Transformation Osteuropas und anderer Regionen, sie werden immer wieder daran gemessen.

Damit wird die ganze Crux einer so begründeten Politik bereits deutlich – wenn kritisches, alternatives Denken zugelassen wird. Allein die perfekte westliche Demokratie mit ihrem Parlamentarismus und ihren nationalen Spielarten, aber auch mit ihren Grenzen und Verstößen wird zum Maßstab für jedes Land. Noch problematischer, weil gerade in der jüngsten Geschichte eben einem deutlichen Bedeutungswandel unterliegend, wird das Hohelied auf eine vermeintlich soziale Marktwirtschaft, die heute – nebenbei bemerkt gerade unter neoliberalen Vorzeichen – zum Marktradikalismus verkommen ist. Neoliberale Wirtschaftspolitik, entsprechende Kreditbedingungen und exportierte »Erfolgs«rezepte potenzieren jene sozialen Widersprüche des Kapitalismus gerade in den Ländern, in die sie außerhalb der westlichen Metropolen exportiert werden. Nicht als Konfliktlösung, sondern als Konfliktauslöser wirkt solche »Marktwirtschaft« – egal, ob als Ideologie des freien Spiels der Marktkräfte oder der Globalisierung daherkommend oder mit den Institutionen von Weltbank, IWF oder normaler nationalstaatlicher respektive transnationaler Konzernaktivitäten direkt verbunden. Dazu kommt jener Menschenrechtsbezug, der Unteilbarkeit und Allgemeingültigkeit dieser Rechte letztlich doch von den westlichen Interessenlagen abhängig macht und die sozialen Menschenrechte in aller Regel ausschließt oder als nachrangig behandelt.

Daß unter diesen Vorzeichen der »Verantwortung« ein Hohelied bei der Rückkehr Deutschlands zu politischer Normalität gesungen werden muß, ist wohl zwangsläufig. In der Logik des Autors und der heutigen deutschen, westlichen Außenpolitik geht es dann selbstredend nicht um Interessen- und Machtpolitik, sondern selbstredend »nur« um die Durchsetzung der Menschenrechte. Und diese sind der »Kern Liberaler Außenpolitik« (S. 75), den es mit allen Mitteln zu verwirklichen gelte. Warum das dann doch so selektiv erfolgt, wie tagtäglich im Spannungsbogen von Kosovo, Afghanistan (vor und nach dem 11. September) oder China erfolgt, bleibt das metaphysische Geheimnis solchen Liberalismus, dem

nach Heumann ja gerade positiv die Metaphysik der großen Ideologen fehlt.

Das Herz des Lesers darf jedenfalls höher schlagen: »Wie in einer Katharsis haben die Kriege auf dem Balkan gezeigt, daß Verantwortungspolitik auch die Durchsetzung des Rechts mit den Mitteln der Macht bedeuten kann. Die militärischen Einsätze westlicher Staaten in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo ist eine Bestätigung der Verantwortungsethik, auch wenn für Deutschland Solidarität mit den Partnern im westlichen Bündnis ein nationales Interesse war. So schmerzhaft vor allem für Deutschland der Entscheidungsprozess auch war, die Bereitschaft zum militärischen Eingreifen hat Maßstäbe gesetzt, hinter die Europa nicht mehr zurückgehen kann.« (S. 145) Insofern ist es nur konsequent zu betonen, daß »die ›Stiftung‹ von Frieden ... ohne militärische Mittel nicht aus(kommt)« (S. 147).

Angesichts dieser »Exportpolitik« liberaler Werte bleibt letztlich nur die Hoffnung auf knappe Kassen, die die Finanzierung von Abenteuern erschweren. Und es greift die Erwartung, daß der ebenfalls beschworene Multilateralismus Alleingänge eines doch mächtigen Deutschlands einschränkt. Aber auch hier ist Vorsicht geboten: Multilateralismus wird als Alternative zum Nationalismus gesehen, aber ein globalisierter, imperialer Kapitalismus der westlichen Metropolen mit einer zentralen Rolle Deutschlands scheint hinter dieser Worthülse auf. Für eine zukunfts-fähige, friedliche deutsche Außenpolitik sind das denn doch schwache Sicherungen.

STEFAN BOLLINGER

Arne Heise (Hrsg.):
Neues Geld – alte Politik?
Die EZB im makroökonomischen
Interaktionsraum, Metropolis-Ver-
lag Marburg 2002, 400 S. (34,80 €)

Nachdem der Euro eingeführt worden ist und ungeachtet aller Kritik und böser Vorhersagen als Währung funktioniert, ist es im Lager seiner Gegner merklich ruhiger geworden. Das heißt

jedoch nicht, daß die Kritik verstummt wäre: Sie hat sich nur auf ein anderes Feld verlagert, auf das der institutionellen Grundlagen der Geldpolitik. Damit steht nun nicht mehr die Währung selbst im Fokus der Kritik, sondern das europäische Zentralbanksystem (EZB).

Im Unterschied zur Debatte über den Euro jedoch, welche öffentlich und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung geführt worden ist, erfolgt diese Diskussion eher verdeckt, als eine nur Fachleuten zugängliche und zumutbare Angelegenheit. Geht es dabei doch hauptsächlich um Fragen der praktischen Gestaltung der Geldpolitik, ihre Grundsätze und strategischen Konzepte sowie um Details des geldpolitischen Instrumentariums, seiner Anwendung, juristischen Ausgestaltung und technischen Umsetzung. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß mit dieser Publikation versucht wird, diesen engen Diskussionsrahmen zu durchbrechen und einige grundsätzliche Fragen der Geldpolitik zu thematisieren und im Rahmen einer makroökonomischen Betrachtung zu diskutieren. Es handelt sich bei diesem Buch also nicht um eine monetärpolitisch-introvertierte Analyse, sondern um eine thematisch eher breit angelegte makroökonomische Untersuchung, in deren Zentrum dann freilich aber doch die Geldpolitik steht, so wie sie sich unter den Bedingungen des europäischen Währungssystems aktuell darstellt. Dabei geht es den Autoren vor allem um eine Kritik des herrschenden Neomonetarismus und seiner wirtschaftspolitischen Explikationen sowie um die Herausarbeitung alternativer Konzepte.

Motiviert durch die immer deutlicher zutage tretenden negativen Begleiterscheinungen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik sehen die Autoren dringenden Handlungsbedarf, alternative Ansätze zu entwickeln und öffentlich zu machen. Zu diesem Zweck wurde ein Forschungsnetzwerk gegründet, welches, ausgehend von der keynesianischen bzw. postkeynesianischen Theorie, alternative Forschungs- und Politikansätze zusammenführt, um so eine »Überwindung der neoliberalen Konfusion« (S. 11) zu erreichen. Im Zentrum dieses Vorhabens steht die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen makroökonomischer Politik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dazu werden (1) Fragestellungen der makroökono-

mischen Theorie sowie der konzeptionellen Grundlagen makroökonomischer Politik aufbereitet; (2) wird nach den institutionellen Voraussetzungen einer beschäftigungsorientierten makroökonomischen Politik gefragt. Dies impliziert einen interdisziplinären Forschungsansatz, worin volkswirtschaftliche und politikwissenschaftliche Fragestellungen miteinander verknüpft werden. Das Forschungsvorhaben insgesamt ist damit wesentlich breiter als der theoretische Rahmen dieses Bandes, welcher ausgehend von einem Workshop des Netzwerkes im Oktober 2001 ausschließlich monetäre Fragen behandelt.

In dreizehn Beiträgen diskutieren namhafte Autoren Ideen, Konzepte, Kritikpunkte und Alternativen des geldpolitischen Handelns. Grundtenor ist dabei die Einbettung der Geldpolitik in einen makroökonomischen Gesamtzusammenhang und Interaktionsraum, also die Betonung der Verantwortung der EZB nicht nur für die Preisniveaustabilität, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung. Dem liegt eine gegenüber dem originären keynesianischen Konzept signifikante Aufwertung (»Renaissance«) der Geldpolitik und entsprechende Zurücknahme der Finanzpolitik zugrunde – eine in letzter Zeit oft zu hörende These. Damit verbunden ist allerdings das Problem der Transmission der Geldpolitik in den realen Teil der Volkswirtschaft, eine Frage, womit sich die hier vereinigten Aufsätze schwerpunktmäßig auseinandersetzen. Konkret geht es dabei vor allem um die Analyse von Handlungsspielräumen der EZB unter den Bedingungen der Globalisierung und gleichzeitig fehlenden Akteure auf den Gebieten der Finanz-, Lohn und Sozialpolitik.

Im ersten Teil des Buches werden zunächst die monetären Transmissionskanäle beschrieben. Claus Köhler plädiert für eine Zielsetzung der Geldpolitik, die ein angemessenes Wachstum bei Sicherung von Preisniveaustabilität vorsieht. Als Benchmark dafür schlägt er ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von fünf Prozent vor, worin eine normative Inflationsrate von zwei Prozent eingeschlossen ist (S. 55). Daran an schließt sich ein Beitrag von Jochen Hartwig, worin monetäre Transmissioneffekte anhand eines postkeynesianischen Simulationsmodells für die Schweiz dargestellt werden.

Im zweiten Teil wird die Geldpolitik der EZB näher beleuchtet. Zunächst die sogenannte Zwei-Säulen-Strategie, welche den neoklassisch-monetaristischen Ansatz einer Geldmengensteuerung mit dem keynesianischen Konzept einer diskretionären Geldpolitik zu verbinden sucht und dadurch, so die Autoren (Michael Heine und Hansjörg Herr), an Glaubwürdigkeit verliert (S. 91 ff.). Dann fragt Wolfgang Schröder nach den volkswirtschaftlichen »Kosten«, die durch Inflation und Deflation entstehen. Der Autor zeigt, daß es einen klaren signifikanten Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und dem Wachstum gibt, wobei der Volatilität der Inflationsraten dabei eine große Bedeutung zukommt. Er spricht sich letztlich für eine moderate Inflationspolitik der EZB aus (S. 154). Wolfgang Filc widmet seinen Beitrag der Tatsache, daß heute vor allem Zinssätze und Preise an den Vermögensmärkten im Zentrum geldpolitischer Strategien stehen (S. 157 ff.). Daraus leitet er interessante und theoretisch neuartige Überlegungen hinsichtlich des Zusammenhangs von Geld- und Beschäftigungspolitik ab.

Im dritten Teil des Bandes geht es ins Detail geldpolitischer Regulation. Das heißt, hier werden bankinterne Fragen, Interaktionsräume geldpolitischer Aktivitäten u. a. m. thematisiert. Der vierte und letzte Teil ist schließlich den institutionellen Rahmenbedingungen der Makropolitik in der Europäischen Union gewidmet. Die Schlußfolgerungen lauten dahingehend, daß der Geldpolitik sehr wohl ein Einfluß auf die Realökonomie eingeräumt wird und daß folglich eine einseitige, nur auf die Geldwertstabilität ausgerichtete, Geldpolitik Wachstum und Beschäftigung dauerhaft gefährden. Die Autoren machen aber auch ihre Zweifel deutlich, hier kurzfristig zu einer veränderten Weichenstellung und neuen Verantwortungszuordnung zu gelangen. Insofern erweist sich das Buch in der Tat als ein alternatives Diskussionsangebot an die Politik sowie als anregende Lektüre für alle an Geldpolitik Interessierten.

ULRICH BUSCH

Erhard Meueler:
 Lob des Scheiterns.
 Methoden- und Geschichtenbuch
 zur Erwachsenenbildung an der
 Universität, Schneider-Verlag
 Hohengehren Baltmannweiler
 2001, 238 S. (19 €)

In der sogenannten Leistungsgesellschaft zählt nur der Erfolg; Situationen des Scheiterns gilt es zu vermeiden, mindestens aber zu verleugnen und zu verschweigen. Den, der Erfolg hat, umgibt der Glorienschein des Siegers. Dem Verlierer flicht man keine Kränze.

In der Lebenswirklichkeit existiert natürlich ein enger Zusammenhang zwischen Erfolg und Niederlage. Auf Dauer Erfolg kann nur haben, wer in einem hohen Maße in der Lage ist, aus Situationen des Scheiterns Schlußfolgerungen zu ziehen. Mitunter ist es sogar sinnvoll, Situationen des Scheiterns bewußt zu organisieren – mit dem Ziel, Lernprozesse zu provozieren.

Meueler stellt solche Überlegungen an den Anfang seines Buches über Methodik der Erwachsenenbildung und macht damit neugierig. Die Resultate, die in der wissenschaftlichen Diskussion um Erwachsenenbildung in den vergangenen vierzig Jahren erarbeitet wurden, setzt er in Beziehung zu seinem Herangehen, seinen Erfahrungen, seinem Scheitern, aber auch zu seinen positiven Ergebnissen und Erfolgen auf diesem komplizierten Arbeitsgebiet. Wer Meueler selbst als Vermittler von Methoden der Erwachsenenbildung erlebt hat, dem erschließt sich mit dem Buch eine tiefere Einsicht in Eigenheiten dieser Art von Bildungsarbeit.

Die *politische* Erwachsenenbildung ist ein besonderes Feld. Denn sie hat unmittelbar mit den gravierenden Vorgängen in den politischen Entwicklungen der Gegenwart zu tun. Unübersichtlichkeit, Terror, Schwierigkeiten beim Umgang mit traditionellen Werten und alternativen politischen Vorstellungen, Zukunftsunsicherheit – mit all dem muß politische Bildung angemessen umgehen. Politische Bildung, verstanden als freiwillige Eigenleistung der Teilnehmenden, setzt Angebote voraus, welche die Interessentinnen und Interessenten

in einer Art und Weise ansprechen, die diese Eigenleistungen herausfordert.

Das Interesse an politischer Bildung ist laut der Studie von Karsten Rudolf *Politische Bildung und Markt* deutlich größer, als es Einrichtungen, Träger politischer Bildung zur Zeit mit ihren Angeboten befriedigen. Ganz offensichtlich ist es nötig, immer wieder neue Wege aufzuspüren. Seit mehr als zwölf Jahren selbst mit politischer Erwachsenenbildung beschäftigt und ständig auf der Suche danach, wie sich interessierte Menschen Wissen über Politik und Gesellschaft aneignen können, nahm ich dieses Buch mit besonderen Erwartungen zur Hand. Meueler formuliert sein Anliegen so: »Als *Cantus firmus*, als Hauptmelodie im kontrapunktischen Satz dieses Buches erscheint mir folgendes: Ich habe zeitlebens darunter gelitten, dass mich Leute mit Druck belehren wollten. Also habe ich mir immer wieder darüber Gedanken gemacht, wie es gelingen kann, Erwachsene in dem zu bestärken, was sie schon können, und sie dazu zu verführen, verschüttete Fähigkeiten, z. B. der Imagination, wieder zu entdecken, vorhandene Fähigkeiten bewusst weiter zu entwickeln und selbst mehr Verfügung über ihre Lebensbedingungen zu erlangen. Anders formuliert: Mir geht es darum, auf vielfältige Weise zur Bildung der Studierenden beizutragen. Dabei steht Bildung *als Chiffre für Selbstbildung, Selbstbestimmung, Selbstermächtigung, kurz: Subjektentwicklung.*« (S. 6)

Mit diesem Anspruch widmet Meueler sich der Didaktik, der »Lehre von den zu lehrenden Dingen«. Beeindruckend beschreibt er seine Wege zur Didaktik, die immer auch durch Situationen gravierenden Scheiterns hindurchführten. Jede und jeder, die bzw. der sich verantwortungsbewußt mit Erwachsenenbildung beschäftigt, stellt sich die Frage: Wie übe ich diese Tätigkeit anspruchsvoll aus, wo lerne ich mein »Handwerk«? In den seltensten Fällen sind erfolgreiche Erwachsenenlehrer ausgebildete Pädagogen. Meueler beschreibt sie als Autodidakten, die aus den unterschiedlichsten Tätigkeiten und Berufen bewußt zur Erwachsenenbildung gekommen sind. »Bildung kann zustande kommen in der alltäglichen privaten Lebensbewältigung, auf berufliche Anforderungen hin, aber auch im Gefolge eigens arrangierter Lerngelegenheiten, die nicht wie

Schulunterricht organisiert sind.« (S. 54) Der erstgenannte Faktor ist für Meueler besonders wichtig. Lernstrategien, die bei der Lösung schwieriger Lebensprobleme erworben wurden, will er bewußt machen und für Bildungsprozesse aktivieren. »Trotz solcher Erfahrungen bemüht sich der autodidaktisch vorbereitete Erwachsenenbildner um Professionalität. Er verfügt über berufliches und systematisches Fachwissen.« (S. 56) Eindrucksvoll schildert der Autor anhand von Seminarverläufen seine Erfahrungen an der Hochschule, selbstbestimmtes und selbstgesteuertes Lernen erfahrbar zu machen.

Zwei große Kapitel widmet Meueler dem Kreativen Schreiben und dem Kreativen Lesen. Vor allem auf die wissenschaftliche Arbeit gerichtet, vermittelt er auch für die politische Bildung respektive für das Schreiben und Lesen von politisch anspruchsvollen Texten wesentliche Anregungen. Interessant ist dabei die Kombination konventioneller Schreibtechniken mit Formen des Kreativen Schreibens. Während in Japan und den USA seit mehr als zwanzig Jahren eine wissenschaftliche Schreib-Lernoffensive als Teil der Hochschulreform betrieben wird, ist das in Deutschland kein relevantes Thema (vgl. S. 133/134). Nicht nur aus Meuelers Bestimmung der Ziele seiner Veranstaltungen zum »Kreativen Schreiben« (S. 133) und den Schreibwerkstätten als Einübung in die alltägliche Kulturarbeit zieht der Leser bzw. die Leserin Gewinn, sondern auch aus Meuelers eigenen Zugängen zum Kreativen Schreiben. So z. B. wenn er sagt: »Ich schreibe fortan nur noch über Themen und Probleme, die mich intensiv interessieren.« Das schließt für ihn auch fremde Genres wie den Kriminalroman ein. »Die Risiken einer subjektorientierten Erwachsenenbildung sind größer als in instrumentell organisierten Lernverhältnissen, aber die Befriedigung, die ein gelingendes kooperatives Lernen auslöst, in dem die Lernfortschritte meines Gegenübers mit Genugtuung erlebt werden, gleicht dies wieder aus.« (S. 171) Wie gesagt: Professor Erhard Meueler ist in der Hochschulbildung tätig und zieht daraus seine Erkenntnisse. Für die politische Erwachsenenbildung gelten vorwiegend andere Voraussetzungen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen, um ihr politisches Wissen zu erweitern, interessante

Referentinnen und Referenten zu erleben sowie mit Menschen zusammenzutreffen, die Lernprozesse durch angenehme soziale Kontakte befördern. Hier sind instrumentell organisierte Lernprozesse die Ausnahme. Wenn politische Bildung ihre gesellschaftliche Aufgabe tatsächlich erfüllen und nicht in Zeiten knapper Kassen aus finanziellen Gründen abgebaut werden soll, sind die Erwachsenenbildner gezwungen, ganz neue Wege zu gehen. Lob des Scheiterns bietet Denkansätze, die dabei unverzichtbar sind.

EVELIN WITTICH

Hartmut Häußermann,
Andreas Kapphan: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?
Sozialräumlicher Wandel seit 1990. 2. überarbeitete Auflage,
Leske + Budrich Opladen 2002,
292 S. (22,50 €)

Die Stadt Berlin ist pleite. Die finanzielle Situation anderer deutschen Großstädte ist ebenfalls prekär. Dabei sollten die Großstädte in Zeiten der Globalisierung zu Partnern von Großunternehmen in Sachen Standortbedingungen aufsteigen. Sie hätten für günstigere Standortbedingungen zu sorgen und somit indirekt für mehr Beschäftigung. Aufgrund ihrer Finanzkrise sind sie jedoch vielmehr den Kräften der Globalisierung ausgeliefert.

Globalisierung bedeutet eine Ökonomie ohne Grenzen aber mehr Verflechtungen. Und »mehr Verflechtung bedeutet paradoxerweise mehr Ungleichheit«. In keiner anderen deutschen Stadt ist die wachsende Ungleichheit so deutlich festzustellen wie in Berlin, nicht zuletzt aufgrund der historischen Entwicklung, die von Häußermann und Kapphan, beide Humboldt-Universität zu Berlin, in ihrem Buch untersucht worden ist.

In den ersten Kapiteln werden die historischen Hintergründe für die vorhandenen sozialräumlichen Strukturen Berlins beschrieben – von der industriellen Verstädterung bis zu den Jahren der Teilung. Als die Frontlinie des Kalten Krieges durch die Stadt lief, wurden beide Stadthälften von der internationalen Po-

litik instrumentalisiert. Ost-Berlin wurde zur Hauptstadt der DDR umgestaltet, worin riesige Plätze und Straßen für den Aufmarsch der Massen als »Bühne für die Darstellung der neuen Volksdemokratie« (S. 62) dienen sollten. Jenseits der Grenze wurde West-Berlin als »Schaufenster der freien Welt« (S. 72) durch Subventionen aus dem Bundeshaushalt am Leben erhalten. Die zentralen Kapitel beschäftigen sich mit dem sozialräumlichen Wandel in Berlin nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Regulierung und nach zehn Jahren Sanierungspolitik. Anhand zahlreicher statistischer Daten, ihrer detaillierten Auswertung und vertiefender Untersuchungen von einzelnen Stadtteilen, wird die Stadt auf neue Entwicklungen, Trends und deren Hintergründe analysiert. Die relevantesten Folgen sind einerseits ein »beachtlicher Erneuerungs- und Modernisierungsgrad der Altbausubstanz« von ca. 40 % (S. 197) und andererseits eine zunehmende »sozialräumliche Polarisierung der Bevölkerungsstruktur nach Einkommen und Lebensstilen« (S. 150). Haushalte, die es sich leisten können, verlassen die ungeliebten Stadtteile – nicht nur aus ökonomischen Gründen. Die Entmischung der Bevölkerung führt zu einer Konzentration von armer Bevölkerung mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte und somit zur Bildung von »Milieus der Verlierer« (S. 151)

Die soziale Marginalisierung und die daraus entstehenden Konflikte haben in Berlin noch nicht das Ausmaß erreicht wie in manchen Stadtteilen in den USA oder Frankreich. Diese Prozesse können jedoch »zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung führen« (S. 232). Unter der Modernisierungsperspektive des Sozialstaates ging man davon aus, daß Arme und Marginalisierte durch das ökonomische Wachstum wieder einbezogen werden. Die Frage war, ob zusätzliche staatliche Interventionen diesen Prozeß beschleunigen sollen oder nicht. »Anders ist die Situation heute: Die bisher selbstverständlich funktionierenden Integrationsprozesse über Arbeitsmarkt und Sozialstaat sind brüchig geworden, statt quasi-automatischer Integration droht den Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung.« (S. 234) Kritiker wiesen auf eine zu pessimistische Sicht hin. Meines Erachtens ist es jedoch realistisch.

TERESA ZAVALA

Vida Obid, Mirko Messner,
Andrej Leben:
Haiders Exerzierfeld.
Kärntens SlowenInnen in der
deutschen Volksgemeinschaft,
Promedia Wien 2002, 167 S.
(13,90 €)

Der Titel des Buches ist seine größte Schwäche. Lenkt er doch den Leser auf eine falsche Fährte. Haider, Österreich, Rechtspopulismus. Wer aber denkt, und der Titel weist in diese Richtung, die Autoren analysierten das Phänomen des österreichischen Rechtspopulismus, der irrt. Der schlagzeilen-trächtige Name des »bad guy« der Politik des Alpenlandes dient hier wohl auch als verkaufsträchtiges Instrument. Der Untertitel hingegen deutet an, womit sich Obid, Messner und Leben auseinandersetzen, nämlich mit der genauen Darstellung österreichischer Minderheitenpolitik am Beispiel der (Kärntner) Slowenen. Mit Hilfe einer gelungenen Policy-Analyse beleuchten sie das komplexe Geflecht von Akteuren, Institutionen und Organisationen und ihrer Handlungsweisen. Geschichtliche, juristische und kulturell-sprachliche Aspekte werden herausgearbeitet. Ein Buch mit hoher Dichte. Für 167 Seiten vielleicht eine zu hohe Dichte, die die Autoren anstreben. Zumal Jörg Haider ab 1976 in Kärnten gewirkt hat und an ihm sowohl in der Kärntner Landespolitik als auch für die Autoren kein Weg vorbei führt. Ein zweites Thema also, das neben die Policy-Analyse der Minderheitenpolitik tritt. Und die Sicht darauf versperrt.

Einige von den Autoren verfaßte Thesen verlassen den Pfad der Wissenschaft und gleiten in Polemik ab. Beispielhaft hervorgehoben sei hier die Charakterisierung Haiders als eines trotzens und pubertierenden Kindes, weshalb er, Haider, nicht bei den Frauen ankäme (S. 51). Neben dieser sehr subjektiven Meinung wird auf derselben Seite die voranschreitende Haiderisierung Österreichs konstatiert, ganz Österreich wird Kärnten. Die armen österreichischen Frauen, assoziiert der Rezipient. Diese Thesen jenseits der politischen und wissenschaftlichen Korrektheit, das aufstürzende I andererseits, gelegentliche

Redundanzen (z. B. die mehrmalige Verhandlung des Ortstafelsturms S. 23, S. 44, S. 137) machen es dem Leser nicht leicht, eine wohlwollende Balance zu finden. Dennoch hat dieses Buch seine guten Seiten. Die detaillierte Aufschlüsselung der Förderung der slowenischen Kultur durch das EU-Mitglied Österreich, die anschauliche Darstellung der Problematik durch Interviewausschnitte ›unbeteiligter‹ Bürger, beteiligter Politiker und ›objektiver‹ Medien, mit denen die Kapitel häufig eingeleitet werden, die Schilderung konkreter rassistischer Übergriffe und Repressalien verleihen dem Buch die notwendige Authentizität, um es dem unvoreingenommenen und unverbildeten Leser nahe zu bringen. Die historischen, juristischen und kulturell-sprachlichen Aspekte, die näher beleuchtet werden, können für Ethnologen und Philologen von großem Interesse sein. Für die Mehrzahl auch politisch interessierter Leser dürfte dieses Buch jedoch kaum in Frage kommen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer, Hasko Hüning:
**Unsere Klassengesellschaft.
 Verdeckte und offene Strukturen
 sozialer Ungleichheit,**
 VSA-Verlag Hamburg 2002,
 242 S. (17,80 €)

»Unsere Klassengesellschaft« – ein merkwürdiger Titel, auch wenn er auf einen zustimmend zitierten *Zeit*-Artikel rekurriert. Das besitzanzeigende Pronomen mutet anstößig an – wem gehört die Klassengesellschaft? Treffender ist da schon der Untertitel. Im öffentlichen Diskurs ist verbreitet die Rede davon, daß zu wenig Ungleichheit herrsche, daß gerade zu viel Gleichheit alle Probleme des Sozialstaates und des »Standortes Deutschland« verursache. Soziale Ungleichheit zu benennen und zu kritisieren mutet unzeitgemäß an gegenüber einem Zeitgeist, der nicht nur von liberalen und konservativen Apologeten der Ungleichheit beherrscht wird, sondern dem auch auf dem 3. Weg herumirrende Sozialdemokraten huldi-

gen, etwa, wenn sie die Renten- oder Krankenversicherung entsolidarisieren oder längerfristig Arbeitslose dauerhaft ausgrenzen bzw. verhartzen.

Wie die Autoren konstatieren, ist es eben die derzeit stattfindende neoliberale Revolution, die Klassengegensätze und Klassen überhaupt wieder offen zutage treten läßt. Betrieben wird von Bischoff et al. eine parteiliche Soziologie der sozialen Ungleichheit, deren Stärke in einer soliden kritischen Auseinandersetzung mit anderen Konzeptionen besteht. Indem im historischen Längsschnitt sowohl Empirie und Theorie der sozialen Ungleichheit aufgearbeitet als auch gängige soziologische Ungleichheitsanalysen verglichen werden, schaffen die Autoren die Basis für eine – freilich recht nüchterne und ernüchternde – Empfehlung für eine Politik gegen die zunehmende Ungleichheit. Gerichtet an die Gewerkschaften wird das Ende der Bescheidenheit bei der Tarifpolitik, der Kampf um die Stärkung der Gewerkschaftsrechte inner- und außerbetrieblich, eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme sowie eine Reanimation von genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Alternativen zur kapitalistischen Produktion gefordert, kurz: es wird die Agenda linker (Sozial-)Politik beschrieben.

Da Prognosen immer schwierig sind (vor allem, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen), sind – für soziologisch bzw. politökonomisch vorgebildete Leser/innen – die soziologischen Texte mit größerem Gewinn zu rezipieren. Erleichtert würde dies freilich durch eine redaktionelle Straffung des von Wiederholungen, teilweise ausufernden Marx-Zitaten und Inkongruenzen nicht freien sowie nicht überzeugend gegliederten Buches.

Im einleitenden, von Sebastian Herkommer verantworteten Kapitel wird unter der Überschrift »Die Aktualität der Klassenanalyse« zunächst der soziologische Diskurs zur Ungleichheitsforschung rekonstruiert. Es gehe darum, so das Fazit, angesichts teilweise quer zu alten Klassenspaltungen verlaufenden Ungleichheiten, »den Unterschied zwischen Ausbeutung und Ausgrenzung« zu klären. (S. 21) Dazu müsse das traditionell theorielastige marxistische Instrumentarium der Klassenanalyse erweitert werden, indem es von einem Denkmodell zur Anleitung für empirische Un-

tersuchungen umgebaut werde. Dazu sollen »bürgerliche« Schichtenanalysen und Milieustudien in eine sozioökonomisch orientierte Klassenanalyse integriert werden. Dieser strategischen Zielsetzung ist wohl geschuldet, daß gelegentlich umstandslos und offenbar synonym sowohl von »Klassen« als auch von »sozialen Schichten« gesprochen wird, u. a. dann, wenn der Zusammenhang von Klassenanalyse und Politik verhandelt wird.

Im zweiten, wesentlich umfangreicheren Kapitel entwickelt Joachim Bischoff den Klassenbegriff weiter, freilich unter starker Betonung ökonomischer Aspekte. Er besteht darauf, daß trotz aller zugestandenen Individualisierung die deutsche Gesellschaft immer noch primär durch die Teilung der Arbeit konstituiert werde, Ökonomie mithin für die meisten Gesellschaftsmitglieder bestimmend für ihren Status und ihre Lebenschancen sei. Auf der Erscheinungsebene zahlen alle mit Geld, aber dessen Erwerb ist konkurrierend organisiert, im Kern immer noch aus abhängiger Erwerbsarbeit oder aus verwertetem Kapital. Mit anderen Worten: Hinter der sich in der Verfügung über Geld ausdrückenden sozialen Ungleichheit sind Klassenverhältnisse verborgen. Diese differenzieren sich gegenüber der von Marx untersuchten Epoche aus und verändern sich gerade durch die Informationsrevolution erheblich. Die anders als im Fordismus nicht mehr ausschließlich an vergegenständlichte Arbeit, sondern tendenziell zunehmend an die Intelligenz von Informations- und Kommunikationsexperten gebundene Produktivkraft stehe nach wie vor unter der Verfügungsmacht des Kapitals resp. der »herrschenden Klasse«.

Der im ersten Kapitel angedeutete und als nach wie vor existent angesehene Zusammenhang zwischen Klassenlage und Wahlverhalten wird in Kapitel 3 vertieft. Untersucht wird der Einfluß der sozioökonomischen Lebenswelt auf das Bewußtsein der Individuen.

Hasko Hüning steuert das 4. Kapitel (Gender-Frage) bei. Es wird hier der sozialistisch-feministische Diskurs nachgezeichnet, indem Klassen- und Geschlechterverhältnisse verglichen werden. Kann als besonders emanzipiert gelten, daß auch dieser Aspekt von einem Mann bearbeitet wurde? Daß die Gleichberechtigung der Frau derart unverwirklicht sei wie hier angeprangert, liest Mann so scharf selten formuliert, und es wi-

derspricht auch den Erfahrungen des Rezensenten. Wir sind in der Geschlechterfrage zwar sicher nicht am Ziel, jedoch erheblich weiter als in diesem Text dargestellt.

Während Hüning die Klassenanalyse um die Genderperspektive ergänzt, erweitert Herkommer die nationale Sichtweise um eine europäische, indem er sich mit einflußreichen Makrosoziologien auseinandersetzt (Kapitel 5). Es handelt sich um Einführungen in kritischer Absicht u.a. in Arbeiten von Ralf Dahrendorf, Stefan Hradil oder Michael Vester und Reinhard Kreckel. Der kürzlich verstorbene geistige Vater von *Attac*, Pierre Bourdieu, wird als entscheidender Inspirator für eine Erneuerung der verflachten marxistischen Klassenanalyse gewürdigt. Bourdieus »zentrale These, daß der Raum der Lebensstile ein Raum der symbolischen Distinktionen ist und dem Raum der ökonomisch-sozialen Bedingungen sowohl Ausdruck verleiht als ihn auch zugleich reproduziert ..., hält daran fest, daß ein ... Vermittlungszusammenhang besteht zwischen den materiellen Verhältnissen und Beziehungen auf der einen Seite und ihrer Wahrnehmung und symbolischen Darstellung auf der anderen. Mit dieser These ist aber die große Chance verbunden, endlich Abschied zu nehmen von der in der marxistischen Tradition vielfach praktizierten Ineinsetzung von »Klasse« als Kürzel für das bestimmte Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit (Kernstruktur) und »sozialer Klasse« als einer realen Großgruppe mit weitgehend gleichartigen Erfahrungsgrundlagen und kollektivem, womöglich revolutionärem Bewußtsein der einzelnen Klassenmitglieder.« (S. 141)

Mit der abschließenden Skizze »Klassenanalyse heute« wird zum 6. Kapitel übergeleitet. Auch dieser Text besteht vornehmlich in der Kritik eines anderen Ansatzes, nämlich des von Michael Vester u. a. entwickelten Konzeptes Sozialer Milieus. Lesefreundlich wäre es, wenn die Autoren ihre vor Weiterentwicklung der Klassentheorie abschließend geschlossen vorgestellt hätten. Das scheiterte möglicherweise daran, daß versucht wurde, zu viele Aspekte zu bearbeiten. Die im Untertitel angekündigte Offenlegung verdeckter und offener Strukturen sozialer Ungleichheit wird geleistet, die Weiterentwicklung marxistischer Soziologie erfolgt jedoch nur ansatzweise.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Christian Höffling:
Korruption als soziale Beziehung,
Forschung Soziologie. Band 156,
Leske + Budrich Opladen 2002,
240 S. (25 €)

Glaukt man den gängigen Argumentationsmustern, wenn von den Ursachen für die nur allzu oft ausbleibenden Erfolge von »Entwicklungs«Projekten in der Dritten Welt die Rede ist, dann ist Korruption eine Erscheinung, die in vielen Ländern Regierung und Verwaltung gleichermaßen zersetzt hat und die als ein Hauptgrund für das Scheitern von Entwicklungsanstrengungen anzusehen ist. So verwundert es kaum, daß inzwischen weltweit »Korruptionsbekämpfung« als eines der wichtigsten Elemente von Good Governance (verantwortungsvoller Regierungsführung) angesehen wird. Angesichts dieser bemerkenswerten Einigkeit in den Anstrengungen, einem offensichtlich gravierenden gesellschaftlichen Mißstand ernsthaft den Kampf anzusagen, sind jedoch zwei Dinge um so erstaunlicher: Zum einen die Tatsache, daß das Phänomen Korruption weitgehend unbestimmt ist. In den sogenannten Entwicklungsländern werden deshalb oft soziale Verhaltensmuster, die anderen sozio-kulturellen Kontexten entstammen und die für europäisch geschulte Verwaltungsexperten schlicht undurchschaubar sind, dem Bereich korruptiver Beziehungen zugeordnet. Aber auch mit Blick auf die angelsächsisch-europäische Welt ist das Verständnis dessen, was als Korruption gilt, durchaus differenziert. Zum andern kommt hinzu, daß auch hierzulande korruptive Strukturen bereits derart tief in den gesellschaftlichen Raum eingelassen sind, daß sie schon beinahe als »normal« gelten. Den kleinsten gemeinsamen Nenner hat Christian Höffling in seinem bemerkenswerten Buch treffend so zusammengefaßt: »Von ›Korruption‹ hat jeder und jede von uns einen mehr oder weniger konkreten Begriff, eine zumindest ungefähre Vorstellung, und sei dies nur eine ebenso unbestimmte wie unabweisbare Assoziation von Amoralität« (S. 14). Höffling, dem es im Rahmen seiner Untersuchung vor allem darum geht zu zeigen, wie Korruption

als soziale Interaktion funktioniert – »daß auch abweichendes Verhalten sozial veranlaßt ist, ... also nicht einfach ›unsozial‹ und allein auf den bösen Impuls zurückzuführen ist...« (Luhmann; zitiert nach S. 24) – tut wegen dieser hochgradigen Unbestimmtheit gut daran, sich zunächst um eine Schärfung des Korruptionsbegriffs zu bemühen. Die von ihm herausgestellten Dimensionen des Begriffs, moralische Verwerflichkeit, qualifizierter Normenverstoß (eines Funktionsträgers) und strafbares Unrecht, führen ihn schließlich zu einer Definition, die Korruption faktisch auf den öffentlichen Raum des Verwaltungshandels beziehungsweise auf das »Zusammenhandeln« von Akteuren in diesem Bereich beschränkt. »Korruption soll heißen: eine *soziale Beziehung* zwischen individuellen Akteuren in den *Rollen von Amtswalter und Klient...*« (S. 25), die ein illegales, gegenseitig vorteilhaftes »persönliches Austauschverhältnis« von Leistungen und Vorteilen hergestellt haben.

Systematisch unterscheidet Höffling »drei Grundmuster« korruptiver Beziehungen: situative Korruption (zum Beispiel der Versuch, einen Polizisten zu bestechen, um den Verlust der Fahrerlaubnis zu verhindern), begrenzte Korruptionsbeziehungen (in der Regel zwischen zwei Personen) und schließlich korruptive Netzwerke. Aus dieser Typologie wird rasch ersichtlich, daß der abhängig beschäftigte »Normal«arbeitnehmer höchsten im ersten Grundmuster vorkommt. Die Masse und die von ihrem Gewicht her bedeutenden korruptiven Interaktionen entfallen offensichtlich auf das Beziehungsfeld von Behörden und Unternehmen (svertretern) bzw. Selbständigen. Hier geht es nicht darum, einen kurzfristigen persönlichen Vorteil zu erlangen, sondern darum, langfristig »mit der Verwaltung ins Geschäft« (S. 43) zu kommen, was sich in der Regel in einem Wechselspiel von Nötigung und Verführung vollzieht. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel im bekanntermaßen besonders »korruptionsanfälligen« Bauwesen, ist »korruptives Handeln« zur Ausschaltung von Konkurrenten zum Teil bereits zu einem alltäglichen Verhaltensmuster avanciert, so daß es »... nicht als abweichendes, sondern als konformes Verhalten erscheint« (S. 176).

Im Verlaufe seiner Untersuchungen zu Korruption als sozialer Beziehung – und als kri-

minelles Delikt – analysiert Höffling unter Auswertung einer Vielzahl von Fällen typische Korruptionskarrieren, Beziehungsmuster und schließlich auch Neutralisationstechniken, die es den Akteuren erlauben, ihr eigenes Verhalten vor sich selbst und der Gesellschaft zu rechtfertigen. Die Überlegungen zum letztgenannten Aspekt bilden auch den Schluß des Buches, das nach acht durchweg lesenswerten Kapiteln ohne eine wünschenswerte systematisierende Zusammenschau, faktisch mitten im Satz, endet.

ARNDT HOPFMANN

Ulrich Klemm:
Lernen ohne Schule.
Argumente gegen Verschulung
und Verstaatlichung von Bildung.
AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2001,
84 S. (8 €)

Die »Entschulungsdebatte« der 70er Jahre in die aktuellen pädagogischen und bildungspolitischen Debatten um die »Wissensgesellschaft« zu überführen, ist das Anliegen des Handbuchs. In kurzer und bündiger Form wird der Paradigmenwechsel der Bildungsgesellschaft skizziert, werden die neuen Leitwerte des lebenslangen, informellen und selbstorganisierten Lernens als grundlegende Transformation des schulischen Lernens aufgezeigt. Die sich vollziehende zeitliche und räumliche Entgrenzung von Lernen wird als ein unüberwindbarer Widerspruch zum System schulzentrierter Bildung erläutert. Die vom Autor vorgelegten Argumente gegen die Verschulung und Verstaatlichung von Bildung vollziehen hierfür einen »Seitenwechsel«: Statt die üblichen Klagen über den Rückzug des Staates anzustimmen, geht es um die falsche Evidenz, dass Lernen notwendig an die staatlich reglementierte und institutionalisierte Form »Schule« gebunden ist. Im Windschatten der neoliberalen Entstaatlichung des Bildungswesens agierend, soll so der »Mythos Schule« unterlaufen werden. Ein Terrainwechsel, der es erlaubt, sowohl die anti-pädagogische Anordnung des klassischen Lehrer-Schüler Verhältnisses ins Blickfeld zu neh-

men, als auch die Reproduktionsfunktion von Schule als Herrschaftsverhältnis zu thematisieren. Tatsächlich könnte in dieser Denkbewegung die Stärke des Buches liegen; zumal durch den Rückgriff auf die radikale Schulkritik Ivan Illichs (S. 20 ff.), die kritische Lerntheorie Klaus Holzkamps (S. 51 ff.), aber auch Ansätze anarchistischer Schulkritik (S. 19), grundsätzlich das Feld für eine ideologiekritische Diskussion eröffnet wird, die gegen den Strich der vorherrschenden (nicht zuletzt auch linken) Debatten geschrieben ist. Doch ein solches Vorhaben ist eine Gradwanderung, zwischen der Kritik und der Affirmation neoliberaler Transformation. Eine Herausforderung, die vom Autor nicht gemeistert wird und wohl auch gar nicht als solche angenommen wurde.

Exemplarisch der Umgang mit dem Stichwort »Schulautonomie« (S. 23 ff.) – aufgegriffen, um die seit Anfang der neunziger Jahre verhandelte Neubestimmung des Verhältnisses von Schule und Staat zu verdeutlichen: Der Autor skizziert stichwortartig die Bandbreite der Autonomiediskussion im Bildungswesen, sieht hierin die Chance einer Aktualisierung der Entschulungsdebatte, ohne dabei auch nur einen Gedanken an die Integration der Autonomieforderung in neoliberale Umbaustراتيجien zu verlieren. Statt hegemonietheoretisch die Widersprüche der Debatte an den Ausgang seiner Überlegungen zu stellen, werden diese durchweg entnannt. So wundert es nicht, daß die Forderung nach Entbürokratisierung und Deregulierung im Bildungswesen unhinterfragt übernommen wird. Diese unkritische Lesart setzt sich fort, wo von den utopischen Entwürfen der Entschulungsdebatte, die bei Illich immer auch an die Perspektive ökonomischer, politischer und kultureller Selbstverwaltung gebunden war, nicht viel mehr als das kommunitaristische Plädoyer für eine Verantwortungs- und Bürgergesellschaft (Etzioni) verbleibt (S. 39 ff.). Fahrlässig uninformiert auch der positive Bezug auf die »Homeschooling-Bewegung« in den USA (S. 22), wird diese doch in ihrer großen Mehrheit von der christlich-fundamentalistischen Rechten getragen (M. Apple: *Educating the »Right« Way*, 2001).

Fazit: Durch das unkritische Einlassen auf neoliberale Entstaatlichungsdiskurse und den

betriebenen Rekurs auf kommunitaristische Moralvorstellungen, wird dem Leser ein weiteres (bildungspolitisches) Fragment einer bei Anthony Giddens entliehenen »Dritter Weg«-Rhetorik geboten. Die Chance einer kritisch-emanzipativen Reformulierung der Entschuldigungsdebatte wird in diesem Buch leider vertan.

ANDREAS MERKENS

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
 - Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
 - Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
 - Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €
- (bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

ULRICH BUSCH

Agenda 2010 – the German program for social reorganisation

Germany is in the throes of an economic and structural crisis, leaving little hope for a speedy improvement of the situation without strong public intervention in the economic and social spheres. The crisis appears more than likely to worsen further: the nightmares of recession, deflation, mass unemployment and impoverishment dominate the current discussion and pave the way for far-reaching reforms in the economy and the society. The Agenda 2010 is the government's response to that development. But the measures planned in these reforms are socially unbalanced and economically counter-productive in certain aspects. They aggravate social polarisation without enhancing either economic growth or raising employment rates.

THOMAS FALKNER

Politics as an Opportunity

After the recent breakdown of the party's federal presidium, elected in fall 2002, the crisis has taken on proportions that are an existential threat to the party. But the author still sees a chance for the party to re-emerge as a political force in the Federal Republic. The party must take substantial steps to reorganise itself into a truly political party including political integration inside the party itself and inner-party pluralism. In view of the deficits in the social reform discourse in Germany and the creative contributions the socialists can offer to this debate, the author favours a PDS. This would provide the party with a chance to become the most innovative party in the country in the sphere of social affairs.

MICHAEL CHRAPA

Is Party Reform a New Departure?

The Party of Democratic Socialism is facing the beginnings of a severe crisis which it may not survive. The solution of the problem is seen in a party reform that re-establishes the links between the party and the rest of society. Michael Chrapa, a party researcher and sociologist, discusses various possible reform options. He favours a reform from both »the grass roots level« up and »from the upper echelon« down. He also supports the overture toward new strategies, new personnel, the creation of problem awareness and the promotion of enjoyment as well as involvement. He also points to resistance from within the PDS against a reform.

STEFFEN KACHEL

Strained Relations: the PDS and Parlamentarianism

The current conflicts in the PSD are not only about political positioning within the party. They are also about the fundamental political course of the PDS, differences that have been smouldering for quite some time. This is one point on which the author fully agrees with Horst Dietzel (UTOPIE kreativ 149). But he differs with Dietzel on another fundamental issue: he does not consider it an alternative to participate in political disputes within the party, on the one hand, and at the same time reach out to social movements outside the party. When the PDS participates government coalitions the party must virtually square a circle: adapt itself to some degree to the prevailing trends of neoliberal politics and at the same time retain its credibility, creativity and political magnetism. The voters of every party have definite expectations. Leftist

parties, especially, cannot afford to disappoint their voters on many issues or for very long. They have to use what room for manoeuvre they have to institute really conspicuous changes.

HEIKO HILKER:

Political communication in the PDS

It was not necessary to await the electoral debacle of 2002 for it to become clear that the PDS evidently has problems with political communication. The author seeks solutions and takes a critical look at the role of political communication in contemporary society, these deficits in the PDS and basic approaches leading to a strategy for better political communication. He connects his own experiences as a long-standing parliamentarian in the Saxonian State Parliament with analyses from other authors. Hilker writes: »Political communication is a means to an end.« And observes: »If that end is the transformation of society, political communication must be adjusted to being able to reach this goal.«

ERHARD CROME

The PDS – Views on the crisis

The PDS as a political formation is in the midst of a fundamental crisis. After its disastrous performance in the federal elections in 2002, the subsequent party congress in Gera was unable to usher in a new beginning. One factional conflict followed another. Political parties need to nurture their relationships with political elites, party members and the electorate. A party should periodically reaffirm its fundamental position to its core milieu in an unambiguous fashion. This has not been attended to in the past two years. That is the main problem. At the same time, the current situation of globalisation and reduction in public social spending calls for a left oppositional force that is politically and conceptually capable of rising to the levels that the anti-globalisation movements have already achieved. If the PDS does not rise to this challenge, then the left forces in Germany will have to reconstitute themselves on a totally different basis.

REINART BELLMANN, HUBERT LAITKO, KLAUS MEIER:

Justice between generations: linking ecological and social objectives within the realm of sustainability

The concept of »Sustainability« has been disseminated in scientific, political, and public discourse so fast that a theoretical elaboration of its content can hardly keep pace. It attempts to bridge the gap between scientific analysis (of interrelations between human society and natural environment) and ethical imperatives controlling human conduct. The old ethical principle, (social) justice, is deliberately extended to the temporal sequence of succeeding generations. To establish a sound idea of sustainability, it may be crucial to integrate descriptive and normative aspects to form a synthesis. Under capitalist conditions, it would be nearly impossible to define a common normative basis, accepted by all members of society; but by scientifically defining necessary ecological, economical, and social requirements for long-term survival of humanity, a consensus around the compulsory limits on and permissible scope of human activity should be attainable. The paper discusses the interdependency of justice for members of the same generation and justice between succeeding generations.

JOACHIM H. SPANGENBERG

Social sustainability. A integral perspective for Germany

Social sustainability is an integral part and indispensable component of sustainable development as suggested by the Brundtland Commission. European countries have long ignored this fact, and is currently only hesitantly beginning to be applied. Social sustainability has four core themes: education, social security, industrial relations and labour rights. All of these themes face a dual challenge, (with Germany being no exception): through the ongoing globalisation, as well as through the neo-liberal ideological crusade. As a result, social sustainability has been on the decline in most countries, even though this was hardly seen as a hindrance to sustainable development. One need not take a TINA («There is no alternative») attitude. A major research project, funded by the Hans Böckler Foundation, demonstrates that social, economic and environmental alternatives are indeed possible. But this would require a reversal in current policy, halting reliance upon neoliberal policy concepts, which in the last 25 years of conservative government in Germany, have not solved any of the social problems.

GERHARD BANSE

Strategies of sustainable development in the view of the technology risk

To develop strategies for sustainable development, an integrative concept is the point of departure. This concept binds the ecological, economical, social and the institutional-political dimensions together on an equal basis with one another. Sustainability requires also the equality of importance granted to the respect of intergenerative and intragenerative justice. The author includes statements endorsing the concept of justice found in the »Brundtland report«. The author also points to the connection between sustainability and technological development. Crucial is in which social context technology is embedded and what purpose it is to serve. The question to be posed is, how can technology be employed to guarantee more sustainable development. Problems of information, evaluation and utility have to be solved for this to be effective. Technology assessment can be helpful in helping solve these problems.

VOLKER CAYSA

Bloch – not a »rotten dog«

Academic circles often treat Ernst Bloch as a »rotten dog« – characterising his thoughts as old-fashioned and antiquated. In sharp contrast, this author views Bloch as a guiding intellectual force of reflexive modernisation, not only that of »real-socialism«, but of »real-capitalism« as well. Bloch is an element of the modern age, undesirable to those, who concentrate their efforts on maintaining of their propriety standards. In Bloch's thinking, modernisation has to be integral – including Marxism and Christianity, left and right. Bloch's philosophy is in movement in the tension rich sphere, ranging from Marxist influence to that of Nietzsche.

ROGER BEHRENS

Updating the Non-Simultaneous – Remarks to the logic of complex dialectics

Ernst Bloch, a philosopher of hope, without decreasing his criticism of contemporary conditions, stresses aspects of the subjective factor: the unsettled, manifesting itself as utopian in pre-consciousness, just as the regressive, the reactionary, in the unconscious and in the wrong consciousness. For delving deeper into this approach, Bloch developed, in »Heritage of this time« (1935), his concept of the Non-Simultaneous. This book must also be seen as a complex contribution to the analysis of German fascism.

MICHAEL BRIE

Ernst Bloch's view of the socialism

The decline of Soviet state socialism appeared to signal the end of visions of an anti-capitalist future. Only a few years later, a new movement of global proportions emerged, around the slogan »Another world is possible!« The success of this movement depends, at least partially, on its ability to draw on the lessons of history and to study the socialist legacy. The work of Ernst Bloch is part of that legacy. His theory of a concrete, utopian vision, his reconstruction of emancipation movements and theories from antiquity to the present, his views on history and society from »below« have created one of the 20th century's most valuable contributions to socialism and communism. Knowledge of his complicated affiliation with Marxism-Leninism is a condition for avoiding new traps of anti-emancipatory structures.

JÜRGEN JAHN

Stolen Years. The Life of Bernhard Steinberger.

Bernhard Steinberger (1917-1990) is mainly known to the public in the context of the Wolfgang Harich trials in 1957. But Steinberger's fate stretches far beyond. This essay furnishes an insight into Steinberger's life, as well as into his suffering from his conviction in 1956 to his rehabilitation in 1990. Decades of humiliation, repression and political exclusion are mingled with years of academic achievement. For the first time, an attempt is made to analyse all available documents concerning his life and work for a contribution to the research of contemporary history.

WOLFRAM ADOLPHI

Thinking in Denial

In January 1991, Hans Voelkner received an »Open Letter« written by the Kurt-Schumacher-Kreis warning him not to publish a volume of memoirs. These were memoirs of victims of Stalinism in post-war Germany, both in the Soviet Occupied Zone and the GDR. The reason for the warning is Voelkner's having been a communist and a Stasi-agent. What the »Open Letter« did not mention is that Voelkner was, himself, also one of the victims of Stalinism, having been imprisoned in Bautzen from 1949-1955. The author illustrates Voelkner's route through life as the son of communists who sacrificed their lives for the work of the famous »Red Orchestra« antifascist intelligence organization. Hans Voelkner was first imprisoned in fascist Germany, then in post-war France, later in East Germany and finally again in France – as a spy for the GDR. Since 1989 he had waged an intense campaign for the rehabilitation of the victims of Stalinism.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber; Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-123/124, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €